1 Y 12892 F
Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

Raffael-Zeichnung „Äneas und Anchises"

Kommunitarismus und praktische Politik

Heft 3 -September 1995 DM 16,-

WESTDEUTSCHER VERLAG

INHALT

Editorial 3

Tagungsankündigung: **Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen** 13

Call for Papers
Ethnisierung von Devianz und sozialer Kontrolle 15

Soziale Bewegungen zwischen Kontinuität und Transformation
Eine Bilanz am Beispiel der Umweltbewegung 16

Otto Kallscheuer
Was heißt schon Kommunitarismus? 17

Hans Joas
Der Kommunitarismus – eine neue „progressive Bewegung"? 29

Hans Vorländer
Ein vorläufiges Nachwort zur deutschen Kommunitarismusdebatte 39

Roland Roth
Kommunitaristische Sozialpolitik? Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik 44

Michael Opielka
Gemeinschaft als Ressource der Sozialpolitik
Zur Relevanz der Kontroverse zwischen Liberalismus und Kommunitarismus für die Wohlfahrtsstaatsdebatte 54

Martina Ullrich
Kommunitarismus und Feminismus
Berührungspunkte „postliberalen" Denkens 63

Werkstattgespräche:

Thomas Meyer
Kommunitarismus und soziale Demokratie 73

Thomas M. Gauly
Programmatik und Politik der CDU und ihr Verhältnis zu kommunitaristischen Konzepten 76

INHALT

Winfried Kretschmann
Die Grünen und der Kommunitarismus ... 83

Hans Vorländer
Die Haltung der FDP zum Kommunitarismus ... 86

Gerd Mielke
Leitgedanken des Kommunitarismus und Zwänge der politischen Praxis ... 89

Harald Plamper
Lean Administration – Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ... 97

Pulsschlag
Marion Becker-Richter / Beate Kortendiek
„Wir kochen schon lange..." Mütterzentrum – Ein frauenpolitisches Selbsthilfeprojekt 101

Jörg Scheinpflug
Ehrenamtliche Tätigkeit älterer Menschen ... 102

Tagungsbericht
Annette Zimmer
Zwischen Staat und Markt: Der Nonprofit-Sektor in Deutschland ... 103

Treibgut
Material, Termine ... 108

Rezensionen ... 112

Ansgar Klein
Rainer Forst: Kontexte der Gerechtigkeit ... 122

Andreas Keller/Martina Ullrich
Kommunitarismus – ein Literaturüberblick ... 126

Annotationen ... 133

Aktuelle Bibliographie ... 135

Abstracts ... 141

EDITORIAL

Der Ruf nach mehr Gemeinsinn, bürgerschaftlichem Engagement und einer Rückbesinnung auf geteilte Werthorizonte des politischen Gemeinwesens hat in Deutschland derzeit Konjunktur. Die Probleme der politisch-kulturellen Integration des vereinten Deutschlands und die augenscheinlichen Überforderungen des Sozialstaates angesichts einer sich vertiefenden sozialen Ungleicheit befördern das politische Interesse an der Wertediskussion. Angeregt wird die neue Gemeinschaftsdiskussion von der amerikanischen Kommunitarismusdebatte. Hier hat sich aus der akademischen Diskussion auch eine politische Intellektuellenbewegung formiert und ein erstes politisches Reformprogramm entwickelt (siehe dazu den Beitrag von Joas). Einschränkungen hinsichtlich einer direkten Übertragung der amerikanischen Debatte in den bundesrepublikanischen Kontext und deren Ertrag sind allerdings angebracht (dazu die Beiträge von Otto Kallscheuer und Hans Vorländer).

Die bislang vor allem akademische Rezeption des Kommunitarismus in der Bundesrepublik scheint nunmehr mit einiger Verzögerung auch in den politischen Bereich auszustrahlen (siehe dazu die „Werkstattgespräche" zu den Anregungen des Kommunitarismus für die Programmatik der politischen Parteien).[1] *Eine stabile politisch-kulturelle Westbindung ist die Voraussetzung dafür, daß in Deutschland – eingedenk aller historischen Hypotheken des Gemeinschaftsdenkens in seiner völkisch-nationalen Ausprägung – die Frage nach den Möglichkeiten einer Stärkung des politischen Gemeinsinns von einer liberalen Ausgangsbasis her wieder gestellt werden kann. Die deutsche Rezeption des amerikanischen Kommunitarismus verdankt sich nicht zuletzt der Tatsache, daß das amerikanische Gemeinschaftsdenken traditionell starke demokratische und partizipatorische Bezüge aufweist.*

Das politische Koordinatensystem von „rechts" und „links" wird in der Kommunitarismusdebatte von dem normativen Koordinatensystem von „Liberalismus" und „Republikanismus" überlagert: Es markiert die Pole der Diskussion über die Stärkung bestehender und die Schaffung neuer „posttraditioneller" Gemeinschaften (siehe auch den Beitrag von Martina Ullrich über Berührungspunkte und Differenzen von Feminismus und Kommunitarismus). Auf der einen Seite steht das liberale Mißtrauen gegen die Einschränkungen rechtlich geschützter individueller Handlungsspielräume im Namen von Gemeinschaftsansprüchen, auf der anderen Seite in Anschluß an die Kritik des individualistischen Liberalismus, der die soziale und politische Integration gefährdet, die Forderung nach einer Stärkung sozialer und politischer Gemeinschaftsbindungen.

Auffällig – und wohl auch ausschlaggebend für die Aufmerksamkeit, die die Kommunitarismusdebatte im politischen Diskurs erfährt - sind die zeitdiagnostischen Überschneidungen von Wertkonservatismus, Linksliberalismus und Republikanismus: Sie befürchten übereinstimmend eine Gefährdung der sozialintegrativen und politisch-kulturellen Bestandsvoraussetzungen der liberalen Demokratie und sehen sich zugleich mit dem Problem konfrontiert, daß eine Erneuerung dieser Voraussetzungen nur sehr begrenzt möglich erscheint. Vor diesem gemeinsamen Hintergrund trennen sich freilich die Argumentationsstrategien in der neueren Gemeinschaftsdiskussion, werden unterschiedliche Sichtweisen von politischer Gemeinschaft, Bürgertugend und den zu ergreifenden Maßnahmen deutlich, aber eröffnen sich auch neue Konstellationen und Anschlußfähigkeiten innerhalb der demokratietheoretischen

Diskussion. Die Kommunitarismusdebatte hat dazu beigetragen, normative Modelle der Demokratie deutlicher zu unterscheiden[2]. Es zeichnen sich mittlerweile einige grundlegende demokratietheoretische Argumentationsfiguren in Zusammenhang mit der kommunitaristisch inspirierten Zeitdiagnose ab.

Der Wertkonservatismus fordert die Stärkung bestehender Gemeinschaften, Werte und Traditionen. Häufig am Modellfall der Familie entwickelt und dann vor allem auf die Schule übertragen, nehmen Traditionsbewußtsein, Gehorsam, Autorität und Verantwortung die oberen Ränge der Tugendhirarchie ein[3]. Im Zusammenspiel mit einer Liste von Sekundärtugenden soll die Revitalisierung dieser Tugenden den gemeinsamen Werten der politischen Gemeinschaft und der Identifikation mit der Nation wieder das Maß an Geltungskraft verleihen, das im Zusammenhang mit der Kulturrevolution von 1968 und einem hedonistischen Wertewandel, der als Wertezerfall gedeutet wird, verloren gegangen sein soll. Der für autoritäre Zuspitzungen durchaus offene Wertekonservatismus (dazu auch Michael Opielka in diesem Heft) kann allerdings nicht deutlich machen, wie unter der Voraussetzung des von ihm dramatisch skizzierten Wertezerfalls eine Stärkung traditionaler Gemeinschaften aussichtsreich angestrebt werden kann. Diese Einsicht hat eine Suchbewegung ausgelöst, die den Blick auch auf die im Gefolge des sozialen Wandels entstandenen neuen Gemeinschaftsformen richtet und die Ausbildung „post-traditionaler" Gemeinschaften als produktive Herausforderung des Wertkonservatismus anerkennt[4].

Bürgertugenden stehen seit seinen klassischen Anfängen im Zentrum des Republikanismus. Deren Stärkung soll, folgen wir der Argumentation eines demokratischen Republikanismus, mittels einer Ausweitung der Betätigungsfelder bürgerschaftlichen Handelns angestrebt werden. Dezentralisierung und die partizipative Öffnung politischer Institutionen, allgemein gesprochen: mehr Demokratie gilt hier als wesentliche Voraussetzung für eine hinreichende Reproduktion von Bürgersinn. Doch während die liberale Demokratie mit ihren elitedemokratischen Formen politischer Repräsentation die Individuen als Bürger unterfordert, läuft der Republikanismus Gefahr, die Bürger mit zu hohen Tugendzumutungen und übertriebenen Partizipationserwartungen zu überfordern und zudem die Möglichkeiten direkter Demokratie zu überschätzen. Zudem ist der Republikanismus mit seiner Aufwertung der politischen Gemeinschaft gegenüber den einzelnen und Gruppen nicht vor der Akzentuierung ethisch partikularer Gemeinschaftsbindungen gefeit. Darauf haben die Liberalen in der amerikanischen Kommunitarismusdebatte hingewiesen und demgegenüber betont, daß sich eine politische Gemeinschaft unter Bedingungen des kulturellen Pluralismus bewähren müsse[5]. Dies haben Vertreter eines liberalen Republikanismus anerkannt.

Der Linksliberalismus und das Modell deliberativer Demokratie nehmen eine vermittelnde Stellung zwischen Liberalismus und Republikanismus ein und markieren auch das Terrain neuerer Einigungsversuche in der amerikanischen Kommunitarismusdebatte. Die zentrale Bedeutung gleicher Freiheiten und Rechte gilt hier als unverzichtbares liberales Erbe, aber gegen den individualistischen Liberalismus wird die „Gleichursprünglichkeit von Menschenrechten und Demokratie" (Habermas) hervorgehoben. Der Bürger als Autor des Rechts tritt gleichrangig neben den Bürger als Adressat des Rechts. In Konzeptionen einer „deliberativen Demokratie" kommt der institutionellen Öffnung der politischen Wil-

lensbildung und Entscheidungsfindung für das argumentative Zusammenspiel von Laien und Experten, Bürgern und Repräsentanten, Betroffenen und Entscheidern eine wichtige Rolle zu. Der Einbau deliberativer Momente in die Institutionen und Prozeduren des politischen Prozesses soll die Rationalität der Politik sicherstellen und die Bürger in den politischen Prozeß involvieren, ohne an sie zu hohe Tugenderwartunge zu stellen[6]. Institutionelle Reformen[7] sollen Spielräume bürgerschaftlicher Partizipation eröffnen und zugleich sicherstellen, daß Staatsbürgerqualifikationen eingeübt und vernünftige politische Entscheidungen getroffen werden.

In den Beiträgen des Themenheftes werden die Anschlüsse an die zuvor nur knapp skizzierten Diskussionen normativer Demokratietheorie nicht systematisch verfolgt. Auch die moralphilosophische Argumentation des amerikanischen Kommunitarismus, die sich über eine Kritik des liberalen Vertragsdenkens – v.a. John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit" – entwickelt hat, wird nur gestreift (dazu die Rezension des Buches von Rainer Forst: „Kontexte der Gerechtigkeit"). Ausgeleuchtet wird hingegen das reformpolitische Anregungspotential der Kommunitarismusdebatte vor dem Hintergrund von Problemen der transkulturellen Rezeption des amerikanischen Kommunitarismus in dem anders gelagerten politisch-kulturellen Kontext der deutschen Diskussion. Interessanterweise scheint hierzulande vor allem die Diskussion über die Demokratisierung des Wohlfahrtstaates („Wohlfahrtsgesellschaft") und die Neukonzeption sozialer Subsidiarität von den Anregungen der amerikanischen Kommunitarismusdebatte politisch zu profitieren.

Sozialpolitische Fragestellungen sind in der amerikanischen Diskussion bislang eher unterentwickelt und werden – angesichts der Mißerfolge der von Clinton angestrebten Reform des Gesundheitswesens und eines weiteren Abbaus sozialer Leistungen des Staates – erst neuerdings schärfer akzentuiert. Ganz anders die deutsche Diskussion: Die Krise des Sozialstaats steht hier von vornherein im Zentrum und mit dem Subsidiaritätskonzept liegt ein deutungsoffenes sozialpolitisches Begründungsmuster bereit, das - das politische Lagerdenken übergreifend - Anschlüsse an die Debatte über die „Wohlfahrtsgesellschaft" bietet (dazu auch die Beiträge von Roland Roth und Michael Opielka). Die Diskussion über eine Entwicklung vom „Sozialstaat" zur „Wohlfahrtsgesellschaft" greift, wie Adalbert Evers an anderer Stelle mit Recht betont hat, auf „wichtige Elemente sozialer Bewegungen wie Selbstorganisation und Selbsthilfe, solidarische Kooperation, Engagement und Beteiligung" zurück. Zugleich muß sie mit einer geschwundenen politischen Schubkraft der in die Jahre gekommenen „neuen" sozialen Bewegungen rechnen.[8]

Die Kommunitarismusdebatte trifft im deutschen Kontext auf eine ebenso ausgedehnte wie bedeutungsvielfältige Diskussion über Subsidiarität und soziale Gerechtigkeit. Subsidiäre Reformkonzepte des Sozialstaates, die sich einer zivil- und wohlfahrtsgesellschaftlichen Terminologie nicht nur aus rhetorischen Gründen bedienen, müssen das Wechselverhältnis von politischer Demokratisierung und Sozialpolitik berücksichtigen. Sozialpolitik schafft zum einen erst die Voraussetzungen von mehr Bürgerbeteiligung: Sozialstaatliche Maßnahmen gegen die voranschreitende Exklusion breiter Bevölkerungsschichten bilden die notwendige Bedingung dafür, daß die betroffenen Gruppen ihre Interessen auf dem Wege verstärkter Bürgerbeteiligung zu artikulieren vermögen. Zum anderen kann erst eine institutionelle Öffnung für Beteili-

gung bei Staat und Wohlfahrtsverbänden bewirken, daß an Stelle eines dominierenden sozialpolitischen Klientelismus neue Formen der Bürgerbeteiligung in der „Wohlfahrtsgesellschaft" treten. Bei dieser Ausrichtung der sozialpolitischen Reformdiskussion berühren sich Kommunitarismus und Demokratietheorie mit Fragen des „Dritten Sektors" (dazu auch den Tagungsbericht von Annette Zimmer in den Rubriken dieses Heftes)[9], der Reform des sozialen Ehrenamts[10] und der Selbsthilfe (dazu auch den Beitrag von Roland Roth).

Die deutsche Rezeption der amerikanischen Kommunitarismusdebatte erfordert, so **Otto Kallscheuer**, zum einen eine ideengeschichtlich sensibilisierte Verortung der neueren Gemeinschaftsdiskussion in den älteren Traditionen des europäischen Denkens. Zum anderen müssen die Besonderheiten des amerikanischen Gemeinschaftsdenkens berücksichtigt und dessen jeweilige Verwendungskontexte unterschieden werden, um Mißverständnisse der Rezeption zu vermeiden.

Die europäischen Traditionen des Gemeinschaftsdenkens reichen ideengeschichtlich weit zurück. Gemeinschaftlichkeit als Legitimitätskriterium des Gemeinwesens wird bereits bei Augustinus (radikale Demokratie) und Thomas von Aquin (soziale Subsidiarität) thematisiert. Bei den Vorläufern der Soziologie (Montesquieu, Rousseau, Herder) nimmt die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Vergemeinschaftung unter den Bedingungen moderner Gesellschaften einen zentralen Stellenwert ein. Im 19. Jahrhundert strukturieren sich die politischen Konflikte entlang der identitätspolitischen Optionen von Konfession, Nation und sozialer Klasse.

Angesichts autoritärer und/oder harmonistischer Konzeptionen der „Volksgemeinschaft" seitens des völkischen Nationalismus und seiner nationalsozialistischen Durchführung liegt der deutschen Rezeption des amerikanischen Gemeinschaftsdenkens ein prinzipielles Mißtrauen zugrunde. Demgegenüber weist Kallscheuer auf die demokratischen und partizipatorischen Konnotationen der amerikanischen Diskussion hin. Drei Diskussionskontexte des amerikanischen Kommunitarismus gilt es zu unterscheiden, um Mißverständnisse der Rezeption zu vermeiden: In der amerikanischen Religions- und Kultursoziologie steht der „communitarianism" für gegenkulturelle und utopische Gemeinschaften; im Kontext von Republikanismus und ziviler Gesellschaft steht der Begriff für die Suche nach einem republikanischen politischen Gemeinsinn und dessen Voraussetzungen in ausgebauten Möglichkeiten demokratischer Partizipation; in Ethik und Sozialwissenschaft schließlich steht der Kommunitarismus für eine „Familie" rationalismuskritischer Argumente gegen den methodologischen Individualismus und Systemfunktionalismus und gegen ein wissenschaftsgläubiges Selbstverständnis der Moderne. Der Kommunitarismus stellt, so das Resümee, keinen traditionalistischen Rückfall, sondern eine Rückkehr zu den vernachlässigten skeptischen, historistischen und sensualistischen Seiten der Aufklärung dar.

Die politische Programmatik und die Reformansätze des amerikanischen Kommunitarismus als einer sich formierenden Intellektuellenbewegung stehen im Zentrum des Beitrags von **Hans Joas**.[11] Diese Bewegung entwickelt sich über die doppelte Kritik sowohl des individualistischen Liberalismus als auch einer staatszentrierten Reformpolitik. Unter dem Schlüsselbegriff einer „Remoralisierung" der Politik stehen die Themen Familie und Schule, die Revitalisierung bestehender und Schaffung neuer Gemeinschaften, die Struk-

turen des politischen Willensbildungsprozesses sowie die Reform des Wohlfahrtsstaates im Zentrum der politischen Programmatik. Darüber hinaus gibt der Kommunitarismus auch Impulse für neue Konzeptionen der Außenpolitik und die Gestaltung der internationalen Beziehungen im Sinne einer „post-Hobbesschen Ordnung".

Vor dem Hintergrund der Darstellung von Programmatik und Politikfeldern des Kommunitarismus wertet Joas diesen als einen eliten-initiierten Versuch, das Ideal der Demokratie in einer hochdifferenzierten modernen Gesellschaft im Bewußtsein der Auswirkungen eines freigesetzten Individualismus neu zu formulieren. Dabei wird zugleich versucht, die Fehler vorangegangener staatszentrierter Reformkonzeptionen zu vermeiden. Die traditionellen Frontverläufe zwischen den politischen Lagern geraten in Bewegung. Wertkonservative Gegenwartskritik und basisdemokratische wie sozialpolitische Ziele verbinden sich zu einem neuen Konzept. Der Kommunitarismus in den USA, so Joas, ist eine neue „progressive Bewegung", von der wichtige Impulse auch für die europäische Politik ausgehen könnten.

Eine vorläufige Bilanz der deutschen Kommunitarismusdiskussion unternimmt **Hans Vorländer**. In eigentümlicher Sterilität sei diese über den engeren theoretisch-wissenschaftlichen Diskurs nicht hinausgelangt und bisher politisch folgenlos verlaufen. Ein Grund dafür liegt – so Vorländer – darin, daß die deutsche Kommunitarismusdiskussion mit versetzten intellektuellen und kulturellen Fronten operiert: Nicht eine Dominanz des Liberalismus, wie sie der amerikanischen Debatte zugrunde liegt, sondern eher ein Defizit liberaler Wertorientierungen bildet den Kontext der deutschen Diskussion. Trotz einer politisch mageren Bilanz der deutschen Debatte repräsentiert sie ein brisantes zeitdiagnostisches Potential. Der Kommunitarismus sensibilisiert für die soziomoralischen Voraussetzungen moderner Gesellschaften und macht auf die Folgen von Individualisierungsschüben und Wertewandel ebenso aufmerksam wie auf die prekären Anforderungen an die politische Kultur liberaler Demokratien. Beunruhigend, so Vorländer, sei freilich die Kluft zwischen Problemwahrnehmung und fehlenden politischen wie gesellschaftlichen Antworten.

In der sozialpolitischen Diskussion hat ein kommunitaristisch-zivilgesellschaftlicher Perspektivenwechsel stattgefunden und zu einer Aufwertung von Formen des freiwilligen sozialen Engagements beigetragen. Bestehende begriffliche und theoretische Unklarheiten in der Diskussion über „Bürgergesellschaft", „Gemeinschaft" und „Wohlfahrtsgesellschaft" können, so **Roland Roth**, nur auf dem Wege einer Präzisierung ihrer Objektbereiche und empirischen Bezüge sowie ihrer gesellschaftstheoretischen Reichweite, politischen Zielsetzungen und reformpolitischen Konsequenzen geklärt werden.

Im Felde sozialer Arbeit ist ein Professionalisierungsschub zu verzeichnen, der Spezialisierung, Kommerzialisierung und zunehmende Arbeitsteilung begünstigt und einer Marginalisierung ehrenamtlicher Arbeit Vorschub leistet. Informelle Hilfen in Gemeinschaften sind jedoch nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Produktion sozialer Sicherheit. In Deutschland sind über 2 Millionen Menschen in ca. 55.000 Selbsthilfegruppen aktiv. Neben Staat und Markt bildet Gemeinschaft einen festen und unverzichtbaren Bestandteil des Wohlfahrtsdreiecks. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Schere zwischen einem steigenden Bedarf an sozialen Diensten und den verfügbaren Finanzressourcen, einer

Kritik an negativen Folgen der Professionalisierung sowie der Impulse aus Alternativprojekten und Selbsthilfeinitiativen gewinnt die Frage einer stärkeren Verschränkung von freiwilligem Sozialengagement und professionellen sozialen Dienstleistungen an Bedeutung. Es zeichnen sich Konturen einer neuen Ehrenamtlichkeit ab. Zu deren Kennzeichen zählen Offenheit, Wahlmöglichkeiten, eine stärkere Berücksichtigung eigener Fähigkeiten, neue Tätigkeitsfelder und demokratische Entscheidungsformen. Doch die institutionellen Rahmenbedingungen sind ungünstig und es fehlen auch angemessene soziale Sicherungen des Ehrenamtes.

Die sozialpolitischen Voraussetzungen einer Stärkung des freiwilligen sozialen Engagements müssen realistisch beurteilt werden. Angesichts des institutionellen Beharrungsvermögens der etablierten sozialen Sicherungssysteme, des Trends zur Professionalisierung sozialer Dienste und des nach wie vor dominierenden Einflusses der korporatistisch agierenden Wohlfahrtsverbände sind optimistische Erwartungen unangebracht. Wesentliche Voraussetzung einer kommunitären Sozialpolitik bleiben flankierende sozialstaatliche Maßnahmen gegen die sich verschärfende soziale Exklusion. Die Pallette eines sozialstaatlichen „Garantismus" reicht vom erwerbsunabhängigen Grundeinkommen bis zu Formen negativer Einkommenssteuer. Eine politische Einmischung zur Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen, so Roth, bleibt den Verfechtern kommunitärer Sozialpolitik nicht erspart.

Markt und Staat, Ökonomisierung und Bürokratisierung gelten – so **Michael Opielka** – dem Kommunitarismus als mitverantwortlich für soziale Auflösungserscheinungen, Entwurzelung und den Verlust von Gemeinschaftsbindungen. Opielka gibt nach einer knappen Skizze der kommunitaristischen Zeitdiagnose einen Überblick zu den sozialpolitischen Rückgriffen auf kommunitaristische Argumente. Die politische Aktivierung gesellschaftlicher Solidarität gewinnt auch bei den sozialdemokratischen Verfechtern des europäischen Sozialversicherungs-Staatsmodells an Gewicht. Gemeinschaft als Steuerungsmedium und als Alternative zu staatlichen Regelungen wird vor allem bei den Konservativen und im Umfeld der Grünen diskutiert. Trotz dieser Gemeinsamkeit und vermittelnden Zwischentönen bleiben jedoch wichtige Differenzen. Während die einen die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft hervorheben, betonen die anderen die Erweiterung der Rechte von Mitgliedern der politischen Gemeinschaft.

Autoritär-paternalistische Rückgriffe auf Gemeinschaft verbinden sich sozialpolitisch mit Konzepten des „workfare state", die eine sozialstaatliche Absicherung auf eng umschreibbare Gruppen wirklich „Bedürftiger" beschränken wollen. Auch die Diskussionen über einen obligatorischen sozialen Pflichtdienst lassen sich hier zuordnen. Demgegenüber dominiert im Umfeld der Grünen ein links-libertäres Gemeinschaftsdenken, das an ein republikanisches Konzept der Bürgerschaft anschließt. In der sozialpolitischen Debatte bildet das „garantierte Grundeinkommen" einen wichtigen Focus.

Insgesamt kommt dem Kommunitarismus als gemeinsamen politischen Bezugspunkt unterschiedlicher politischer Lager bei der Bildung zukünftiger gesellschaftspolitischer Reformkoalitionen eine hohe strategische Bedeutung zu. Die Konkretisierung der politischen Schlußfolgerungen bleibt jedoch ebenso zu leisten wie die Fortführung der philosophischen Grundsatzdebatte über differierende Menschenbilder, von der letztlich die ameri-

kanische Debatte zwischen Kommunitarismus und Liberalismus ihren Ausgang genommen hat.

Wie wird der Kommunitarismus vom Feminismus wahrgenommen und bewertet? Innerhalb des Feminismus, so **Martina Ullrich**, muß zur Beantwortung dieser Frage zunächst zwischen einer nachholend-liberalen und einer post-liberalen Strömung unterschieden werden. Während erstere das liberale Programm auf seine geschlechtsspezifischen Engführungen kritisch befragt – zentral sind dabei die Kategorien „privat" und „öffentlich" – und das Ziel individueller Rechtsgleichheit kritisch reformuliert, stellt die post-liberale Strömung die weibliche Differenz in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen.

Berührungspunkte zwischen Kommunitarismus und Feminismus können die Verlaufsformen von Konflikt, Kolonialisierung und Kompromiß annehmen. Das im Kommunitarismus häufig gepflegte idealisierte Bild der Familie blendet den Hintergrund geschlechtsspezifischer Benachteiligung aus. Dies führt zu Konflikten mit dem liberalen Flügel des Feminismus. Eine Kolonialisierung – also instrumentelle Indienstnahme – feministischer Argumente seitens des Kommunitarismus stützt sich auf die im post-liberalen Feminismus geführte Debatte über weibliche Ethik (Carol Gilligan): Die „Fürsorglichkeit" als wiederentdeckte Gemeinschaftstugend dient dann der Konservierung des Status quo geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Ein Kompromiß beider Denkströmungen setzt voraus, daß das Spannungsfeld zwischen Gemeinschaftsanforderungen und dem individualistischen Liberalismus in der kommunitaristischen Diskussion hinsichtlich geschlechtsspezifischer Zuweisungen und Projektionen kritisch hinterfragt wird. Erst dann, so Ullrich, könne ein echter Dialog über die Möglichkeiten der Ausbildung posttraditioneller Gemeinschaftlichkeit zwischen Feminismus und Kommunitarismus geführt werden.

Die Kommunitarismusdebatte liefert auch den Programmtheoretikern der Parteien wichtige Anregungen. Ohne an dieser Stelle den Stellenwert von Programmdiskussionen für die praktische Politik überbewerten zu wollen[12], hat sich die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen bemüht, im Rahmen einer mit der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg veranstalteten Tagung eine Bestandsaufnahme der Kommunitarismusrezeption in der deutschen Parteienlandschaft zu unternehmen. An diesem Bemühen haben sich namhafte Programmtheoretiker der Parteien beteiligt: **Thomas Meyer** (SPD), **Thomas M. Gauly** (CDU); **Winfried Kretschmann** (Grüne) und **Hans Vorländer** (als kritischem Beobachter der FDP). Die Ergebnisse sind in geringfügig überarbeiteter Form als „Werkstattgespräche" in diesem Heft nachzulesen. Als Abteilungsleiter im Beratungsstab der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei beschäftigt sich **Gerd Mielke** mit den Implementationsproblemen des kommunitaristischen Projekts. **Harald Plamper** von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln hat sich mit dem Stichwort der „lean administration" auseinandergesetzt. Sein Beitrag liefert Anschauungsmaterial für konzeptionelle und praktische Reaktionen der Kommunen auf den enormen Rationalisierungsdruck, dem sie ausgesetzt sind. Nicht nur hier muß sich erst noch entscheiden, ob die Suche nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung und Dezentralisierung sowie insgesamt die Debatte über eine Vergesellschaftung des Sozialstaats[13] mehr als eine willkommene Begleitrhetorik anstehender Rationalisierungsmaßnahmen bietet.

Gesondert hingewiesen sei auf eine Literaturrecherche zur Kommunitarismusdebatte in den Rubriken des Themenheftes, die wir als besonderen Service unseren Leserinnen und Lesern anbieten.

Wir hoffen, daß das vorliegende Themenheft zur Klärung der Anschlußfähigkeit des Kommunitarismusdebatte an die deutsche Reformdiskussion beizutragen vermag.

Ansgar Klein/Thomas Leif

Anmerkungen

[1] Angesichts zahlreicher Kongresse und Konferenzen scheinen Nachrufe auf die deutsche Kommunitarismusdebatte – siehe Vorländers Beitrag – möglicherweise verfrüht.

[2] Dazu Jürgen Habermas, Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: Herfried Münkler (Hrsg.):Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München 1992, S. 11-24; Bert von den Brink, Die politisch-philosophische Debatte über die demokratische Bürgergesellschaft, in: ders./ Willem van Reijen (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M. 1995, S. 7-28; für die moralphilosophische Differenzierung von Liberalismus, Republikanismus und deliberativer Demokratie: Rainer Forst, Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus, Frankfurt/ M. 1994 (siehe die Rezension in diesem Heft).

[3] Dazu auch der Beitrag von Maren Witthoeft, „Welcher Zukunft zugewandt? Wolfgang Schäubles Weltbild und Politikkonzept im Lichte neokonservativer Modernisierungsversuche", in: Frankfurter Rundschau vom 3. August 1995, S. 12.

[4] In diesem Sinne hat Anthony Giddens die Neukonzipierung des konservativen Schlüsselbegriffs der Tradition unter den Bedingungen eines tiefgreifenden sozialen Wandels als einen wesentlichen Bestandteil eines zeitgenössischen Konzepts „Radikaler Politik" beschrieben: Anthony Giddens, Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics, Cambridge 1994, S. 22-50.

[5] Auch Thomas Meyer weist in seinem Beitrag auf das Risiko des „Tugendterrors" hin.

[6] Für einen Überblick: Hubertus Buchstein, Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz, unveröffentlichtes Manuskript, September 1995; für die Diskussion über citizenship die Beiträge des Sammelbandes: Ronald Beiner (Hrsg.): Theorizing Citizenship, Albany 1995; v.a. der Beitrag von Will Kymlika/Wayne Normen: Return of the Citizen. A Survey of Recent Work on Citizenship Theory, ebda., S.283-321.

[7] Für die institutionentheoretische und reformpolitische Zuspitzung deliberativer Demokratie: Rainer Schmalz-Bruns, Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden 1995. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang auch die Anmerkungen von Hans Joachim Giegel: Erfordert grüne Politik neue Politikformen?, in: Schrägstrich. Zeitschrift des Bündnis 90/Grüne, Heft 5/6 1995, S. 24-26. Die Reform der Politikformen ist bei den Grünen immer mehr an den Rand der Aufmerksamkeit gerückt.

[8] Dazu Adalbert Evers, Sozialstaatliche Traditionen, Institutionen und neue soziale Bewegungen. Über das politische Defizit der Wohlfahrtsgesellschaft", Vortragsmanuskript für den wissenschaftlichen Kongreß „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?" der Landesregierung Baden-Württemberg vom 6.-7. April 1995 in Stuttgart.

[9] Das Wachstum des Dritten Sektors kann sicherlich nicht per se als Beleg einer Stärkung kommunitärer Formen sozialen Engagements dienen. Gefragt werden muß vielmehr nach der Stärkung direkter Kommunikationsbeziehungen und dem institutionellen Formwandel der sozialen Arbeit, die im Dritten Sektor geleistet wird. Schafft der Dritte Sektor Gegengewichte zur Kommerziali-

sierung von Freizeitangeboten und der individualisierten Mitgliedschaft in Großorganisationen? (dazu Roland Roth in diesem Heft)
Als Kriterien für die Organisationen des „Dritten Sektor", die einer internationalen Bestandsaufnahme des Johns Hopkins Institute for Policy Studies zugrunde liegen, gelten a) formelle Strukturierung; b) organisatorische Staatsunabhängigkeit; c) eine Nonprofit - Orientierung; d) eigenständige Verwaltung; e) teilweise Finanzierung durch freiwillige Beiträge. 1990 betrugen die Gesamtausgaben dieses Sektors 100 Milliarden DM bei einem Anteil von 3,7 Prozent an der Gesamtbeschäftigung. Schwerpunkte des Dritten Sektors in Deutschland sind das Gesundheitswesen und der Sozialbereich (60 Prozent der Ausgaben) bei einer starken Stellung der freien Wohlfahrtsverbände. 70 Prozent der Einnahmen kommen aus öffentlichen Mitteln. Im internationalen Vergleich sind die Tätigkeitsbereiche Bildung und Wissenschaft sowie Kunst und Kultur innerhalb des Dritten Sektors in Deutschland unterentwickelt (vgl. zu diesen Angaben den Forschungsbericht „Der Dritte Sektor" in den WZB-Mitteilungen Nr. 67, März 1995: 34-37; Helmut Anheier/Eckhard Priller: The non-profit sector in East Germany; before and after unification, in: Voluntas – International Journal of Voluntary and Non-Profit-Organisations, Volume 2, Number 1: 78-94; Lester M. Salamon/ Helmut K. Anheier: The Emerging Sector: The Non-Profit-Sector in Comparative Perspective - An Overview, The Johns Hopkins University, Baltimore 1994 und Manchester 1995; sowie den Forschungsbericht von Annette Zimmer: „The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekt: Public-Private Partnership: Staat und Dritter Sektor in den 1980er Jahren. Zusammenfassung der Ergebnisse der Policy-Analyse des deutschen Teilprojekts", Manuskript für die Konferenz „ Zwischen Staat und Markt. Der Dritte Sektor in Deutschland" vom 16. Juni 1995 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
Insbesondere in den Bereichen der Umwelt- und Frauenpolitik, so Annette Zimmers Bilanz zum Dritten Sektors in Deutschland, haben die neuen sozialen Bewegungen zur Ausbildung neuer Nonprofit-Organisationen beigetragen. Offen bleibt in der Kritik, ob diese Entwicklung nurmehr zum Ausbau einer neuen Expertokratie oder zu einer „Erweiterung des politischen Handlungsrepertoires des einzelnen" über „dauerhafte und jederzeit mobilisierbare Netzwerke" von Bewegungen geführt habe (Annette Zimmer, a.a.O.: S.13)

[10] Zu den Reformmöglichkeiten des Ehrenamtes für die Beteiligung alter Menschen siehe den Forschungsbericht von Jörg Scheinpflug in der Rubrik „Pulsschlag".

[11] Hans Joas kann als wichtiger Vertreter des amerikanischen Kommunitarismus in Deutschland gelten.

[12] Zu einer skeptischen Bilanz neuerer parteipolitischer Programmdiskussionen siehe etwa Gunter Hofmanns Beitrag „Die Wertediskussion in den Parteien", in: Ansgar Klein (Hrsg.): Wertediskussion im vereinten Deutschland, Köln-Bonn 1995:109-113.

[13] Zu einem ersten Eindruck über die kommunale Suche nach Effizienz und Einsparungsmöglichkeiten, die gleichwohl Bürgerbeteiligung und Dezentralisierung nicht ausschließt, siehe Carl-Christian Kaisers Bericht „Frischer Wind in den Amtsstuben",in: Die ZEIT vom 21. April 1995: 33-34. Zu den engagierten Propagandisten einer Vergesellschaftung des Sozialstaates mit Rückgriff auf das Anregungspotential der Kommunitarismusdebatte zählt Warnfried Dettling, zuletzt: Sozialisiert den Wohlfahrtsstaat, in: Die ZEIT vom 21. Juli 1995: 6.

EDITORIAL

In eigener Sache

Die Redaktion des Forschungsjournals bietet den interessierten Lesern die elektronische Fassung eines strukturierten Registers des Forschungsjournals (Jahrgänge 1988 bis 1995) an. Das Register (siehe unten) wird fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht.

Vom **3.-5. November 1995** veranstaltet die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen in Saarbrücken eine Tagung zum Thema **„ Soziale Bewegungen und Nicht- Regierungsorganisationen.** Die Tagungsankündigung befindet sich in diesem Heft. Die Arbeitsgruppe Soziale Bewegungen der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft" (DVPW) ruft für die Tagung **„ Kontinuität und Transformation der neuen sozialen Bewegungen. Eine Bilanz am Beispiel der Umweltbewegung"** zu Beiträgen auf. Die Tagung wird vom **24.-26. Mai 1996** in Leichlingen stattfinden. Der Call for Papers findet sich ebenfalls in diesem Heft.

Wegen der Aufnahme der „Werkstattgespräche" ist das vorliegende Themenheft etwas umfangreicher als gewöhnlich. Für den eingeräumten Mehrumfang danken wir dem Westdeutschen Verlag und für zusätzliche technische Hilfestellungen Susanne Appelt/Digitale Manufaktur Berlin. Der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir für die guten Arbeitsbedingungen bei unserer Anfang April in Freudenberg veranstalteten Tagung über den Kommunitarismus.

Die Redaktion

Das Register

Die Redaktion des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* hat ein elektronisches Register aller bislang erschienenen Beiträge, Artikel und Rezensionen der Themenhefte von 1988 bis 1995 zusammengestellt. In dem Register werden die bibliographischen Nachweise der einzelnen Texte in alphabetischer Reihenfolge, nach Heftrubriken und Themengebieten sortiert aufgelistet. Das Register ist ein umfassendes Nachschlagewerk für die LeserInnen und AbonnentInnen, welches die Recherche für eigene wissenschaftliche und journalistische Texte zu allen journalspezifischen Fragestellungen erleichtert. Komplettiert wird das Register durch umfassende Abstracts der einzelnen Themenhefte der acht Jahrgänge.
Das Register kann auf 5¼"- und 3½"-Disketten in allen gängigen Textverarbeitungssystemen – in jeweils aktualisierter Version – bereitgestellt werden. Es kostet 15 DM (inkl. Porto und Verpackung) und kann bei folgender Adresse bestellt werden:
Michael Hasse, Dorotheenstr. 85, 53111 Bonn, Tel.: 0228/696243.

Soziale Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen

Jahrestagung der Forschungsgruppe *Neue Soziale Bewegungen*

in Zusammenarbeit mit der Elisabeth-Selbert-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Saarbrücken, 03. bis 05. November 1995

Die Lösung globaler Probleme kann nur in internationaler Zusammenarbeit erfolgen. Ausdruck findet diese Erkenntnis neben den internationalen UNO-Konferenzen zu Umwelt- und Sozialpolitik, Weltbevölkerungs-, Menschenrechts- und Frauenpolitik in der zunehmenden Vernetzung sozialer Bewegungen zu transnationalen Bewegungsnetzwerken und NRO. Während jedoch Enthusiasten die Tatsache, daß über 1500 NRO ständig bei der UN akkreditiert sind, als Zellkern der internationalen Zivilgesellschaft im *global village* abfeiern, kritisieren Zweifler die politische Einflußlosigkeit der barfüßigen Revolution, die sich – wie zuletzt auf der Klimakonferenz in Berlin – in den enttäuschenden Ergebnissen internationaler Konferenzen manifestiert. NRO – ernstgenommene Lobbyisten auf internationalem Konferenzparkett oder ohnmächtige Hobbyisten der außerkonferenziellen Opposition?
Ziel der Tagung ist es, die anstehenden Herausforderungen und die politischen Einflußmöglichkeiten internationaler Bewegungsnetzwerke kritisch zu beleuchten. Mit kompetenten ReferentInnen werden Aspekte der transnationalen Vernetzung von NRO, der Grenzen nationaler Reformprojekte und die Organisationsformen der internationalen Zivilgesellschaft und erörtert. Neben der Vorstellung einer politischen Praxis von nationalen *grassroots-movements* anhand ausgewählter Länderstudien werden insbesondere die Aktivitäten der NRO's auf internationaler UNO-Konferenzen diskutiert sowie deren Ergebnisse von VertreterInnen internationaler NRO kritisch bilanziert.

I. Dimensionen internationaler NRO:

Fr, 03. 11. 1995

18:00 Uhr: Abendessen

19:30 Uhr: PD Dr. Dieter Rucht (WZB, Berlin): Die Grenzen nationaler Reformprozesse und transnationale Bewegungsorganisationen

Sa, 04. 11. 1995

9:30 Uhr: Prof. Dr. Reinhart Kößler (peripherie, Bochum; angefragt): NRO und internationale Zivilgesellschaft

TAGUNGSANKÜNDIGUNG

10:45 Uhr: Kaffee-Pause

11:00 Uhr: PD Dr. Annette Zimmer (Johns-Hopkins-Projekt Deutschland, Kassel): Dritte-Sektor-Forschung, internationale NRO und Bewegungsnetzwerke

12: 30 Uhr: Mittagessen

14:00 Uhr: Manfred Lesea, („Fünfte Macht"-Symposium, Strassbourg): Infrastruktur internationaler Vernetzung: NRO und neue Medien

15:15 Uhr: Kaffee-Pause

II. Fallbeispiele, Aspekte politischer Praxis

15:30 Uhr: Prof. Dr. Gudrun Lachenmann (Bielefeld): NRO und entwicklungspolitische Arbeit – Fallbeispiel der Bauernbewegung in Afrika

16:45 Uhr: Dr. Hildegard Scheu (Bad Homburg): Die politische Praxis nationaler *grass-roots-movements* und internationaler Kooperation – Fallbeispiel der Frauenbewegung in Indien

18:00 Uhr: Abendessen

III. Internationale Konferenzen und NRO-Foren

So, 05. 11. 1995

9:30 Uhr: Dr. Christian Lahusen (Düsseldorf): Chancen und Grenzen internationaler Kampagnen

10:45 Uhr: Kaffee-Pause

11:00 Uhr: Kurzreferate von NRO-VertreterInnen zu den UNO-Konferenzen:
Ines Holthaus (Terre des Femmes, Münster): Internationale Frauenbewegung und Menschenrechte – Erfahrungen aus Wien und Peking
Daniel Jannet (Berlin): Zur Strategiefähigkeit von Bewegungsnetzwerken – Beobachtungen währen des Klimaforums in Berlin

Teilnahmegebühr bei Ankunft zu zahlen:
DM 60 für Studierende/ Arbeitslose, DM 120 für alle anderen TeilnehmerInnen.
In der Teilnahmegebühr sind Unterbringung und Verpflegung enthalten.
Anmeldungen und Fragen an: Markus Rohde • Dorotheenstr. 85 • 53111 Bonn • 0228/691043

CALL FOR PAPERS

Veranstaltung der Sektion „Soziale Probleme und soziale Kontrolle"
der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Ethnisierung von Devianz und sozialer Kontrolle

29. und 30.06.1996
Berlin, Humboldt-Universität,
Fakultätsinstitut für Sozialwissenschaften, Universitätsstr.3b

Warum dieses Thema? In Deutschland werden Menschen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit angegriffen, inner- und interethnische Konflikte werden in der Bundesrepublik ausgetragen (z.B. der türkisch-kurdische Konflikt), die Diskussion um die Lösung der deutschen Staatsangehörigkeit von der ihr zugrunde liegenden Idee der Ethnie wird heftig diskutiert – um nur einige Beispiele zu nennen. Die Soziologie sieht soziale Konflike in immer stärkerem Maß von Ethnisierung bestimmt, soziale Bewegungen auf der Basis von ethnischen Identitäten werden in stärkerem Maße für möglich gehalten, aber auch eine Veränderung der sozialen Kontrolle durch eine zunehmende Ethnisierung des Rechts wird diskutiert. Kurzum, das in funktional differenzierten Gesellschaften überkommen geglaubte (askriptive) Merkmal der Ethnie scheint an Bedeutung zu gewinnen – vielleicht gerade weil es über eine besondere Integrationskraft verfügt. Die anvisierte Veranstaltung möchte diesen Trend in der Diskussion aus verschiedenen Perspektiven (inhaltlicher, theoretischer und methodischer Art) untersuchen. Wir laden ein zu empirischen und konzeptionellen Beiträgen – z.B. aus so unterschiedlichen Bereichen wie der Ungleichheitsforschung, der Migrationsforschung, der Forschung zu fremdenfeindlicher, rechtsradikaler Gewalt, aber auch der Täter- und Opferforschung mit Befragten aus verschiedenen Ethnien.
Reisekosten können leider nicht erstattet, preisgünstige (Universitäts-)Unterkünfte jedoch können vermittelt werden.

Anmeldungen von Beiträgen bitte bis zum **31.11.1995** (Programmversand, Anmeldungen und Vermittlung von Unterkünften, all das geschieht Anfang 1996) an:
Dr. Wolfgang Kühnel, Humboldt-Universität zu Berlin, Fakultätsinstitut für Sozialwissenschaften, Universitätsstr.3b, 10099 Berlin, Tel. 030/20315-200/333 (d); 4422575 (p), Telefax: 20315223; oder an

Dr. Thomas Ohlemacher, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), Lützerodestr.9, 30161 Hannover, Tel. 0511/34836-13 (d); 05136/894523 (p);
eMail ohlemacher@kfn.uni-hannover.de

CALL FOR PAPERS

Soziale Bewegungen zwischen Kontinuität und Transformation

Eine Bilanz am Beispiel der Umweltbewegung

Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises 'Soziale Bewegungen' 25. bis 27. Mai 1996, Leichlingen (NRW)

Seit den 68er bis zu den 90er Jahren haben die sozialen Bewegungen unterschiedliche Phasen und Formen des Wandels durchgemacht. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit es sich dabei um bewegungsdynamische Entwicklungs- und Lernprozesse, um Anpassungsprozesse an politische, ökonomische und soziale Bedingungen der Akteure, um vorübergehende Phänomene oder um eine übergreifende und langfristige Entwicklung innerhalb des vielfach konstatierten Prozesses der Verschiebung des Politischen handelt.

Die geschilderten Veränderungen haben alle neuen sozialen Bewegungen erfaßt, ob es sich um die Friedens-, die Antiatomkraft-, die Alternativ- oder die Frauenbewegung handeln mag. Insofern geht es bei dem beobachteten Phänomenen um keinen singulären Fall, sondern um eine Erscheinung, die den gesamten Bereich des Politischen erfaßt hat und in veränderten Formen des Protestverhaltens der neuen sozialen Bewegungen nur deutlich zum Ausdruck kommt.

Ob diese Beobachtungen zutreffen und wie sich diese Veränderungen deuten lassen, soll anhand einer neuen sozialen Bewegung, nämlich der Umweltbewegung, exemplarisch überprüft werden. Insofern zielt der Titel der Tagung 'Bilanz der Umweltbewegung: Geschichte, Gegenwart und Zukunft' auf einen Vergleich, der die Umweltbewegung nicht als solche in den Mittelpunkt des Interesses stellt, sondern als eine unter anderen.

Inhaltlich wird es vor allem um unterschiedliche Aspekte des Wandels der Organisations-, Mobilisierungs- und Aktionsformen gehen. Ferner sind Fragen von Interesse, die einen Themenwandel im Protestverhalten untersuchen, den Bereich der Medientechniken und –Wirksamkeit der Umweltbewegung kritisch reflektieren, auf veränderte Binnenstrukturen zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Aktivisten, Anhängern und Sympathisanten der Umweltbewegung eingehen sowie die generelle Diffusion eines entsprechenden Umweltbewußtseins in der Bevölkerung insgesamt, aber auch in Bereichen wie Politik, Wirtschaft oder Recht als Fragestellung aufnehmen.

Wer Interesse hat, einen Beitrag zur Tagung zu liefern (Frist: 31.12.95) oder auch nur daran teilzunehmen, ist herzlich eingeladen, sich bei folgender Adresse zu melden:

Dr. Ruud Koopmans, Wissenschaftszentrum Berlin, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Tel: 030-25491-310 (Sekretariat), Fax: 030-25491-308.

Otto Kallscheuer

Was heißt schon Kommunitarismus?

1. Eine Definition und ihre Probleme

Kommunitarismus, bekanntlich ein amerikanisches Lehnwort (von 'communitarianism'), ist eine neuere Bezeichnung für 'Gemeinsinn'–Orientierung oder 'Gemeinschaftssinn', sei es als diagnostische Kategorie soziologischer Analyse, sei es als normatives Ziel politischer Theorie. Ebendieser Doppelsinn, wie er typisch für politisch 'geladene' Begriffe aus der Sozialphilosophie ist, macht natürlich ebenso den Reiz, die Anziehungskraft dieses Konzepts (oder dieser Begriffsfamilie) aus wie er zugleich eines der Probleme der Debatte um den Kommunitarismus darstellt.

Es macht nämlich durchaus einen Unterschied, ob man sozusagen wertfrei feststellt, daß alle funktionierenden Demokratien so etwas wie einen Humus an gemeinschaftlichen Werten, Traditionen und Praktiken benötigen, damit sie als aktive Gesellschaften oder Gemeinwesen funktionieren können (der Mensch lebt schließlich nicht von idealen Sprechsituationen allein), *oder* ob man diesen wünschenswerten gemeinsamen Humus an Werten, Traditionen und Praktiken darüber hinaus auch zur einzigen moralischen Berufungsinstanz erhebt. Diese zweite Alternative könnte eine ethisch hochintegrierte, aber eben deshalb fremdenfeindliche Bürgergemeinde sein – denken wir nur an irische Protestanten, die keine Papisten in Ulster sehen wollen; an amerikanische Nativisten (übrigens oft die Nachkommen derselben schottischen Presbyterianer, die sich ebenfalls vor einigen hundert Jahren in Nordirland niedergelassen haben), oder an Schweizer Überfremdungsinitiativen, die meist zugleich recht basisdemokratisch auftreten.

Man kann hingegen sehr wohl gleichzeitig 'kosmopolitisch' in seinen moralischen Grundauffassungen sein (oder sagen wir besser 'universalistisch' – denn eine Kosmopolis, einen Welt-Staat, dessen Bürger wir sein könnten, gibt es ja nicht[1]) und dennoch nach mehr bürgerlichem, zivilem oder patriotischem Gemeinsinn rufen, weil nur in einem Milieu von gemeinschaftlich geteilten (und das kann auch heißen: umkämpften) Werten, Traditionen und Praktiken ein auf politisches Handeln ausgerichteter Bürgersinn wachsen kann und eine zivile Solidarität gedeiht, die nicht sofort nach dem Staate ruft, wo der Nachbar oder die Familienangehörigen gefragt sind. Typisch für die meisten Aufklärer des 18. Jahrhunderts (d.h. *vor* der Erfindung des Nationalismus) war ein solches wohltemperiertes Gleichgewicht von Patriotismus und Weltbürgertum, am schönsten vielleicht vertreten durch Montesquieus Maximen eines Kosmopoliten: „Wenn mir etwas bekannt wäre, das mir nützte, aber nachteilig wäre für meine Familie, so verbannte ich es aus meinen Gedanken. Wenn mir etwas

bekannt wäre, das meiner Familie nützlich wäre, aber nicht meinem Vaterland, so würde ich mich bemühen, es zu vergessen. Wenn mir etwas bekannt wäre, das meinem Vaterland nützen, aber Europa schaden oder Europa nützen, aber der Menschheit schaden würde, so sähe ich dies wie ein Verbrechen an." (Montesquieu, Mes Pensées)

Zurück zu den 'Kommunitaristen'.[2] In der akademischen Öffentlichkeit der USA (welche bekanntlich, anders als in Europa, recht wenig mit der wirklichen Welt gemein hat) werden u.a. die Philosophen Alasdair MacIntyre und Charles Taylor zu den Kommunitaristen gerechnet, die Soziologengruppe um Robert Bellah, der Ökonom Amitai Etzioni[3], der kürzlich verstorbene Historiker Christopher Lasch und der politische Theoretiker Michael Walzer. In ihrer ethischen Kritik an einem individualistisch verengten 'Liberalismus' und ihrer soziologischen Kritik an einem rationalistisch verkürztem Gesellschaftsbild plädieren sie für eine stärker an sozialem 'Gemeinsinn' und lebensweltlich erfahrbaren 'Gemeinschaften' orientierte neue politische Sensibilität.

2. Christliche Tradition und romantische Soziologie

Doch die Suche nach einer spezifischen Intensität und moralischen Qualität „politischer Vergemeinschaftung" (Max Weber) steht in einer weitaus älteren Tradition. Die ethisch-politische Frage nach dem Grad an Gemeinschaftlichkeit als Kriterium für die Legitimität des Gemeinwesens läßt sich bis auf die beiden großen Kirchenlehrer der abendländischen Christenheit zurückverfolgen – auf Augustinus und Thomas von Aquin. Allerdings geraten beide Dimensionen von Gemeinschaft – die 'augustinianische' der radikalen Demokratie und die 'thomistische' der sozialen Subsidiarität – häufig in Konflikt miteinander, und zwar in der Kirchengeschichte ebenso wie in der Debatte um den Kommunitarismus (ausführlicher dargestellt in Kallscheuer 1994).

Augustinus' Kritik an Ciceros Staatsauffassung lautete, daß es nach dessen eigener Definition niemals eine res publica Romana gegeben habe, wenn er nämlich res publica als res populi, als die Sache des Volkes definiert (Cicero, Über den Staat: 2, 42): Einer civitas terrena, welche wie die römische Republik bloße Rechtsordnung ist, fehle die wahrhafte Gerechtigkeit, die erst aus einer beliebig zusammengewürfelten Menge (multitudo) ein Volk (populus) macht. „Wo demnach keine wahre Gerechtigkeit ist, kann es auch keine durch Rechtsgleichheit verbundene Menschengemeinschaft geben und also kein Volk. Wenn aber kein Volk, so auch keine Volkssache, sondern nur Sache der Menge, die den Namen Volk nicht verdient" (Vom Gottesstaat: XIX.21). Über den radikalen Flügel der Reformation sollte diese 'augustinianische' Sensibilität – insbesondere über die Politisierung der „Bundestheologie" des Alten Testamentes bei Calvinisten und Puritanern – dann auch zur Frage an die Legitimität der Herrschaftsordnung werden.

Die „moralökologische" Frage nach der angemessenen sozialen „Einbettung" von Eigentumsordnung und politischen Institutionen – in der katholischen Soziallehre bekannt als „Subsidiaritätsprinzip" – geht insbesondere auf die „Soziologie" des Hl. Thomas von Aquin zurück, die sich um eine differenzierte Integration von gesellschaftlicher Ordung und individueller Freiheit auf der Grundlage des als vernünftig erkennbaren „Naturgesetzes" bemüht. In diesem Sinne ist die Kontextgebundenheit der Person (im Unterschied zum atomistischen „Individuum" – dazu Maritain 1925: 29 ff.; vgl. Taylor 1985), die zu Recht von Rainer Forst (1994) zur Ausdifferenzierung der amerikanischen Debatten über Rawls und sei-

ne Kritiker herausgearbeitet wird, schon je eine Selbstverständlichkeit für gute thomistische Dialektiker gewesen. Mit thomistischen Argumenten kritisierten im 19. Jahrhundert die katholischen Ultramontanen und dann Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „Rerum novarum" (1891) ebenso den ökonomischen wie den politischen Liberalismus und die demokratische Volkssouveränität. Im 20. Jahrhundert plädierte hingegen der thomistische Philosoph Jacques Maritain – eher von 'links' – für eine zugleich kommunitaristische wie „personalistische" Demokratie, für eine Integration von Freiheit und Gemeinsinn (Maritain 1936). Und 'rechte' wie 'linke' Aspekte der katholischen Soziallehre – Johannes Pauls II. Enzyklika „Centesimus Annus" (1991) wie die Sozialkritik U.S.-amerikanischer Bischofskonferenzen – werden noch heute in den Vereinigten Staaten unter dem Etikett 'Kommunitarismus' diskutiert. Hierzulande könnte man auch an die Diskussionen um ein gemeinsames Wort der beiden großen christlichen Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" denken (in von Auer/Segbers (Hrsg.) 1995).

Kritikern, ich nenne etwa Stephen Holmes oder Derek L. Philips, gilt die kommunitaristische Diagnose einer Erosion sozialer Solidarität als Konsequenz von Liberalismus und Industrialismus häufig als bloß rückwärtsgewandte Nostalgie oder freiheitsfeindliche „Gemeinschaftsfalle" (Holmes). Ein solches Verdikt läuft allerdings Gefahr, auch einen Großteil der soziologischen Reflexion der Moderne selbst zu verabschieden. Denn die Diagnose der Schwerpunktverlagerung sozialer Integration von der „Gemeinschaft zur Gesellschaft" (Ferdinand Tönnies) und des Zusammenhangs zwischen der „Ausdehnung der sozialen Gruppe und der Erweiterung von Individualität" (Georg Simmel) geht zurück auf die Anfänge der Soziologie überhaupt: auf die politische Anthropologie Montesquieus und Rousseaus und dann später die romantische Reflexion der sozialen und politischen Moderne.

Eine der Fragestellungen, die etwa Johann Gottfried Herder lebenslang beschäftigte – „Haben wir noch das Publikum und Vaterland der Alten?" – zielt auf den Zusammenhang zwischen der historisch veränderten Struktur der sozialen und literarischen Kommunikation (das „Publikum" der Hebräer, Griechen, Römer ...) und dem jeweiligen Grad an politischer Integration bzw. „Patriotismus". Und auch Rousseaus Forderung nach einer republikanischen „Bürgerreligion" ist die Konsequenz aus seiner Diagnose der moralischen Desintegration der neuzeitlichen Gesellschaften und großen Territorialstaaten. Nach der Französischen Revolution wird der ethische Kontrast zwischen Egoismus und Bürgertugend von Benjamin Constant (1819) reformuliert und neu bewertet: als politisch-soziologische Differenz zwischen der direkten Demokratie der Alten und der repräsentativen Demokratie der Moderne, der Marktgesellschaft und des Territorialstaats.[4] G.W.F. Hegel und Karl Marx schließlich haben die Chancen zu sozialer Gemeinschaftsbildung (den Grad an „Sittlichkeit") unter Bedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft auch mit der Identitätsbildung, der Herausbildung von „Selbstbewußtsein" und „Selbstgefühl" in Zusammenhang gebracht: „Nur dies Gefühl, welches mit den Griechen aus der Welt und mit dem Christentum in den blauen Dunst des Himmels verschwindet, kann aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen." (Marx 1974: 338 f.)

Die Inhalte, mit denen im Europa des 19. Jahrhunderts eine Vergemeinschaftung kollektiver Identitäten in modernen Gesellschaften – als Gegengewicht zur mit der Entstehung der In-

dustriegesellschaft und dann der Massendemokratie einhergehenden „sozialen Entropie" (Ernest Gellner) – angestrebt wurde, sollten allerdings auch für die politischen Bewegungen und „cleavages" des 20. Jahrhunderts bestimmend bleiben. Die wichtigsten waren: die *Konfessionalität*, also die Politisierung der Gemeinschaft der Gläubigen; die *Nationalität*, als Bewegung der „Nationalisierung der Massen" (George L. Mosse) zur Volksgemeinschaft; die *soziale Frage*, als soziale Bewegung zur solidarischen Klassengemeinschaft.

3. Deutsch-Amerikanische Mißverständnisse

In Deutschland, trotz oder wegen der Wiedervereinigung, stößt heute die Rede von einer mehr als bloß politischen Gemeinschaft, eines nicht nur „verfassungspatriotischen", sondern gar „sittlichen Staats" (Böckenförde) zumeist auf Mißtrauen, wenigstens auf Seiten der Linken – schon aufgrund der verhängnisvollen Tradition der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft". Das hat gewiß gute Gründe. Übersehen wird dabei aber zumeist, daß „Community" in der amerikanischen politischen Umgangssprache eine vorrangig demokratische und partizipatorische Bedeutungstradition hat. (Darauf hat in der deutschsprachigen Literatur vor allem Hans Joas zu Recht insistiert.) Freilich wird Alexis de Tocquevilles idealisierte Sicht auf das „Jacksonianische", nachrevolutionäre Amerika von vielen 'communitarians' immer noch für bare Münze genommen.

Zutreffende Kritiken an solchen Idealisierungen vergangener politischer Gemeinschaften widerlegen allerdings die aktuelle Erfahrung nicht, daß ohne gemeinschaftliche Formen der Bürgersolidarität der lebensweltliche Humus auch (und gerade) für eine entwicklungsfähige liberale Demokratie schwindet. In der amerikanischen Zwischenkriegszeit vertritt die „Community" ein präzises demokratietheoretisches Problem: Die „Great Community", die John Dewey 1927 forderte (Dewey 1980), war – um hier einmal den deutschen soziologischen Jargon zu bedienen – die linke Antwort auf die Schere, die sich nach dem Ersten Weltkrieg auch in der amerikanischen Massengesellschaft (der „Great Society") zwischen 'systemischer Integration' und 'Sozialintegration' geöffnet hatte. Damals kamen „realistische" Demokratietheoretiker wie Walter Lippmann zu dem Schluß, die Vorstellungen einer aktiv partizipierenden Öffentlichkeit, auf der ja die Ideale der U.S.-amerikanischen Demokratie beruhten, seien auf das Amerika des zwanzigsten Jahrhunderts mit einem amorphen, durch Massenmedien desinformierten und politisch desinteressierten Massenpublikum nicht mehr anwendbar: Statt einer „Phantom-Öffentlichkeit" nachzujagen, sollten daher die linken Intellektuellen besser an der Entwicklung von Politikberatung (*policy-sciences*) arbeiten. Weit eher als die demokratische Beteiligung der gewöhnlichen Bürger seien nämlich politikwissenschaftliche Experten bei der politischen Entscheidungsfindung vonnöten.[5]

John Dewey bestritt nun diesen Theoretikern einer durch Experten angeleiteten „demokratischen Elitenherrschaft" nicht ihre Diagnose, daß ein industrieller Kontinentalstaat im Zeitalter moderner Massenmedien nicht mehr mit den Methoden der Town-meetings der amerikanischen Gründerzeit zu regieren sei: „We have inherited, in short, local town-meeting practices and ideals. But we live and act and have our being in a continental national state. We are held together by non-political bonds, and the political forms are stretched and legal institutions patched in an *ad hoc* and improvised manner to do the work they have to do." (Dewey 1980: 113f.) Damit aber stelle sich erst das eigentliche Problem: Die Schaffung einer öffentlichen Sphäre, die an Ausmaß, Dif-

ferenziertheit und Komplexität der Massendemokratie bzw. einer „Great Society" gewachsen sein muß, ist die Bedingung dafür, die Ideale demokratischer Partizipation den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft anzupassen, statt sie wie Walter Lippmann zu verabschieden. Wenn die Massengesellschaft durch neue und vielfältigere Formen wechselseitiger sozialer, technologischer, institutioneller Abhängigkeit ihrer Mitglieder gekennzeichnet ist, dann muß die Aufgabe der Sozialwissenschaften darin liegen, zur Ausbildung einer gemeinsamen Sprache, von Kommunikationsmedien und Interaktionsformen beizutragen, die zum Verständnis und zur demokratischen Kontrolle dieser systemischen Abhängigkeit taugen.

„Till the Great Society is converted into a Great Community, the Public will remain in eclipse. Communication can alone create a great community. Our Babel is not one of tongues but of the signs and symbols without which shared experience is impossible." (Dewey 1980: 142) Diese „Great Community" ist gerade keine autoritäre oder harmonistische Lösung – im Sinne der „Volksgemeinschaft", wie sie zur selben Zeit in deutschen Landen inauguriert wurde –, sondern die Problemformulierung: (Wie) ist partizipatorische Demokratie in einer komplexen Gesellschaft möglich? „Regarded as an idea – schreibt Dewey – democracy is not an alternative to other principles of associated life. It is the idea of community life itself." (Dewey 1980: 148)

Eine der entscheidenden Einsichten John Deweys bestand nun darin, daß in einer Massengesellschaft die Erziehung zur Demokratie und die Praxis der Demokratie eine Verankerung in kleineren, lokalen Einheiten („face to face communities") erfordert: „Democracy must begin at home, and its home is the neighborly community". (Dewey 1980: 213 zu dieser Frage auch Bernstein 1985: 48ff.) Die „Great Community" der Demokratie setzt sich als eine „community of communities" aus vielen konkreten Nachbarschaftsgemeinschaften, freiwilligen Vereinigungen, Teilöffentlichkeiten usw. zusammen.

4. Drei Kontexte von Kommunitarismus

Die soziologische Diagnose eines demokratisches Defizits und die ethische Therapie hängen, ich habe es eingangs bereits angedeutet, im Kommunitarismus eng zusammen. Kommunitaristen diagnostizieren die mit fortschreitender funktionaler Differenzierung moderner Industriegesellschaften und der Abnahme traditionaler sozialer Bindungen steigende 'Individualisierung' sowie die anwachsenden geographischen, sozialen, Beziehungs- und politischen „Mobilitäten" (Michael Walzer) der Bürger zugleich als normatives Manko: Das Fehlen von Gemein(schafts)sinn in modernen Demokratien stelle prospektiv eine ernsthafte Gefahr für demokratische Gemeinwesen selbst dar. Welcher Gemeinsinn allerdings an die Stelle der sich zersetzenden moralischen Routinen (von der Familie bis zur Arbeitswelt) treten könne, bleibt unter Kommunitaristen umstritten.

Dies liegt auch an terminologischen Unschärfen. René König hat auf die „sprachlichen Probleme" des gleichzeitig deskriptiv wie normativ verwandten englischen Wortes „Community" mit oft religiösem Bedeutungshorizont hingewiesen, „indem (der Begriff) einmal die Gemeinde im spezifischen Sinne, dann aber auch Gemeinschaft im allgemeinsten Sinne sozialer Verbundenheit überhaupt meint" (König 1958: 21). Bis vor gut einem Jahrzehnt etwa – m.a.W. bevor er zum akademischen Markenzeichen der Kritiker bzw. schöpferischen Weiterentwickler der „Rawls-Schule" wurde – war in

den U.S.A. der Ausdruck 'communitarianism' vornehmlich in der Religions- und Kultursoziologie gebräuchlich und wurde hier für utopische und gegenkulturelle Gemeinschaften in den U.S.A. verwandt. Seit den achtziger Jahren hingegen wird 'Kommunitarismus' eher als Sammelbegriff für ein Erkenntnisinteresse der Moralphilosophie und Sozialwissenschaften verstanden. Mitunter geht damit die Berufung auf ein spezifisches normatives Politikverständnis einher: den 'Republikanismus'. Diese drei Bedeutungen von 'Kommunitarismus' werden in der deutschen Debatte allerdings häufig vermengt.

4.1 Religiöse Gegenkultur

Neben Lebensreformern und utopischen Sozialisten, oft Filiationen der Owen'schen und Fourier'schen Schulen, wurden in den U.S.A. unter 'communitarians' vor allem religiöse Gruppen verstanden, millenaristische Sekten und Gemeinden, die sich nach der zweiten großen Erweckungsbewegung zu Anfang des 19. Jahrhundert als „Enklaven der Differenz" bildeten (Fogarty 1993). Die vielleicht bekanntesten und ob ihrer „Komplex-Ehen" pikantesten waren die von John H. Noyes um die Jahrhundertmitte im Staate New York gegründete „perfektionistische" Oneida Kommune und der anfängliche theokratische Kommunismus der Mormonen. Aber es gab im Amerika des 19. Jahrhunderts, „zwischen Pfingsten und Armageddon" (Perry Miller), zahllose religiöse 'communitarians' und diverse Propheten, Religionsgründungen und Königreiche Gottes (siehe die schöne Fallstudie von Johnson/ Wilentz 1994). Deren Nachfolger finden sich heute in der New Age Bewegung und den Kommunen diverser synkretistischer Religions- und Bewegungsgründer vom Schlage eines Baghwan, Jim Jones oder David Koresh. Immerhin waren die Vereinigten Staaten selber aus den Kolonien dissidenter Puritaner, Quäker und Baptisten in der Neuen Welt hervorgegangen.

4.2 Republikanismus oder zivile Gesellschaft

Unter 'Republikanismus' wird eine in hohem Maße auf Bürgertugend (also die aktive Ausübung politischer Freiheit) aufbauende Konzeption des politischen Gemeinwesens verstanden. Als Bezugspunkte gelten schon für Montesquieu neben der Tradition der griechischen Polis und des republikanischen Rom der Bürgerhumanismus frühneuzeitlicher Stadtrepubliken. Über die „atlantische Tradition" (John G.A. Pocock) ist dieser Republikanismus auch für die Geschichte der U.S.A. von Bedeutung. Gegenüber einem rein „besitzindividualistisch"-liberalen Selbstverständnis der amerikanischen Republik, wie es charakteristisch für die Jahre des Kalten Krieges war, ist die Tradition eines (neo-)klassischen Republikanismus in den letzten Jahren deutlich rehabilitiert worden.

Die Neubewertung des Republikanismus beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Ideengeschichte (wengleich sie manchmal diese Form annimmt). Auch in aktuellen Arbeiten zur Demokratietheorie finden sich verstärkt „republikanische", kommunalistische, basisdemokratische Akzente von „starker Demokratie" (Barber 1994): Die Partizipation der Bürger am politischen Prozeß soll den republikanischen Gemeinsinn festigen (oder stiften) - die Teilhabe an einer gemeinsamen kulturellen Tradition soll Partizipation befördern (oder erst ermöglichen).

Schon Hannah Arendt hatte die freiwilligen Assoziationen der neuenglischen Revolutionäre als Basis politischer Freiheit – also der „vita activa" im emphatischen Sinne – betrachtet. Ihre These vom Gegensatz zwischen der Fran-

zösischen (sozialen) und der Amerikanischen (republikanischen) Revolution hat – auch als Konsequenz der Rolle von Bürgerkomitees bei den antitotalitären 'Revolutionen' Osteuropas – in der politologischen Diskussion beiderseits des Atlantik eine neue Aktualität erhalten.

Stärker an moralisch-politischen Grundwerten des Gemeinwesens und Vorstellungen des 'guten Lebens' ausgerichtet ist die Interpretation der republikanischen Idee von Michael Sandel (Sandel 1995). Am öffentlichen Streit über die Grenzziehungen zwischen öffentlicher und privater Moral, zwischen Religion und Politik – von der Familienpolitik und Sexualmoral bis hin zu Fragen medizinischer Ethik: also Fragen, die ein klassischer Liberalismus in die Privatsphäre verbannt hatte – nehmen naturgemäß auch neo-konservative Rechte und wertkonservative Liberale ('Linke') teil, nicht zuletzt im U.S.-amerikanischen Katholizismus. Akademisch äußert sich dies in einer Renaissance des aristotelischen und thomistischen politischen Denkens in den U.S.A. Der wichtigste postmoderne Thomist ist wohl Alasdair McIntyre (1987).

Doch wäre es falsch, solche „Engführungen" (Habermas) von moralischer und politischer Loyalität als die einzig plausible politische Konsequenz aus kommunitaristischer Sozialphilosophie anzusehen. Dies aus zwei Gründen: Zum einen hat das „römische", neoklassische Republikideal, das für puritanische Farmer-Bürger aus Neu-England oder auch Thomas Jeffersons republikanischen Agrarstaat Virginia bestimmend gewesen sein mag, den U.S. Verfassungskonvent von Philadelphia der Jahre 1787/8 keineswegs unbeschadet überstanden. Auf diesem setzten sich bekanntlich die Verfasser der Federalist Papers gegen die „antiföderalistische" Kritik durch: Die Gründungsväter wollten jeder Gefahr von „factionalism", sektoralen Eigeninteressen und (nicht zuletzt) Separatismus einen Riegel vorschieben. Die U.S.A. sind somit – im Gegensatz zur „kommunalen", basisdemokratischen Tradition des frühen Republikanismus – kein neues Athen oder Rom und kein Rousseau'sches „Korsika" oder „Polen" geworden, sondern ein starker Bundesstaat mit einer institutionalisierten liberalen Gewaltenteilung. Seitdem beherrscht der Gegensatz von „Republikanismus" und „Liberalismus" auch verfassungspolitisch die amerikanische Politik und Rhetorik, wobei die republikanische Tradition nicht nur für die antizentrale direkte Demokratie in „our small town", sondern auch für eine populistische Kritik an der Moderne in Anspruch genommen wurde.[6]

Zum anderen warnen Kritiker des Republikanismus auch vor den Gefahren einer freiheitsfeindlichen Diktatur „tugendhafter" lokaler Mehrheiten. Nicht die sittlich vereinigte homogene Republik, sondern die pluralistische Arena der „civil society" bildet hier das Leitbild – nicht die republikanische Militanz, sondern die zivile Toleranz gilt als Bürgertugend (Walzer 1992). Der liberale Gedanke, mehr als ein diverse moralische oder religiöse Traditionen „überlappender Konsens" (John Rawls) sei in modernen Gesellschaften weder wahrscheinlich noch wünschenswert, wird auch von oft dem Kommunitarismus zugerechneten politischen Theoretikern wie z.B. Michael Walzer betont. Allerdings setzt diese „zivile" Toleranz keinerlei spezifische – z.B. irgendwie universalistische – philosophische Konzeption voraus. Walzers kulturell-pluralistischer Liberalismus ist vielmehr wie auch die Rawls'sche Theorie der Gerechtigkeit als Fairneß „politisch, nicht philosophisch" begründet: Weil in der Einwanderungsgesellschaft U.S.A. auch die ethnischen und kulturellen, die moralischen und religiösen Identitäten (insbesondere) kultureller Mehrheiten und Minderheiten das öffentliche Leben bestimmen, könnte jede staat-

liche Befestigung bestimmter (herkunfts-)gruppenspezifischer Sittlichkeiten in moralische Bevormundung und ethnische Dominanz umschlagen. Das heutige Amerika muß somit die Bürgertugenden der Partizipation wiederentdecken, ohne dabei den einfachen sozial-moralischen Code des neuenglischen Puritanismus und neoklassischen Republikanismus noch gesamtgesellschaftlich als verbindlich voraussetzen zu können.[7]

Zudem ist – historisch betrachtet und *policy*-bezogen – der Gegensatz von Republikanismus und Liberalismus, zwischen „populistischer Rhetorik" (anti-government) und dem Ausbau der Kompetenzen der „public administration" (pro-government), eher ideologischer als realer Natur: „American public institutions were shaped through the political dynamics of American populist myth".[8] Auf Phasen kommunaler Partizipation können Phasen des privatistischen Rückzugs folgen, in denen man sich stärker auf das rechtsstaatliche liberale Minimum verläßt (und in denen in der öffentlichen Philosophie wieder der Liberalismus vorherrscht); auf Phasen des Engagements für das „public good" des Staates folgen Phasen der Revitalisierung lokaler, ethnischer usw. *communities*.

4.3 Kontextualismus in Ethik und Sozialwissenschaften

Fachphilosophisch kann der Kommunitarismus in die „post-analytische" Phase der anglo-amerikanischen Philosophie eingeordnet werden, zu der im weiteren Sinne auch der Neopragmatismus in der Erkenntnistheorie und Demokratieauffassung gehört (Rajchmann/West 1985; Rorty 1987). Doch bilden die 'communitarians' weniger eine Denk-'Schule' als vielmehr eine 'Familie' rationalismuskritischer Argumente: Methodisch konzentrieren sie ihre Kritiken insbesondere auf die Fiktion des „atomistischen", d.h. ursprünglich un- oder vorgesellschaftlichen Individuums – mit Argumenten, die man natürlich auch schon beim heiligen Thomas von Aquin oder dem weniger Heiligen Karl Marx aus Trier hätte nachlesen können. Aber in den U.S.A. sind die verschiedenen akademischen Departments (Divinity, Philosophy, English Department, Government) häufig durch einen nicht immer philosophischen „Schleier der Unwissenheit" (John Rawls) voneinander getrennt. Diese Fiktion bestimmte nämlich die in den Philosophy-Departments dominanten Moralauffassungen der Gegenwart: ob in der utilitaristischen Version eines rational kalkulierenden Bedürfnissubjekts oder in der kantianischen Variante eines a priori regelgeleiteten Vernunftsubjekts.

Kommunitaristen kritisieren also ein individualistisches und szientistisches Selbstverständnis der Moderne, freilich aus einer Tradition solidarischer Normen heraus, der gerade die Aufklärung sich ursprünglich verpflichtet wußte. Das übergreifende Charakteristikum des Kommunitarismus in der Moralphilosophie liegt dabei wohl in seiner stärker soziologischen Einbildungskraft. Diese weiß um den „Kontextualismus" der Begründung von Normen und Tugenden sozialer Solidarität und um die „dichten Beschreibung" (Clifford Geertz) ihrer Bedeutung in sozialer Praxis. Auch gehaltvolle Sozialkritik ist schließlich darauf angewiesen, an die moralischen Standards der kritisierten Gesellschaft anzuknüpfen. Im Gegensatz zur Idee einer 'reinen' Vernunftmoral bedarf solch „interne" Gesellschaftskritik (Walzer 1993) daher einer historischen Hermeneutik ethischer Wertvorstellungen. Gleichzeitig wird sie – gegenüber rationalistischen Moralprinzipien – die Schlüsselrolle moralischer Empfindsamkeit rehabilitieren. Beide Akzente sind allerdings weder antiliberal noch antiaufklärerisch, sondern eher die Rückkehr zu vernachlässigten skeptischen, historistischen und

sensualistischen Seiten der Aufklärung selbst: zu einer Moderne von Montaigne und Montesquieu, von Hume, Rousseau oder Herder.

Damit läßt sich auch der 'Relativismus'-Vorwurf leicht abweisen, dem sich die Vertreter des Kommunitarismus im Dialog mit 'universalistischen' Moralbegründungen häufig ausgesetzt sehen: Was Freiheit des einzelnen heißt, was es bedeutet, sein eigener Herr zu sein, läßt sich gar nicht jenseits der gesellschaftlich geteilten Bedeutungen von Ehre, Würde, Unabhängigkeit, Solidarität und Ungerechtigkeit bestimmen. Was wir selbst sind – und sein wollen –, gewinnt seine Bedeutung nur durch „tiefe" Wertorientierungen, „die untrennbar mit uns als Handelnden verknüpft sind", so daß wir uns ohne solche Werte uns selber (unsere „Identität") gar nicht vorstellen können (Charles Taylor).

Auch die gerechte Verteilung sozialer Güter – Ressourcen und Lebenschancen – läßt sich „weder verstehen noch beurteilen und kritisieren, bevor wir deren Bedeutung für das Leben jener Männer und Frauen begriffen haben, unter denen diese Güter verteilt werden sollen" (Walzer 1992: 11). Dies gilt auch - und insbesondere – dann, wenn die Gerechtigkeit der jeweiligen Verteilungsordnung umstritten ist. Es sind dann die Kämpfe um die „Kunst der Trennung", die Deutungskonflikte und Aushandlungsprozesse um die symbolischen Abgrenzung von Wertsphären, die das „soziale Apriori" (Georg Simmel) aller Beteiligten erst konstituieren. Daß auch der geregelte Konflikt eine Form der sozial-moralischen Integration komplexer Gesellschaften darstellen kann, darauf hat zuletzt erneut Albert O. Hirschman hingewiesen (Hirschman 1993).

In den Sozial- und Politikwissenschaften kann der Kommunitarismus als Reaktion auf ein Übergewicht des methodologischen Individualismus und seiner „spiel- und entscheidungstheoretischen" Modelle einerseits und des Systemfunktionalismus andererseits verstanden werden. Ausgehend von einer Kritik am modelltheoretischen Ansatz der neoklassischen Ökonomie bemüht sich Amitai Etzioni, auch die institutionellen und kulturellen Bedingungen des Wirtschaftshandelns zum Gegenstand der ökonomischen Theorie zu machen. Alan Wolfe plädiert in seinem kritischen Panorama der zeitgenössischen Soziologie für die stärkere Berücksichtigung der Medien moralischer Regulierung von sozialen Beziehungen – im Gegensatz zur marktförmigen und staatlich-administrativen Steuerung. In den Debatten um Republikanismus – die für Rawlsianer „politisch korrekte" Bezeichnung wäre: deliberative Demokratie –, um politische Partizipation und zivile Toleranz geht es um die Bedingungen der ethisch-politischen Integration komplexer Gesellschaften – nicht zuletzt unter den Bedingungen wachsender Inter- und Multikulturalität.

Der gemeinsame Nenner dieser Ansätze, Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft wieder als „moral sciences" zu praktizieren, ließe sich ebenfalls als „Kontextualismus" bestimmen: Es geht darum, die formal ausdifferenzierten Systemrationalitäten moderner Gesellschaften – das Markthandeln, das Verwaltungshandeln usw. – mit ihrem institutionellen und kulturellen Kontext zu verbinden, aus diesem Kontext zu verstehen und vor diesem Kontext zu kritisieren. Das Plädoyer für die Rücknahme unkontrollierter Verselbständigungen von Teilrationalitäten (in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft) fordert mithin keine Rückkehr zu vormodernen Gemeinschaftsformen. In Michael Walzers Gerechtigkeitstheorie wird der Pluralismus der Interessen und Identitäten sogar noch durch den Pluralismus der Wertsphären ergänzt (und kompliziert): „komplexe Gerechtigkeit" bezieht sich nicht nur auf die Ver-

teilung von Gütern und Chancen, sondern auch auf die Hierarchie von Kriterien der Bewertung von Menschen und ihren Fähigkeiten. Auch die Vorherrschaft eines Rationalitätsmusters (z.B. die neoliberale Ablehnung jeglicher Regulierung des Marktes) widerspricht dem Ziel der freien Gesellschaft: das in vielfache Rollen, Interessen, Gruppenidentitäten und Handlungssphären eingebundene Individuum von der Dominanz bestimmter „Sphären" zu befreien, es zur eigenständigen ethisch-politischen Urteilskraft gegenüber allen Dimensionen der modernen Gesellschaft zu ermächtigen.

5. Rhetorik und Politik

Der Kommunitarismus ist schließlich – und nicht zuletzt! – ein Topos amerikanischer politischer Rhetorik: der Identifikation mit „Amerika" als der Gemeinschaft der Freien (Kallscheuer 1994: 112ff.). Die von der biblischen Bundestheologie inspirierte amerikanische „zivile" oder „Bürgerreligion" (Bellah) ist ein Grundmuster symbolischer Politik in den U.S.A. Die „kommunitaristische" Rhetorik und der demokratische Populismus, welche sowohl den Präsidentschaftswahlkampf Bill Clintons als auch den des unabhängigen Kandidaten Ross Perot bestimmten, bilden zugleich das symbolische Gegengewicht zum radikalen Individualismus der amerikanischen Ideologie.

Die industrielle Moderne, die Einwanderungswellen, der urbane Lebensstil, die wachsende Mobilität der Bevölkerung, die Desintegration der Familien ... – kurz: die Massendemokratie oder „Great society" (John Dewey) – haben die traditionellen Formen solidarischer Gemeinschaft in den U.S.A. längst untergraben. Kulturpessimistische Warnungen vor den Folgen des Zerfalls moralischer Bindungen in Familie, lokaler Gemeinde und politischem Gemeinwesen begleiten daher die gesamte amerikanische Sozial- und Kulturgeschichte. Doch die Zersetzung traditioneller sozial-moralischer Milieus und die wachsende Mobilität der Individuen haben nicht nur zur Zerstörung von Gemeinschaften geführt, sondern auch zu ihrer Neukonstituierung, zu wandelnden Mustern in der *community*-Bildung selbst: etwa zu einem für die Theoretiker des amerikanischen „Schmelztiegels" unerwarteten Boom der Rolle der Ethnizität in den sechziger und siebziger Jahren (Glazer/Moynihan 1974); oder heute zu einer Verlagerung spiritueller und karitativer Religiosität aus den konfessionellen Kirchengemeinden in Selbsthilfegemeinschaften.

In Deutschland muß das amerikanische Konglomerat des 'Kommunitarismus' zwiespältig aufgenommen werden: So vertraut die Diagnose auch klingt - Krise der politischen Partizipation, Zerfall sozialer Solidarität, Erosion von politischer Öffentlichkeit, selbstdestruktive Tendenzen des Individualismus –, so vage mutet oft die Therapie an. Das unterscheidet den U.S.-amerikanischen Kommunitarismus zwar nicht grundsätzlich von alteuropäischen sozialphilosophischen Einstellungen – inhaltlich wäre er aber in deutschen Landen wohl zwischen katholischer Soziallehre und reformierter kritischer Theorie einzuordnen.

Dennoch bleibt eine Irritation: die häufig zugleich wertkonservative und demokratische Rhetorik, die aus der populistischen und protestantischen „Seele" der amerikanischen Republik spricht, ist in der Alten Welt paradox und ungewohnt. In Europa kommt der Populismus ja in der Regel nationalistisch daher.

Otto Kallscheuer ist Philosoph und Politologe. Zuletzt lehrte und forschte er in Princeton (Institute for Advanced Study) und in Wien (Institut für die Wissenschaften vom Menschen)

Anmerkungen

[1] Vgl. darüber die jüngst in der Boston Review geführte Debatte zwischen Martha Nussbaum, Antony Appiah, Amy Gutman, Charles Taylor und Michael Walzer über „Patriotism and Cosmopolitism", hier zitiert nach Beilage zu RESET, N. 14/1995.

[2] Auf eine Bibliographie kann ich hier verzichten und stattdessen auf meine Literaturübersicht in Zahlmann (1992) verweisen.

[3] Etzioni ist auch der Gründer des kommunitaristischen Netzwerks, der Initiator einer kommunitaristischen Plattform „Rights and Responsibilities", Herausgeber der Zeitschrift „The Responsive Community" und Initiator der Society for the Advancements of Socio-Economics.

[4] Vgl. J.G. Herder (1985ff.): Bd.I: 40 ff.; Bd.VII: 301ff.; J.J. Rousseau (1964ff.): Bd.III: 460 – 470. – Der Text von Benjamin Constants berühmter Rede „De la liberté des modernes comparée avec celle des ancients" (1819) findet sich in Constant 1980.

[5] Für eine Darstellung der von Walter Lippmann mit seinen beiden Büchern Public Opinion (1922) und The Phantom Public (1925) eingeleiteten Kontroverse mit John Dewey siehe die Darstellung von Robert B. Westbrook (1991: 293 - 318). Noch stärker akzentuiert elitentheoretisch sollte Lippmann dann nach dem Zweiten Weltkrieg argumentieren. Vgl. Lippmann 1955.

[6] Eine wichtige Quelle dafür ist das (unter der politsch korrekten Linken natürlich höchst) umstrittene Buch des 1994 verstorbenen Historikers Christopher Lasch (1991): ein Versuch einer linken Rehabilitierung des fortschrittskritischen Populismus, der wachstums- und regierungsfeindlichen Tugenden einer frühindustriellen Arbeiter- und „unteren Mittelklasse" gegen den kulturellen Radikalismus der „neuen Klasse" der 68er Intelligenz (der „civilized minority"), für den Lasch (vor allem von feministischer Seite) viel Prügel bezogen hat. Es ist eine alternative Ideengeschichte eines populären „Middle America" und auch für Leser informativ, die der populistische Therapie nicht zustimmen würden.

[7] Vgl. meine Einleitung zu Walzer 1992.

[8] Dies jedenfalls ist die These von Monroe 1991.

Literatur

Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Reihe RATIONEN, Hamburg

Bernstein, Richard 1985: Dewey, Democracy: The Task Ahead of Us, in: Rajchmann/West (Hrsg.)

Constant, Benjamin 1980: De la liberté des modernes. Ecrits politiques (Textauswahl), Paris

Dewey, John 1980: The Public and its Problems (1927), Reprint, Athens/Ohio

Fogarty, R.S. 1993: Communitarians and Counterculturists, in: Encyclopedia of American Social History, Bd. 3, New York

Forst, Rainer 1994: Kontexte der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.

Glazer, Nathan/Moynihan, Patrick (Hrsg.) 1974: Ethnicity, Cambridge/Mass.

Hirschman, Albert O. 1993: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? In: Begrgedorfer Gesprächskreis, Protokoll Nr. 100

Holmes, Stephen 1993: The Anatomy of Antiliberalism, Cambridge/Mass. (das Buch wird demnächst in der Reihe RATIONEN auch auf deutsch erscheinen)

Johnson, P.J./Wilentz, Sean 1994: The Kingdom of Matthias, New York-Oxford

Kallscheuer, Otto 1994: Gottes Wort und Volkes Stimme, Frankfurt/M.

König, René 1958: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Reinbek

Lasch, Christopher 1991: The True and Only Heaven. Prigress and Its Critics, New York

Lippman, Walter 1955: The Public Philosophy, Boston

MacIntire, Alesdair 1987: Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart, Frankfurt/M.-New York

Maritain, Jacques 1925: Trois Réformateurs, Paris

Maritain, Jaques 1936: L'Humanisme intégral, Paris

Marx, Karl 1974: Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" (1844), in: Marx-Engels-Werke, Berlin (DDR) 1956ff, Bd.1

Monroe, James A. 1991: The Democratic Wish. Popular Participation and the Limits of American Government, New-York

Pocock, John G.A. 1975: The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton
Rajchmann, John/West, Cornell (Hrsg.) 1985: Post-Analytical Philosophy, New-York
Rorty, Richard 1987: Solidarität und Objektivität, Stuttgart
Rousseau, Jean-Jaques 1964ff: Oeuvres Complètes, Paris
Sandel, Michael 1995: Liberalismus oder Republikanismus, Wien
Taylor, Charles 1985: Atomism, in: ders.: Philosophy and the Human Sciences. Philosophical Papers 2, Cambridge/U.K.
von Auer, Frank/Segbers, Franz (Hrsg.) 1995: Markt und Menschlichkeit, Reinbek
Walzer, Michael 1992: Sphären der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.-New York
Walzer, Michael 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Reihe RATIONEN, Berlin
Walzer, Michael 1993: Kritik und Gemeinsinn, Frankfurt/M.
Westbrook, Robert B. 1991: John Dewey and American Democracy, Ithaca-New York-London
Zahlmann, Christel (Hrsg.) 1992: Kommunitarismus in der Diskussion, Berlin

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen – Lieferbare Hefte:

1990

1 / 90 Gegenexperten in der Risikogesellschaft
2 / 90 Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas
3 / 90 Strukturwandel und neue soziale Milieus
4 / 90 Großstadt und neue soziale Bewegungen

1991

2 / 91 Bewegung, Gegenbewegung und Staat
3 / 91 Triumph der Verbände? Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat
4 / 91 Power in der Provinz – Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen

1992

1 / 92 Von der DDR zu den FNL – Soziale Bewegungen vor und nach der Wende
2 / 92 Perspektiven der Bewegungsforschung
3 / 92 Gewerkschaften zwischen Morgen und Grauen
4 / 92 Zwischen Markt und Staat – Dritter Sektor und Neue Soziale Bewegungen

1993

1 / 93 Europa im Umbruch – Neue Soziale Bewegungen im Schatten des europäischen Binnenmarktes
2 / 93 Osteuropa in der Krise – Bewegungen ohne Einfluß
3-4/93 Die herausgeforderten Kirchen – Religiosität in Bewegung

1994

1 / 94 Zivilgesellschaft und Demokratie
2 / 94 Soziale Bewegungen und soziologische Theorie
3 / 94 Solidaritätsbewegungen
4 / 94 Bewegungen von rechts?

1995

1 /95 Soziale Bewegungen und kollektive Identität
2 /95 Subkultur und Subversion

Hans Joas

Der Kommunitarismus – eine neue „progressive Bewegung"?

Plötzlich sprechen alle vom Kommunitarismus. Während der achtziger Jahre, als sich in den USA die moralphilosophische Debatte um Verdienste und Grenzen von John Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit" entwickelte, interessierten sich in Deutschland nur wenige Fachleute der Sozialphilosophie und der Amerikakunde für die immer subtiler werdenden Argumentationen der beteiligten amerikanischen Philosophen (vgl. Honneth 1991, Kersting 1992). Nach dem Ende der achtziger Jahre, als die amerikanische Debatte in ihrem moralphilosophischen Kern praktisch an ihr Ende gelangt war – und dies in der wünschenswertesten Weise, nämlich durch beiderseitige Selbstrevision und eine sich abzeichnende Einigung auf eine Synthese –, begann man auch in Deutschland, diese Debatte unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit zu führen. Irritiert durch spezifisch deutsche Empfindlichkeiten gegenüber jeder „Gemeinschafts"-Rhetorik (vgl. Joas 1993), werden gegenwärtig die Argumente der amerikanischen Kontrahenten hierzulande vielfältig nachvollzogen oder auch erweitert.

In den USA dagegen wurde der vage Konsensus, der sich am Ende der philosophischen Kommunitarismus-Debatte ergab, zum Ausgangspunkt für etwas Neues: zu einer Plattform nämlich, auf der sich Philosophen, Sozial- und Rechtswissenschaftler sowie aktive Politiker treffen konnten, um ein Netzwerk zu schaffen, das der praktischen Überwindung der Hegemonie des individualistischen Liberalismus in allen seinen Formen dienen soll (etwa Etzioni 1993[1]). Aus den Kreisen der sich so formierenden Intellektuellenbewegung des Kommunitarismus gehen derzeit wichtige Studien zur Entwicklung von Gemeinschaftsbindungen und Partizipationsbereitschaft in den USA hervor: Vorschläge zu prinzipiellen Neuansätzen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Ideen zu einer politischen Programmatik, die unter dem Zeichen einer *Remoralisierung* des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu neuen Perspektiven in vielen Politikfeldern führt.[2]

Ich möchte in diesem Beitrag weder die Grundzüge der moralphilosophischen Kontroverse ein weiteres Mal reflektieren[3] noch – was mir fachlich ja näher läge – auf unser empirisches Wissen über Gemeinschaftszerfall und -neubildung, Werteverlust und Wertewandel eingehen (vgl. hierzu Joas 1995), sondern mich ganz auf die politische Seite des Kommunitarismus konzentrieren. Nach einigen kurzen Reflexionen über die Gründe für das plötzlich einsetzende starke Interesse am Kommunitarismus in Deutschland, werde ich die Grundzüge der politischen Programmatik der amerikanischen Kommunitaristen darzustellen versuchen. Dabei möchte ich nicht umstandslos mit jeder der von mir dargestellten Positionen oder Forderungen identifiziert werden. Wie so häufig in den USA, sind die meisten Programmpunk-

te der Kommunitaristen innenpolitischer Art. Für uns Europäer ist es aber wohl unumgänglich, ergänzend auch die Frage nach Konsequenzen des Kommunitarismus in der Dimension internationaler Beziehungen zu beantworten. Danach werde ich schließlich meine Hauptthese begründen, die in einer Deutung des Kommunitarismus als einer neuen „progressiven Bewegung" besteht, welche aus den Fehlern der Demokratisierungsbestrebungen der sechziger Jahre gelernt hat.

1. Das deutsche Interesse am amerikanischen Kommunitarismus

Ich sehe drei Gründe für die interessante Wende im intellektuellen Klima der Bundesrepublik, die zum Interesse am Kommunitarismus führte. Der erste Grund liegt in den Problemen der Wiedervereinigung selbst. Der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung hatte in den Jahren der Teilung seine emotionale Verbundenheit mit den Ostdeutschen verloren. Die Westdeutschen waren stolz geworden auf ihre Zugehörigkeit zur westlichen Welt und deren politische und kulturelle Traditionen. Als in Ostdeutschland aus der anti-autoritären Parole „Wir sind das Volk" der Vereinigungsslogan „Wir sind ein Volk" wurde, reagierten die meisten Westdeutschen mit äußerst gemischten Gefühlen. Zwar begrüßte man einen Sieg der Demokratie im Osten, aber die Vereinigungsparole gab auch Ängsten Nahrung, die Kosten und die wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Schrittes seien unkalkulierbar und Deutschland werde wieder auf die Bahn europäischer Hegemonialansprüche gesetzt. Vor allem nach Vollzug der Vereinigung im Oktober 1990 stieg die Spannung zwischen einer ethnisch begründeten „nationalen Identität" und einem normativ fundierten „Verfassungspatriotismus" in dem Maße, in dem langfristige ökonomische Opfer für die westdeutsche Bevölkerung nach einer Rechtfertigung verlangten. Nach den Verbrechen des Dritten Reiches im Namen einer „Volksgemeinschaft" haben Begriffe wie „nationale Solidarität", „Vorrang der Gemeinschaft" und „Opfer" hierzulande verständlicherweise stark negative Konnotationen. Andererseits wurde das Gefühl stärker, daß die Aufgaben der Wiedervereinigung nicht auf der Grundlage eines individualistischen Liberalismus gelöst werden könnten. Dies bereitete den Boden für das Interesse am amerikanischen Kommunitarismus als einer, wie Albert Hirschman (1993) sagte, „Reinigung" der deutschen Tradition.

Der zweite Grund liegt wohl darin, daß trotz aller verbreiteten Abneigung gegen den real existierenden Sozialismus viele Intellektuelle in ihm eine bloße Abweichung von einem ursprünglich attraktiven Pfad sahen. Selbst die schärfsten antikommunistischen Sozialdemokraten in Deutschland teilten mit dem offiziellen Marxismus die Betonung auf den Staat als dem Hauptakteur für soziale Reformen. Erst wenn die utopischen Hoffnungen auf eine prinzipiell vom demokratisch-kapitalistischen Westen verschiedene Ordnung verblassen, werden wohl die amerikanischen Debatten als wirklich wesentlich empfunden. Wer würde heute noch wie Werner Sombart fragen: „Warum gibt es keinen Sozialismus in den Vereinigten Staaten?" Wäre es heute nicht angemessener zu fragen: „Warum war der Liberalismus (ob individualistisch oder kommunitaristisch) immer so schwach in Deutschland?" Und diese Frage führt direkt zu einem Interesse an weniger staatszentrierten und mehr gemeinschafts-orientierten Typen sozialen Handelns und sozialer Reform.

Drittens schließlich erlaubt es der Bezug auf den Kommunitarismus, Probleme zu bündeln, die analytisch unabhängig sind von den Folgen der Wiedervereinigung. Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats unter neuen demographischen

Bedingungen und im Angesicht internationalen Wettbewerbs, die Neustrukturierung des Arbeitsmarkts angesichts hoher struktureller Arbeitslosigkeit, die zunehmende Zahl von Wechselwählern – bei all diesen Fragen schiebt sich mit dem Kommunitarismus eine neue Sichtweise zwischen die der individualistischen Liberalen und die staatszentrierter Reformer.

2. Die politische Programmatik der amerikanischen Kommunitaristen

Der Schlüsselbegriff für die politische Konzeption der Kommunitaristen scheint mir der Begriff der *Remoralisierung* der Politik zu sein. Die Kommunitaristen bestreiten die Vorstellung, das Verhalten der Staatsbürger oder gar der Inhaber politischer Ämter sei schlicht in Kategorien einer rationalen Verfolgung von Eigeninteressen zu analyiseren und entziehe sich damit jeder moralischen Bewertung. Damit reden sie nicht staatlicher Gesinnungspolitik, uneingeschränkter Herrschaft von Mehrheiten oder einer Rückwendung zur puritanischen Gesinnungskontrolle das Wort. Sie wollen auch nicht in engstirniger Weise Vorschriften für die Gestaltung des Privatlebens der Bürger erlassen oder heuchlerisch aktive Politiker über außereheliche Affären oder irgendwelche anderen Petitessen stolpern lassen. Remoralisierung zielt vielmehr auf eine Orientierung am „Gemeinwohl" oder „public interest"; dessen genauer Inhalt mag zwar umstritten sein, der Begriff überhaupt gibt aber eine notwendige Orientierung für die Versuche ab, Politik nicht als bloße Aggregation von Partikularinteressen oder als Spiel nach eigenen Code-Regeln, weitab von denen der Moral, aufzufassen.

Besser als jede abstrakte Erörterung über die Problematik einer solchen Remoralisierung der Politik scheint mir eine konkrete Auflistung der politischen Forderungen der Kommunitaristen geeignet, die mögliche Tragweite ihrer Programmatik zu beurteilen. Ich wähle aus ihren Forderungen einige Bereiche aus, um in aller Kürze ein anschauliches Bild der Lage zu vermitteln.

Am Anfang stehen in den meisten Dokumenten familienpolitische Forderungen. Diese starke Betonung der Familie und die uneingeschränkte Bejahung ihrer Notwendigkeit für die optimale Entwicklung der Kinder stellen schon an sich eine bemerkenswerte Tatsache dar. Dabei wäre es ein Mißverständnis, hier eine mangelnde Kenntnis der Familiensoziologie mit ihrem Nachweis der innerfamiliären Mißstände und der Verbreitung zerfallender Familien oder bewußt gewählter alternativer Lebensformen zu unterstellen. Es geht ja nicht um Idealisierung der Familie oder dogmatischen Ausschluß von Lebensformen, die von den überbrachten Formen abweichen. Die Zielrichtung ist eine andere, in zwei Hinsichten ganz unzweideutige. Es geht darum, aus den Grenzen öffentlicher Kinderbetreuung und aus den negativen Folgen der Ehescheidung für die Kinder Konsequenzen zu ziehen. In beiden Hinsichten wollen die Kommunitaristen gegen die scheinbare Selbstverständlichkeit argumentieren, mit der heute Paare ihre Kinder vom zartesten Alter an der Betreuung anderer überlassen oder mit der das Wohl des Kindes bei der Scheidung hinter das Wohl der Eltern zurücktritt. Revisionen am Scheidungsrecht, wie obligatorische Wartefristen, die Konzentration steuerlicher Begünstigungen auf eine Familien- statt eine Ehepaarförderung und die konsequente Durchsetzung der Unterhaltsansprüche werden hier gefordert.

Einen zweiten Themenkomplex stellt die öffentliche Erziehung in den Schulen dar. Auch hier dürften die Alarmglocken all derer schrillen, die sich an die Debatten über „Mut zur Erziehung" in Deutschland erinnern. Erneut

wäre es ein Mißverständnis, hier Forderungen nach der Indoktrination bestimmter Werte zu unterstellen. Gerade der Soziologe Amitai Etzioni als spiritus rector des kommunitaristischen Netzwerks ist sich in aller Klarheit bewußt, daß die Bindung an Werte nicht durch Strafe, Zwang und Drohung, sondern nur durch eigene Erfahrung an Vorbildern und in begeisternden Erlebnissen gelingen kann. Aber diese Betonung auf einer echten Verinnerlichung von Werten zielt eben doch zugleich gegen eine Reduktion des öffentlichen Bildungswesens auf Leistung und Qualifikation. Auch in Deutschland hat die Debatte über rechtsradikale und ausländerfeindliche Gewalttaten Jugendlicher neuerdings die Bereitschaft erhöht, über Defizite in der Werte-Erziehung nachzudenken. Aus den Äußerungen der Kommunitaristen möchte ich hier dreierlei hervorheben. Zum einen wird die Schule als Erfahrungsraum dargestellt, in dem die Chancen zur Mitbestimmung der Schüler und zur dauerhaften Bindung an Lehrer-Persönlichkeiten entscheidenden erzieherischen Einfluß ausüben können. Die genauere Gewichtung der sozialen und partizipatorischen Seiten des Schulbetriebs gegenüber den leistungs- und konkurrenzorientierten Seiten bleibt allerdings vorläufig noch unklar. Des weiteren wird versucht, den gesamten Erfahrungsraum von Kindern und Jugendlichen unter dem Gesichtspunkt der Werte-Bildung zu untersuchen. Die in den USA verbreiteten Arbeitsplätze von Jugendlichen im fast-food-Bereich, in Video- und Musikgeschäften oder Sporthallen werden unter diesem Gesichtspunkt sehr skeptisch beurteilt. Die Forderungen gelten einer verstärkten Kontrolle dieser Arbeitsplätze durch Repräsentanten der Schulen und Schulaufsichtsbehörden. Schließlich gehört in diesen Bereich der auch unter den Kommunitaristen umstrittene Vorschlag eines „national service", eines nationalen Pflichtdienstes für alle Jugendlichen zugunsten sozialer, ökologischer, entwicklungspolitischer und militärischer Zwecke.

Ein dritter Komplex von Forderungen betrifft die Revitalisierung existierender Gemeinschaften und Bemühungen zur Schaffung neuer und andersartiger Gemeinschaften. Das im Schwang befindliche Mißverständnis, es gehe den Kommunitaristen um eine Rückkehr zu traditionellen Gemeinschaftsformen, läßt sich an den Texten besonders leicht zerstreuen. Eine bloße Rückkehr wird explizit schon aus ökonomischen Gründen für unmöglich erklärt, zudem aber auch als gar nicht wünschenswert befunden wegen des einengenden, oft autoritären und übermäßig homogenen Charakters traditioneller Gemeinschaften. Gerade die Forschungen über neue Formen von Gemeinschaft, etwa Selbsthilfegruppen (vgl. Wuthnow 1994) oder neue Ersatzformen (wie Telefonnetzwerke älterer Menschen, vgl. Fischer 1992), sind hier soziologisch enorm aufschlußreich. Die politischen Forderungen zielen auf die verstärkte Einbringung kommunitaristischer Gesichtspunkte in Architektur und Stadtplanung, die staatliche Unterstützung freiwilliger Aktivitäten (etwa das Programm Seattles zur Ausweitung von Erste-Hilfe-Kenntnissen), die Einrichtung von Service Centers für spontane gemeinschaftsbildende Aktivitäten und, wie zu erwarten war, erneut Einflußnahme auf die alltäglichen Einstellungen gegenüber Gemeinschaft.

Die gemeindebezogenen Forderungen gehen bruchlos über in die Erörterung zweier Politikfelder, die in der innenpolitischen Diskussion der USA besonders wichtig sind: „public safety" und „public health". In der Sicht der Kommunitaristen lassen sich die Gefahren der Hegemonie des individualistischen Liberalismus auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung und der Kontrolle des Schußwaffenerwerbs besonders gut illustrieren. Man denke

etwa an die Auseinandersetzungen um die systematische Durchsuchung von Wohnungen nach Waffen in großen, von bewaffneten Jugendbanden terrorisierten „housing projects" in Chicago. Die Frage ist, ob auf den deutlich geäußerten Wunsch einer Mehrheit der Bewohner hin eine solche Durchsuchung auch ohne konkreten Tatverdacht im Einzelfall erlaubt sein soll. Es geht den Kommunitaristen nicht um eine Rücknahme individueller Freiheitsrechte, wohl aber um eine veränderte Balance zwischen diesen und dem Interesse der Gemeinschaft am Schutz vor Verbrechen. Während auf der Seite des individualistischen Liberalismus Aktivitäten zur Verbrechensbekämpfung wie „neighborhood watch" und verstärktes „community policing" oder die Versuche zu Sicherheitspartnerschaften u.ä. in deutschen Ländern rasch als gefährliche Stärkung des Überwachungsstaates gedeutet werden, treten die Kommunitaristen gerade für die verstärkte Verantwortlichkeit der Gemeinschaft aller Bürger für ihre Sicherheit ein. Im Bereich der Gesundheitspolitik sind ähnlich dem Bereich der inneren Sicherheit Vorschläge einerseits zur Stärkung einer gemeinschaftsbezogenen Gesundheitspflege und andererseits zu einer stärkeren Berücksichtigung von Allgemeininteressen festzustellen. Hier geht es um Fragen wie die Zulässigkeit von Kontrollen auf Alkohol- oder Drogenmißbrauch oder in Hinsicht auf die Verbreitung von AIDS.

In einem vierten Bereich geht es um die Strukturen der politischen Willensbildungsprozesse selbst, insbesondere auf bundesstaatlicher Ebene. Hier ist das Bild vom Zustand der amerikanischen Demokratie in den Schriften der Kommunitaristen zumeist sehr düster. Die Kritik gilt v.a. der zersetzenden Wirkung lobbyistischer Partikularinteressen auf die bloße Idee der Formung eines Konsenses über das öffentliche Interesse. Um die große Emphase an dieser Stelle zu verstehen, müssen wir natürlich den enormen Einfluß finanzstarker Unternehmen, Verbände oder Einzelpersonen auf die politische Willensbildung in den USA bedenken. Die Rolle der Wahlkampffinanzierung, die Schwäche der politischen Parteien, die Ungeniertheit, in der Gesetzesvorlagen durch Partikularinteressen verwässert oder zur Grundlage von Gegengeschäften gemacht werden und das Ausmaß von Korruption unterscheiden sich wohl doch deutlich von der Lage in Deutschland. Entsprechend klingen einige der Forderungen für deutsche Ohren merkwürdig phasenverschoben. Die Kommunitaristen befürworten beispielsweise eine Verstärkung öffentlicher Wahlkampffinanzierung und eine Stärkung der politischen Parteien, während wir in Deutschland eher über eine Relativierung der Rolle der überstark gewordenen Parteien nachdenken. Auf der lokalen und einzelstaatlichen Ebene, so die Diagnose der Kommunitaristen, sei die Lage nicht besser. Gerade zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Politik komme dadurch völlig unter die Räder des extrem partikularistischen Politikbetriebes. An dieser Stelle sind v.a. die Vorschläge Benjamin Barbers zu neuen basisdemokratischen Formen zu nennen (Barber 1984) – ein nationales System von „neighborhood assemblies", eine verstärkte Rolle von Lotterieverfahren bei der Besetzung öffentlicher Ämter, von Referenden u.ä. und Formen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Als letzten innenpolitischen Themenkomplex möchte ich die Diskussion über eine Reform des Wohlfahrtsstaates erwähnen. In Etzionis Schriften findet sich dazu erstaunlich wenig. Diese Tatsache löste auch bereits den Vorwurf aus, es handle sich beim politischen Programm der Kommunitaristen um ein gegenüber sozialen Problemen blindes Dokument. In Etzionis Fall sind aber wohl eher taktische Gründe maßgebend, da er in seinem wissenschaftlichen Werk ja zu den entschiedensten Befürwortern einer wirtschafts- und sozialpolitischen Markt-

regulation gehört (Etzioni 1988). Am deutlichsten wird die kommunitaristische Position hier wohl in Alan Wolfes scharfer Kritik an einer unsozialen, den Markt fetischisierenden Politik ebenso wie an einer übermäßig staatszentrierten, direkte gemeinschaftsbezogene Hilfsbereitschaft auslöschenden Wohlfahrtsstaatlichkeit (Wolfe 1989). Diese Kritik ist in einer gründlichen Kenntnis dysfunktionaler Folgen des skandinavischen Wohlfahrtsstaats fundiert. Aus dieser Kritik folgt eine normative Befürwortung des Subsidaritätsprinzips, etwa auch bei Robert Bellah, und eine deutliche Befürwortung der Reform des amerikanischen Gesundheitswesens sowie der sogenannten workfare-Experimente zur Verknüpfung von Sozialhilfe mit Arbeitspflichten. Eine programmatische Klärung ist aber erst in Arbeit. Bemerkenswert scheint mir, daß sich die Rezeption des Kommunitarimus in Wolfgang Schäubles jüngstem Buch (1994) fast ausschließlich auf die Thesen zur Austrocknung des Gemeinsinns durch den Wohlfahrtsstaat bezieht, dabei aber etwas unterstellt, was die Kommunitaristen nicht annehmen: daß nämlich die Rücknahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen selbst eine Zunahme des Gemeinsinns auslösen könne.

Konsequenzen aus dem Kommunitarismus für die Außenpolitik und die Gestaltung der internationalen Beziehungen werden von den amerikanischen Autoren erst in letzter Zeit gezogen. Vorausgegangen waren freilich die Überlegungen Michael Walzers über den gerechten Krieg und gerechtfertigte militärische Interventionen (Walzer 1977). Robert Bellahs Gruppe kritisiert die verbliebenen Reste von Imperialismustheorie und begründet ein positives Verhältnis der USA zu internationalen Institutionen (Bellah et al. 1991). Besonders interessant ist gegenwärtig der Brückenschlag zwischen der schon länger währenden Debatte über eine „international society" und dem Kommunitarismus.

Mein eigener Versuch ist hier am Begriff einer *post-Hobbesschen Ordnung* ausgerichtet (vgl. etwa Joas 1994). Während die Debatte über eine „international society" in Abrede stellt, daß wir jemals in der Welt des machtpolitischen Realismus lebten, in der alle Außenpolitik von rational ihre Interessen kalkulierenden souveränen Staaten betrieben wurde, zielt der Gedanke einer post-Hobbesschen Ordnung darauf, daß jedenfalls heute diese Beschreibung nicht mehr zutrifft. Die historische Frage, wann Hobbes' Naturzustand zwischen den Staaten gegolten habe, muß uns hier nicht beschäftigen. Der Begriff einer post-Hobbesschen Ordnung entstammt den Versuchen, die Europäische Union als eine neue Form politischer Herrschaft zu begreifen (etwa Schmitter 1991). Traditionelle Begriffe wie Föderation und Konföderation sind diesem Gebilde nicht angemessen. Die Europäische Gemeinschaft (oder Union) als bloße „intergovernmental organization" zu behandeln, würde ebensowenig überzeugend sein wie umgekehrt eine Betrachtungsweise, die die Integrationsproklamationen zu wörtlich nähme und vorschnell die Herausbildung einer neuen Nation oder eines neuen Staates unterstellte. Es handelt sich wohl viel eher um eine neue Spezies, deren charakteristisches Merkmal in einer erfolgreichen Lösung des Hobbesschen Sicherheitsdilemmas besteht. Militärische Sicherheit gegenüber den anderen verliert hier ihre zentrale Bedeutung; entsprechend mindert sich die Bedeutung der Territorialität. Es gibt in dieser post-Hobbesschen Ordnung keinen eindeutig identifizierbaren Souverän mehr, sondern „eine Vielzahl von Autoritäten auf verschiedenen Ebenen der Aggregation, teils territorial, teils funktional, mit mehrdeutigen oder geteilten Kompetenzen an der Spitze einander überlappender und heterogener organisatorischer Hierarchien. Politiken werden hier nicht mehr definitiv verkündet und vertikal durchgesetzt; sie werden vielmehr ständig neu ausgehandelt und indirekt implemen-

tiert. Außerdem gibt es mehrere Zentren mit unterschiedlichen Graden von Durchsetzungsfähigkeit – und keineswegs alle von ihnen sind öffentlich oder staatlich." (Schmitter 1991)[4]

Diese Idee einer post-Hobbesschen Ordnung hat ihre Aktualität zunächst darin, daß sie uns die Erfolge der westeuropäischen Friedensordnung zu begreifen erlaubt und doch Abstand hält von der Vision eines sich herausbildenden europäischen Megastaats. Die Realisierung des Integrationsziels könnte hier ja ein Schuß nach hinten sein: Im schlimmsten Fall könnten Konflikte zwischen den Staaten auf dem Weg dorthin und das demokratische Defizit Europas den erreichten Grad der Integration gefährden, zu einer Renationalisierung von Wirtschafts- und Außenpolitik und damit einer Wiederauferstehung des Sicherheitsdilemmas führen. Weniger wäre hier mehr – eine post-Hobbessche Ordnung ist einer Integration vorzuziehen, die die demokratische Kontrolle politischer Entscheidungen und die Sicherheit sozialer Rechte vermindert und einen Wall gegen ihre Umwelt errichtet. Aber die Bedeutung dieser Konzeption geht weit über den westeuropäischen Fall hinaus. Empirisch hilft sie uns beim Verständnis erfolgreicher Herstellung von Friedenszonen wie Skandinavien und Nordamerika. Sie gibt eine Leitlinie für die mögliche Rolle der Vereinten Nationen und potentieller regionaler Suborganisationen wie der KSZE (jetzt: OSZE). Und schließlich erlaubt sie die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure in das Bild. In Bereichen wie Ökologie, Menschenrechten, Schutz bedrohter Völker und Abrüstung hat sich längst ein die Staatsgrenzen überschreitendes Netzwerk von Akteuren, Organisationen und Bewegungsmilieus herausgebildet. Wie Dieter Senghaas (1992) in seinem „integrierten Friedenskonzept" würde ich die vielfältige Vernetzung der Staaten für einen Grundbestandteil einer stabilen Friedensordnung halten; ohne diese werden alle übrigen Anstrengungen vergeblich sein. Aber zur Herstellung dieser Vernetzung und zu ihrer Aufrechterhaltung wird die Welt eine *globale „kommunikative Infrastruktur"* im selben Sinne brauchen wie dies der Kommunitarismus für die inneren Verhältnisse der Staaten empirisch beschreibt und normativ verteidigt.

3. Eine neue progressive Bewegung?

Diese Forderungen bilden zusammen gewiß noch kein umfassendes Programm. Auch die vorliegenden Fragmente eines solchen Programms sollten aber nicht – wie es gerade in Deutschland mit der hier üblichen Semantik des Gemeinschaftsbegriffs häufig geschieht – als ein nostalgischer Versuch mißverstanden werden, zu traditionellen Gemeinschaften zurückzukehren oder einen übergreifenden moralischen Konsensus für die Gesellschaft im ganzen mit staatlichem Zwang durchzusetzen. Ich sehe im Kommunitarismus vielmehr den Versuch, das Ideal der Demokratie in einer modernen, hoch differenzierten Gesellschaft im Bewußtsein der zerstörerischen Wirkungen eines freigesetzten Individualismus neu zu formulieren, dabei aber eben den Hauptnachdruck auf politische und vorpolitische Institutionen und Prozeduren staatsbürgerlicher Beteiligung zu legen. Damit befindet sich der Kommunitarismus heute sozusagen in guter Gesellschaft. In sehr verschiedenen Gesellschaftssystemen und von sehr verschiedenen intellektuellen Ausgangspunkten aus lassen sich nämlich in den letzten Jahren zumindest neue theoretische, manchmal auch praktische Versuche in dieser Richtung beobachten.

Vor allem in Ostmitteleuropa gab es während der späten siebziger und der achtziger Jahre etwa die Debatte über die sogenannte „Zivilgesellschaft". Mit diesem traditionsreichen Namen einer vom Staat unabhängigen Selbst-

organisation der Bürger war einst die Verselbständigung der „Gesellschaft" gegenüber dem absolutistischen Staat bezeichnet worden. Jetzt wurde daraus im östlichen Mitteleuropa das Codewort für die Einsicht, daß die Bekämpfung des Kommunismus nicht nur die Besetzung der obersten Positionen der Staatsmacht durch eine andere Elite bedeuten konnte, sondern die umfassende Rekonstruktion einer in sich differenzierten und pluralistischen Gesellschaft erforderte. Diese Debatte fand wiederum ihre Resonanzen im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen des Westens und in einigen Ländern der Dritten Welt.

In den Sozialwissenschaften wiederum häufen sich Diagnosen von den immer enger werdenden Grenzen staatlichen Handelns durch steigende weltwirtschaftliche Vernetzung, durch die technisch jetzt mögliche Herstellung einer wirklichen Weltöffentlichkeit oder durch die Handlungsmacht von Verbänden und Interessengruppen, die den Staat im nationalen Rahmen eher zum Moderator und im internationalen Feld eher zum Spielball als zum Hobbesschen souveränen Akteur machen.

In den USA bildete sich als dritte einschlägige Strömung eben der „Kommunitarismus" heraus. Die „Zivilgesellschaftsdebatte" scheint mir mit dem Zusammenbruch des Kommunismus ihren Focus verloren zu haben. Die staatstheoretischen Debatten enden oft in bloßem destruktiven Steuerungspessimismus oder sie verweisen selbst auf die Dimension der Partizipationsbereitschaft. Diese aber haben die Kommunitaristen, die von den Problemen einer fortgeschrittenen westlichen Gesellschaft ausgehen, von vornherein ins Auge gefaßt.

Ein solcher Versuch muß keineswegs vom Mythos moralischen Niedergangs, um sich greifenden Werteverlusts und allgemeiner Politikverdrossenheit ausgehen. Er stellt einen Versuch dar, die in den sechziger Jahren so virulenten Demokratisierungsbestrebungen wiederaufzunehmen und doch zugleich aus den unintendierten Wirkungen und den Fehlern dieser früheren Welle von Demokratisierung zu lernen. Mindestens in zwei Hinsichten sehe ich hier eine deutliche Differenz zu den sozialen Bewegungen der sechziger Jahre. Zum einen wird der Wert der Effizienz heute viel expliziter akzeptiert; Demokratisierung versteht sich nicht mehr in einem Gegensatz zu den Institutionen des Marktes und der Bürokratie, wo diese sich demokratischen Mechanismen als instrumentell überlegen erweisen. Es geht nicht um die Abschaffung von Markt und Staat, sondern um die Chancen der Marktregulation und einer Einbettung der Bürokratie in die demokratische Kultur.

Zum zweiten löst der Kommunitarismus die unglückliche Liaison, die der ältere Progressivismus mit einer Kultur individualistischer Permissivität eingegangen war. Eben diese Verknüpfung hatte manchen engagementwilligen Intellektuellen seinerzeit den Demokratisierungsbestrebungen entfremdet. Um es altmodisch auszudrücken: Der Kommunitarismus hat die Einsicht wiedergefunden, *daß Selbstregierung die Tugend der Bürger voraussetze.* Ohne Selbstkontrolle und soziale Kontrolle und ohne intensive Gefühle der Verpflichtung gegenüber konkreten partikularen Gemeinwesen ist Selbstregierung unmöglich. Die Befreiung von solchen Verpflichtungen und die Lockerung der Kontrollen führen meist nur zur Diffusion von Verantwortlichkeiten und nicht zu effizienter und verantwortungsvoller Selbstregierung. Diese kritische Sicht auf einen Teil des kulturellen Erbes der sechziger Jahre macht es zeitgenössischen Beobachtern oft so schwer, den Kommunitarismus in den Schemata von links versus rechts, liberal versus konservativ zu klassifizieren. Das Insistieren auf einer Remoralisierung der Politik und auf institutionel-

len Konsequenzen solcher Remoralisierung entgeht diesen einfachen Dichotomien.

Wenngleich ich es nicht für richtig halte, daraus auf ein völliges Veralten der politischen Unterscheidung von links und rechts zu schließen, trifft es doch zu, daß der Kommunitarismus die traditionellen Frontverläufe zwischen den politischen Lagern zu verändern geeignet ist. Entsprechend versuchen kreative politische Köpfe der verschiedensten Orientierung: Wolfgang Schäuble und Kurt Biedenkopf, Tony Blair und Jacques Delors, Impulse dieser Bewegung für sich zu nutzen. Mit welchem Recht dies im einzelnen geschieht, darüber läßt sich sicher streiten. In den USA selbst kann aus dem Kommunitarismus das entscheidende programmatische Gegengewicht zu dem Gebräu aus christlichem Fundamentalismus, Marktdogmatismus, amerikazentrierter Außenpolitik und Science-fiction werden, das die Weltsicht der republikanischen Kongreßmehrheit bildet. Er nimmt berechtigte Seiten wertkonservativer Gegenwartskritik auf und fügt diese mit basisdemokratischen und sozialpolitischen Zielen zu einem neuen Ganzen zusammen. Soziale Träger dieses programmatischen Neuansatzes können dabei per definitionem nicht nur diejenigen sein, um deren Interessen es geht – es soll ja gerade die verstärkte Berücksichtigung Anderer, der Verzicht auf eigene Rechte und Interessen nahegelegt werden. Hoffnungen auf eine sozialreformerische Bewegung der Benachteiligten in den USA halte ich für illusorisch; die politischen Ausdrucksformen einer vom politischen Leben weitgehend abgekoppelten „underclass" sind meist eher destruktiv. Im Sinn einer eliten-initiierten Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und eines neuen Reformprogramms könnte der Kommunitarismus aber zu einer neuen „progressiven Bewegung" in den USA[5] und vielleicht auch hierzulande beitragen.

Hans Joas ist Professor für Soziologie unter besonderer Berücksichtigung Nordamerikas an der FU Berlin.

Anmerkungen

[1] Deutsche Teilübersetzung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. März 1994.
[2] Zu den politischen Forderungen vgl. neben Etzionis Buch v.a. die Zeitschrift „The Responsive Community".
[3] Zumal dies so ausgezeichnet geleistet wurde von Forst (1994).
[4] Ins Deutsche übersetzt von mir, H.J.
[5] Im Sinne der Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts das öffentliche Leben der USA so stark beeinflußte. Zur Information vgl. etwa Robert H. Wiebe (1967).

Literatur

Barber, Benjamin 1984: Strong Democracy, Berkeley: 261 ff.
Bellah, Robert et al. 1991: The Good Society, New York
Etzioni, Amitai 1988: The Moral Dimension. Toward a New Economics, New York
Etzioni, Amitai 1993: The Spirit of Community, New York: 253-267
Fischer, Claude 1982: To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City, Chicago
Forst, Rainer 1994: Kontexte der Gerechtigkeit; Frankfurt/M.
Hirschman, Albert 1993, in: 100. Bergedorfer Gesprächskreis. Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?: 20
Honneth, Axel 1991: Grenzen des Liberalismus. Zur ethisch-politischen Diskussion um den Kommunitarismus, in: Philosophische Rundschau 38 (1991), 83-102
Joas, Hans 1993: Gemeinschaft und Demokratie in den USA, in: *Micha Brumlik/Hauke Brunkhorst* (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Frankfurt/M.: 49-62.
Joas, Hans 1994: Der Traum von der gewaltfreien Moderne, in: Sinn und Form 46, 309-318

Joas, Hans 1995: Was hält die Bundesrepublik zusammen? Alte und neue Möglichkeiten sozialer Integration, in: *Friedhelm Hengsbach/Matthias Möhring-Hesse* (Hrsg.): Solidarität in der Krise, Frankfurt/M. (im Druck)

Kersting, Wolfgang 1992: Die Liberalismus-Kommunitarismus-Kontroverse in der amerikanischen politischen Philosophie, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1992, 82-102

Schäuble, Wolfgang 1994: Und der Zukunft zugewandt, Berlin

Schmitter, Philippe 1991: The European Community as an emergent and novel form of political domination. Working paper 26 of the Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones, Madrid

Senghaas, Dieter 1992: Friedensprojekt in Europa, Frankfurt/M.

Walzer, Michael 1977: Just and Unjust Wars, New York

Wiebe, Robert H. 1967: The Search for Order, New York

Wolfe, Alan 1989: Whose Keeper? Social Science and Moral Obligation, Berkeley

Wuthnow, Robert 1994: Sharing the Journey. Support Groups and America's New Quest for Community, New York

Hans Vorländer

Ein vorläufiges Nachwort zur deutschen Kommunitarismusdebatte

Intellektuell lebt Deutschland bisweilen gerne aus zweiter Hand. Die Kommunitarismusdebatte ist ein Import aus Nordamerika. Dort begann sie in den frühen 80er Jahren, entzündete sich sozialtheoretisch an dem epochalen Werk von John Rawls und gewann intellektuellen Schwung in einem politischen und kulturellen Umfeld, das in den Reagan-Jahren zunehmend (neo-)konservativer geworden war. Traditionell 'linke' Politik, in den USA ohnehin eher linksliberal denn marxistisch, suchte eine Neubestimmung und fand sie in jenen amerikanischen Traditionen, die aus der republikanischen Gründungssituation und den religiös motivierten Siedlungsbewegungen stammten. Dies war jedoch keineswegs eine utopische Flucht in die Vergangenheit. Jene verschütteten Strömungen wurden wieder ans Tageslicht gehoben, die für eine Kritik der amerikanischen Gegenwartsgesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts tauglich erschienen. Diese Traditionen, die in der amerikanischen Geschichte nie verloren gegangen waren, stellten das Vokabular zur Verfügung, um Egoismus und Rücksichtslosigkeit, um überbordenden Individualismus und kruden Kapitalismus im Lichte der alten Vorstellungen von Tugend und Gemeinwohl, von Gemeinschaft und sozialer Einbindung des einzelnen zu kritisieren. Der Kommunitarismus, in seinen kulturkritischen wie sozialtheoretischen Varianten, war damit intellektueller Ausdruck eines grundlegenden Krisenbewußtseins über den amerikanischen Entwicklungsweg im allgemeinen und das politische Gemeinwesen in den achtziger Jahren im besonderen.

Im wiedervereinigten Deutschland war, nachdem die Sprachlosigkeit über die revolutionären Umbrüche des Jahres 1989 überwunden war, das Empfinden der Orientierungslosigkeit unter Intellektuellen weit verbreitet. Die alten Muster, die sich in den späten sechziger Jahren herausgebildet hatten, hier die Apologeten der liberalen Demokratie, dort ihre neomarxistischen oder kritisch-theoretischen Kritiker, besaßen keine Erklärungskraft mehr. Dies war zwar schon Ende der achtziger Jahre deutlich geworden, andere Problemlagen, wie die ökologische, hatten sich in den Vordergrund geschoben, doch war der Zusammenbruch des realen Sozialismus letztlich der Schlußstein in dieser Entwicklung, an deren Ende die lange Zeit für gültig gehaltenen Großideologien obsolet wurden. Waren die alten richtungsideologischen Frontlinien verbraucht, tat sich ein

ideenpolitisches Vakuum auf, das konkurrierende Deutungsversuche zu besetzen suchten. Auf der traditionell 'konservativen' Seite wurde, allerdings mit begrenztem Erfolg, versucht, den Begriff der Nation als identitätsstiftendes Projekt wiederzubeleben. Auf der anderen, sich selbst als progressiv kennzeichnenden Seite des intellektuellen Diskurses wurde nun, nach dem Ende der großen sozialistischen Utopien, nach jenen philosophischen Programmen und Theorieangeboten Ausschau gehalten, die, in der Tradition kritischer Gesellschaftsanalyse, nicht bloß zur Apologie des neuen gesellschaftlichen und politischen Status quo taugten.

1. Von der „Zivilgesellschaft" zum Kommunitarismus

Jenseits der deutschen Diskursgrenzen wurde die Debatte bereits auf zwei Gleisen geführt. Zum einen hatte der aus älteren Denktraditionen stammende Begriff der „Zivilgesellschaft" eine Renaissance erfahren. Von den Dissidenten und Oppositionsbewegungen Ost- und Mitteleuropas als ein Konzept formuliert, das individuelle Freiheit und gesellschaftliche Autonomie gegen einen in der Tendenz totalitären kommunistischen Staat durchzusetzen suchte, um so auf evolutionärem Wege eine Liberalisierung kommunistischer Regime zu erzwingen, war das Konzept der *civil society* über den Nordatlantik gewandert, um von dort, nicht zuletzt über die Achse New York (New School for Social Research) und Frankfurt (Kritische Theorie), nach Deutschland reimportiert zu werden. Hier wurde das Projekt der Zivilgesellschaft als ein radikaldemokratischer, von Bürger- und Protestbewegungen getragener Erneuerungsimpuls auch für die bundesrepublikanische Demokratie verstanden. Doch so plötzlich wie diese Diskussion anhob, so schnell war sie auch wieder verschwunden. Das lag vor allem daran, daß jene Hoffnung auf autonome gesellschaftliche und demokratische Prozesse durch die Renaissance von alten Nationalismen und die Wiederkehr ethnischer Konflikte, bis hin zum Bürgerkrieg wie im ehemaligen Jugoslawien, jäh enttäuscht wurde. Zudem hatte der politisch-administrative Weg der staatlichen Vereinigung Deutschlands nicht viel Platz gelassen für eine zivilgesellschaftliche Neugründung der Bundesrepublik, wie sie vielfach erhofft worden war.

In dieser Situation konnte die in Nordamerika geführte Kommunitarismusdebatte das deutsche Augenmerk auf sich ziehen. Diese Debatte konnte jenseits des Atlantiks bereits als 'ausgereizt' und deshalb abgeschlossen gelten. Gleichwohl wurde sie in Deutschland noch einmal nachgestellt, wobei neue Erkenntnisse aber nicht mehr gewonnen wurden. Wer die Debatte in den USA in den achtziger Jahren genau verfolgt hatte, konnte hierüber auch nicht verwundert sein. Was in Deutschlands importierter Kommunitarismus-Debatte zunächst einmal auffiel, war, daß die Diskussion ohne Berücksichtigung ihres nordamerikanischen Entstehungs- und Begründungskontextes geführt wurde, deshalb aber letztlich oberflächlich und ohne konkrete politische Auswirkungen bleiben mußte.

Wo der Ansatz des Kommunitarismus in Nordamerika auf die vielfältigen, zum Teil vorhandenen, zum Teil imaginierten Gemeinschaften politischer, nachbarschaftlicher wie auch religiöser Art rekurrieren konnte, wo die amerikanische Geschichte starke Traditionen von Patriotismus und bürgerschaftlichem Engagement kennt, wo kurzum republikanische und religiös-puritanische Tradition zumindest noch als „Erinnerungsgemeinschaften" (Bellah) präsent sind, da blieb die deutsche Diskussion seltsam steril. Weder hat es eine „kommunitaristische Plattform" wie in den USA – als öffentlichkeitswirksames Manifest von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Politikern – gegeben,

noch konnten in Deutschland die Diskussionen um Tradition, die Bedeutung von Gemeinschaft und die Grenzen der Individualisierung, über Moral, Tugend und Gemeinsinn eine über den theoretisch-wissenschaftlichen Diskurs hinausgehende politische Bedeutung erlangen. Das mag nicht zuletzt daran liegen, daß der historische und kulturelle Resonanzboden für eine kommunitaristische Debatte um die Grenzen von Individualismus und Liberalismus in Deutschland sehr ungünstig ist. Denn zum einen kennt Deutschland keine der anglo-amerikanischen Entwicklung vergleichbare starke liberale Tradition, um deren Defizite eine ernsthafte Debatte zu führen sich lohnte. Die deutsche Geistes- wie auch die politische Geschichte kennt nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Liberalismus und liberaler Werteorientierung. Noch in Weimar, und dann erst recht in den Jahren nach 1933 war der – westliche, demokratische – Liberalismus ein Anathema.

2. Verschobene intellektuelle und kulturelle Fronten der deutschen Kommunitarismusdiskussion

Andererseits waren und sind die Schlüsselbegriffe des Kommunitarismus auch nicht einfach auf die deutsche Erfahrung übertragbar, ja sie sind im deutschen Kontext mit einer antimodernen und antiwestlichen, wenn nicht gar antidemokratischen Tradition verbunden. Denn nur zu oft diente die Gegenüberstellung von „Gemeinschaft" und „Gesellschaft", die Tönnies innerhalb der deutschen Diskussion auf den Begriff gebracht hatte, der Perhorreszierung westlicher Zivilisation und liberaler Demokratie. Begriffe wie Gemeinschaft, Tugend und Gemeinwohl wurden vielmehr als Prinzipien der kulturellen Homogenität des deutschen Volkes und damit als Antithese zu Liberalismus und Demokratie westlicher, vor allem anglo-amerikanischer Provenienz verstanden. Im anglo-amerikanischen Kontext aber bestand nie ein Zweifel darüber, daß die vielfältigen Gemeinschaften und politischen Assoziationen die Grundlage einer aktiven und stabilen Demokratie bilden. Liberalismus, Demokratie wie auch der Gedanke der Gemeinschaft von Bürgern – unerheblich, ob diese sich aus religiösen oder politischen Motiven zusammengefunden haben – gehören im republikanischen Selbstverständnis der englischen wie der amerikanischen Demokratie elementar zusammen. Dabei wird keineswegs übersehen, daß es zwischen primären Formen menschlicher Gemeinschaft und den Imperativen moderner Organisationsgesellschaft erhebliche Spannungen gibt. Doch werden die Entfremdungs- und Individualisierungsschübe des industriell-kapitalistischen Zeitalters keineswegs in einem romantischen Gegenentwurf vermeintlich guter, völkisch homogener Gemeinschaft aufzufangen versucht, wie das in der deutschen Geistesgeschichte mehr als einmal, von den Romantikern bis zu den „konservativen Revolutionären" der Zwischenkriegszeit, der Fall gewesen ist. So litt die deutsche Kommunitarismusdebatte von vornherein an der Vorgabe verschobener intellektueller wie kultureller Fronten.

3. Soziomoralische Voraussetzungen moderner Gesellschaften und liberaler Demokratie

Zeigt diese Debatte einmal mehr, daß die transkulturelle Rezeption von Theorien und Ideen an kontextuelle Schranken stößt, so hat doch die Diskussion um den Kommunitarismus zweifelsfrei ihre eminente Bedeutung darin, daß sie die von Ökonomismus wie Utilitarismus beiseitegeschobenen soziomoralischen Grundlagen moderner Gesellschaft und liberaler Demokratie thematisiert. Dabei lassen sich vier Monita benennen, die der Kommunitarismus der westlich geprägten Gegenwartsgesellschaft vorhält. Erstens legt der Kommunitaris-

mus den Finger in die Wunde der Auflösung traditioneller sozialer Milieus und Bindungen. Er sieht die 'Individualisierungsschübe' als einen Prozeß der Auflösung von natürlichen zwischenmenschlichen Gemeinschaften. Diese Tendenz führt nicht nur zu Anomie und Deprivation des einzelnen, sondern auch zu einer generellen Lockerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zweitens folgt daraus ein Problem gesellschaftlicher Moral. Moral kann sich in den Augen der Kommunitaristen nur im Kontext von Gemeinschaften und der durch sie überlieferten Vorstellungen über das gute und gerechte Leben ergeben. Mit dem Verlust von Gemeinschaft und Tradition geht der „Verlust der Tugend" (MacIntyre) einher. Die Annahme von Aufklärung und Idealismus, daß sich eine Moral auf eine abstrakte Pflichtenethik gründen lasse, ist in den Augen der Kommunitaristen trügerisch. Jede Moral, so das Argument, ist in Lebensweisen und Lebensgefühlen verwurzelt, ohne diese ist jene nicht tragfähig. Daraus folgt drittens für Kommunitaristen, daß die Hoffnung der Aufklärung und des Liberalismus, nur die universelle Geltung des Rechts könne die Freiheit und das „Weltbürgerrecht" (Kant), könne den zivilisierten Umgang der Staaten miteinander verbürgen, illusorisch ist. Recht und Gerechtigkeit sind ohne eine ihr vorangehende, von allen Mitgliedern der Gemeinschaft geteilte Vorstellung über die gute Gesellschaft weder vorstellbar noch durchsetzbar. Viertens brauchen politische Gemeinwesen, damit sie sich als solche verstehen, einen Vorrat an gemeinsamen Vorstellungen und Traditionen, einen *common sense*, der das soziomoralische Fundament, den sozialen Kitt einer jeden Gemeinschaft von freien und gleichen Bürgern bildet. Geht dieser Sinn für das Gemeinsame an Vorstellungen und Werten verloren, dann zerbricht eine politische Gesellschaft, oder aber sie ist nur mit autoritären oder bürokratisch-administrativen Mitteln zusammenzuhalten.

4. Beunruhigende Zeitdiagnose

Die Kritik der Kommunitaristen an der modernen Gesellschaft ist nicht neu. Sie ist eine Fortführung jenes Diskurses der Aufklärung – nicht nur der kontinentaleuropäischen, sondern auch, ja besonders der schottischen Aufklärer – aus dem 18. Jahrhundert, als es um die Grundlagen der neuen, im Entstehen begriffenen Gesellschaft ging. Recht und Markt wurden langsam, aber doch sehr nachdrücklich, die Organisationsprinzipien moderner Gesellschaften und schienen alte Traditionen, Gewohnheiten und soziale Bindungen zu ersetzen, ja in der anhebenden ökonomischen und industriellen Dynamik auch zu zersetzen. Hinzu kam, daß die alte Lebensführungsmacht der Religion schon von der Aufklärung, vor allem aber von diesseitigen utilitaristischen Lebensmaximen entthront wurde. So sind jene Strukturen, auf die der Kommunitarismus letztlich reflektiert – kleinräumliche Gemeinschaft, kulturelle und ökonomische Homogenität, intakte und tradierte Sozialmoral –, schon lange brüchig, wenn nicht gar hinfällig geworden. Doch haben moderne Gesellschaften wie auch freiheitliche Demokratien von den 'alten' sozialen und moralischen Restbeständen gelebt, haben die Imperative der Industrie- und Organisationsgesellschaft balanciert: Der 'heilige Egoismus', Konkurrenz und Durchsetzungswille, ökonomisches und Privatinteresse, die Maximierung von Glück und Geld, Funktionalität und Effizienz von industriellen und administrativen Systemen – diese dynamischen Logiken moderner Gesellschaft wurden lange immer noch von Institutionen wie Familie, sozialen und moralischen Milieus (Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften), Assoziationen, auch Zusammenschlüssen in Parteien, also von vielfältigen Aktivitäten und Einrichtungen in der Bürgergesellschaft eingefangen und abgefedert.

Das Beunruhigende an der derzeitigen Kommunitarismusdebatte aber ist, daß sie eine Vermutung nahelegt, die erschrecken mag: Moderne Gesellschaften scheinen an einem Punkt angekommen zu sein, an dem sie die sozialen und moralischen Voraussetzungen aufgezehrt haben, die für ihren inneren Zusammenhalt wesentlich sind. Wenn es aber so ist, daß das Konkurrenzprinzip das Gefühl mitmenschlicher Solidarität abgewertet hat, daß die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche die Gemeinschaftsfähigkeit des einzelnen zerstört, daß die Globalisierung der Lebenszusammenhänge Überschaubarkeit und Kleinräumlichkeit überholt, daß die Logik der Wettbewerbsgesellschaft eine kollektive ökologische Rationalität nur schwer zuläßt, daß die Medien- und Technologiegesellschaft nicht mehr Aufklärung, sondern Entertainment betreibt und deshalb weder vernünftiges Räsonnement noch verantwortliches Handeln in einer komplexer und interdependenter werdenden Welt zuläßt, dann gewinnt der Modernisierungsprozeß eine Beschleunigung, dem die sozialen und moralischen Grundlagen liberaler Demokratie kaum standhalten können. Der Kommunitarismus wird diese Entwicklung nicht aufhalten können. Aber er besteht zu Recht darauf, daß Gesellschaften ihren inneren Zusammenhalt nicht verlieren dürfen, wollen sie freiheitliche und stabile Demokratien bleiben.

Hans Vorländer ist Professor für Politikwissenschaft an der TU Dresden.

Roland Roth

Kommunitaristische Sozialpolitik?

Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik

Das Interesse an Gemeinschaften und Formen der gegenseitigen Hilfe von BürgerInnen hat im letzten Jahrzehnt eine politische und gesellschaftstheoretische Belebung erfahren. Politisch stimuliert von den „friedlichen Revolutionen" in Osteuropa und ihren postrealsozialistischen Transformationsproblemen sind Konzepte der Zivil- bzw. Bürgergesellschaft zu politischen Visionen und philosophischen Moden geworden. Die negativen Folgen der radikalen sozialen Austeritätspolitik im Westen, die in den achtziger Jahren mit den Namen Reagan und Thatcher verbunden war, provozierten im Westen eine kommunitaristische Gegenbewegung. Gemeinsam ist beiden Strömungen die Vorstellung von einem zu stärkenden eigensinnigen Bereich des Bürgerengagements. Freiwilliges soziales Engagement soll nicht länger zum sozialpolitischen Notnagel in Krisenzeiten verkümmern, sondern avanciert zur Voraussetzung und zum Wesenszug einer „starken" Demokratie und sozial integrierten „guten" Gesellschaft.[1]

Daher ist es nicht verwunderlich, daß zur Zeit kommunitaristische Ideen und Ideale in der sozialpolitischen Diskussion hoch im Kurs stehen.[2] Ihre Karriere geht Hand in Hand mit Konzepten der „Zivilgesellschaft".[3] Beide Denkrichtungen teilen ein starkes Interesse an jenem Feld von Aktivitäten und Vereinigungen, das – jenseits von Staat und Markt angesiedelt – diese gleichsam sozial „einbettet", deren negative Folgen abfedert und ihr Funktionieren allererst gewährleistet. Solidarität, Vertrauen, Toleranz, Gemeinsinn und andere zivile Tugenden sind unverzichtbar, können aber – so die gleichgerichtete Argumentation beider Konzepte – weder staatlich verordnet und durchgesetzt werden, noch entstehen sie einfach aus marktwirtschaftlichen Transaktionen. Vielmehr schaffe erst ein reiches, auf Gleichheit und wechselseitige Anerkennung gestimmtes Beziehungsgeflecht aus Bürgerengagement, Nachbarschaften, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, Vereinen, Parteien und Verbänden die Grundlage für eine demokratische politische Kultur und eine solidarische „Wohlfahrtsgesellschaft".

1. Kritische Anmerkungen zum kommunitaristisch-zivilgesellschaftlichen Perspektivenwechsel

Der kommunitaristisch-zivilgesellschaftliche Perspektivenwechsel beerbt einerseits die vielfältigen Kritiken am Markt- und Staatsversagen in den westlichen Demokratien, die in den letzten Jahrzehnten aufgelaufen sind. Andererseits bleibt diese Kritik gerade durch ihre Fokusverschiebung eigentümlich begrenzt. An

einige grundsätzliche Nachfragen und Einwände sei zunächst erinnert:

1. Haben wir es bei Konzepten, die auf Begriffe wie „Bürgergesellschaft" und „Gemeinschaft" zurückgreifen, nicht mit Ladenhütern zu tun, deren größte Überzeugungskraft vor der Durchsetzung „moderner" Gesellschaften, also vor der Durchsetzung kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie lag?[4]

2. Die „altmodische" Begriffswahl steigert die Schwierigkeit, die ins Visier genommenen Objektbereiche genauer zu fassen. Welche aktuellen Einrichtungen und Gesellungsformen sollen z.B. kommunitaristisch als „Gemeinschaften" geadelt werden: Kleinfamilien, Sportvereine, Greenpeace-Unterstützer und Nationalstaaten gleichermaßen?

3. Nachhaltige Zweifel existieren am empirischen Gehalt der Konzepte, wenn sie aus ihrem angestammten philosophischen Terrain mit seinen Idealwelten und Modellannahmen geholt und zur gesellschaftsanalytischen Aufklärung eingesetzt werden. Setzt die programmatische Selbstbegrenzung der Kritik bereits bei der Realitätswahrnehmung ein?

4. Strittig ist die gesellschaftskritische Reichweite der Konzepte. Beziehen sie sich affirmativ auf Entwicklungstendenzen in den avancierten westlichen Demokratien (z.B. als Orientierung für aktuelle Transformationsprozesse in Osteuropa), oder lassen sich aus den kommunitaristischen und zivilgesellschaftlichen Diskursen kritische Funken für eine gehaltvolle Zeitdiagnose schlagen?

5. Besonders in den kommunitaristischen Beiträgen wird eine politische Ambivalenz registriert, die auch deutlich konservative Züge einschließt. Dies gilt nicht nur für den zuweilen sorglosen Umgang mit regressiven Elementen historischer Gemeinschaften, sondern auch für die Ausblendung herrschaftlicher Grundzüge in gegenwärtigen Sozialformen (z.B. das Lob der Familie als Ort traditionaler Rollenzuweisungen).[5]

6. Wer sich für die Ideale ziviler Gemeinschaften mit solidarischen und demokratischen Grundzügen zu erwärmen vermag (und wer täte dies nicht), gerät in Verlegenheit, wenn die Sprache auf die Mittel und Wege kommt, mit denen zivilgesellschaftliche und kommunitaristische Wünsche Wirklichkeit werden sollen. Dies liegt vermutlich nicht nur daran, daß diese Ideale noch nicht reformpolitisch „kleingearbeitet" worden sind. Zur Förderung von „civic communities" müßten wir – paradoxerweise – just auf jene Steuerungsmedien (Recht und Geld) zurückgreifen, deren destruktives Übergewicht gerade die Suche nach zivilgesellschaftlichen Gegengewichten stimulierte.

2. Das Verhältnis von Ehrenamt und professionellen sozialen Diensten

Ohne diese Nachfragen auf allgemeiner Ebene zu vertiefen, soll der Versuch unternommen werden, an einem Bereich sozialen Engagements der Frage nachzugehen, ob und unter welchen Umständen er zu einer kommunitaristischen Sozialpolitik beitragen kann. Ehrenamtlichkeit bzw. freiwilliges Sozialengagement und bürgerschaftliche Selbsthilfe sind für die Idee einer von Gemeinsinn durchdrungenen „guten Gesellschaft"[6] sicherlich von zentraler Bedeutung. Das Gegenstück zur „guten Gesellschaft" ist ein staatlich und/oder privat regulierter Sektor professioneller sozialer Dienste, der primäre Solidaritäten oder wechselseitige Hilfen weitgehend ersetzt und zudem ohne moralische Unterfutter wie Gemeinsinn und bürgerschaftliches Engagement auskommt. Einige Thesen sollen die Entwicklungsdynamik zwischen beiden Bereichen verdeutlichen.

- Wir erleben gegenwärtig einen machtvollen und ungebrochenen Trend zur Professionalisierung der sozialen Hilfe

In der Beschreibung der Entwicklungsrichtung sozialer Sicherungssysteme sind sich die meisten Beobachter einig. Angesagt ist auch in

diesem gesellschaftlichen Bereich die zunehmende Arbeitsteilung, Verberuflichung, Spezialisierung, Kommerzialisierung und funktionale Differenzierung. Es gilt, den Rationalisierungsrückstand im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienste aufzuholen. Dauerhafte Arbeitslosigkeit treibt in Richtung soziale Exklusion. Gleichzeitig schwindet – zumindest in benachteiligten Milieus und Regionen – die Einbettung in stabile Gemeinschaften und „naturwüchsige" Solidarbeziehungen.[7]
Soziale Sicherheit versprechen stattdessen Sozialversicherungen und helfende Berufe. Ihre Entwicklung zu Professionen, die ihren gesellschaftlichen Status durch ein einschlägiges wissenschaftliches Studium sichern, ist – gestärkt durch parallele Entwicklungen in anderen Berufsbereichen – ein machtvoller Entwicklungstrend in modernen Gesellschaften. „Das Schlagwort von der 'Hilfe zur Selbsthilfe', das die Sozialarbeit seit den Anfängen ihrer fast 100jährigen Berufsgeschichte begleitet, hat so faktisch den Ausbau eines weitläufigen Fremdhilfe-Appartes legitimiert."[8] Der „Hilfe von Mensch zu Mensch" haben sich machtvolle Großorganisationen angenommen.

In den Wohlfahrtsverbänden führte die Expansion professioneller sozialer Arbeit dazu, daß „das Ehrenamt immer stärker ausgeblendet und innerhalb der Verbände marginalisiert wird".[9] Weiterbildungsangebote – orientiert an den neuesten gesetzlichen Regelungen – verstärken diesen Trend in Richtung Professionalität. Die Mobilisierung von freiwilligem Engagement scheitert nicht selten an den festgefügten Strukturen von Wohlfahrtsverbänden. Dem Ehrenamt geht scheinbar die Arbeit aus. Freiwillige Helfer werden „tendenziell Störenfriede sozialer Arbeit".[10] Die zunehmende Kompliziertheit von rechtlichen Regelungen, konzeptionellen Anforderungen, politischen Zuständigkeiten, Finanzierungswegen und Abrechnungsmodalitäten erfordert ein Ausmaß an fachlichen Qualifikationen, das zur Zugangsbarriere für ehrenamtliches Engagement wird.

In der Folge prägen sich divergierende Wissensbestände und Handlungsmuster aus. Das wissenschaftlich begründete Wissen der Hochschulabsolventen trifft auf das Alltagswissen der Laienhelfer. Die „Profis" drängen in Richtung unpersönlicher, fachlich-sachlicher Klientenbeziehungen, während im Ehrenamt Vertrauen und Sympathie zu den Hilfsbedürftigen noch eine zentrale Rolle spielen darf. Schon die Zuwendungsbedingungen der öffentlichen Hand tragen häufig dazu bei, Ehrenamtliche bei sozialpolitischen Leistungsträgern zu marginalisieren. Neue Managementprinzipien (Controlling, „schlanke" Verwaltung etc.) trocknen zudem in den Wohlfahrtsverbänden und öffentlichen Einrichtungen jene sozialen (Frei-)Räume – wie z.B. ein lebendiges lokales Vereinsleben – aus, die für freiwilliges Engagement besonders wichtig sind. Laienhilfe und ehrenamtlicher Arbeit sind von Prestigeverlust und Randständigkeit bedroht.

- Professionelle soziale Dienste sind nicht alles. Vielmehr bietet erst die Berücksichtigung informeller Hilfen in Gemeinschaften ein vollständiges Bild von der Produktion sozialer Sicherheit

Trotz des mächtigen Trends zur Verberuflichung und Professionalisierung sozialer Arbeit mündet nicht alles soziale Engagement in sozialstaatlich oder marktwirtschaftlich organisierte Professionalität. Faktisch wird nur ein kleiner Ausschnitt sozialer Probleme von professioneller Sozialarbeit und Sozialpädagogik bearbeitet. So wird zum Beispiel die häusliche Pflege im Alter auch heute weit überwiegend unentgeltlich von weiblichen Familienangehörigen geleistet.

Neben dem Staat sind Markt (privatwirtschaftliche soziale Dienste) und Gemeinschaften weitere Instanzen der Produktion sozialer Sicherheit. Erst dieses Wohlfahrtsdreieck bietet einen angemessenen Analyserahmen gegenwärtiger Sozialpolitik. Dabei gibt es einen deutlichen Trend in Richtung „Wohlfahrtsmix", d.h. konkrete sozialpolitische Programme bestehen – wie jüngst die Pflegeversicherung – zumeist aus einer Kombination aller drei Elemente[11]. Gesucht werden heute Modelle, denen es gelingt, die jeweiligen Vorteile der spezifischen Form der Wohlfahrtsproduktion (Staat – Sicherheit, Markt – Wahlfreiheit, Gemeinschaft – Sorge/Solidarität) zu kombinieren. Daß ohnehin jeder Eckpunkt des Wohlfahrtsdreiecks auf die beiden anderen verwiesen und von ihnen abhängig ist, wird kaum mehr bestritten.

Freiwilliges und ehrenamtliches soziales Engagement bilden einen wichtigen und selbstverständlichen Ausschnitt des Pols „Gemeinschaft". Heute sind in Deutschland z.B. über 2 Millionen Menschen in 55.000 Selbsthilfegruppen und -initiativen aktiv. Das sind rund 3 Prozent der Erwachsenenbevölkerung. In den neuen Ländern wurden 1993 in solchen Initiativen 130.000 Menschen gezählt[12]. Immerhin 6.500 Jugendliche machten 1993 ein freiwilliges soziales Jahr[13]. Verglichen mit anderen Ländern des Westens mit einer ausgeprägteren Selbsthilfekultur sind diese Anteile freilich gering. So sind in den Niederlanden 25 Prozent der Erwachsenen als Freiwillige im Durchschnitt 15,5 Stunden pro Monat aktiv – in einem Gesamtwert, der etwa 8 Prozent des Bruttosozialprodukts entspricht[14].

- Das verstärkte sozialpolitische Interesse an den Leistungen von „Gemeinschaften" im allgemeinen und Ehrenamtlichkeit im besonderen verdankt sich sehr unterschiedlichen Motiven

Für eine angemessene Lagebeurteilung ist wichtig, daß die negativen Motivquellen deutlich überwiegen. In erster Linie stimulieren die spürbaren Grenzen des Sozialstaats die Suche nach – kostengünstigen – Alternativen. Sie ergeben sich aus dem Zusammenspiel von Expansionsgrenzen des Sozialbudgets (z.B. die kommunale Finanzmisere angesichts gestiegener Kosten für Sozialhilfe und soziale Dienste), wachsenden sozialen Problemen (Dauerarbeitslosigkeit, Verarmung, zunehmender Obdachlosigkeit etc.) sowie demographischen und sozialstrukturellen Umbrüchen (u.a. „Vergreisung", Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung, Trend zur „Individualisierung", etwa gemessen an der wachsenden Zahl von Einpersonenhaushalten). Die Folge ist eine Scherenentwicklung zwischen dem steigenden Bedarf an sozialen Hilfen einerseits und seiner Finanzierbarkeit durch die öffentliche Hand bzw. die Sozialversicherungsträger andererseits.

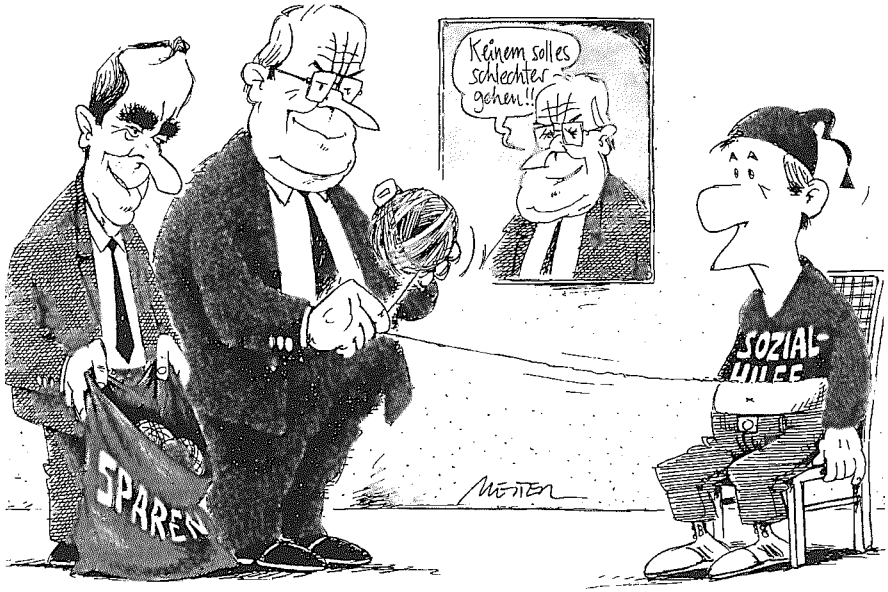
Eine weitere Quelle kommt aus dem Unbehagen und der Kritik an der professionellen Sozialarbeit. „Funktionaler Dilletantismus", „hilflose Helfer", „professionelle Bevormundung" lauten einige der Schlagworte aus der einschlägigen wissenschaftlichen Debatte. Die alltägliche Klage über die „Arroganz der Behörden" verstärkt bei vielen den Wunsch nach mehr Mit- und Selbstbestimmung, nach einem Ausstieg aus jener Klientenrolle, die Ämter und professionelle Dienste vorhalten.

Aber es gibt auch positive Quellen, die sich nicht nur aus den Krisen und der Kritik der bestehenden Sozialstaatspolitik speisen. Gerade in vergleichsweise neuen Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit (Aids-Hilfen, Hospizvereine etc.) machen verstärkt, innovativ und häufig stilbildend freiwillige HelferInnen auf sich aufmerksam.

Neue soziale Bewegungen, Bürger- und Selbsthilfebewegungen haben neue Formen, Kompetenzen und Visionen im Umgang mit individuellen und gesellschaftlichen Problemlagen eingeklagt und in Ansätzen auch selbst entwickelt[15]. Aus diesen bewegten Anstößen hat sich ein eigener Bereich von sozialen Initiativen und Projekten gebildet, der zumindest in den größeren Städten – wie zahlreiche „Stattbücher" dokumentieren – eine breite Palette von Diensten bietet. Gemessen am Umfang und an der Prägekraft von staatlichen und verbandlichen Einrichtungen ist dieser „alternative" Bereich freilich bislang marginal.

Immerhin hat inzwischen an vielen Orten eine politische Anerkennung und Institutionalisierung dieses neuen Feldes sozialer Einrichtungen jenseits der klassischen professionellen Sozialarbeit eingesetzt. Kommunale Selbsthilfeförderung, Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen und für Initiativen auf dem zweiten Arbeitsmarkt, die Förderung von Selbstorganisation in der Altenpolitik oder Initiativen für eine „neue" Ehrenamtlichkeit sind heute eher selbstverständlich als spektakulär[16]. Dafür spricht auch die Aufnahme der Fördermöglichkeit von Selbsthilfegruppen in das Krankenkassenrecht (1993).

Parallel entfaltete sich eine intensive sozialpolitische Debatte, in der selbst tastende Konzepte – wie „neue" Subsidiarität oder „neue" Ehrenamtlichkeit – als Versuche einer gesellschaftlichen Aufwertung unentgeltlicher sozialer Hilfen, kleiner Lebenskreise, Nachbarschaften und anderen gemeinschaftlicher Solidaritäten gelesen werden können. Die Suche nach „Vernetzungen" und „Brücken" zwischen professioneller Sozialarbeit, Selbsthilfegruppen, Alternativprojekten und freiwilligem sozialen Engagement gehört zu den Standardthemen der letzten Jahre[17].



Abwicklung des Sozialstaates

- Während die „klassischen" Motive schwinden, zeichnen sich Merkmale einer „neuen" Ehrenamtlichkeit ab

Christliche Nächstenliebe und Kulturen der Solidarität, wie sie sich vor allem in den verschiedenen Milieus der Arbeiterbewegung entfalten konnten, sind die wohl wichtigsten Quellen, aus denen sich gegenseitige soziale Hilfe und Ehrenamtlichkeit in diesem Jahrhundert gespeist haben. Individualisierungsprozesse und der Verlust an traditionellen Milieubindungen haben diese „klassischen" Motivquellen sozialen Engagements weitgehend ausgetrocknet[18]. Gegen alle Unkenrufe gilt es jedoch festzuhalten, daß es heute insgesamt nicht weniger soziales Engagement und nicht weniger Solidarität gibt als noch vor einigen Jahrzehnten. Im Vordergrund stehen heute aber weder die karitativ orientierte Nächstenliebe noch die Solidaritätsressourcen der Arbeiterbewegung. Vielmehr zeichnet sich heute eine „neue" Ehrenamtlichkeit mit folgenden Konturen ab:

1. Ehrenamtliche fordern heute Offenheit und Wahlmöglichkeit in ihrem Engagement. Sie wollen weder Lückenbüßer sein, noch „lebenslang" auf ihr ehrenamtliches Engagement festgelegt werden. Auch die Berücksichtigung des subjektiven Faktors „Sympathie" in den Interaktionen von Freiwilligen und „Klienten" wird eingefordert.

2. Selbstbezug, individuelle Sinnressourcen und eigensinnige biographische Motive (Verletzungen, Verluste) stehen heute bei freiwilligem sozialen Engagement stärker im Vordergrund, als dies die klassisch geforderte „Selbstlosigkeit" je zuließ. Dies trifft nicht nur für junge Menschen zu, sondern kennzeichnet auch viele Altenprojekte[19]. Das Anknüpfen an eigene Fähigkeiten und Erfahrungen, die Stärkung des Selbst- und Kompetenzbewußtseins verschränken sich mit altruistischen Motiven. Beides zugleich zu wollen, wird dabei nicht (mehr) als Gegensatz empfunden. Auch das Interesse an einem neuen Berufseinstieg über die Zusatzqualifikationen und Zugänge, die durch ehrenamtliches Engagement geboten werden, bildet unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen eine wichtige Motivquelle[20].

3. In der alten Bundesrepublik hat die „neue" Ehrenamtlichkeit zu einer Gewichtsverlagerung in den Arbeitsfeldern geführt. Das „traditionelle" Engagement für behinderte, alte und kranke Menschen hat etwas nachgelassen, während soziale Hilfen für Kinder, mit ökologischen Komponenten oder im Bereich internationale Solidarität Zuwächse erfahren[21].

4. Ein weiteres Merkmal „neuer" Ehrenamtlichkeit ist der gesteigerte Anspruch an die demokratische Ausgestaltung des Arbeitsfeldes. Dies gilt besonders für die alltägliche Kooperation mit den professionellen Kräften und die Offenheit der Vereins- und Verbandsstrukturen, in die ehrenamtliche Arbeit eingebunden ist, wirkt sich aber auch auf den Umgang mit den Hilfesuchenden selbst aus[22].

5. In dieses Bild paßt auch das verstärkte Interesse der Laienhelfer an Bildung und Qualifizierung, an der Kooperation mit professionellen Kräften sowie an laufender fachlicher Unterstützung und Fortbildung. Die soziale Praxis ist daher längst durch unscharfe Grenzen zwischen professioneller und ehrenamtlicher Hilfe gekennzeichnet.

6. Verzicht und Aufopferung im Dienst am Nächsten kann von den „neuen" Ehrenamtlichen weniger denn je eingefordert werden. Gefordert sind materielle und/oder symbolische Gratifikationen, die von der kleinen Aufwandsentschädigungen bis zur Berücksichtigung des ehrenamtlichen Engagements in der Rentenbemessung reichen sollen.

- Gerade für die gestiegenen Ansprüche „neuer" Ehrenamtlichkeit fehlt es hierzulande an institutioneller Unterstützung

Auch das „neue" ehrenamtliche Engagement befindet sich – angesichts der beschriebenen Entwicklungen – in einer ambivalenten Positi-

on. Es ist sozialpolitischer Lückenbüßer und Hoffnungsträger zugleich. Seine strukturelle Randständigkeit gegenüber den Polen Markt und Staat begünstigt „trade-offs" im Sinne der instrumentellen Fremdnutzung von Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe als wohlfeile Innovationsquelle für die professionelle und verbandliche Tätigkeit.

Was fehlt, sind institutionelle Sicherungen für die Entfaltung von „neuer" Ehrenamtlichkeit, wie sie z.B. in vorbildlicher Weise die niederländischen kommunalen Freiwilligenzentralen bieten. Gemessen daran, können wir in der Bundesrepublik allenfalls von einer marginalen Institutionalisierung kommunaler Selbsthilfeförderung sprechen. Zumeist werden lediglich einige der am lautesten im lokalen Raum vorgebrachten Forderungen berücksichtigt, aber es fehlt an Konzeptionen, die sich an einer neuer Kultur des Ehrenamts orientieren.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung wäre eine angemessene soziale Sicherung der ehrenamtlichen Arbeit, soll sie nicht auf jene Schichten beschränkt bleiben, die selbst über entsprechende Ressourcen verfügen. Daß es – unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen – eine wachsende Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement zum Nulltarif geben könnte, ist ein noch immer verbreiteter Irrtum.

Gefordert sind zudem dezentrale, überschaubare, d.h. vor allem lokale Kooperationsstrukturen. Eine starke kommunale Selbstverwaltung böte hierfür eigentlich gute Voraussetzungen. Rechtliche Überregelungen und entsprechende Vorgaben von der Europäischen Gemeinschaft bis zu den Ländern bleiben immer häufiger ohne finanzielle Deckung. Kommunaler Sozialpolitik fehlt es in der Regel an den notwendigen Ressourcen und damit auch an Gestaltungsspielräumen für den Bereich der freiwilligen Aufgaben. Angesichts ihrer Finanzmisere sind viele Kommunen froh, wenn sie ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen können. Alles Zusätzliche, wie zum Beispiel gemeindenahe Hilfsangebote für das ehrenamtliche Engagement, kommt dabei zu kurz. Vernetzungseinrichtungen, die freiwilliges soziales Engagement unterstützen, wie z.B. das IKEM (Informations- und Koordinationsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit) in Hannover oder der „Treffpunkt Hilfsbereitschaft" in Berlin-Mitte[23].

Auch die verbandliche Arbeit ist in der Gefahr, das vorhandene Potential freiwilligen Engagements zu vernachlässigen, wenn sie sich nicht auf offenere, moralisch weniger aufgeladene Formen des Engagements einstellt und mit den biografischen Motiven und Sinnressourcen ihrer freiwilligen HelferInnen pfleglich umgeht. Für die Verbandspolitik hieße dies, daß sie gegen den allgemeinen Trend ihre assoziativen Funktionen – wie z.B. das lokale Vereinsleben – stärken und nicht zugunsten ihrer Dienstleistungsaufgaben und sozialpolitischen Funktionen austrocknen. Sozialpolitischen Einfluß wird dieser gemeinschaftsorientierte Pol sozialer Unterstützung allerdings nur dann gewinnen, wenn seine Akteure die konfliktträchtige politische Einmischung riskieren, sich vor Ort als Anwälte sozial Benachteiligter profilieren und gemeinsame Visionen des Sozialen entwickeln.

3. Durchsetzungschancen und Voraussetzungen für eine Stärkung „neuer" Ehrenamtlichkeit

Wenn diese thesenhafte und thematisch beschränkte Bestandsaufnahme nicht völlig daneben liegt, dann hängen die Trauben für eine kommunitaristische Sozialpolitik recht hoch. Sicher, es gibt eine Wirklichkeit, die zum Gedanken drängt. „Neue" Ehrenamtlichkeit entspricht in wesentlichen Ausprägungen den demokratischen Ansprüchen post-traditionaler Gemeinschaften. Absolutistische Strukturen sind ihr ebenso fremd wie die autoritären Bestände deutschen Gemeinschaftsdenkens in die-

sem Jahrhundert[24]. Aber wie kann aus der Nischenexistenz eine sozialpolitisch prägende Kraft werden? Die Aufgaben, die dabei zu schultern sind, haben Herkules-Dimensionen. Einige seien abschließend hervorgehoben:

1. Kommunitaristisch inspirierte Sozialpolitik kann sich nur gegen schier übermächtige und gut etablierte Gegenspieler entfalten. Lohnarbeitszentrierte sozialstaatliche Sicherungssysteme, korporatistische Wohlfahrtsverbände und professionelle soziale Dienste sind strukturelle Antipoden einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Formen solidarischer Hilfe. Im Regelfall ist nur gegen sie und nicht mit ihnen jener Raum zu erobern, in dem das „soziale Kapital" der kleinen Netze und Assoziationen zählt und zudem vermehrt werden kann. Die zunächst erbitterten Widerstände gegen Selbsthilfeinitiativen mögen daran erinnern.

2. Die Krisen der etablierten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme begünstigen keineswegs progressive Alternativen. Erstaunlich ist vielmehr das institutionelle Beharrungsvermögen der etablierten sozialen Sicherungssysteme bei wachsenden Funktionsverlusten – selbst in jenen Ländern, in denen austeritätspolitisch orientierte Regierungen zum Generalangriff geblasen hatten[25]. An den oberen und unteren Rändern der Sicherungssysteme steigt folgenreich die soziale Exklusion, aber der geschrumpfte Kern bleibt vergleichsweise stabil[26].

3. Ohne eine flankierende egalitäre Bewältigung der Exklusionsdynamik (Verweigerung sozialer Bürgerrechte für Flüchtlinge, Asylsuchende, Dauerarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Arme, Obdachlose etc.) muß kommunitäre Sozialpolitik entweder als zynische Zumutung für ohnehin Benachteiligte und/oder als zusätzliches Luxusgut für privilegierte Schichten enden. Erst auf der Basis eines erwerbsunabhängigen garantierten Grundeinkommens, negativer Einkommenssteuer und ähnlichen Varianten des „Garantismus" ließe sich freiwilliges soziales Engagement in einem Umfang und quer durch die Gesellschaft fordern und fördern, der kommunitaristische Visionen nicht von vornherein blamierte[27].

4. Aus dem gesteigerten Veränderungsbedarf und den erwartbaren Widerständen folgt, daß sich kommunitaristische Alternativen radikaler und utopischer positionieren müssen, als sie es bislang zumeist getan haben. Als bloß korrigierende Ergänzung zu Markt und Staat können sie allenfalls folgenlos das Vokabular von Sonntagsreden bereichern oder jenen „Gelegenheitskommunitarismus" inspirieren, wie er in den jüngsten Überlegungen des bayerischen Innenministers zum Kirchenasyl durchschimmerte. Kirchengemeinden werden dazu ermuntert, auf eigene Kosten einige jener Härtefälle zu versorgen, die ein restriktives Asylrecht und seine besonders unmenschliche freistaatliche Umsetzung erst produziert.

5. Gefordert ist politische Einmischung[28]. Ohne die geforderte analytisch-konzeptionelle Zuspitzung ist sie nicht zu haben. Gerade zivilgesellschaftliche und kommunitaristische Denkfiguren gewinnen erst an Konturen und politischer Eindeutigkeit, wenn sie sich ins intellektuelle Handgemenge begeben. Welche Gemeinschaft, wo, wieviel und für wen, mit welchem menschenrechtlich-demokratischen Fundament, das wüßten auch die Freunde und Freundinnen dieses Denkens sicherlich ganz gerne.

Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Magdeburg.

Anmerkungen

[1] Zwei programmatische Titel aus der Literaturflut mögen genügen: Benjamin Barber, Starke Demokratie, Hamburg 1994; Robert N. Bellah et al., The Good Society, New York 1991.

[2] Einige Hinweise auf das gestiegene Interesse: Die „Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit" kün-

digt für den Herbst 1995 einen stark „kommunitaristisch" gestimmten Kongreß zur „Standortbestimmung" mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement. Perspektiven im Ehrenamt, in Sozialer Selbsthilfe, in Gemeinschaftsinitiativen" an. Warnfried Dettling, Vordenker des sozialreformerischen Flügels der CDU, fordert in der „Zeit" (Nr. 30 vom 21.7.1995) kommunitaristisch inspiriert „Sozialisiert den Wohlfahrtsstaat!". Im April dieses Jahres versammelte die baden-württembergische Landesregierung zahlreiche WissenschaftlerInnen, um Antwort auf die bange Frage zu erhalten: „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?".

[3] Exemplarisch hierfür das Konzept der „civic community" von Robert D. Putnam – vgl. ders., Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993, S. 86ff.

[4] Georg Vobruba hat jüngst auf die paradoxe Grundstruktur kommunitaristischen Denkens aufmerksam gemacht: „Gemeinschaft ist ein moderner Begriff, der sich auf Vormodernes bezieht, um das moderne Problem der Gestaltung der Gesellschaft zu bewältigen."(ders,. Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen, Wien 1994, S. 20)

[5] Daran hat sich vor allem die feministische Kritik entzündet – vgl. Herlinde Pauer-Studer, Das Rechte oder das Gute? Feministische Kritik am Kommunitarismus und Liberalismus, in: Das Argument Nr. 206, H. 4/5 1994, S. 775-784.

[6] Die Programmschrift der US-Communitarians ruft zwar zur erhöhten Aufmerksamkeit für die Nöte von Familien, Nachbarschaften und lokalen Gemeinschaften auf, läßt aber übergreifende sozialpolitische Überlegungen vermissen.

[7] Ein üppiges Vereinswesen und das Wachstum des Dritten Sektors insgesamt widersprechen diesem Befund nur scheinbar. Kommunitäre Qualitäten gehen in dem Maße verloren, wie dauerhafte und direkte Kommunikationsbeziehungen durch kommerzielle Freizeitangebote oder individualisierte Mitgliedschaften in Großorganisationen ersetzt werden – zu diesem Trend für die USA s. Robert D. Putnam, Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, 1/1995, S. 65-78.

[8] Christoph Sachße, Mütterlichkeit als Beruf, Frankfurt/M. 1986, S. 310f.

[9] So das Fazit einer neueren Untersuchung der Caritas, in der religiös motivierte Ehrenamtlichkeit noch am ehesten vermutet werden konnte – Gisela Jakob/Thomas Olk, Professionelles Handeln und ehrenamtliches Engagement – ein „neuer" Blick auf ein „altes" Problem, in: Sozialmagazin 3/1995, S. 20.

[10] Bernd Halfar/Adrea Koydl, Geht dem Ehrenamt die Arbeit aus? in: Blätter der Wohlfahrtspflege 6/1994, S. 119.

[11] Zu dieser Perspektive siehe Adalbert Evers, Pluralismus, Fragmentierung und Vermittlungsfähigkeit. Zur Aktualität intermediärer Aufgaben und Instanzen im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik, in: Alf Trojan/Helmut Hildebrandt (Hrsg.), Brücken zwischen Bürgern und Behörden. Innovative Strukturen für Gesundheitsförderung, Asgard 1990, S. 27-40.

[12] Ulrich Kettler, Selbsthilfeförderung: Förderbedarf, Empfehlungen und Perspektiven, in: Sozialmagazin 3/1995, S. 31.

[13] Otto Haug, Das soziale Lernen muß neu organisiert werden, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 6/1994, S. 111.

[14] Heinz Janning, Ehrenamtlichkeit fällt nicht vom Himmel. Über das niederländische Freiwilligensystem, in: Sozialmagazin 3/1995, S. 29.

[15] Roland Roth, „Sozialpolitik von unten". Soziale Bewegungen und sozialpolitische Reformen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/1991, S. 41-56.

[16] Fast vergessen sind z.B. die heftigen politischen Kontroversen um die einschlägigen Berliner Projekte (SEKIS, BBJ-Consult, „Erfahrungswissen älterer Menschen nutzen", „Treffpunkt Hilfbereitschaft" etc.), die oft schon ihr zweites Jahrzehnt begonnen haben – vgl. SEKIS, Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle und Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.), Versionen und Visionen für das Soziale. Diskussionen über Selbsthilfe und Sozialpolitik aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens von SEKIS in Berlin, Berlin 1993.

[17] Statt vieler s. Heiner Keupp/Bernd Röhrle (Hrsg.), Soziale Netzwerke, Frankfurt/M 1987;

Bernd Dewe/Norbert Wohlfahrt (Hrsg.), Netzwerkförderung und soziale Arbeit, Bielefeld 1991.

[18] Daß gerade mit den neuen sozialen Bewegungen Milieubildungen verbunden waren, in denen nicht nur Abgrenzungen, sondern auch neue Solidarnormen entwickelt wurden, hat eine Forschungsgruppe um Michael Vester in empirischen Studien herausgearbeit und gegen allzu schlichte Individualisierungsthesen gesetzt – vgl. Michael Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993; zur Debatte über entsprechende Werteverschiebungen verschiedene Beiträge in Ansgar Klein (Hrsg.), Wertediskussion im vereinten Deutschland, Köln 1995. Wie stabil diese neuen Milieubildungen sein werden und wie sich dabei ihre sozialmoralische Substanz verändern wird, dürfte sich erst im Rückblick zeigen.

[19] Programmatisch und konzeptionell berücksichtigt werden diese Motive zum Beispiel im Berliner Projekteverbund „Erfahrungswissen", der von der „Wissensbörse", über das „Erzählcafé", das „Werkhaus Anti-Rost" bis zum „Stadtführer mit Erfahrungswissen" reicht.

[20] Vgl. Thomas Olk, Sozialengagement als Lebensstil, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 9/1993, S. 270ff.

[21] Heinz Bartjes, Die etwas andere Professionalität. Thesen, Überlegungen und offene Fragen zum „Neuen Ehrenamt", in: Sozialmagazin 3/1995, S. 15; Bernd Halfar/Adrea Koydl, Geht dem Ehrenamt die Arbeit aus? in: Blätter der Wohlfahrtspflege 6/1994, S. 120.

[22] Eindrucksvoll dokumentieren diese Veränderung für die Altenpolitik Adalbert Evers u.a., Alt genug, um selbst zu entscheiden. Internationale Modelle für mehr Demokratie in Altenhilfe und Altenpolitik, Freiburg 1993.

[23] Zu IKEM s. Runheide Lisner, Am Morgen klingelt das IKEM-Telefon..., in: Sozial Extra 4/1995, S. 2ff; zum „Treffpunkt Hilfsbereitschaft" siehe Carola Schaaf-Derichs „Eine Agentur für 'Social-Profit'", in: Sozialmagazin 3/1995, S. 25ff.

[24] Zu den gesellschaftsspezifischen Konnotationen von „Gemeinschaft" und den daraus resultierenden Mißverständnissen in der transatlantischen Kommunitarismusdiskussion s. Micha Brumlik, Die Gemeinschaft, das Neue und die Demokratie – Leitmotive einer modernen Sozialpädagogik, in: Hans-Uwe Otto u.a. (Hg.), Zeit-Zeichen sozialer Arbeit, Neuwied 1992, S. 43-48.

[25] Gängige Wahrnehmungen über staatliche Sozialpolitik unter Krisenbedingungen korrigiert z.B. Paul Pierson, The New Politics of the Welfare State, Bremen 1995 (ZeS-Arbeitspapier 3/95).

[26] Dies auch die Botschaft der grundlegenden Renten-Studie von Frank Nullmeier/Friedbert W. Rüb, Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt/M-New York 1993.

[27] Auf diesen Zusammenhang hat jüngst noch einmal Claus Offe nachdrücklich aufmerksam gemacht: „Freiwillig auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt verzichten. Arbeitslosigkeit, Gewerkschaften und gesellschaftspolitische Innovation", in: Frankfurter Rundschau vom 19.7.1995.

[28] Auf diese politische Dimension des „social citizenship" hat immer wieder Adalbert Evers aufmerksam gemacht – so zuletzt in einem Referat mit dem Titel „Sozialstaatliche Traditionen, Institutionen und neue soziale Bewegungen. Über das politische Defizit der Wohlfahrtsgesellschaft" auf dem eingangs erwähnten wissenschaftlichen Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg (6./7. April 1995).

Michael Opielka

Gemeinschaft als Ressource der Sozialpolitik

Zur Relevanz der Kontroverse zwischen Liberalismus und Kommunitarismus für die Wohlfahrtsstaatsdebatte

Der Kommunitarismus ist ein Kind der achtziger Jahre. Sein Ausgangsthema war die Realisierung von „Gerechtigkeit" als Problem der praktischen Philosophie in einer (westlichen) Gesellschaft, die zugleich universalistisch (liberal) wie partikularistisch (kommunitär) zu funktionieren scheint. Die Diskussion füllt zwischenzeitlich ein mittleres Bücherregal, und das ist gut so. Zum einen ist es gut, weil es sich bei der Kontroverse zwischen „Liberalismus" und „Kommunitarismus" um eine notwendige Dialektik handelt. Michael Walzer hat die kommunitaristische Kritik nicht ohne philosophischen Realismus „als eine unbeständige Begleiterscheinung des Liberalismus" (Walzer 1993, S. 157) bezeichnet, „gleichermaßen vergänglich, erwacht sie mit der gleichen Gewißheit zu neuem Leben." Zum anderen ist die Kontroverse zwischen den beiden Theoriegefährten gut aus einem politischen Grund, dem ich mich im folgenden zuwenden möchte: Die Kontroverse verspricht erhellende Einblicke, wenn nicht sogar Ausblicke auf grundlegende Optionen der Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten. Das ist nicht nur für den Sozialpolitikwissenschaftler interessant. Die Frage nach der Zukunft des Wohlfahrtsstaates betrifft alle. Und was alle betrifft, können auch nur alle lösen.

Der Kommunitarismus stellt eine wohlfahrtsstaatliche Kultur in den USA zur Rede, die individuelle Bürgerrechte hoch und sozialstaatliche Interventionen gering schätzt. Von Anfang an ging es den kommunitaristischen Autoren und Akteuren nicht nur um eine sozialphilosophische Perspektive, vielmehr um die Formulierung eines „Dritten Weges" zwischen der Markt-Ideologie des Kapitalismus und der sozialstaatlichen Utopie eines bürokratisierten Sozialismus. „Wir Kommunitarier sind der Meinung, daß die große Frage nicht Staat oder Markt lautet, sondern 'Community'", formulierte Amitai Etzioni, einer der kommunitaristischen Wortführer, die dialektische Antwort.[1] Gibt der Kommunitarismus tatsächlich relevante Antworten auf die wohlfahrtsstaatlichen Debatten der Gegenwart, so wäre seine praktische Bedeutung erheblich. Wir wollen dieser Vermutung im folgenden in drei Schritten nachgehen.

Der erste Schritt beleuchtet die kommunitaristische Krisendiagnose der entwickelten Wohlfahrtsstaaten. Die Diagnose ist hart: trotz sozialpolitischer Systeme fühlen sich die Menschen nicht gemeinschaftlich integriert und folglich unsicher. In einem zweiten Schritt wird die kommunitaristische Therapie untersucht. Sie

besteht vor allem in einer neuen Balance von „rights and responsibilities", von Rechten und Verantwortlichkeiten. Der dritte Schritt versucht, den sozialtheoretischen Hintergrund des Kommunitarismus zu verstehen. Gemeinschaft soll als Ressource der Sozialpolitik neue Beachtung finden. Was aber bedeutet das?

1. Die kommunitaristische Diagnose

Neue Antworten erfordern, daß die alten versagt haben. Trotz zahlreicher sozialstaatlicher Hilfesysteme nimmt, so die kommunitaristische Anamnese der modernen westlichen Gesellschaften, die soziale Anomie zu. Als Indikatoren der Krise werden Drogenprobleme und die Zunahme der Alleinerziehenden genannt, Jugendkriminalität und die fehlende Autorität der Älteren, Gewalt in Schulen und Armut, Verteilungsungerechtigkeit oder die grassierende Arbeitslosigkeit herangezogen. Soziale Auflösung prägt im Krisenszenario das Bild. Versagt haben Markt(-wirtschaft) und Staat. Entwurzelung und Entgemeinschaftung sind das Problem.

Im Zentrum der kommunitaristischen Krisendiagnose stehen die Kinder: „The missing child in liberal theory" fokussiert ein kanadischer Autor (O'Neill 1995). Es ist der Kult des Individualismus, der unbegrenzten Selbstverwirklichung der einen auf Kosten der Bedürftigkeit der anderen: der Kinder und Jugendlichen in Familie und Gesellschaft. An der Vernachlässigung sowohl der familialen (Mikro-) wie der gesellschaftlichen (Makro-)Sorge gegenüber den Kindern zeigt sich die Kontextvergessenheit, die Kurzfristigkeit von Zielen. Dem Wertewandel hin zu individualistischen Selbstverwirklichungswerten korrespondiert der durchgreifende Siegeszug der Markt- und Konsumlogik einer globalen Ökonomie, die lokale Gemeinschaftsformen auf Teilmärkte reduziert. Die Kultur des kapitalistischen Marktes erfordert nichtsdestotrotz moralische und politische Bindungen, um das „soziale Kapital" - die Menschen - und schließlich sich selbst nicht zu zerstören. An diesen Bindungen aber mangelt es zunehmend.

Konsequent ist die kommunitaristische Sozialkritik zuerst Kulturkritik. Sie klagt Moralität ein. Allerdings scheiden sich hier die kommunitaristischen Geister: Wie in der weiten Welt, spiegeln sich auch im kommunitaristischen Diskurs die politischen Lager von links bis rechts (soweit damit bereits alle Lager erfaßt wären). Es gibt konservative Kommunitarier, sozialistische und selbst liberale. Bei dem Begriff des „Kommunitarismus" handelt es sich nicht um ein geschütztes Markenzeichen. So sei Marx ein Kommunitarier gewesen, Bill Clinton, Ralf Dahrendorf (weil er für das Grundeinkommen eintritt), auch Joschka Fischer und Wolfgang Schäuble werden als solche gehandelt. Die hier erwähnten Männer sowie die wenigen Kommunitarierinnen[2] sind sich über den Kontext und den Inhalt der Moral uneins; einig sind sie nur darin – und insoweit sind sie eben Kommunitarier und nicht Marktliberale oder Staatsapologeten – daß ihre Herzenshaltung (habits of their hearts) mehr oder weniger ausdrücklich dem Gemeinschaftlichen in der Gesellschaft gehört.

Mißverständnisse sind bei einer derart breiten Koalition unvermeidlich. Das hat nicht nur politisch-ideologische Gründe, sondern mit der Wirklichkeitswahrnehmung, der Diagnose der sozialen Situation zu tun. Michael Walzer machte in seinem bereits erwähnten, die Kontroverse zwischenresümierenden Beitrag auf eine für den Kommunitarismus konstitutive Paradoxie aufmerksam. Zugleich behaupte dieser nämlich gegenüber dem Liberalismus zwei widersprüchliche Sachverhalte. Einerseits sei die liberale Theorie das exakte Spiegelbild einer bedauerlichen gesellschaftlichen Praxis:

„radikal voneinander isolierte Individuen (leben) als rationale Egoisten und Impressarios ihrer selbst" (Walzer 1993, S. 159), einer Welt der Heimatlosigkeit und der „Abwanderung" (Albert O. Hirschman). Andererseits aber behauptet der Kommunitarismus, „die liberale Theorie verdrehe und verzerre die Realität von Grund auf (...). In Wahrheit gehöre es zum innersten Wesen einer menschlichen Gesellschaft, die in ihr aufwachsenden Individuen in Beziehungsstrukturen, Machtnetze und Sinngemeinschaften einzubinden und zu verstrikken" (ebd., S. 162f.) Walzer versucht diese Kontroverse zwischen Geltungsansprüchen und empirischer Beobachtung dialektisch aufzulösen, indem er auf die kommunitaristischen Werte in der liberalen Idee – nämlich der Idee der „freiwilligen Assoziation" – verweist: „Da der Liberalismus eine selbstzerstörerische Lehre ist, braucht er die periodische kommunitaristische Korrektur (...). Die amerikanischen Kommunitaristen müssen einsehen, daß es (...) nichts gibt als voneinander getrennte, mit Rechten ausgestattete, freiwillig sich zusammenschließende, in freier Rede sich äußernde, liberale Individuen. Und dennoch wäre es gut, wenn wir diese Individuen lehren könnten, sich als soziale Wesen zu begreifen, als die historischen Produkte und partiell auch die Verkörperungen von liberalen Werten. Denn die kommunitaristische Liberalismuskorrektur kann nichts anderes sein als eine selektive Verstärkung eben jener Werte oder (...) ein Streben nach Einlösung der Gemeinschaftspostulate in ihnen." (ebd., S. 170)

An diesen analytischen Bemerkungen fällt ein spezifisches Konzept von „Wert" auf. Der bewußt jüdische Philosoph Walzer argumentiert radikal säkular. Der Mensch wird analysiert als „homo sociologicus", als liberales Individuum mit Rechten etc., das aus moralischen Gründen und auch aus Gründen der Übereinstimmung mit der empirischen Wirklichkeit doch beachten solle, daß es Mit-Menschen gebe, auf die man sich beziehen müsse.

Der „Wertverlust" wie die Notwendigkeit, (neue) Werte zu erringen, bezieht sich auf soziale Gemeinschaftswerte, damit auf Moral. Axel Honneth hat dies als „schwache" Form des Kommunitarismus bezeichnet. „Schwach" insofern, als sowohl die Krisendiagnose wie die Antwort auf weitgeteilten empirischen Annahmen über die kollektive Wertbindung in modernen Gesellschaften des Westens fußt. Gemeinschaftswerte orientieren sich hier zugleich am universalistisch-ethischen Gut der Freiheit des einzelnen und an seinem grundrechtlich verbürgtem Schutz.[3]

Demgegenüber argumentiert eine „starke" Form des Kommunitarismus stärker ethisch als moralisch, eher religiös als säkular. Deren bekannteste Repräsentanten sind Alasdair MacIntyre und Charles Taylor. Die bei diesen Autoren formulierte Krisendiagnose bezieht sich zwar auch auf die moralischen Regeln des Zusammenlebens bzw. ihren Verlust, sie reicht aber weiter auf ontologische Fragen der Gesellschaftsanalyse. In der dialektisch-reflexionstheoretischen Tradition von Hegel stehend geht es beispielsweise Taylor um eine Anerkennung des Allgemeinen, die Menschen im geistigen Sinne Verbindende, das jedes wirkliche Gespräch wie gemeinsames Leben trägt. Offensichtlich ist, daß ein solches, religiös-spirituell interpretierbares Konzept auch konservative Konnotationen zuläßt.

2. Die Therapie des Wohlfahrtsstaates

Die Unterscheidung in „schwache" und „starke" Formen des Kommunitarismus ist freilich noch nicht genau genug, um sich im Gemengelage der Argumentationen zurechtzufinden. Es gibt noch weitere Sortierungsversuche. Bei-

spielsweise die von Charles Taylor entwickelte doppelte Dichotomie: Individualismus vs. Kollektivismus und Atomismus vs. Holismus, die in Form eines Vierfelderschemas bzw. in einer XY-Achse kombiniert werden können. Auf der ersten Achse wird die normative (moralische) Frage gestellt, ob den einzelnen Individuen (Individualismus) oder sozialen Gemeinschaften (Kollektivismus) der Vorzug zu geben sei. Die andere Achse trägt das ontologische Kontinuum auf, wie erklärungskräftige Grundbegriffe für die soziale Welt zu beschreiben seien. Hier unterscheidet Taylor eine Dichotomie zwischen Atomismus bzw. methodologischem Individualismus und Holismus (Taylor 1993, S. 103ff.). Honneth sieht die interessantesten Probleme heute dort, wo diejenigen Liberale und Kommunitaristen aufeinander treffen, die die ontologische Prämisse des Holismus teilen. Hier stimmen beide Lager darin überein, daß ohne übergreifende Werte, ohne einen ethischen (Minimal-)Konsens die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft nicht zu gewährleisten ist. Auf dieser Ebene sieht Axel Honneth die Kontroverse zwischen „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" aufgehoben in dem von beiden Denkrichtungen geteilten Anspruch, „den Begriff einer post-traditionalen, demokratischen Gemeinschaft zu formulieren" (Honneth 1993, S.16).[4]

Eine pragmatische und intuitiv überzeugendere Unterscheidung der verschiedenen Ansätze in der Diskussion Kommunitarismus-Liberalismus findet sich, wenn wir weder die Krisendiagnose noch die Theoriekontroversen, sondern die Therapievorschläge untersuchen. Legen wir die kommunitaristisch-liberale Diskursfolie nämlich auf die Diskussion um die Zukunft des Wohlfahrtstaates, so ergibt sich die überraschende Beobachtung, daß die Welt[5] mehrheitlich aus Kommunitaristen besteht.

Im Kontext einer theoretischen Reflexion über die Bedingungen eines „garantierten Grundeinkommens" als Reformprojekt der westlichen Wohlfahrtsstaaten unterscheidet Claus Offe vier strategische Optionen als Antwort auf die Ungewißheiten und Unsicherheiten, die die modernen westlichen Wohlfahrtsstaaten kennzeichnen (vgl. Offe 1992, S. 69 ff.).

Die erste Option ist die *ökonomisch-liberale* Position, die aufgrund der empirischen Veränderung in Richtung auf Pluralisierung und Auflösung von seit über 100 Jahren gültigen strukturelle Voraussetzungen in Arbeitsmarkt und Familie dafür plädiert, generöse Standards und sozialpolitische Versprechen auf Sicherheit zu verabschieden und den Markt entscheiden zu lassen. Diese liberale Position ist durchaus nicht völlig deckungsgleich mit der Position des philosophischen Liberalismus, wie sie in der stark amerikanisch geprägten Kontroverse zwischen liberals und communitarians zum Ausdruck kommt. In der philosophischen Kontroverse haben sich vor allem die politischen Liberalen zu Wort gemeldet, die sich an Bürgerrechten orientieren und ihr Profil in der Abgrenzung zu staatlichen Wohlfahrtsansprüchen formulieren. Wirtschaftsliberale Positionen wurden in der Kontroverse auf philosophischer Seite kaum vertreten. Diesen Relativierungen zum Trotz läßt sich die Perspektive liberalistischer Sozialphilosophie und Sozialpolitik durchaus auf das Konzept eines „minimal state" reduzieren.

Die zweite strategische Option ist die *sozialdemokratische* Version, die zwar die sozialstrukturellen Veränderungen anerkennt, angesichts der dramatischen Realität sozialer Ungleichheit jedoch bestreitet, daß eine grundlegende Umorientierung der Sozialpolitik erforderlich sei. Vielmehr sollten die produktivistischen Grundannahmen (Wachstum, Erwerbsarbeitsorientierung) des europäischen Sozial-

versicherungs-Staatsmodells fortgeschrieben und möglichst sogar ausgeweitet werden. Erforderlich dafür sei „nur" die politische Aktivierung solidarischer und universalistischer Überzeugungen in der Bevölkerung. Nicht nur im letztgenannten Punkt wird deutlich, daß sich Sozialdemokraten (und Sozialisten) - trotz ihrer starken auf den Staat und dessen Reformpotenz für die Herstellung von Gleichheit gerichteten Ambitionen - durchaus dem kommunitaristischen Lager zurechnen lassen.

Dies geschieht zum Teil ganz ausdrücklich. Beispielsweise dort, wo Robert N. Bellah in seinem 1991 erschienenen Buch „The Good Society" für eine Übernahme sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatsmodelle für die Vereinigten Staaten von Amerika plädiert – aus der kommunitaristischen Erkenntnis, daß auch auf gesellschaftlicher Ebene gemeinschaftliche Handlungsorientierungen erforderlich sind. Ähnlich sieht Michael Walzer in modernen industriellen Demokratien die Bürger so eng verwoben, daß er ein Bündel von drei Prinzipien aufstellen kann, das für alle Gemeinschaften gelte, in denen die Mitglieder zumindest dem Anspruch nach (Christentum, Menschenrechte) alle als Gleiche betrachtet werden: „Prinzip I: Jede politische Gemeinschaft muß den Bedürfnissen ihrer Mitglieder in der ihnen von allen gemeinsam beigelegten Bedeutung nachkommen. Prinzip II: Die zur Verteilung gelangenden Güter müssen gemäß den Bedürfnissen verteilt werden. Prinzip III: Die Verteilung muß die allem zugrundeliegende Gleichheit der Mitglieder anerkennen und bewahren." (Walzer 1992, S. 134). In diesem Zusammenhang ist schließlich erwähnenswert, daß sich der „Urheber" der ganzen Kontroverse, John Rawls, zwischenzeitlich in einer interessanten Zwischenposition zwischen dem liberalen und dem sozialdemokratischen Lager zu befinden scheint. Mit guten Gründen könnte man die strategische Option des Sozialdemokratismus folglich auch mit dem Label **Kommunitarismus I** versehen. Es handelt sich hierbei um eine Form des „schwachen" Kommunitarismus.

Schaubild: Kommunitarismus im politischen Kontext

	Liberalismus	Kommunitarismus I	Kommunitarismus II	Kommunitarismus III
Politischer Kontext	dito	Sozialdemokratie	Konservativismus	„Grüne"
Bevorzugtes Steuerungssystem	Markt	Staat	Moral (soziale Gemeinschaft)	Ethik (geistige Gemeinschaft)
Sozialstaatliches Reformprojekt	„minimal state"	(mehr) Sozialversicherungs-Staat	„workfare state" – aber auch: „Sozialdienst"	Garantiertes Grundeinkommen
Vertreter in der Kommunitarismus-Debatte	Charles Larmore, Ralf Dahrendorf	Robert N. Bellah, Michael Walzer	Nathan Glazer, Wolfgang Schäuble	Claus Offe, Amitai Etzioni, Charles Taylor

Die dritte strategische Option für die Zukunft des Wohlfahrtstaates zeichnet Claus Offe als die *konservative* Strategie. Sie empfiehlt zugleich Bestrafung und Belohnung von Einstellungen zu Arbeit, Erziehung, Gesundheit, öffentlicher Ordnung und Familie. Gegenüber liberalen Wünschen, beispielsweise die Gewerkschaften zu schwächen oder die Steuereinnahmen des Staates deutlich zu reduzieren, betonen Konservative die Stärkung der moralischen Aufrüstung der Gesellschaft und bestehen darauf, im Bereich der sozialpolitischen Leistungssysteme deutlich zwischen „Bedürftigen" und „Nichtbedürftigen" zu unterscheiden. Ein konservatives Modell des Sozialstaates ist der „workfare state". In konservativen Sozialpolitik-Modellen spricht eine modernisierte, technisierte Form des Paternalismus. Gemeinschaft spielt eine große Rolle. Die Gemeinschaft der Nation, die Gemeinschaft der Familie, gegebenenfalls auch die ethnische oder gar die rassische Gemeinschaft des Volkes. Insoweit ist auch diese Position durchaus dem kommunitaristischen Lager zuzurechnen bzw. sind Überlappungen zu beobachten. Ich möchte hier das Label **Kommunitarismus II** vergeben. Der Fokus hier ist auf Moral, die Tendenz autoritär.

Eine vierte strategische Option bezeichnet Claus Offe als *links-libertär*, zugehörig zu einer „postindustriellen Linken". Allerdings betont er, daß es sich hierbei um ein noch wenig definiertes und theoretisch höchst dürftig formuliertes Konstrukt handele. Diese sozialpolitische Option will gleichzeitig Sicherheit und Autonomie, gemeinschaftliche Einbindung und individuelle Handlungsoptionalität erreichen. Im Mittelpunkt steht hier ein modernes, republikanisches Konzept von Bürgerschaft (citizenship). Ein besonders prominentes Beispiel eines Reformvorschlages in dieser strategischen Option ist die Idee des „garantierten Grundeinkommens", eines positiven Grundrechtes auf materielle Teilhabe an der Gesellschaft. Ich möchte diese Position auch als **Kommunitarismus III** bezeichnen. Während die Position des Liberalismus auf die steuernde Kraft des „Marktes" abzielt, die sozialdemokratische Vision auf das Steuerungssystem „Staat", setzen die beiden letztgenannten Ansätze auf gemeinschaftliche Steuerungssysteme. Die Position des Kommunitarismus II (konservativ) betont eher die Steuerungskompetenz sozialer Gemeinschaftsformen: inklusive soziale Systeme wie die Familie, die Nation und andere, durch Abgrenzung oder Differenz entstehende Gemeinschaften. Das Ergebnis sind Regeln, ist Moral, sind Sitten, die Sicherheit geben, aber zwangsläufig andere ausschließen.

Demgegenüber setzt die Position des Kommunitarismus III auf das Steuerungsystem ethischer, geistiger Gemeinschaftsbildung. Hier gibt es natürlich Binnendifferenzierungen. So wie es bei den Kommunitaristen II mehr und weniger konservative (d.h. mehr oder weniger autoritäre) Vertreter gibt, lassen sich im Bereich des Kommunitarismus III säkulare und eher religiös-spirituell orientierte Vertreter unterscheiden. Politisch entspricht die Position des Kommunitarismus III dem, was sich in den vergangenen 15 Jahren als „grünes" politisches Spektrum herausgebildet hat. Hier besteht eine eigentümliche Verschränkung zwischen Allgemeinem und Besonderem, zwischen universalistischen Postulaten allgemeiner Menschenrechte und der radikalen Anerkennung des Individualitätsprinzip einerseits – andererseits einer gleichfalls radikalen Anerkennung des Hergebrachten in Form von Natur, kulturellen Sitten und Gebräuchen. Letzteres führt logisch zur Kritik einer Individualisierung als Versingelung der Gesellschaft.

Erwähnenswert erscheint ein Bezug dieser Typologie zur Debatte um die Stärkung der „civil society" bzw. einer „Wohlfahrtsgesell-

schaft". Ihr geht es einerseits um eine Emanzipation des Bürgers von staatlichem Zugriff, andererseits um die Vitalisierung einer auf freiwilligen Assoziationen basierenden gesellschaftlichen Kohäsion. Vertreter dieser Debatte finden sich in allen politischen Lagern, vor allem bei der Bewältigung totalistischer Traditionen, wie derzeit in Mittel- und Osteuoropa. Man könnte das Plädoyer für eine „civil society" insoweit als eine „ganz schwache" Form des Kommunitarismus bezeichnen.

Die theoriegeleitete Brechung der kommunitaristischen Perspektive in ihre Spektralfarben hilft auch bei der Erklärung, warum beispielsweise das Konzept eines „garantierten Grundeinkommens" (noch) nicht zum Gemeingut des kommunitaristischen Wohlfahrtsreformpakets gehört. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen zweiten und damit durchaus zusammenhängenden Vorschlag erwähnen, der im kommunitaristischem Diskurs zunehmend auftaucht. Es ist die Idee eines „allgemeinen Sozialdienstes", eines obligatorischen Dienstes im sozialen oder ökologischen Bereich, der entweder für junge Menschen oder auch in Lebenszeitperspektive gedacht wird. Die Idee des „Sozialdienstes" ist eine eher „konservative" Antwort – auch wenn sie von „Linken" gegeben wird. Sie ist eine Antwort des Kommunitarismus II. Sie stellt dabei ein möglicherweise hochattraktives Komplement zur Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen (Kommunitarismus III) dar. Während nämlich das garantierte Grundeinkommen auf ein positives Grundrecht auf Teilhabe in der Gesellschaft zielt, also eine zeitgemäße Weiterentwicklung von sozialen Grundrechten, nimmt die Idee des „Sozialdienstes" die andere Seite des Gemeinschaftlichen in den Blick: Die Seite der Verantwortung, der Pflichten des einzelnen in der kleineren oder größeren Gemeinschaft.

Dies ist im übrigen auch der durchgängige Tenor eines Manifestes der kommunitaristischen Bewegung, das im Jahr 1992 von Amitai Etzioni entworfen und zwischenzeitlich von Hunderten vor allem amerikanischer Wissenschaftler, Politiker und Geschäftsleute unterzeichnet wurde. Die Lösungsorientierung dieser Plattform beginnt in der Familie. Im Mittelpunkt steht die Botschaft: „Was wir brauchen, ist ein Bewußtseinswandel sowohl bei Eltern wie in der Arbeitswelt. Das Aufziehen von Kindern ist eine wichtige, wertvolle Arbeit, Arbeit die belohnt werden muß und nicht abgewertet werden darf, weder von den Eltern noch von der Gemeinschaft." (Responsive Communitarian Platform 1995, S.14). Nun können solche Formulierungen von vielen unterschrieben werden. Die Pointe liegt jedoch darin, daß diese Plattform die traditionelle Zwei-Elternfamilie als erstrebenswertes Handlungsmodell betont. Argumentiert wird dabei empirisch: Familien mit einem einzigen Haushaltsvorstand „experience particular difficulties". So lege „das Gewicht der historischen, soziologischen und psychologischen Forschungen nahe, daß im Durchschnitt die Zwei-Elternfamilien besser in der Lage sind, ihren Pflichten im Bereich der Kindererziehung nachzukommen." Vor allem Scheidungen in Ehen mit kleinen Kindern sind ein ernstzunehmendes soziales Problem. Viele Scheidungen seien sowohl vermeidbar als auch keineswegs im Interesse der Kinder: „Das Scheidungsrecht sollte deshalb modifiziert werden, nicht um Scheidung zu verhindern, sondern um die Betroffenheit der Gesellschaft zu signalisieren" (ebd., S. 15).

Weitere Vorschläge der Plattform beziehen sich auf die Schulen, „the second line of defense". Das gesamte Bildungswesen hat einen moralischen Auftrag und zwar in einer klaren Richtung: „We ought to teach those values Americans share". Diese Werte sind beispielsweise:

die Würde des Menschen, Toleranz als Tugend, die Verabscheuung von Diskriminierungen, die Tatsache, daß die friedliche Lösung von Konflikten derjenigen überlegen ist, die zu Gewalt greift, das Wahrheit moralisch der Lüge überlegen sei, daß demokratisches Regieren moralisch wertvoller ist als Totalitarismus und Autoritarismus usw. Es ist das westliche Normengerüst seit der Aufklärung, möglicherweise sind es universalistische Normen, die sich durch alle Hochkulturen hindurch und selbst in sogenannten primitiven Gesellschaften mehr oder weniger kodifiziert vorfinden lassen.

Die Plattform als Konsenspapier von Kommunitaristen vermeidet Kontroversen, mit Ausnahme der genannten Position im Bereich Scheidung und Familie. Das Konzept eines „minimal state" kann freilich nicht herausgelesen werden. Dies verbleibt außerhalb des kommunitaristischen Konsenses von Kommunitarismus I bis Kommunitarismus III. Nichtsdestotrotz stellt die Plattform als Konsenspapier selbst eine „schwache Form" von Kommunitarismus dar, insoweit ein sozialdemokratisches Dokument mit konservativen und „grünen" Einsprengseln. Eine kommunitaristische Therapie des Wohlfahrtsstaates ohne „garantiertes Grundeinkommen" und „Sozialdienst" würde jedoch auf mittlere Sicht wesentliche institutionelle Makro-Antworten auf die Frage nach einer gemeinschaftlichen Moral in der Gesellschaft versäumen.

3. Gemeinschaft als Ressource

Die Diagnose wie die Therapievorschläge versuchten eine Bündelung der kommunitaristischen Strömungen innerhalb der großen politischen Lager (daß es auch bei den Liberalen „sanfte" Kommunitaristen gibt, beweist in letzter Zeit Ralf Dahrendorf[6]). Daß gemeinschaftliche Handlungssysteme eine unverzichtbare Voraussetzung für sozialstaatliche (Groß-)Systeme sind, hat bereits die Dienstleistungs- und Professionalisierungskritik in den frühen achtziger Jahren demonstriert. Vor allem die Selbsthilfediskussion lehrte, daß es nicht um ein Entweder-Oder zwischen gemeinschaftlichen und staatlichen Lösungen geht, sondern um eine intelligente Rekombination der jeweiligen Stärken. Der kommunitaristische Diskurs akzentuiert in dieser Tradition die Partei der gemeinschaftlichen Ressourcen der Sozialpolitik, wertet sie sozialtheoretisch auf.

Nun ist die Sichtung der sozialpolitischen Reformoptionen und die Zuordnung des kommunitaristischen Diskurses hierzu erhellend und belegt die hohe strategische Bedeutung des Kommunitarismus für gesellschaftspolitische Reformkoalitionen. Er könnte zu einem Einigungsfokus werden. Je konkreter die Diskussion jedoch wird, umso deutlicher tritt zutage, daß die dahinterliegenden philosophischen Grundfragen ungeklärt geblieben sind. Die in der kommunitaristischen Theoriediskussion immer wieder geführte Kontroverse um das Konzept des „Selbst" und damit um das Menschenbild, das sich zwischen Liberalismus und Kommunitarismus so deutlich unterscheidet, erweist sich keineswegs als Scheindebatte, sondern verweist auf grundlegende Fragen an der Schwelle zur globalen Informationsgesellschaft. Was nämlich den Menschen ausmacht, kann auch zum Gegenstand politischer und sozialer Mobilisierung werden. Das mag manchen bedrohlich erscheinen, eröffnet aber ganz neue Konfliktchancen.

Wenn der Mensch in seiner Ganzheit von seiner biologisch-körperlichen Manifestation bis hin zur geistig-religiösen Wirklichkeit anerkannt wird, läßt sich trefflich mit den verschiedenen theoretischen Ansätzen und den skizzierten strategischen Optionen leben. Sie repräsentieren schlichtweg verschiedene

Aspekte des Menschlichen. Jedes politische „Lager" lebt durch die Vereinseitigung eines Aspektes. Eine ganzheitliche Lösung wird immer eine demokratische sein, da eben nur alle lösen können, was alle angeht. Sie wird aber eher kommunitaristisch sein als liberal, da der Mensch in dieser Welt auf den anderen Menschen zwingend angewiesen ist.

Michael Opielka ist Sozialwissenschaftler und leitet den Arbeitsbereich „Programmentwicklung und Evaluation" am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Anmerkungen

[1] Interview in „Tagesanzeiger" v. 6.12.1994.

[2] Abgesehen von der üblichen männlichen Überpräsenz in öffentlichen Diskursen wäre zu bedenken, inwieweit – folgen wir beispielsweise Carol Gilligan – für Frauen die gemeinschaftliche Handlungsorientierung „Sorge" selbstverständlicher, eine kommunitaristische Neu-Orientierung daher weniger spektakulär ist. (Siehe dazu auch den Beitrag von Martina Ullrich in diesem Heft, *die Red.)*

[3] Die Verwendung der Begriffe „Moral" und „Ethik" erfolgt hier genau entgegengesetzt zur derzeit dominierenden deontologischen bzw. Kantianischen Begriffspraxis. Dort wird als „Moral" die universalistische Geltung von Sollenssätzen und Gerechtigkeitsannahmen bezeichnet, als „Ethik" das konkrete, partikulare „Ethos" des guten Lebens. Die hier verwendete Unterscheidung versteht im Anschluß an die Hegelsche Tradition unter „Moral" die durch Traditionen entwickelten Normen des gemeinschaftlichen sozialen Lebens; unter „Ethik" wird ein System von Werten verstanden, die sich letztlich transzendental begründen.

[4] Ein weiterer Sortierungsversuch wurde von Reiner Forst in einem Aufsatz im von Axel Honneth herausgegebenen Sammelband zum Kommunitarismus vorgelegt (Honneth 1993), ausführlicher in seiner 1994 erschienenen Dissertation „Kontexte der Gerechtigkeit".

[5] Die Doppeldeutigkeit des Begriffs „Welt" zielt auch darauf hin, daß eine globale Gesellschaft ohne eine neue Kombination von individual definierten Menschenrechten mit damit kompatiblen (kulturellen) Gemeinschaftsnormen und (religiösen) Gemeinschaftswerten nicht integrationsfähig ist.

[6] Vgl. das Gespräch in „Der Spiegel" 11/1995, in dem Dahrendorf auf die Frage, wo das gesellschaftspolitische Neue wachse, feststellt: „Bei der Suche nach einem haltbaren Netz sozialer Sicherheit, verbunden mit einer Wiederkehr von gemeinschaftlicher Selbsthilfe".

Literatur

Etzioni, Amitai 1993: The Spirit of Community. Rights, Responsibilities, and the Communitarian Agenda, New York: Crown Publishers

Honneth, Axel (Hrsg.) 1993: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/M.-New York: Campus

O'Neill, John 1994: The Missing Child in Liberal Theory. Towards a Covenant Theory of Family, Community, Welfare and the Civic State, Toronto et al.: University of Toronto Press

Offe, Claus 1992: A Non-Productivist Design for Social Policies, in: Philippe van Parijs (ed.), Arguing for Basic Income, London-New York: Verso, S. 61-78

Taylor, Charles 1993: Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus, in: Axel Honneth (Hrsg.) 1993, S. 103-130

The Responsive Communitarian Platform: Rights and Responsibilities, in: Amitai Etzioni (ed.): Rights and the Common Good. The Communitarian Perspective, New York: St. Martin's Press, S. 11-23

Walzer, Michael 1992 (1983): Sphären der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.-New York: Campus

ders., 1993, Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus, in: Axel Honneth (Hrsg.) 1993, S. 157-180

Martina Ullrich

Kommunitarismus und Feminismus[1]

Berührungspunkte „postliberalen" Denkens

Es gibt „den" Feminismus ebenso wenig wie „den" Kommunitarismus. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Rezeption kommunitaristischer Ideen auf Seiten der feministischen Theorie sehr unterschiedlich ausfällt. Einerseits, so läßt sich argumentieren, sind Kommunitarismus und Feminismus zwei völlig unterschiedliche Ansätze. Der Kommunitarismus propagiert in einer einflußreichen konservativen Lesart einen (Rück-) Bezug auf Gemeinschaft und tradierte Wertvorstellungen, der Feminismus als emanzipatorischer Ansatz strebt gerade deren kritische Reflexion und die Aufhebung der klassischen Verteilung der Geschlechterrollen in Familie und Gesellschaft an. Insofern liegt auf der Hand, daß einige Varianten von Kommunitarismus und Feminismus nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Zwischen Positionen, wie sie etwa von Alaisdair McIntyre als einem der konservativsten Vertreter des Kommunitarismus vertreten werden, und denen feministischer ProtagonistInnen wie beispielsweise Judith Butler gibt es keine wesentlichen Berührungspunkte. Andererseits existieren moderate feministische und kommunitaristische Ansätze, die eine gemeinsame Basis haben: den Liberalismus. Nur im Hinblick auf den Bezug zum Liberalismus macht es Sinn, die Frage nach dem ob und wie eines Verhältnisses zwischen Feminismus und Kommunitarismus überhaupt zu stellen.[2]

Bei der Art und Weise des Bezuges auf den Liberalismus kann zwischen „liberalen" und „postliberalen" Lesarten unterschieden werden. Liberal in diesem Sinne soll heißen, daß der Liberalismus als Theorie bejaht wird, in der gesellschaftlichen Praxis jedoch noch nicht als für alle Gesellschaftsmitglieder verwirklicht angesehen wird. Daraus ergibt sich als vorrangiges Ziel eine Ausweitung liberaler Prinzipien auch auf bisher ausgeschlossene Gesellschaftsmitglieder. Postliberal soll dementsprechend eine Haltung kennzeichnen, für die nicht mehr die Verwirklichung liberaler Versprechungen im Vordergrund steht, sondern die sich vielmehr innerhalb liberaler Gesellschaften darum bemüht, Defizite, die sich aus der liberalen Theorie für die Praxis ergeben, aufzudekken bzw. auszugleichen. Der Kommunitarismus ist nach dieser Unterscheidung eindeutig postliberal. Er setzt den Liberalismus voraus und entwickelt seine Thesen und Konzepte aus der kritischen Auseinandersetzung mit diesem (Walzer 1994: 157f.). Innerhalb des Feminismus finden sich sowohl liberale als auch postliberale Positionen und Ansätze.

1. Liberaler Feminismus

Mit liberal soll hier diejenige Position bezeichnet werden, deren vorrangiges Ziel es ist, die Frauen mit den Argumenten des Liberalismus

als Subjekte in die liberale Gesellschaft einzubringen, d.h. in erster Linie durch gesetzliche Regelungen, welche die Familie betreffen oder die besondere Lebenssituation von Frauen berücksichtigen. Zu nennen sind hier rechtliche Maßnahmen gegen Vergewaltigung in der Ehe, Quotenregelungen, Ansprüchen an staatliche Hilfen bezüglich Kinderbetreuung, Hinweise auf die Geschlechtsblindheit scheinbar geschlechtsneutraler Gesetze oder Vorschriften etc. Selbstverständlich gibt es auch hier unterschiedliche Ansätze und Schwerpunkte. Gemeinsame Basis ist jedoch ein Festhalten am Liberalismus und die Überzeugung, daß mit den Argumenten, die die liberale Theorie zur Verfügung stellt, eine Emanzipation der Frau bzw. eine Gleichstellung von Frau und Mann prinzipiell möglich ist, daß es nur notwendig sei, die Möglichkeiten des liberalen Rechtsstaates voll auszuschöpfen.

Das heißt nun nicht, daß Verrechtlichung der Endpunkt der Debatte sein muß. Sie ist jedoch das vorrangige Ziel. In diesem Punkt laufen feministische Einwände zusammen mit Argumenten, die auch von linksgerichteten Liberalen gegen traditionelle Spielarten des Liberalismus angeführt werden. Es geht um die Kritik an der starren Grenzziehung zwischen Staat und Gesellschaft. So wie die Linke behauptet, daß „das Ökonomische politisch ist", so problematisieren FeministInnen die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre mit dem Argument, daß „das Private politisch ist" (Okin 1993a: 76).

Von feministischer Seite wird gegen die bestehende Variante des Liberalismus der Vorwurf einer doppelten Blindheit erhoben, die ihre Ursache in der prinzipiellen Ausgrenzung der Familie aus der liberalen Theorie hat (Klinger 1994: 36). Die prinzipielle Nichtthematisierung der Familie, als zum Bereich des „Privaten" gehörend, seitens des Liberalismus übersieht den Zusammenhang zwischen der Situiertheit der Frauen in diesem Bereich mit ihrer weitgehenden Absenz in der politischen Sphäre. So wird einerseits nicht wahrgenommen, daß die einseitige Verantwortung für die Familie die Frauen daran hindert, den Status eines autonomen liberalen Subjekts einzunehmen. Andererseits wird in der liberalen Theorie die Leistung für die Gesellschaft übersehen, die in der Familie erbracht wird: Auch liberale Individuen müssen irgendwo sozialisiert werden und sprießen nicht, wie Hobbes bemerkte, wie Pilze aus dem Boden.

Der Ausschluß der Frauen aus der Sphäre der Öffentlichkeit bildet sich schon in den Anfängen des Liberalismus heraus. Mit der Industrialisierung ging eine Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort einher, in deren Folge sich ein Kontrast zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit herausbildete. Vor allem im gebildeten Bürgertum wurden die Erziehung der Kinder und die Hausarbeit den Frauen übertragen, den Männern hingegen die Sicherung des Familieneinkommens durch Erwerbsarbeit. Diese Aufgabenteilung wurde mit einer „natürlichen Geschlechterdifferenz" erklärt: Die Bestimmung zur Hausfrau und Mutter entspricht der weiblichen Natur, folgerichtig wird dieser Tätigkeit der Charakter der Arbeit abgesprochen und zum weiblichen Liebesdienst erklärt.

Gleichzeitig mit der liberalen Parole der Gleichheit findet eine mit größtem Aufwand betriebene Bestimmung weiblicher Differenz statt, die mit Hilfe von Ärzten, Lehrern und Geistlichen an den Mann bzw. an die Frau gebracht wird (Frevert 1994: 72). Der Ausschluß der Frauen aus der öffentlichen Sphäre erscheint somit als folgerichtig und natürlich.

Der Mann, als das eigentliche liberale Subjekt, ist sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Sphäre präsent, denn hier in der

häuslichen Sphäre kann er sich von den destruktiven Tendenzen der Moderne erholen. Das öffentliche Subjekt benötigt sein Schattensubjekt, das ihm zu Hause den Rücken freihält. Männer haben im Privaten eine Ressource, Frauen sind diese Ressource. „To a large extent, contemporary theories of justice, like those of the past, are about men with wives at home" (Okin 1989: 13).

Wenn dem so ist, dann erklärt dies auch die Probleme, die auftreten, wenn Frauen tatsächlich auf die Idee kommen, der liberalen Einladung in die öffentliche Sphäre zu folgen. Spätestens dann zeigt sich nämlich, daß die gleichen Zutrittsbedingungen eben gerade nicht die gleichen sind, daß auch Gesetze oder Vorschriften, die auf den ersten Blick geschlechtsneutral erscheinen, tatsächlich geschlechtsblind sind.

Die unterschiedliche Situiertheit der Frauen im häuslichen Bereich hat für sie zur Folge, daß die Zugangsvoraussetzungen für die öffentliche Sphäre erschwert sind (Benhabib 1987, 9f.) – einerseits aus rein zeitlichen Gründen, denn die ungleiche Verteilung häuslicher Pflichten entscheidet auch über die Möglichkeiten „öffentlicher" Aktivitäten, andererseits aus den schon angesprochenen strukturellen Gründen.[3] Frauen werden immer als potentielle Hausfrauen und Mütter gesehen, auch wenn sie weder verheiratet sind noch Kinder haben (Okin 1993b: 277). Die formale rechtliche Gleichstellung reicht nicht aus. Daraus folgt die feministische Forderung nach Gleichheit, die manchmal gerade nur durch Ungleichbehandlung erreicht werden kann (siehe Debatte um Quotierung), sowie nach Gerechtigkeit innerhalb der Privatsphäre, wenn Familie „nicht weiterhin als Institution zur Sanktionierung ungleicher gesellschaftlicher Freiheiten funktionieren soll" (Rössler 1992: 96). Familie ist nicht nur der Ort der Gefühle, sondern auch der Machtverteilung, Hierarchien und der Gewalt.

Zu den VertreterInnen eines liberalen Ansatzes zählt etwa Susan Moller Okin. Der Schwerpunkt der Debatte liegt hier auf dem Bemühen um eine Verrechtlichung der Privatsphäre, um dadurch den Frauen den Status liberaler Subjekte erst einmal zu verschaffen. Zu diesem Zwecke wird aktives Agieren von Politik und Gesetzgebung z.B. mir Hilfe von Quotierungspolitiken gefordert.

2. Postliberaler Feminismus

Mit postliberal sollen hier alle diejenigen Ansätze feministischer Theorie bezeichnet werden, die gegenüber dem liberalen Ansatz eine Verschiebung der Akzente vorgenommen haben. Der Schwerpunkt der Debatte liegt auf der Frage, wie unterschiedliche Lebenserfahrungen von Frauen auch in den öffentlichen Bereich einfließen können. z.B. „Mütterlichkeit", „caring", feministische Ethik. Es geht nicht mehr darum, Frauen den gleichen Status wie Männern zu verschaffen, sondern betont wird die Andersartigkeit, die Differenz. Die unterschiedlichen Lebenserfahrungen von Männern und Frauen gilt es zu respektieren. Diesen Ansatz vertreten sowohl ein Teil der sogenannten DifferenztheoretikerInnen, die dem liberalen Feminismus vorwerfen, daß Frauen in ihrer Andersheit nicht gesehen werden können und daß liberale Ansätze Frauen zu defizitären Männern machen. Zudem sollen unter dem Begriff postliberal auch diejenigen Ansätze gefaßt werden, die zwar mit liberalen Gleichheitsforderungen übereinstimmen, dabei aber betonen, daß diese an ihre Grenzen gestoßen sind und daher nach Wegen außerhalb der Gleichheits-/Differenzdebatte zu suchen sei. Argumentiert wird hier nicht mit der Differenz der Geschlechter, die in eine problematische Dichotomisierung führt, sondern mit

Differenzen individueller Subjekte in pluralen Gesellschaften. Bei aller Unterschiedlichkeit und Vielschichtigkeit dieser Debatte sind doch gewisse Übereinstimmungen im Bezug auf den Liberalismus vorhanden und nur diese sollen hier von Interesse sein. Einerseits handelt es sich um eine Debatte, die in liberalen Staaten der westlichen Welt geführt wird und die sich in erster Linie als Diskussion weißer Mittel- und Oberschicht(-sfrauen) darstellt – mit allen Defiziten, die sich daraus ergeben, wie beispielsweise die Kritik farbiger Amerikanerinnen zu Recht betont.

Für die Frage nach dem Verhältnis von Feminismus und Kommunitarismus ist dies zunächst als rein formale Gemeinsamkeit festzuhalten, denn auch die kommunitaristische Debatte wird auf liberalem Terrain geführt.

Aber auch inhaltlich gibt es gewisse Übereinstimmungen. So betonen sowohl die postliberal-feministische als auch die kommunitaristische Sicht Probleme des Liberalismus. Modernen Gesellschaften fehlt aus dieser Perspektive die Einbindung der Individuen in soziale Gemeinschaften, die gerade nicht durch formale Rechte zusammengehalten werden können. Gefragt sind nicht formale, abstrakte Rechte, sondern kontextbezogene Wertvorstellungen.

Es deutet sich an, daß an dieser Stelle möglicherweise eine Brücke zum Kommunitarismus geschlagen werden kann.

3. Berührungspunkte von Feminismus und Kommunitarismus

Wir haben also eine moderate Form des Kommunitarismus und zwei Varianten des Feminismus, die hinsichtlich ihrer Berührungs- bzw. Reibungspunkte untersucht werden sollen. Drei mögliche Relationen von Feminismus und Kommunitarismus lassen sich unterscheiden: Konflikt, Kolonialisierung oder Kompromiß.

Diese potentiellen Beziehungen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

3.1 Konflikte zwischen liberalem Feminismus und Kommunitarismus

Liberale FeministInnen nehmen die Thesen und Sichtweisen der Kommunitaristen als Provokation wahr. Die meisten Kommunitaristen gehen von einem idealisierten Bild der traditionellen Familie aus (Etzioni 1994). Die Familie gilt als unproblematisch und wird daher nicht hinterfragt. Im Gegenteil: Die Familie soll als Vorbild dienen für andere Formen der Gemeinschaft, indem gezeigt wird, daß Werte der Gemeinschaft, wie z.B. Fürsorglichkeit und Altruismus, höher zu bewerten sind als Prinzipien der Gerechtigkeit. Problematisiert wird Familie aus kommunitaristischer Sicht nur dann, wenn sie nicht diesem Idealbild entspricht und nicht in der Lage ist, in ausreichendem Maße moralische Werte zu vermitteln.[4]

Auch wenn wir annehmen, daß die Kommunitaristen, zumindest in ihrer moderaten Variante, von einer „völligen Gleichberechtigung" von Mann und Frau ausgehen (Etzioni 1994), ist nicht von der Hand zu weisen, daß sie sich auf traditionelle Gemeinschaftswerte berufen, die gerade auch die traditionellen Geschlechterrollen miteinschließen. Es reicht nicht aus, eine geschlechtsneutrale Sprache zu verwenden, aber ansonsten das Problem der Ungleichbehandlung entlang der Geschlechtergrenze unthematisiert zu lassen. Daß formale Gleichheit nicht faktische Gleichheit bedeutet, daß sich traditionelle Rollenbilder nicht einfach auflösen, bloß weil wir sagen, daß wir keine dichotomen Rollenklischees mehr wollen, hat sich ja bereits hinreichend gezeigt. Es scheint vielmehr so zu sein, daß die Tatsache der fak-

tischen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern für die Kommunitaristen gar kein Problem darstellt. Daher suchen wir bei ihnen auch vergeblich nach Handlungsanweisungen, diese Ungleichheit aufzuheben.

Michael Sandel etwa sieht die Familie als Beleg dafür, daß es ein höheres Gut als Gerechtigkeit gibt und idealisiert sie als Ort gegenseitigen Wohlwollens und der Freundschaft mit Vorbildcharakter für andere Formen von Gemeinschaft (Sandel 1982). Dabei vermeidet Sandel eine nähere Untersuchung der realen Familie. So wird leicht übersehen, daß Familie nicht nur aus Fürsorglichkeit und Gleichklang der Interessen aufgebaut ist. Sie ist eben auch ein Ort, der auf Machtverhältnissen und Hierarchien beruht, die „vor allem vom Standpunkt der Frauen und Kinder her das Idealbild der harmonischen Gemeinschaft schwer beeinträchtigen" (Klinger 1994, 43).

Der Konflikt zwischen feministischen und kommunitaristischen Positionen entsteht an zwei Punkten:

1. FeministInnen streben die Verrechtlichung der Privatsphäre an, weil sie davon ausgehen, daß sich die Position der Frauen dadurch sowohl in der privaten, als auch in der öffentlichen Sphäre verbessert. Die Kommunitaristen halten dagegen, daß wir die Existenz der Familie aufs Spiel setzen, wenn wir versuchen, sie zu verrechtlichen. Sie plädieren vielmehr für eine Intimisierung der Öffentlichkeit.

2. Die Kommunitaristen gehen von der Notwendigkeit der Einbindung in eine bestimmte Gemeinschaft aus, von der keine Distanzierung möglich ist. Die Ausbildung einer gelungenen Identität ist nur durch „Entdeckung" (Sandel 1982) innerhalb bestehender Gemeinschaften möglich. FeministInnen brechen aber gerade aus diesen angestammten, da patriarchalen Formen der Gemeinschaft aus. Für sie muß Gemeinschaft freiwillig und egalitär sein und soll gerade nicht auf männlich geprägten Traditionen beruhen (Rössler 1992). Marilyn Friedman spricht in diesem Sinne von einer „community of choice" (Friedman 1992).

3.2 Kolonialisierung des postliberalen Feminismus durch den Kommunitarismus

Mit dem Begriff Kolonialisierung soll eine mögliche Beziehung von Kommunitarismus zu einem postliberalen Feminismus charakterisiert werden. Gemeint ist damit, daß der Kommunitarismus die Argumente der Debatte zur feministischen Ethik aufgreift und in seine Argumentation einbaut, ohne dabei das Geschlechterverhältnis als Problem zu erkennen, was zu der falschen Annahme führen kann, daß die bestehende Verteilung der Geschlechterrollen nicht korrekturbedürftig sei.

Von feministischer Seite besonders prädestiniert für solcherart Kolonialisierung ist die Debatte um Carol Gilligan in ihrer ersten Phase: Um die sogenannte Gilligan-Debatte kurz ins Gedächtnis zu rufen: Carol Gilligan hat im Anschluß bzw. als Kritik an Lawrence Kohlbergs Untersuchung zur Moralentwicklung bei Männern und Frauen, in denen Frauen eine niedrigere Stufe der Moralentwicklung bescheinigt wurde, eigene empirische Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis in einem Buch mit dem Titel „In a different voice", zu deutsch „Die andere Stimme", erschienen ist (Gilligan 1982). Sie vertritt hier die These, daß es zwei unterschiedliche Formen der Moral gibt: eine an Recht bzw. Gerechtigkeit orientierte, die sie als männlich bezeichnet, und eine an Fürsorglichkeit und Kontextbezogenheit orientierte, die sie als weiblich bezeichnet.

Als Folge dieser Untersuchung entstand, nicht nur in feministischen Kreisen, eine breite Debatte darüber, ob Frauen und Männer sich hinsichtlich ihres moralischen Urteilens tatsächlich unterscheiden und wenn ja, warum. Daß man mit einer solchen Debatte Geister rufen kann, die man nur schwer wieder los wird, liegt auf der Hand. Denn jeder Versuch, aus körperlichen Merkmalen auf bestimmte Charakterzüge zu schließen, hieße, einem biologischen Determinismus das Wort zu reden, der mit jeglicher Bemühung um Emanzipation unvereinbar ist. Wenn sich Frauen darauf einlassen, als das „Andere der Vernunft" charakterisiert zu werden, hieße dies, daß sie ihrem Ausschluß aus rationalen Entscheidungsprozessen zustimmen. Dementsprechend kontrovers wird diese Debatte auch geführt (Nagl-Docekal/Pauer-Studer 1993).[5]

Sowohl von kommunitaristischer als auch von postliberal-feministischer Seite wird moralisches Handeln unter Fürsorglichkeitsaspekten als überlegene Perspektive dargestellt, die akuten globalen Problemen – wie der ökologischen Krise, der Friedenssicherung sowie innergesellschaftlichen „Zerfallserscheinungen" – eher gerecht wird als ein rein formales, an Prinzipien der Gerechtigkeit orientiertes Handeln.

Dies sieht bereits aus wie ein Kompromiß. Jedoch stellt sich aus feministischer Sicht die Frage, ob diese traditionell weiblichen Tugenden nicht einfach nur aufgewertet werden sollen, um so eine Situation zu zementieren, die von Frauen Selbstaufopferung und Altruismus verlangt. Denn die angeblich weibliche Seite der Moral ist unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen entstanden und dies ist der Punkt an dem feministische und kommunitaristische Geister sich scheiden. Es ist wiederum die unterschiedliche Situiertheit in privater bzw. öffentlicher Sphäre, die für die Frauen nicht folgenlos ist. Die ihnen zugewiesene Sphäre erfordert diametral entgegengesetzte Eigenschaften als die öffentliche Sphäre: „Empathie und Altruismus statt Autonomie und Egoismus, Fürsorge statt Selbstsorge, Liebe statt Kalkül, Gemeinschaftlichkeit statt Konkurrenz, konkrete Situationsbezogenheit statt abstrakter Normorientierung usw." (Klinger 1994: 37).

Die Betonung der Verantwortung für die Gemeinschaft (die Modelle gegenseitiger Hilfe in Nachbarschaft, Gesundheitssystem, Kinderbetreuung etc.) haben nicht nur, wie Micha Brumlik betont, illiberale Konsequenzen (Brumlik 1992), sondern in erster Linie unterschiedliche Folgen für die beiden Geschlechter. Es wird selten der erwerbstätige Mann sein, der die Kinder der alleinerziehenden Nachbarin betreut, sondern eher dessen Ehefrau. Außerdem können die Argumente der Kommunitaristen bestens dazu verwendet werden, den Frauen ihren angestammten Platz am heimischen Herd (wieder) zuzuweisen bzw. dadurch schmackhafter zu machen, daß auf die große Verantwortung und den Vorbildcharakter für die Gemeinschaft hingewiesen wird. Dies hieße allerdings, statt Verhältnissen nur Interpretationen zu ändern (Fach 1994: 53), und kann daher nur als unzulässige Vereinnahmung feministischer Argumente angesehen werden.

3.3 Ein möglicher Kompromiß

Wie bereits angedeutet, ist die Debatte um die feministische Ethik nicht stehengeblieben und wurde auch von Carol Gilligan selbst dahingehend relativiert, daß moralisches Handeln unter Fürsorglichkeitsaspekten nicht auf Frauen beschränkt sei, sondern für beide Geschlechter möglich sei (Gilligan/Wiggins 1993). Der Weg der bisherigen Debatte führt also von einer empirischen Untersuchung weiblicher Tugenden zu einer für Frauen und Männer gleichermaßen relevanten Moralkonzeption (Nagl-

Docekal/Pauer-Studer 1993). An dieser Stelle scheint ein Kompromiß zwischen Kommunitarismus und Feminismus denkbar, wenn wir davon ausgehen, daß beide Ansätze sich darauf verständigen können, daß fürsorgliche Zuwendung zu Individuen als allgemeines Gesetz geboten ist. An diesem Punkt stimmen feministische mit kommunitaristischen Argumenten überein in ihrer Kritik am Liberalismus, der die Notwendigkeit solcher Verhältnisse übersieht.

Damit wird es aus feministischer Sicht möglich, die Diskriminierung von Frauen als ein moralisches Problem wahrzunehmen, das uns alle angeht und gemeinsam anzuerkennen, daß eine Überwindung des hierarchisch verfaßten Geschlechterverhältnisses notwendig ist (Nagl-Docekal/Pauer-Studer 1993). Der Kommunitarismus müßte das bestehende Verhältnis der Geschlechter erst einmal als Problem der Un-/Gleichheit wahrnehmen und anerkennen.

Michael Walzer ist als liberaler Kommunitarist und noch dazu als einer der wenigen Theoretiker, die explizit feststellen, daß das bestehende Geschlechterverhältnis von Ungerechtigkeit geprägt ist (Walzer 1992), dazu prädestiniert, auf eine solche Kompromißfähigkeit hin untersucht zu werden. In „Sphären der Gerechtigkeit" beschäftigt er sich vor allem im Kapitel „Die Frauenfrage", aber auch in „Harte Arbeit" mit dem Problem der Geschlechterhierarchie. Dabei scheint er in einem gewissen Dilemma zu stecken: Auf der einen Seite erkennt er zu Recht, daß im Bereich persönlicher Beziehungen Ungleichheit nicht vermeidbar ist. Andererseits übersieht er, daß dies keinen Freibrief darstellt, jede bestehende Ungleichheit in der Familie als unvermeidbar hinzunehmen. Es gibt in realen Familien sehr viele Ungleichheiten, die ihren Ursprung nicht in persönlichen Beziehungen haben, sondern im Problem der Geschlechterhierarchie.[6]

Walzer erkennt das Problem, aber er schreckt zurück vor den Konsequenzen: Bei seinem Rückblick auf die Wahlrechtsbewegung der Frauen meint er: „Tatsächlich dürften die Antistimmrechtler der Wahrheit sogar näher gekommen sein, wenn sie sagten, daß die massenhafte Partizipation von Frauen an der Politik neue Formen des Konflikts, neue Interessenkalkulationen in das Verwandtschaftssystem induzieren werde." (Walzer 1992: 345)

Eine Seite später heißt es: „Die Familie wird sich natürlich verändern, wenn sie nicht mehr der Ort des exklusiven Wirkens der Frau ist...Und dennoch ist die Sphäre der persönlichen Beziehungen, des häuslichen Lebens, der Reproduktion und der Kinderaufzucht selbst in unserer heutigen Gesellschaft nach wie vor das Zentrum von enorm wichtigen Verteilungen. Die Regel »des präskriptiven Altruismus« ist eine Norm, auf die die meisten Menschen nur ungern verzichten mögen..." (Walzer 1992: 346). Daß die Verteilungen entlang der traditionellen Geschlechterrollen vorgenommen werden, wird von Walzer geflissentlich übersehen.

Ähnlich bei der Frage der Arbeitsteilung: Walzer plädiert im Anschluß an Ghandi für eine Einbeziehung aller in „harte Arbeit" oder „Dreckarbeit". Dabei entkräftet er auch hier sein Argument sofort wieder, in dem er einschränkt, „zumindest in einem partiellen oder symbolischen Sinne". Dagegen muß von feministischer Seite eingewendet werden, daß es nicht darum geht, durch symbolische Gesten die Hausarbeit aufzuwerten, sondern darum, die Arbeitsteilung entlang der Geschlechtergrenze aufzuheben.

4. Wie könnte ein Kompromiß aussehen?

Das Ergebnis wäre ein Liberalismus, der sowohl kommunitaristische als auch feministische Einwände aufnehmen würde. Es geht darum, die Idee der Gemeinschaft zu verbinden mit der Idee individueller Freiheit, d.h. anzuerkennen, was Beate Rössler den „liberalen Konflikt zwischen Liebe und Gerechtigkeit" (Rössler 1992: 110) nennt. Der Liberalismus müßte die Notwendigkeit von Anerkennungsverhältnissen, die auf Liebe und Zuneigung beruhen, erst einmal wahrnehmen. Gleichzeitig müßte die kommunitaristische Position dahingehend korrigiert werden, daß der Gefahr eines Umschlagens solcher Verhältnisse in Dominanzverhältnisse offensichtlich nicht anders als mit der Garantie von Rechten zu begegnen ist.

Dies gilt in modifizierter Form nicht nur für intime Gemeinschaften wie die Familie, sondern auch für plurale Gesellschaften, da die Betonung des Gemeinschaftsideals als unerwünschte Konsequenz die Gefahr des Ausschlusses aller Nicht-Mitglieder in sich birgt. Gemeinschaft ist auf Konsens angewiesen, Konsens kann aber sehr schnell umschlagen und ist als politische Basis für plurale Gesellschaften zu vage. Daher sind liberale Rechte unverzichtbar, die es auch möglich machen, divergierende Auffassungen des guten Lebens zu verfolgen.

Ob sich die Kommunitaristen mit einem solcherart kommunitaristisch reformierten Liberalismus zufrieden geben könnten, soll dahingestellt bleiben. Dagegen soll die Frage gestellt werden, ob dem feministischen Anliegen wirklich damit gedient ist, kommunitaristische Anleihen zu machen. Was sich als möglicher Kompromiß darstellt, ist bei näherer Betrachtung nur eine Überschneidung der Themen, nicht der Zielsetzungen.

Daß die Verantwortung, die die Mitglieder der Gemeinschaft zu tragen haben, sich auf Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise verteilt, solange die beiden Geschlechter nicht tatsächlich gleichberechtigt sind, daß Versuche, Aufgaben und Kosten von staatlicher Seite auf die Betroffenen zurückzuverlagern, Frauen gegenüber Männern benachteiligt, wurde bereits thematisiert.

Amy Gutman verdanken wir den Hinweis, daß auch übereinstimmende politische Aktionen, wie das Verbot pornographischer Buchläden, aus völlig unterschiedlichen Gründen von feministischer und kommunitaristischer Seite gefordert werden könnten. Sie verweist auf ein Beispiel Michael Sandels: „Kommunitaristen ließen es wahrscheinlich eher als Liberale zu, daß eine Stadt pornographische Buchläden mit der Begründung verbietet, die Pornographie verstieße gegen ihre Lebensweise sowie die Werte, die sie aufrechterhält." (Sandel, zit. n. Gutman 1993) Auch der Feminismus setzt sich immer wieder mit dem Problem der Pornographie auseinander, jedoch aus anderen Gründen. Das kommunitaristische Argument heißt ja nichts anderes, als daß eine konventionelle Moralvorstellung der Majorität vertreten wird (Pauer-Studer 1994: 775). Die Folgen, die solcherart Rückbezug auf die „guten Sitten" haben kann, werden von kommunitaristischer Seite geflissentlich übersehen. Ihre Meinung lautet: „Intoleranz blüht am meisten dort, wo Lebensformen erschüttert, Wurzeln herausgerissen und Traditionen aufgehoben werden." (Sandel, zit. n. Gutman 1993: 79)

Den liberalen und feministischen Einwänden, daß die republikanischen Tugenden große Teile der Männer und Frauen ausgeschlossen haben, begegnen die Kommunitaristen mit ei-

nem erstaunlichen Maß an Optimismus; dies jedoch blendet historische Tatsachen völlig aus. Es waren gerade historische Gemeinschaften mit tiefer Verwurzelung und fester Tradition, die in Salem zur Hexenjagd geblasen haben. Solcherart Gemeinschaften sind nicht eo ipso tolerant (Gutman 1993). Für die feministische Debatte bedeutet dies, auch bei scheinbarer Übereinstimmung, die Notwendigkeit, kommunitaristische Argumente sehr genau zu überprüfen und vor allem erhöhte Aufmerksamkeit auf das zu richten, was von den Kommunitaristen zwar nicht thematisiert wird, jedoch gewollt oder ungewollt zwischen den Zeilen zu lesen ist. Denn es handelt sich im besten Falle um eine Kompromißfähigkeit an einigen wenigen Punkten. Ingesamt jedoch mag Marilyn Friedman nicht unrecht haben mit ihrer Aussage: „However, communitarian philosophy as a whole is a perilous ally for feminist philosophy." (Friedman 1992)

Martina Ullrich studiert Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie an der Universität Konstanz.

Anmerkungen

[1] Überarbeitete Version eines Vortrages auf der Tagung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen zum Thema „Kommunitarismus und Gerechtigkeit" vom 7. bis 9. April 1995 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

[2] An dieser Stelle möchte ich Otto Kallscheuer danken, für seinen Hinweis auf die italienische feministische Debatte, die sich wiederum an die französische v.a. an die Arbeiten von Luce Irigaray anschließt. Ich stimme mit ihm überein, daß sich hier möglicherweise feministische und kommunitaristische Argumente eher in Einklang bringen ließen.

[3] Daß die liberale vertragstheoretische Konstruktion auf dem Ausschluß der Frauen basiert, zeigt Pateman 1988.

[4] Vgl. Die Stimme der Gemeinschaft hörbar machen.

[5] Zur Problematik geschlechteressentialistischer Ansätze vgl. Butler 1991.

[6] Zur Kritik an Michael Walzer siehe Nagl-Docekal 1993.

Literatur

Benhabib, Seyla/Drucilla Cornell 1987: Beyond the Poltitics of Gender, in: *Benhabib, Seyla/Drucilla Cornell* (Hg.): Feminism as Critique. Essays on the Politics of Gender in Late-Capitalist Societies, Cambridge.

Brumlik, Micha 1992: 'Der Kommunitarismus'. Letzten Endes eine empirische Frage?, in: *Zahlmann, Christel* (Hg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Berlin, 94-101.

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M.

Die Stimme der Gemeinschaft hörbar machen 1994: Ein Manifest amerikanischer Kommunitarier über Recht und Verantwortung in der Gesellschaft, in: FAZ, 8. März 1994.

Etzioni, Amitai 1994: Kommunitarismus – Antworten auf die Sinnkrise der neunziger Jahre? Amitai Etzioni im Gespräch mit Thomas Rüst, in: Tagesanzeiger, 6. Dezember 1994.

Fach, Wolfgang 1994, Not der Tugend – Tugend der Not. Frauenalltag und feministische Theorie, Opladen.

Frevert, Ute 1994: Frauen – bewegt Euch! Die 'Weibs-Bilder' der bürgerlichen Frauenbewegung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *Blum, Mechthild/Thomas Nesseler* (Hg.): Weibsbilder: das neue Bild der Frau in Gesellschaft und Politik, Freiburg, 60-78.

Friedman, Marilyn 1992: Feminism and modern Friendship: Dislocating the Community, in: *Avinery, Shlome/Avner De-Shalit* 1992 (Hg.): Communitarianism and Individualism, New York.

Gilligan, Carol 1982: In a Different Voice – Psychological Theory and Women's Development, Cambridge. (Dt.: Die andere Stimme – Lebenskonflikte und die Moral der Frau, München, 1984.)
Gilligan, Carol/Grant Wiggins 1993: Die Ursprünge der Moral in den frühkindlichen Beziehungen, in: *Nagl-Docekal, Herta/Herlinde Pauer-Studer* (Hg.): Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik, Frankfurt/M., 69-104.
Gutman, Amy 1993: Die kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus, in: *Honneth, Axel* (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/M.
Klinger, Cornelia 1994: Die politische Theoriediskusssion der Gegenwart in einer feministischen Perspektive, in: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft: SVPW-Jahrbuch 34. Frauen und Politik – Femmes et politiques, Bern, 33-50.
Nagl-Docekal, Herta 1993, Die Kunst der Grenzziehung und die Familie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 6, 1021-1033.
Nagl-Docekal, Herta/Herlinde Pauer-Studer 1993 (Hg.): Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik, Frankfurt/M.
Okin, Susan Moller 1989: Justice Gender and the Family, New York.
Okin, Susan Moller 1993a: Für einen humanistischen Liberalismus, in: Transit 1993, 5, 74-89.
Okin, Susan Moller 1993b: Verletzbarkeit durch die Ehe, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 2, 277-320.
Pateman, Carole 1988: The Sexual Contract, Stanford.
Pauer-Studer, Herlinde 1994: Das Rechte oder das Gute? Feministische Kritik an Liberalismus und Kommunitarismus, in: Das Argument 1994, 206 (4/5), 748-782.
Rössler, Beate 1992a: Der ungleiche Wert der Freiheit, in: Analyse & Kritik 1992, 14, 86-113.
Rössler, Beate 1992b: Gemeinschaft und Freiheit – Zum problematischen Verhältnis von Feminismus und Kommunitarismus, in: Christel Zahlmann (Hg.), Kommunitarismus in der Diskussion, Berlin, 74-85.
Sandel, Michael 1982: Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge.
Walzer, Michael 1992: Sphären der Gerechtigkeit – Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/M.
Walzer, Michael 1994: Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus, in: *Honneth, Axel* (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/M.

Thomas Meyer

Kommunitarismus und soziale Demokratie

1. Die amerikanische Debatte als Anregung für eine gesellschaftliche Politik

Der amerikanische Kommunitarismus ist eine gute Sache, wenn auch keine Erfindung der Gegenwart und kein Kunstprodukt politischer Philosophen. Gestützt auf die große amerikanische Tradition einer politischen Gesellschaftskultur, in der die Bürgerinnen und Bürger eher dazu neigen, sich zusammen zu tun, um ein Problem gemeinsam zu lösen, als nach staatlichen Instanzen zu rufen und Lösungen anzumahnen, antwortet die Neubelebung des kommunitaristischen Gemeinschaftsgeistes auf eine politische Grunderfahrung der Gegenwart, daß nämlich die politischen Institutionen des Staates vielfältig überfordert sind, wenn es um die Lösung der sich unbegrenzt muliplizierenden politischen Probleme der Gesellschaft geht. Mit anderer Akzentsetzung und Reichweite hat es solche Tendenzen politischer Selbstorganisation und politischer „Eigenarbeit" auch in Europa und in der deutschen Tradition immer gegeben.

Es kann für die Belebung, Erweiterung und Neufundierung gesellschaftlicher Politik in der Bundesrepublik Deutschland von beträchtlichem Nutzen sein, die Diskussionszusammenhänge und praktischen Initiativen der amerikanischen Kommunitaristen genau zu studieren und als einen Hebel für Bewegungen in dieser Richtung in Deutschland zu nutzen. Dafür sprechen vor allem drei Gründe:

1. Auf vielen Feldern ist der Zentralstaat finanziell, verwaltungsstrukturell und in seinen Handlungsmöglichkeiten überfordert, wenn er alle in der Gesellschaft entstehenden politischen Probleme bearbeiten wollte. Das gilt ganz besonders für die von den Kommunitaristen in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit gestellten Fragen nach der Zukunft von Familie und Schule.

2. Viele dieser Aufgaben, insbesondere wiederum im Bereich von Familie, Schule und Lebenswelt, können aber auch politisch angemessener behandelt und erfüllt werden, wenn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger selbst die Beratung und die Praxis der gefundenen Lösungen in die Hand nehmen. Oft kann der Staat dabei eine moderierende, flankierende oder subsidiäre Rolle spielen, ohne daß er selbst die Initiative ergreifen muß oder die Lösung der Probleme übernehmen sollte.

3. Die Orientierung vieler politisch interessierter Menschen an einem Engagement in ihrer sozialer Nahwelt hat, verglichen mit dem Engagement in den großen bürokratischen Organisationen, im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen. Neue Politikformen müssen sich den veränderten Partizipationswünschen anpassen, wenn es nicht zu wachsender Entfrem-

dung zwischen politischem System und Bürgergesellschaft kommen soll. Gleichzeitig kann auf diese Weise ein Sog entstehen, der die bei Teilen der Bevölkerung verbreitete politische Staatskundenmentalität abbauen hilft oder zumindest sichtbar aus der Gesellschaft heraus entlegitimiert.

2. Ein Hauch von Tugendterror: Schattenseiten des Kommunitarismus

Der amerikanische Kommunitarismus versucht einen missionarischen Feldzug für einen neuen Geist der Gemeinschaft mit der Förderung und Initiierung zahlreicher praktischer kommunitaristischer Projekte zu verknüpfen. Er geht an einigen entscheidenden Punkten jedoch, wie es scheint, einen Schritt zu weit und ist durch einen Hauch von *Tugendterror* gekennzeichnet. Kaum akzeptabel erscheinen Versuche, durch direkten moralisch politischen Druck auf einzelne Menschen politisch erwünschtes Verhalten herbeizuführen, indem etwa durch persönliche Kampagnen Raucher unter Druck gesetzt werden oder Menschen, die auf andere Weise ungesund zu leben scheinen, in persönlichen Sozialkontakten auf die hohen Kosten verwiesen werden, die sie mit ihrer Lebensweise verursachen u.a.m. Da in der deutschen politischen Kultur die illiberalen Elemente ohnehin die längere und stabilere Tradition haben, wäre bei einer Belebung kommunitaristischer Initiativen hierzulande auf solche Anflüge illiberaler Kampagnen gezielt zu verzichten.

Die Erinnerung an die Tugenden der Bürgergesellschaft und die Verpflichtung zur Solidarität sowie Aufklärungskampagnen darüber, daß individuelle Freiheit und Entfaltungsräume ohne gesellschaftliche Grundsolidarität letztlich für niemanden zu sichern wären, sind nützlich und notwendig. Aber personenbezogene Kampagnen dürften eher eine abschreckende als eine aufklärende Wirkung haben.

In der philosophietheoretischen Kontroverse zwischen den Kommunitaristen und den Liberalen geht es um die Frage, ob vorgängige gemeinsame Formen gelebter Sittlichkeit die Voraussetzung dafür sind, Gesellschaftsmoral zur Entfaltung zu bringen, oder ob sich vernünftige Individuen auf einen solchen Rahmen gemeinsamer politischer moralischer Regeln verständigen können. Für die praktisch-politische Seite kommunitaristischer Projekte dürfte es jedoch unerheblich sein, für welche Seite ein Befürworter solcher Praxis Partei ergreift. Zumindest müßte das eine offene Frage bleiben. Es könnte gezeigt werden, daß für das praktische kommunitaristische Engagement eine vorgängige Antwort auf die philosophische Frage ohne Bedeutung ist. Nach der politisch-moralischen Grundregel zweiter Ordnung, daß im politischen Handeln die größtmögliche Gemeinsamkeit gesucht werden soll, wenn es um moralisch wichtige Fragen geht, sollte diese Debatte daher in einer deutschen kommunitaristischen Initiative bewußt unthematisiert bleiben.

3. Nur ein Element einer neuen Gesamtpolitik

Kommunitaristische Politikprojekte können ein wesentliches Element einer neuen Gesamtpolitik sein, sie sind aber nicht selbst die neue Gesamtpolitik. Veränderte Rahmensetzungen, Regulierungsformen und Interventionen des Staates bleiben, auch in den hochkomplexen Gesellschaften der Gegenwart, zwingend erforderlich. Eine liberalistische Deutung des Kommunitarismus, die ihn an die Stelle unverzichtbarer staatlicher Regelungen setzen möchte, ist aus der Sicht einer an den Grundsätzen der sozialen Demokratie orientierten Politik nicht akzeptabel.

Gesellschaftliche Politik ist heute notwendig, um die in die Gesellschaft verlagerten Politikgehalte demokratisch bearbeiten und entscheiden zu können. Kommunitaristische Initiativen können aber auch auf diesem Feld nur ein Element sein. Neue Politikformen, wie etwa institutionalisierte politische Öffentlichkeiten in den gesellschaftlichen Teilsystemen (Wirtschaft, Technik, Soziales, Bildung) oder politische Verhandlungssysteme zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Anwohnern, die vom Staat nur noch moderiert, aber nicht mehr in eigener Regie übernommen werden, und eine Reihe weiterer Initiativen bleiben notwendig.

4. Anregungen für eine soziale Bewegung in den gesellschaftlichen Teilbereichen

Wenn die kommunitaristische Initiative zum Anlaß genommen wird, auf diesen weiteren Horizont einer neuen Politik zu verweisen, könnte sie für die Bundesrepublik Deutschland von besonderem Nutzen sein. Zum Problem müßte sie werden, wenn sie sich selbst dogmatisch-sektenförmig verengt und zu einer Art Schule würde, die mit anderen Versuchen gesellschaftlicher Politik oder Politikreform konkurriert. Wichtig ist vor allem auch, daß der Funke aus den kommunitaristischen Debatten in neue Formen kommunitaristischer praktischer Projekte überspringt, damit die Bewegung nicht eine abgehobene Sache akademischer Missionare wird, sondern eine soziale Bewegung in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

5. Exemplarische Praxisfelder: Schule, Familie, Lebenswelt

Es scheint sinnvoll, Schule, Familie und Lebenswelt exemplarisch als Praxisfelder kommunitaristischer Initiativen zu wählen. In diesen Bereichen kann gleichzeitig vieles von dem, was heute staatlich geregelt wird, in eigener Regie geregelt werden, teils durch neue Formen staatlicher Unterstützung. In diesen Feldern entscheidet sich zugleich mit der Lösung politischer Probleme in Eigenarbeit, ob die Bürgerinnen und Bürger noch ein zureichendes Bewußtsein demokratischer Kompetenz in Bezug auf das politische System im ganzen entwickeln können, das nicht durch passiven Konsum elektronischer Massenmedien so deformiert ist, daß es jeden Zusammenhang zur wirklichen Politik verliert.

Thomas Meyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und Leiter der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Thomas M. Gauly

Programmatik und Politik der CDU und ihr Verhältnis zu kommunitaristischen Konzepten

Als John Rawls seine „Theorie der Gerechtigkeit" formuliert hatte und damit den aktuellen Herausforderungen für die praktische Philosophie eine weitere hinzufügte, griff er ein Thema auf, das in den Vereinigten Staaten bereits mit den Händen zu greifen war. Aber erst die Kritik seines Buches durch Michael Sandel im Jahr 1982 durch sein Buch „Liberalism and the Limits of Justice", die elf Jahre nach der Publikation von Rawls Buch veröffentlicht wurde, brachte die Diskussion, über die wissenschaftliche Ebene hinaus, recht in Gang. Es schlossen sich Veröffentlichungen im amerikanischen Bereich (Taylor, MacIntyre, Walzer) an. Von den USA schwappte eine neue geistige Strömung nach Europa über, die Kommunitarismus genannt wurde und die sich in den unterschiedlichsten Kleidern präsentierte.

Wenn wir heute über Kommunitarismus sprechen, dann kommen sehr schnell Vokabeln ins Spiel, die zunächst sehr sympathisch erscheinen und im konservativen Spektrum durchweg positiv besetzt sind. Kaum einer wird etwas gegen Gemeinsinn, gegen Verantwortung, gegen Werte an sich einzuwenden haben. Betrachtet man die einzelnen Diskussionsstränge, so wird man aber schnell feststellen, daß es sich bei *dem* Kommunitarismus um kein festumrissenes Theoriekonzept handelt, sondern um unterschiedliche normative Positionen, die zum Teil sehr unterschiedlich, ja gegensätzlich und in sehr unterschiedlichen Kontexten verwandt werden. Ihnen allen ist gemein, daß Sie einem typisierenden Sammelbegriff unterstellt sind, nämlich dem des Kommunitarismus.

1. Das zeitdiagnostische Potential der kommunitaristischen Fragestellung

Am 8. März 1994 wurde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein „Manifest amerikanischer Kommunitarier über die Rechte und Verantwortung in der Gesellschaft" veröffentlicht, das in meinen Augen ein Kernproblem der derzeitigen Debatte ungewollt auf den Punkt bringt. Zu den Hauptautoren dieses Manifestes gehört Amitai Etzioni, einer der Wortführer der amerikanischen Kommunitaristen. In diesem Manifest wird von einer „starken Demokratie" gesprochen, ist viel von der oben erwähnten Vokabel „Verantwortung" und von „moralischen Werten" die Rede und wird am Ende der „gute Staatsbürger" beschworen, der seine „Selbstverantwortung" und seine „Verantwortung" für das bonum commune wahrnimmt.

Dieser Text läßt jedoch zentrale Fragen offen: Was ist ein „guter Staatsbürger"? Ist das einer,

der regelmäßig zur Wahl geht oder gehört zu dieser Beschreibung zwingend das soziale Engagement dazu? Oder: Was ist eine „moralische Erziehung"? Erziehe ich meine Kinder moralisch, wenn ich sie streng nach den Regeln der Katholischen oder Evangelischen Kirche erziehe? Oder erziehe ich meine Kinder moralisch, wenn ich sie in *keiner* Kirche aufwachsen lasse, sondern sie so erziehe, daß sie selbst später einmal entscheiden können, ob sie in eine Kirche eintreten wollen oder nicht? Welche Wertmaßstäbe sind gemeint, welche Moral wird beschworen, welche Anthropologie liegt ihr zugrunde?

Diese Fragen deuten an, was in vielen Veröffentlichungen von sogenannten Kommunitaristen deutlich wird: Der Kommunitarismus ist eine Strömung, die sehr breit interpretierbar ist, die politisch gesehen sowohl „Linke" als auch „Rechte" begeistern kann. In den USA beispielsweise gibt es in der rechten Ecke der Republikaner nicht wenige politisch exponierte Repräsentanten, die den Kommunitarismus dazu nutzen wollen, autoritärere Gesellschafts- und Staatsstrukturen einzuführen. Auch in Deutschland wird viel über die „Rückbesinnung auf traditionelle Werte" geredet - leider oftmals ohne den Hinweis, auf welche historische Situation sich diese Rückbesinnung beziehen soll.

Dennoch: Es scheint symptomatisch für unsere Zeit zu sein, daß der Kommunitarismus innerhalb relativ kurzer Zeit eine große Verbreitung gefunden hat, und daß er in nahezu allen westlichen Gesellschaften rezipiert wird. Ich habe den Eindruck, daß die sogenannten westlichen Gesellschaften an einem Punkt ihrer Entwicklung angelangt sind, wo sie sich verstärkt die Frage ihrer Zukunftsfähigkeit stellen. Dies hat sicherlich auch finanzielle Hintergründe, insbesondere die hohen Staatsverschuldungen oder die Probleme im sozialen Bereich. Die Ursachen aber reichen tiefer.

Schauen wir einmal in unsere Gesellschaft hinein, so werden wir feststellen, daß die Frage nach der Zukunftsfähigkeit von sehr unterschiedlichen „Parteien" im weiteren Sinne des Wortes gestellt wird: von den christlichen Kirchen, von den großen Verbänden, von Banken und Unternehmen, von privaten und öffentlichen Institutionen, aber auch von Einzelpersonen. Zusammengenommen kann man in dem allgemeinen Nachdenken über unsere Zukunftsfähigkeit eine Suche nach neuen Zielen, man könnte auch sagen, nach dem Sinn unserer Gesellschaft erkennen. Sie mündet in die Frage: „Wofür sind wir eigentlich gut?"

Ich spreche an dieser Stelle bewußt nicht von einer religiösen Sinnsuche. Ich meine damit vielmehr jene Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, die in besonderer Weise seit dem Zusammenbruch des „Reiches des Bösen", wie Ronald Reagan einmal ironisch die Länder des Sozialismus genannt hat, bei uns zum Vorschein kommt. Es ist geradezu aufregend zu sehen, daß mit dem Ende des Kalten Krieges in nahezu allen Gesellschaften des Westens plötzlich solche Sinnfragen gestellt werden. Es mag auch daran liegen, daß mit einem Mal die Demokratien des Westens nach dem Verlust ihres ideologischen Gegners auf sich selbst verwiesen sind und ihr Ziel nun aus sich selbst heraus finden und definieren müssen.

Die Frage nach dem Sinn wird jedoch nicht ausschließlich mit dem Ende des Kalten Krieges zu erklären sein. Wenn ich von Sinnkrise und Orientierungslosigkeit spreche, dann meine ich damit auch eine Entwicklung, die auf subtile Weise schon seit Jahrzehnten im Gange ist und die eine tiefgreifende innergesellschaftliche Dimension hat. Ich meine die Be-

findlichkeit von Menschen, die bei vielen dadurch gekennzeichnet ist, daß es ihnen materiell gesehen zwar gut geht, sie sich aber gleichzeitig mit einer Reihe grundlegender persönlicher Krisen und Zukunftsängste konfrontiert sehen, zum Beispiel dem Verlust von Sozialkontakten oder den Folgen von Trennungen sowie einer allgemein neurotischen Mentalität, zum Beispiel der des „Keine-Zeit-Habens". Diese Befindlichkeiten münden in einem diffusen Gefühl in der Magengegend, einer der Geburtsstätten des Kommunitarismus. Meines Erachtens hat dieses Gefühl vor allem damit zu tun, daß sich der Lebensstil unserer Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gewandelt hat. Der Lebensstil ist heute durch eine neue Vielfältigkeit geprägt, die viele zu überfordern scheint.

Bei vielen Menschen kann man beobachten, daß sie die Vorteile unserer Multi-Options-Gesellschaft, beispielsweise in bezug auf die freie Berufs- oder Partnerwahl, nicht für sich nutzen können. Nicht von ungefähr kommt es zu der Diskrepanz, daß zwar weit über 80 Prozent der jungen Menschen Familie und Kinder wünschen, doch immer weniger den Weg in die Bindung einer Ehe oder einer festen Partnerschaft finden.

Freiheit – ein Stichwort, das mir persönlich im Kommunitarismus zu wenig reflektiert wird – wird heute von vielen Menschen nicht mehr als etwas verstanden, worüber man sich freut oder worauf man stolz ist. Freiheit wird heute als gereizte Forderung an die Gesellschaft verstanden. Dies kann man in Deutschland sehr gut in den Neuen Bundesländern beobachten. Die Menschen dort sind in hohem Maße von der Schnellebigkeit unseres Lebensstils verunsichert und oftmals von dem erdrückenden Informations- und Konsumangebot unserer Multi-Options-Gesellschaft überfordert. Sie haben mit einem Mal innerhalb kürzester Zeit Entscheidungen zu treffen, die sie früher nicht einmal innerhalb von zehn Jahren treffen mußten.

Der Schreiber Sallust hat im Untergang des Römischen Reiches diesen Vorgang einmal so kommentiert: „Wenn das Glück zu rasen beginnt". Der französische Architekt Paul Virilio spricht an dieser Stelle von der „Beschleunigung unserer Gesellschaft". Politisch denken und handeln, so Virilio, heiße heute, die Technik der Beschleunigung und der Geschwindigkeit zu analysieren. Er plädiert gegen die rasende Geschwindigkeit technischer und gesellschaftlicher Abläufe und Entwicklungen und für eine „demokratische Geschwindigkeit", in der zu einer „wirklichen Politik" zurückgefunden werden könne, die Zeit brauche (Paul Virilio, Der negative Horizont, München 1989).

Zu diesem Themenkomplex, der Frage nach dem Sinn des Ganzen – oder übersetzt: der Sinnhaftigkeit unseres Gesellschaftsvertrages –, gibt es eine schöne Geschichte von Tom Wolfe, dem amerikanischen Essayisten und Novellisten. Er erzählt die Geschichte eines typischen Geschäftsessens in Amerika, in diesem Falle gegeben vom Time-Magazine, das eine Tradition hat, von Zeit zu Zeit außerordentliche Gäste einzuladen. Der Ehrengast ist der Abt eines japanischen Zentempels. Er ist hager und in schwarz gekleidet, also der unübersehbare Kontrast zu der eloquenten Üppigkeit seiner Gastgeber. Am Ende des Essens nun wendet sich der Herausgeber des Magazins an den Zen-Abt und sagt: „Well, any questions you would like to ask us about our magazine?" Darauf antwortet der Abt: „Yes, I have one. Why do you published it?" Wie man sich vorstellen kann, sind die Gentlemen ein paar Minuten unter Schock, das Herausgeberteam steckt seine Köpfe zusammen und berät sich einigermaßen konsterniert. Schließlich rafft sich der Chefredakteur auf, sammelt sich, stot-

tert einige Wortfetzen, die in den Satz münden: „We do it for the good of the people." Auf diese gleichermaßen gestotterte, unprofessionelle wie gleichsam doch professionell klingende Antwort sieht ihn der Abt eine Weile nachdenklich an und sagt schließlich: „Yes, but good for what?"

In meinen Augen ist der Kommunitarismus ein Versuch, die Frage nach dem Sinn des Ganzen indirekt zu beantworten. Er ist gleichzeitig eine Reaktion auf unsere Befindlichkeiten als überreizte Wohlstandsmenschen und auf den Zustand der sogenannten „öffentlichen Ordnung". Er ist damit gleichsam eine Reaktion auf den Individualismus und eine offene Infragestellung des „American dream". Denn der Kern des „Amerikan dream" sagt, daß jeder von uns es schaffen kann, reich und angesehen zu werden. Das Problem dabei ist nur, daß immer deutlicher die Verlierer des „American dream" hervortreten. Übertragen könnte man sagen: Der „American dream" ist nach außen betrachtet ein wunderbarer Vertrag, bei dem es keine Verlierer geben kann. Allerdings gibt es auch bei diesem so schön klingenden Vertrag das sogenannte Kleingedruckte. Natürlich ist richtig, jeder kann reich und angesehen werden. Das Kleingedruckte aber lautet: Er muß stark, gut gebildet, materiell abgesichert, nicht behindert, möglichst weder schwarz noch homosexuell sein.

Die Kommunitaristen gehen über die Einzelperson jedoch noch einen Schritt hinaus und stellen die Frage nach der Überlebensfähigkeit einer offenen Gesellschaft als Ganzes. Ihre These ist plausibel: Eine offene Gesellschaft kann nur so lange überleben, wie sie auch eine solidarische Gesellschaft ist. Eine solidarische Gesellschaft lebt nicht allein von der Leistungsfähigkeit des einzelnen, sondern ebenso vom Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber den anderen.

2. Das neue CDU-Grundsatzprogramm als politische Antwort auf kommunitaristische Fragestellungen

Die CDU Deutschlands hat sich im Februar 1994 ihr erstes gesamtdeutsches Grundsatzprogramm gegeben. Dem ging ein dreijähriger Diskussionsprozeß voraus. Ich selbst habe als Sekretär der Grundsatzprogramm-Kommission viele Veranstaltungen miterlebt, in denen der Ruf nach Werten, nach neuen Verbindlichkeiten, nach Tugenden nur allzu laut wurde. Und ich habe dabei festgestellt, daß die sogenannte Wertedebatte ein beliebter Topos weit über die Grenzen der Union hinaus ist. In gewisser Weise ist dies eine gewisse Rezeption des Kommunitarismus in Deutschland, man kann es aber auch anders herum deuten: Es ist der Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise, die sich auch im wiedervereinigten Deutschland artikuliert und in die Frage mündet: „Auf welches Ziel hin leben wir, was hält uns zusammen?", kurz: „Wofür sind wir gut?"

Die Tatsache, daß der Ruf nach mehr Gemeinsinn oder einer größeren Verantwortung für die Gesellschaft in allen westlichen Industriegesellschaften immer lauter wird, ist meines Erachtens der stärkste Beleg dafür, daß allen westlichen Gesellschaften bestimmte Entwicklungen immanent sind: Die offene Gesellschaft ist keine wertfreie Gesellschaft. Aber sie ist eine Gesellschaft, in der es keinen Status quo an Werten gibt. Sie ist durch einen ständigen Wertefluß gekennzeichnet.

Im Grundsatzprogramm der CDU haben sich diese Überlegungen wie folgt niedergeschlagen: Als Reflektion und Reaktion auf einen einseitig verstandenen Individualismus haben wir die Beziehung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit untereinander neu bewertet. Nicht von ungefähr kommt, daß der

Titel des Programmes „Freiheit in Verantwortung" lautet. Der Grundwert der Freiheit wurde, im Unterschied zum 78er Programm der CDU, weiter interpretiert. Hierzu heißt es im Programm, in Ziffer 14: „Der Mensch entfaltet sich in der Gemeinschaft. Freiheit verwirklicht sich durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung. Jeder Bürger soll ... Freiheit in Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und verwirklichen können. Die Verwirklichung der Freiheit des einzelnen ist ohne die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft ethisch nicht möglich. Wir wenden uns gegen einen falsch verstandenen Individualismus auf Kosten anderer. Wir wollen den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten und Bürgertugenden stärken."

Dieser Ziffer vorangestellt ist ein Absatz, der die freie Entfaltung der Person als Recht jedes einzelnen konstatiert. Hierzu heißt es: „Als sittliches Wesen kann der Mensch vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern."

In bezug auf das Verhältnis zwischen Einzelperson und Gemeinschaft bzw. Gesellschaft heißt es im Grundsatzprogramm: „Der freien Entfaltung der Person entspricht unsere plurale Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der Vielfalt der Meinungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürger und damit Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. Nur eine freiheitliche, solidarische und gerechte Gesellschaft und ein nach diesen Grundwerten handelnder Staat werden der Würde des Menschen gerecht."

Aus beiden Zitaten wird deutlich, daß für die CDU die Verwirklichung der Freiheit einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung bedarf. Aus ihr ergibt sich für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens das Prinzip der Subsidiarität, nach dem Staat und Gemeinden auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften erfüllt werden können. Umgekehrt verlangt dieses Prinzip der Subsidiarität natürlich auch, daß die größeren Gemeinschaften, zuletzt auch die staatliche Ebene, tätig werden müssen, wenn gesellschaftspolitische Entwicklungen die Leistungskraft des einzelnen oder kleinerer Gemeinschaften überfordern.

In bezug auf die Solidarität haben wir gemäß unserer Anthropologie formuliert, daß sie ein Ausdruck der sozialen Natur des Menschen ist und dem Gebot der Nächstenliebe folgt. Ihren ethischen Maßstab gewinnt die Solidarität aus der Würde des Menschen. Im Programm heißt es hierzu: „Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Solidarität muß deshalb vor allem den Menschen gelten, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können." Neu für den Grundwert der Solidarität ist folgende Passage, die in Anlehnung an Oswald von Nell-Breuning formuliert ist: „Solidarität ist ohne Opfer nicht denkbar. Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muß selbst bereit sein, anderen zu helfen. Wer sich davon ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, entzieht der Gemeinschaft die Grundlage für den sozialen Frieden."

Auch die Grundformulierung des Wertes der Gerechtigkeit wird von dieser Anthropologie abgeleitet. Hier heißt es im Programm: „Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle. Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren und schützt ihn." In Ziffer 29 beschreiben wir soziale Gerechtigkeit und deren politische Relevanz: „Gerechtigkeit

schließt die Übernahme von Pflichten entsprechend der Leistungsfähigkeit des einzelnen zum Wohle des Ganzen ein. Soziale Gerechtigkeit verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können. Für uns gilt, niemanden fallen zu lassen und jedem in unserer Gesellschaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern."

3. Grundkonsens und Kompromißbereitschaft als Voraussetzungen für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft

In den vergangenen Jahren ist viel vom „Umbau des Sozialstaates" die Rede gewesen. Aus Sicht der CDU muß das bisherige Sozialsystem umstrukturiert werden. Dies aus zwei Gründen: Zum einen, weil aufgrund der finanziellen und demographischen Entwicklungen die Sozialleistungen in der jetzigen Form und auch in ihrem Umfang in Zukunft nicht mehr finanzierbar sind; zum anderen, weil sich die staatlichen Sozialleistungen nicht mehr ausschließlich auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentrieren.

Deshalb vertritt die CDU die Auffassung, daß eine zukunftsorientierte Sozialpolitik vorbeugen muß, will sie Wirtschaftlichkeit und Humanität miteinander verbinden. Unserer Meinung nach sind in den vergangenen Jahrzehnten der Gemeinschaft viele Leistungen aufgebürdet worden, die der einzelne heute selbst erbringen kann (z.B. Medikamente, Kuren etc). Weil aber staatliche Sozialleistungen wieder auf die wirklich Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft konzentriert werden müssen, sollen soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig grundsätzlich nur noch einkommens- und vermögensabhängig gewährt werden. Dazu gehört, daß im gesamten Bereich der Sozialpolitik stärkere Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung verwirklicht werden müssen.

Eigene Leistungen oder durch Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz. Wie in allen Bereichen der Politik, muß aber auch in der Sozialpolitik die Frage nach den Prioritäten neu gestellt werden. Wer neuen Aufgaben, wie zum Beispiel der häuslichen Pflege, nachkommen will, muß Altleistungen auf den Prüfstein stellen. Um neue Aufgaben erfüllen und die Folgen der demographischen Entwicklung bewältigen zu können, brauchen wir also einen neuen finanziellen Handlungsspielraum, den wir nicht durch Beitrags- oder Steuererhöhungen, sondern nur durch Umschichtungen innerhalb des Systems gewinnen können. In diesem Sinne ist nicht der Ausbau, sondern der Umbau des Sozialstaates eine vordringliche Aufgabe.

Im Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialleistungen wird bereits über Modelle nachgedacht, die in diese Richtung gehen könnten. Aus meiner persönlichen Sicht müßten angesichts der demographischen Entwicklung auch im Hinblick auf unser Rentensystem neue Wege beschritten werden, wenn unser heutiges System nicht zu Lasten unserer Kinder und Kindeskinder gehen soll. Die aktuelle Diskussion über diese Pläne zeigt, daß in bezug auf das Ziel, nämlich den Sozialstaat effizienter und gleichzeitig zukunftsfähig zu gestalten, ein breiter Konsens besteht. Über die konkrete Ausgestaltung aber könnte der politische und auch gesellschaftliche Dissens in manchen Bereichen kaum größer sein. An dieser Stelle komme ich zu meinem eingangs erhobenen Zweifel in bezug auf die Durchsetzungskraft kommunitaristischer Konzepte und Begriffe. Diese entscheidet sich nämlich letztendlich daran, ob wir bereit sind, Begriffe wie

Verantwortung oder Gemeinsinn zu konkretisieren und sie konsensfähig zu machen.

Begriffe wie Gemeinsinn oder Verantwortung werden hohl, wenn es keinen Grundkonsens über deren Inhalte und unabdingbare Konsequenzen mehr gibt. Wenn es aber keinen Grundkonsens über bestimmte zentrale Begrifflichkeiten unserer Gesellschaft mehr gibt, dann werden wir über kurz oder lang die Fähigkeit zum Kompromiß verlieren. Alle diese Begriffe, die auf das große Ziel einer gerechteren Gesellschaft gerichtet sind, setzen eine innere Haltung als Grundbedingung voraus: nämlich die Bereitschaft, zu teilen. Gerade hier aber scheint eines der Hauptprobleme in unserer Wohlstandsgesellschaft zu liegen. Wie oft schon ist „Verantwortung" eingeklagt worden, wie oft schon wurde von „Umstrukturierung" und dem „Abbau von Besitzständen" gesprochen? Die Antwort war allzu oft die Unfähigkeit zu Korrektur und die Verweigerung von Reform.

Ich hatte in den vergangenen Monaten mehrfach das Gefühl, daß es in unserer Gesellschaft den meisten so geht, wie dem Zugreisenden in folgender Geschichte: Er sitzt einer älteren Dame in einem Zugabteil gegenüber. Jedesmal, wenn der Zug einen Bahnhof durchfährt und man das jeweilige Ortsschild erkennen kann, schüttelt der Herr resignierend den Kopf. Nach einer Weile fragt ihn die Dame: „Warum schütteln Sie denn jedes Mal den Kopf, wenn wir an einem neuen Ortsschild vorbeikommen?" Darauf antwortet der Herr: „Weil ich festgestellt habe, daß ich im falschen Zug sitze!" Die Dame schaut ihn eine Weile lang skeptisch an, dann fragt sie: „Warum steigen Sie dann nicht aus dem Zug aus?" „Das will ich ja", entgegnet ihr der Herr, „aber jedes Mal, wenn ich an der Türe bin, kehre ich um, weil es doch hier so schön warm und gemütlich ist."

Thomas M. Gauly ist Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle; er war Sekretär der Grundsatzprogramm-Kommission für das 1994 verabschiedete erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands.

Winfried Kretschmann

Die Grünen und der Kommunitarismus

Sind die Grünen von ihrer Weltanschauung, ihren Wurzeln und ihrer Mitgliederstruktur her für kommunitaristisches Gedankengut offen, sind sie kommunitaristisch?

1. Vorbemerkung

Die Haltung von Bündnis 90/Die Grünen zum Kommunitarismus ist nicht darstellbar. Mir wäre nicht bekannt, daß sich meine Partei gelegentlich oder gar systematisch mit dem Kommunitarismus beschäftigt hat. Der erste Punkt des Problems ist damit benannt: Ebenso wie die anderen Parteien führen auch die Grünen keine gesellschaftlichen Grundsatzdebatten mehr. Überlegungen, wie die großen Probleme und Krisen der modernen Gesellschaft angegangen oder gar gelöst werden können – Überlegungen, die außerhalb des klassischen politischen Sektors in Hülle und Fülle gemacht werden –, dringen kaum mehr in die Parteien, jedenfalls nicht in deren Machtzentren ein, damit auch nicht in Parlamente und Regierungen. Reformen bedeuten heute in der Politik mehr oder weniger vom Status quo, also mehr oder weniger vom Gleichen, vom schon Vorhandenen.

2. Ökologie und Gemeinsinn

Andererseits stehen die Grünen mit ihrem Grundanliegen, das ökologische Wirkungsgefüge der Natur und seinen Schutz zu einem Anliegen der Politik zu machen, ganz originär für die Idee des Gemeinsinns. Die Forderung nach Gemeinsinn und Gerechtigkeit als eine traditionell soziale Fragestellung hat hier von einer neuen Seite – der Frage des Umgangs mit unseren Mitgeschöpfen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen – einen neuen, starken Impuls erhalten.

3. Bürgerinitiativen: ein kommunitärer Gründungsmythos der Grünen

Dieser Impuls bezieht sich allerdings erst einmal auf die Menschheit, die bekanntlich auf dieser allgemeinen Ebene keineswegs ein Gemeinwesen darstellt (von Vorformen, wie der UNO und anderen internationalen Organisationen abgesehen).

Folgerichtig entstand die Ökologiebewegung aus der Gründerlosung heraus: „Global denken – lokal handeln". Für ihre lokal und regional agierenden, hauptsächlich ökologisch orientierten Protestgruppen wurde das Wort „Bürgerinitiativen" erfunden, ein wahrlich sehr kommunitaristischer Begriff, der mit zum Gründungsmythos der Grünen gehört.

4. Ein zweiter Gründungsmythos: Small is beautiful

Damit einher geht eine zweite Gründerparole, die ebenfalls fester Bestandteil unseres Gründungsmythos ist: E. F. Schuhmachers „small

is beautiful". Also auch ideologisch eine durchaus kommunitaristische Wurzel der Grünen.

5. Schattenseiten der Moralisierung der Politik

Auch die ganze wachstumsfeindliche und antikonsumistische Grundhaltung dieser Gründerphase und das damit einhergehende „Sein-statt-haben-Ethos" hat einen sehr moralischen Grundzug in die Politik der Grünen getragen. Dieser moralisierende Grundzug begegnet uns ja auch bei den meisten Kommunitaristen (ebenso auch bei vielen Gründervätern der Marktwirtschaft in Deutschland).

Noch heute gleichen Kandidatenbefragungen auf grünen Parteitagen eher einem Abfragen „grüner" Glaubensbekenntnisse denn einer Befragung über politische Strategien. Daß diese beachtliche moralische Grundhaltung auch in Fundamentalismus und Gesinnungsterror ausgeartet ist, dürfte bekannt sein. Somit haben die Grünen auch schon ein Stück praktische Kritik an einem Gemeinwohlgedanken geliefert, der individuelle Freiheit diesem Gedanken rigoros unterordnet, und komme er auch im Gewande der Rettung der Welt daher.

6. Zwischen graswurzeldemokratischen Ursprüngen und Traditionssozialismus

Durch den sehr frühen Einmarsch traditionssozialistisch orientierter Linker in die Grünen und ihre Dominanz über fast zehn Jahre wurden diese graswurzeldemokratischen Ursprünge stark mit klassisch linkssozialdemokratischen, etatistischen politischen Vorstellungen überformt. Allerdings immer gebrochen durch die Gründungsmythen, ökologisch eingefärbt und regional uneinheitlich. So ist z.B. der Landesverband NRW eher linkssozialdemokratisch auf klassisch sozialstaatliche Verteilungsgerechtigkeit orientiert, während der baden-württembergische Landesverband eher staatsabgeneigt und auf dezentrale und kommunale, also subsidiäre Umbaustrategien ausgerichtet ist.

7. Starke kommunale Orientierung

Die meisten Grünen sind – über alle Strömungen hinweg – leidenschaftliche Kommunalpolitiker. Allein in Baden-Württemberg stellen sie ca. 1500 Kommunalpolitiker (bei 6000 Parteimitgliedern!). Allerdings sind nicht alle von ihnen auch Mitglieder der Partei. Die Aufstellung kommunalpolitischer Listen gleicht hier eher offenen Bürgerforen. Ganz im Gegensatz zur FDP sind die Grünen eine außerordentlich stark kommunal orientierte und verankerte Partei, eine Dame mit kräftigem Unterleib.

8. Die Grünen als Adressaten eines liberalen Kommunitarismus

Mitglieder und Wählerschaft der Grünen sind ganz überwiegend die akademisch gebildeten neuen Mittelschichten (besonders auch Frauen), die meist emanzipatorisch und sozial denken und einen modernen, individualistisch geprägten Lebensstil pflegen – bei gleichzeitig hohem gesellschaftlichen Engagement. Sie sind also weltanschaulich, von ihrem Status und ihren politischen Grundauffassungen wie von ihrem moralischen Impetus her durchaus die Adressaten eines liberalen Kommunitarismus.

9. Kommunitaristische Ansätze bei den Grünen

Sind kommunitaristische Konzepte nur Notlösungen für eine zeitweilige Krise des Sozialstaats ? Politik reagiert überhaupt nur auf gesellschaftliche Krisen. Das ist schließlich ihre Aufgabe. Und im Kern hat Politik nie eine andere Aufgabe, als Freiheit und Gerechtig-

keit im Gemeinwesen zu sichern und herzustellen.

Ich bin überhaupt nicht der Ansicht, daß die Krise des Sozialstaats – sehr umfassend gemeint – eine temporäre Angelegenheit ist. Für temporär halte ich den unglaublichen materiellen Wohlstand in den westlichen Industriestaaten. Er ist schon aus ökologischen Gründen nicht verallgemeinerbar und nachhaltig auch nicht haltbar. Allein eine Internalisierung aller externen ökologischen Kosten würde unser Alltagsleben ungemein verteuern, z.B. 5.– DM pro Liter Benzin.Trotz riesiger Altschulden und ungebrochener Neuverschuldung haben wir eine nie dagewesene Höhe von Steuern und Abgaben.

– Kommunitarismus und Sozialstaat?

Wir leben in Deutschland im Gegensatz zu den USA in einer festen Tradition des Sozialstaats. Diese Tradition betrachte ich als außerordentlich wertvoll. Sie hat unsere Gesellschaft im Gegensatz zur amerikanischen bisher davor bewahrt, daß wir in relevantem Ausmaß sozial ausgegrenzte Minderheiten haben.

Also: Den Sozialstaat umbauen, nicht abbauen! Was heißt das? Er muß wieder zielgenauer denen helfen, die diese Hilfe brauchen, also z.B. Menschen mit Kindern, nicht kinderlosen Ehepaaren, wie es derzeit beim Ehegattensplitting oft der Fall ist. Er muß weniger bürokratisch sein und mehr Eigeninitiative fördern, daher die Forderung nach einem Grundeinkommen.

– Sozialstaat versus Privatisierung?

Nein. Tertium datur: Mehr Subsidiarität, mehr Föderalismus, mehr Gemeindefreiheit, also mehr Möglichkeiten, Zuständigkeiten und Rechte für die kommunale Selbstverwaltung und natürlich der dazu notwendige Finanzrahmen, also eine stärkere Dezentralisierung der Steuern bei gleichzeitiger Verringerung der Subventionen der Gemeindeaufgaben.

– Mehr demokratische Bürgerbeteiligung

Eine gemischte Verfassung, bei der bei Beibehaltung der repräsentativen Grundstruktur mehr direkte Demokratie, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide und eine Brechung des Parteienmonopols auf die Politik erreicht wird.

– Mehr Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft

Allerdings nicht durch Appelle, sondern durch eine Steuerreform, die soziales, kulturelles und ökologisches Wirtschaften fördert. Bei einer Globalisierung der Märkte müssen solche Vorhaben auf große Wirtschaftsräume abzielen. Gemeinwohlorientierung muß zuallererst das ökonomistische Denken und die „Tyrannei der Ökonomie" in allen Lebensbereichen brechen!

– Mehr Gemeinsinn durch eine Remoralisierung der Politik ?

Ja, wenn damit drei Fragen wieder von Politikern beherzigt werden: Was kann ich bewirken? (was sind überhaupt die Möglichkeiten von Politik?) Wofür bin ich zuständig? Was darf ich versprechen (d.h. überhaupt etwas versprechen, aber nur, wenn man es auch halten kann)?

Winfried Kretschmann ist als Mitglied des baden-württembergischen Landesverbandes der Grünen an den Grundsatzdebatten der Partei beteiligt.

Hans Vorländer

Die Haltung der FDP zum Kommunitarismus

Die FDP hat keine Haltung zum Kommunitarismus. Sie hat bisher auch keine Stellung genommen. Seit ihrem elektoralen Einbruch bei Landtagswahlen in den letzten beiden Jahren hat die Sicherung ihrer Existenz im Vordergrund tagespolitischer Aktivitäten gestanden, programmatische Fragen hatten sich dem Überlebensimperativ unterzuordnen.

Generell ist aber auch die programmatische Arbeit vor und nach der Herstellung der deutschen Einheit zum Erliegen gekommen, weil das Vorhaben der Konstituierung einer Perspektiv- oder Grundlagenkommission über das Stadium der Planung kaum hinausgekommen ist. So kann es nicht verwundern, daß eine Auseinandersetzung mit kommunitaristischen Ideen oder der politischen Plattform der Kommunitaristen nicht stattgefunden hat. Dies gilt auch für das Um- und Vorfeld der Partei. Weder war der Kommunitarismus explizites Thema der der FDP nahestehenden Friedrich-Naumann-Stiftung noch findet sich etwa eine Publikation zum oder über den Kommunitarismus in der Theoriezeitschrift „liberal".

Der Bericht über die „Haltung der FDP zum Kommunitarismus" ist also kurz und könnte hier enden. Gleichwohl kann mit guten Gründen argumentiert werden, daß die Programmlage der FDP „Module" enthält, die für den kommunitaristischen Diskurs „anschlußfähig" sind. Umgekehrt kann ebenfalls plausibel begründet werden, daß die FDP im Dialog zwischen Liberalismus und Kommunitarismus die Seite des Liberalismus besetzt hält und eine kommunitaristische Reformulierung ihrer liberalen Programmlage tunlichst unterlassen sollte. Die Unterschiede liegen, wie immer, im Detail, besonders aber in den theoretischen Begründungszusammenhängen und – last but not least – in den politischen Opportunitäten.

Dabei läßt sich die Programmlage der FDP, wie sie sich seit dem „Liberalen Manifest" aus dem Jahre 1985 entwickelt hat und in den Bundestagswahlprogrammen von 1990 und 1994 sowie im Europawahlprogramm von 1994 dokumentiert ist, folgendermaßen skizzieren: Im Vordergrund steht eine wirtschaftsliberale Emphase. Die FDP versucht sich als „Partei der marktwirtschaftlichen Erneuerung" zu profilieren. Erneuerung wird dabei doppelt verstanden: einmal im Sinne einer Transformation des staats- und planwirtschaftlichen Systems der DDR, zum anderen als Innovationsstrategie für die Industriegesellschaft der alten, westlichen Bundesrepublik, die als verkrustet, vor allem aber vom wohlfahrtsstaatlichen Bürokratismus überformt dargestellt wird. Die FDP versucht die Abkehr von einem etatistischen Politikmodell zu propagieren, die in der Zu-

rückdrängung staatlicher Aktivitäten die Chance für die Freisetzung individueller, marktwirtschaftlicher und subsidiärer Kräfte sieht. Das Bundestagswahlprogramm von 1994 spricht hier vom „schlanken Staat" und fordert Deregulierung und Bürokratieabbau. Als Leitsatz gilt, so das Europawahlprogramm von 1994: „Was durch Eigenverantwortung der Bürger oder Selbstverwaltung der Wirtschaft selber geregelt werden kann, bedarf keiner Intervention des Staates". Hier finden die klassisch-liberalen Grundsätze von gesellschaftlicher Autonomie und politischem Minimalismus ihren zeitgenössischen Ausdruck.

Die FDP bleibt aber hier stehen. Marktwirtschaftliche Erneuerung bedeutet die Entfesselung der Wettbewerbs- und Selbstheilungskräfte des Marktes. Eigeninitiative, Leistung und wirtschaftliches Wachstum sind die Zielgrößen. Ein Stück des Weges würde der Kommunitarismus hier mitziehen. Auch er kritisiert den wohlfahrtsbürokratischen Etatismus, sieht hierin aber zuallererst die Gefahr einer bürokratischen Entmündigung des Staatsbürgers und die Tendenz der Substituierung solidarischer Leistungen in Primärgemeinschaften durch anonyme Wohlfahrtsbürokratien. Hinter dieser Argumentation der Kommunitaristen steht ein partizipatorisches und emanzipatorisches Ideal. Es geht, wie bei vielen anderen Punkten, um die Freisetzung von staatsbürgerschaftlichem Engagement und individueller Verantwortung. Im Fadenkreuz kommunitaristischer Kritik hingegen steht der egoistische, allein seine ökonomischen Interessen verfolgende Wirtschaftsbürger. Dieses Zielbild aber scheint exakt in manchen Passagen hinter den programmatischen Forderungen der FDP zu stecken. Das mag auch nicht verwundern, ist doch der mittelständische und freiberufliche (Wirtschafts-)Bürger der wesentliche Adressat der FDP-Politik. Wo Kommunitaristen und FDP-Liberale das gleiche fordern, nämlich Abkehr vom Etatismus, Stärkung von Subsidiarität und Eigenverantwortung, von Selbstverwaltung und Selbstorganisation, da sind die Begründungszusammenhänge doch deutlich verschieden.

Das war, so könnte argumentiert werden, bei der FDP nicht immer so. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren, als die FDP sich selbst als Reformpartei verstand, besaßen ihre Programme einen starken bürgerschaftlichen Akzent. Der Bürger, wie ihn die FDP verstand, war nicht nur Wirtschaftsbürger, sondern auch *Citoyen*. Die Mehrung von Freiheitsräumen und die Stärkung der Partizipationspotentiale gehörten zum festen Programmkanon, die Forderung nach direkten demokratischen Beteiligungsformen, nach einer Reform des Wahlrechts, die dem Bürger die Auswahlmöglichkeiten des Panaschierens und Kumulierens gab sowie – last but not least – die Stärkung der Mitsprache und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Betrieben und Unternehmen – getreu dem Naumannschen Ideal der Umwandlung des Industrieuntertanen in den Industriebürger – waren feste Bestandteile. Alle diese Programmpunkte standen in der gesamtliberalen Perspektive einer Gesellschaft freier und gleicher Bürger. Sie entstammten dem reformerischen Umfeld der sechziger und beginnenden siebziger Jahre und traten mit dem Ende der Reformeuphorie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, vollends dann mit der koalitionspolitischen Wende von der SPD zu den Unionsparteien 1982, mehr und mehr auch wieder in den Hintergrund. Daß dies auch und besonders für das umweltpolitische Thema galt, das die FDP zuerst „entdeckt" und bereits 1971 in den Freiburger Thesen in einem eigenen Kapitel aufgenommen hatte, interessiert in diesem Zusammenhang nur am Rande, zeigt aber, daß die FDP für eine gewisse Zeit eine programmatische Avantgardeposition eingenommen

hatte, die sie in der Folge schnell wieder aufgab – aufgrund der Handlungszwänge, die der Überlebensimperativ bot, vielleicht auch aufgeben mußte.

Die achtziger Jahre stehen, soweit sie programmatisch dokumentiert sind, eindeutig im Zeichen eines erneuerten Wirtschaftsliberalismus. Das „Umdenken" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte bekanntlich ja auch zur Auflösung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1982 geführt. Doch was der FDP nicht mehr gelang, das war die Einbettung der wirtschaftsliberalen Emphase in ein gesamtliberales Konzept. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bedeutete gesellschaftspolitisch die Strategie der Mehrung von individuellen Optionen, womit aber das Problem der sozialen Ligaturen, wie Ralf Dahrendorf warnend anmerkte, unterschätzt wurde. Wo Leistung, Wettbewerb und individuelles Wohlergehen ganz obenauf standen, wo es um die Reprivatisierung und Reindividualisierung von sozialen und politischen Risiken ging, da schimmerte der bourgeoise Atomismus einer libertären Eigentümergesellschaft durch, der dem Zerrbild eines auf den Besitzindividualismus restringierten Liberalismus alle Ehre machte, aber die verantwortliche Bürgergesellschaft aus den Augen verlor.

Die thematische Wende ging einher mit der Abstreifung der sozial-liberalen Programmtradition, die ihrerseits eine Reaktion auf den verkürzten Individual- und Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts gewesen war. Hier hatte aber der Liberalismus begonnen, soziale Existenzsicherung, moderate Umverteilung durch eine progressive Einkommenssteuer, staatliche Rahmengestaltung und gemischte Ökonomie als Mittel der Mehrung von individueller Freiheit und als Instrumentarium zur Wahrung der sozialen Kohäsion zu fordern und politisch auch einzusetzen. Und dabei hatten vor allem die englischen und amerikanischen Reformulierungsbemühungen durchaus auch Wege aufgezeigt, auf nichtstaatlichem Wege, durch die Stärkung von Assoziationen und Gemeinschaften, die gesellschaftlichen Selbstheilungskräfte zu unterstützen und gleichzeitig Freiheit und soziales Verantwortungsgefühl zu stärken. Nur rudimentär finden sich in den Programmen der achtziger und neunziger Jahre Erinnerungsposten an diese sozial-liberale Programmtradition. Ihr aber wären konzeptionelle Ausgangspunkte zu entnehmen, die den vielbeschworenen und häufig angekündigten „Umbau des Sozialstaates" in eine vernünftige und ausgewogene Perspektive setzen könnten, ohne in vordergründiger Klientelpolitik zu verharren. Die Diskussion um das „Bürgergeld" oder eine „negative Einkommenssteuer", wie sie sich als Forderung im Bundestagswahlprogramm 1994 finden, wären dann als Instrumente zu werten, die einen bürgergesellschaftlichen Ausweg aus dem wohlfahrtsbürokratischen Etatismus aufzeigen.

Noch ist die FDP also nicht für den Kommunitarismus verloren. Ihre eigene Programmtradition böte Ansatzpunkte, das kommunitaristische Anliegen – dort, wo es Sinn macht – aufzunehmen, um gegenwärtige Schieflagen zu korrigieren.

Hans Vorländer ist Professor für Politikwissenschaft an der TU Dresden. In zahlreichen Publikationen hat er sich mit Fragen des Liberalismus und Problemen der FDP kritisch auseinandergesetzt.

Gerd Mielke

Leitgedanken des Kommunitarismus und Zwänge der politischen Praxis

1. Zur Krise des Staatsinterventionismus als Hintergrund der Kommunitarismusdebatte

Das Aufkommen kommunitaristischer Ideen und Projekte und ihr Vordringen im europäischen Kontext fallen zeitlich zusammen mit einer Krise der für die europäischen Staaten, insbesondere auch für Deutschland, klassischen Vorstellungen einer staatsinterventionistischen Theorie und Praxis, die sich beide der Beförderung sozial befriedeter und demokratisch legitimierter Gesellschaften verschrieben haben.

Die Krise dieser staatsinterventionistischen Tradition geht zumindest auf drei Ursachen zurück. Zum einen und ganz vordergründig hat der Ausbau des Wohlfahrts- und Daseinsfürsorgestaats die öffentlichen Haushalte an den Rand des Ruins gebracht. In der Bundesrepublik haben die Folgen der Vereinigung diesen Vorgang noch einmal dramatisch beschleunigt. Im wesentlichen liegt die Schuld für die Erosion der budgetären Grundlagen des Staatsinterventionismus in der Unwilligkeit und Unfähigkeit der jeweiligen politischen Klassen, die Instrumente und Leistungen der Staatstätigkeit von den im Laufe der Jahrzehnte aus einem Zustand der Bedürftigkeit herausgewachsenen traditionellen Empfängergruppen auf neue unterstützungsbedürftige Gruppen umzujustieren. Der Einfluß der für die traditionellen Empfängerklientele eintretenden Verbände, das Bemühen, keine Verteilungskonflikte aufkommen zu lassen, sowie die Furcht vor politischem Liebesentzug starker Wählergruppen haben bislang diese dringend gebotene Korrektur verhindert.

Zum andern ist die staatsinterventionistische Tradition durch einige Wesenszüge des gesellschaftlichen Wandels in den modernen Industrienationen in die Krise geraten. Eine deutlich angestiegene Pluralisierung und Fragmentierung von Lebens- und Soziallagen und eine fast ebenso schnell angewachsene Mobilität und Dynamik auch der Risikolagen hat zur Folge, daß die schweren Geschütze des klassischen Staatsinterventionismus sich oftmals schwer tun, die vielen neuen, kleinen und beweglichen Ziele staatlicher Hilfe ins Visier zu bekommen. Erschwerend tritt hinzu, daß Mobilität und Pluralisierung auch eine kontinuierliche und zielstrebige Interessenvertretung der neuen Bedürftigen beeinträchtigen und auf diese Weise die beherrschende Position der „Platzhirsche" im Verbandswesen kräftigen.

Hinzu kommt drittens, daß sich während der letzten Jahre eine bedeutsame Veränderung im

Verhältnis zwischen Staat und den Empfängern staatlicher Leistungen bzw. den Adressaten staatlicher Interventionen vollzogen hat. Der soziale Wandel und der mit ihm einhergehende Wertwandel sind zugleich von einem spürbaren Anstieg der Partizipationsbedürfnisse und -erwartungen begleitet worden. Die sich so ausbreitende Überzeugung, Staatsinterventionen dürften nicht einfach weitgehend passiv hingenommen werden, eröffnet eine zusätzliche und in der Alltagspraxis sehr heikle Frontstellung gegen die klassischen Traditionen des Staatsinterventionismus. Ohne die Eingriffe von staatlicher Seite – etwa im neoliberalen Sinne – grundsätzlich in Frage zu stellen oder auf ein niedrigeres Maß zurückschrauben zu wollen, können die Repräsentanten der gesteigerten Teilhabeansprüche gleichwohl die Legitimationsgrundlagen der Staatstätigkeit erheblich untergraben. Vor allem im kommunalen Bereich hat dies zu einem grundlegenden Wandel in vielen Bereichen und zu massiven Akzeptanzkrisen geführt.[1]

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß sich auch demokratietheoretische und normative Ansätze schwer tun, die kollektives gesellschaftliches Handeln und einen auf breite Empfängerschichten ausgerichteten Staatsinterventionismus begründen wollen. Dies trifft in besonderer Weise die Linke, und will man die gegenwärtige Situation überspitzt beschreiben, so ist der europäischen Linken in den letzten Jahrzehnten Zug um Zug nicht nur das kollektive, handelnde Subjekt, sondern auch ihr liebstes politisches Instrument – der Staat – abhanden gekommen.

In dieser Situation einer allgemeinen geistig-theoretischen Unübersichtlichkeit, vor allem aber angesichts der praktischen Schwierigkeiten, die modernen Gesellschaften zusammenzuhalten und auf einen Satz breithin akzeptierter ethischer Normen zu verpflichten, erscheint der Kommunitarismus als ein wichtiger neuer Denkanstoß. Er könnte einen möglichen Ausweg aus der Krise des Staatsinterventionismus weisen, weil er zwar die Hinwendung zu gemeinschaftsorientierten Projekten propagiert und damit das Fürsorgeelement des Staatsinterventionismus funktional übernimmt, ohne jedoch auf der instrumentellen Ebene einen weiteren Ausbau des Staatsapparats zum Ziel zu haben. Zudem bündeln sich in dem kommunitaristischen Projekt auch Teile des Partizipationspotentials. Der Kommunitarismus verschafft diesen neu augekommenen Teilhabewünschen ein wichtiges und konstruktives Betätigungsfeld und steht somit für ein Modell des partizipatorischen Sozialstaats.

Ziel dieser kurzen Betrachtung ist, einige Probleme aufzuzeigen, die sich beim Einbau des Kommunitarismus als Stützpfeiler in das einsturzgefährdete Gebäude des Staatsinterventionismus stellen können. Dabei möchte ich zunächst einige analytische Bemerkungen zum Kommunitarismus voranstellen, um auf der Grundlage dieser Vorklärungen die praktischen Fragen der Implementation kommunitaristischer Projekte besser erörtern zu können.

2. Analytische Dimensionen der Debatte

Kommunitarismus wird auf drei analytisch deutlich zu unterscheidenden Ebenen zum Thema der wissenschaftlichen und praktisch-politischen Diskussion. Zum einen gibt es die Kommunitarismusdebatte als Teil einer bereits langen und gewundenen Tradition der Kontroversen zur Demokratietheorie. Dabei geht es insbesondere um die Frage, in welchem Maße Gemeinschaftsbezüge und ein Spektrum allgemein verbindlicher und vorgängiger ethischer Normen in das theoretische System eines durchaus weit gefaßten Verständnisses von Liberalismus zu integrieren sind. Sodann gibt es

die Kommunitarismusdebatte als Teil der Forschung zur politischen Kultur sowohl einzelner Nationen als auch umfassender Systemtypen, wie wir sie etwa unter den Oberbegriffen „moderne westliche Industriegesellschaften" oder „liberal-demokratische politische Systeme" kennen. Drittens schließlich gibt es die Kommunitarismusdebatte auf der Ebene praktisch-politischen Handelns, auf der es um die Durchsetzung konkreter kommunitaristischer Projekte geht. Zwischen diesen drei Ebenen gibt es natürlich zahlreiche Zusammenhänge und Rückkoppelungen. Kommunitaristische Projekte haben weitaus bessere Start- und Überlebenschancen in einer politischen Kultur, in der Traditionen des Gemeinschaftslebens lebendig sind, als in einer Kultur, die ihre Prägung durch einen rigiden Etatismus oder durch die Dominanz individueller Selbstverwirklichungsgebote erfährt. Andererseits kann eine breite öffentliche Diskussion wiederum die Akzeptanz allgemeiner kommunitaristischer Ideen und konkreter Projekte steigern, was mittelfristig nicht ohne Auswirkungen auf die politische Kultur insgesamt bleibt.

3. Beitrag zu einer Theorie sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung

Als demokratietheoretisches Thema ist der Kommunitarismus seit den frühen 80er Jahren im Zuge einer Auseinandersetzung um das mittlerweile schon klassische Werk von John Rawls „Theorie der Gerechtigkeit"[2] entstanden. Autoren wie Michael Sandel[3], Charles Taylor[4], Alasdair MacIntyre[5], Amitai Etzioni[6] und nicht zuletzt Michael Walzer[7] haben mit ihren kritischen Beiträgen zur Theorie und Soziologie des modernen Liberalismus eine Art von „thematischer Wahlverwandtschaft" begründet, „die es in den folgenden Jahre erlaubte, die höchst disparaten Autoren unter dem Sammelbegriff des „Kommunitarismus" zu einem theoretischen Kreis zusammenzufassen".[8] Bei allen Unterschieden im einzelnen liegt den Werken der Kommunitaristen die Leitidee zugrunde, „daß es immer der vorgängigen Rückbesinnung auf einen Horizont gemeinschaftlich geteilter Werte bedarf, wenn über Fragen der gerechten Ordnung sinnvoll entschieden werden soll".[9] Das Verdienst der kommunitaristischen Autoren besteht vor allem darin, ein Verständnis von Liberalismus kritisiert zu haben , das das Spannungsverhältnis zwischen den Freiheitsrechten des Individuums und den Gemeinschaftsverpflichtungen einseitig zugunsten eines ungebremsten Individualismus aufgelöst hatte. Der Kommunitarismus ist mithin keine Gegenposition zu dem Modell liberaler Demokratie, sondern der Kommunitarismus kann uns – in den Worten von Amy Gutmann – „potentiell helfen, eine Politik zu entdecken, die Gemeinschaft mit einer Verpflichtung auf grundlegende liberale Werte verbindet. ... Das Potential des Kommunitarismus liegt meiner Meinung nach darin, uns zu zeigen, wie wir nicht nur die Verwirklichung von Gerechtigkeit, sondern durch die vielen gesellschaftlichen Vereinigungen Gemeinschaft anstreben könnten, wobei der liberale Staat die umfassendste gesellschaftliche Vereinigung wäre".[10]

Thematisch ist der Kommunitarismus – und mit ihm ganz eng verknüpft – der Bereich der Theorien zur Gerechtigkeit – in Europa und besonders in der Bundesrepublik vor allem deshalb reizvoll, weil er bei seinen herausragenden Vertretern, ganz im Sinne Amy Gutmanns, mit seiner grundsätzlichen Akzeptanz der politischen und sozialen Autonomie des Individuums nicht schon von vornherein im offenkundigen Widerspruch zu den empirischen Befunden einer stetig fortschreitenden Individualierung moderner Gesellschaften steht. Die Gemeinschaftsverpflichtung in den Kommunitarismusansätzen erwächst aus einigen plausiblen anthropologischen Annahmen und normativ-ethischen Standards.[11] So setzt sich etwa

Amitai Etzioni, wie auch schon Michael Sandel vor ihm, mit dem Menschenbild des „untersozialisierten Individuums" als Grundlage des vorherrschenden neo-liberalen Individualismus auseinander.[12] Robert Bellah und seine Mitarbeiter versuchen die Rekonstruktion einer politisch-öffentlichen Ethik unter dem Motto „Democracy means paying attention".[13]

Damit geht der Kommunitarismus nicht – wie etwa die traditionellen Theorien der Gemeinschaftsverpflichtung auf der Linken – von einer mehr oder minder mechanistischen, sozioökonomisch bedingten und in ihrer Zwangsläufigkeit sehr fragwürdigen Gemeinschaftsbindung aus, die beispielsweise bei Marx das Industrieproletariat als „Klasse an sich" auch zur „Klasse für sich" macht. Auch eine andere landläufige Variante einer erkenntnistheoretisch begründete Einsichtsfähigkeit via Diskurs und Aufklärung , die fast allen Spielarten im Umfeld der „Frankfurter Schule" eigen ist, braucht in ihrer erkenntnistheoretischen Fragwürdigkeit nicht strapaziert zu werden. Als geistige Strömung, die sehr stark von der pragmatischen Tradition des amerikanischen politischen Denkens durchwirkt ist, stellt der Kommunitarismus mithin ein demokratietheoretisches Modell dar, das zunächst weder durch zweifelhafte theoretische Prämissen noch durch offenkundige Widersprüche zur gesellschaftlichen Wirklichkeit belastet ist.

Für politische Bewegungen wie die Sozialdemokratie, deren überkommenes theoretisches Arsenal durch die Veränderungen der letzten Jahrzehnte stärker in Mitleidenschaft gezogen worden ist als das eher konservativer Parteien, erscheint der Kommunitarismus zusammen mit den Theorien der Gerechtigkeit als die vom systematischen Ansatz her bedeutsamste präskriptive Theorie sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung. Da andererseits die europäische Linke dem amerikanischen politischen Denken mit vielen Vorbehalten und Vorurteilen gegenübersteht, ist freilich die Rezeption des kommunitaristischen Ansatzes gerade in dem politischen Spektrum schwierig, in dem er eine seit geraumer Zeit beklagte theoretische Lücke schließen könnte.

4. Politisch-kulturelle Kontextabhängigkeit der Kommunitarismusdebatte

Als Gegenstand der Forschung zur politischen Kultur lenkt der Kommunitarismus die Aufmerksamkeit auf gemeinschaftsbezogene und partizipatorische Traditionen und Potentiale in den jeweiligen nationalen und übergreifenden politischen Kulturen. Es ist ja keineswegs zufällig, daß die Kommunitarismusdebatte aus dem amerikanischen Umfeld hervorgegangen ist, in dem gemeinschaftsorientierte Traditionselemente der „grass root democracy", der „participant culture" und der religiösen Gemeinschaften noch sehr lebendig sind und sich mit der ebenfalls ungebrochenen liberalen Tradition vermischen. Hans Joas verweist in seinem Vergleich zwischen den USA und Deutschland zurecht auf diesen Rahmencharakter der politischen Kultur: „...der Diskurs über Gemeinschaft in den USA (war und ist) Bestandteil der Selbstverständigung einer liberalen Gesellschaft..., während er in Deutschland – und das ist unabhängig von der Gesinnung der einzelnen Beiträger – über einen langen Zeitraum im Rahmen einer im wesentlichen illiberalen Gesellschaft stattfand".[14] Auch die Akzeptanz einzelner kommunitaristischer Projekte hängt ganz wesentlich davon ab, ob und wie sie sich in das über die politische Kultur geprägte Weltbild einfügen. Projekte wie etwa die „neighbourhood watches", die sich in den Vereinigten Staaten breiter Beliebtheit erfreuen und überdies auch durchaus effizient sein können, werden vor dem Hintergrund unseliger „Blockwart-Traditionen" aus

der Zeit des Dritten Reiches in Deutschland mit massiven Vorbehalten rechnen müssen: Sie haben hierzulande eine ganz andere Kulturbedeutung.

5. Finanzielle Restriktionen kommunitaristischer Projekte

Wenden wir uns nunmehr aber der dritten, hier analytisch unterschiedenen Ebene, der Ebene der konkreten kommunitaristischen Projekte, zu und betrachten wir, mit welchen Zwängen und einengenden Randbedingungen diese Projekte konfrontiert sind. Diese Zwänge werden langfristig gleichermaßen von zwei Größen bestimmt, die wechselweise aufeinander einwirken: die jetzt schon erkennbaren finanziellen Restriktionen in den öffentlichen Haushalten und die politisch-kulturellen Legitimationsgrundlagen.

Dabei zeichnet sich eine schwierige Gemengelage mit einer beinahe ironischen Pointe ab. Wichtige Politikfelder im Bereich der Sozialpolitik und Daseinsfürsorge, in denen sich kommunitaristische Projekte sinnvoll ansiedeln lassen und in denen traditionellerweise auch beträchtliche Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, sind wegen der eher schwach ausgeprägten Partizipationspotentiale der in diesem Bereich vorherrschenden politischen Subkultur für die kommunitaristischen Projekte ein steiniger Acker. Die quasi-behördlichen Traditionen der Wohlfahrtsverbände und die oftmals prekäre Lebenssituation der Klientelgruppen wirken einer Verbreitung kommunitaristischer Ideen und Praktiken erheblich entgegen. Umgekehrt stehen vor allem die Politikfelder unter besonders massiven Kürzungs- und Sparauflagen, in denen das komunitaristische Potential mit seinen „participatory skills" in hoffnungsvoller Stärke versammelt scheint.

Die ironische Pointe, daß sich das kommunitaristische Potential auf eben den Politikfeldern tummelt, auf denen die Rotstifte der Haushaltssanierer die deutlichsten Spuren hinterlassen, geht auf den zu weiten Teilen zwischen den Generationen verlaufenden Gegensatz zwischen Bürgern mit einer „subject orientation" – im Sinne von Almond und Verbas Klassifikation politischer Kulturen – und Bürgern mit einer „participant orientation" zurück. Aus der Sicht der kommunitaristischen Ansätze kommt erschwerend hinzu, daß nicht nur ein schwächeres Potential an Partizipationswilligen und -fähigen in den älteren Jahrgängen vorhanden scheint, sondern daß auch die traditionellen Organisationen und Verbände den neuen und offenen Projekten oftmals skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Dabei haben die traditionellen Verbände im übrigen große und wachsende Schwierigkeiten, sich als Ansprechpartner für soziale oder kulturelle Bedürfnisse und Interessen außerhalb ihrer seit Jahren stagnierenden und langsam veraltenden Mitgliederschaft zu profilieren. Vielfach klaffen die verbandsinternen Mitwirkungsnormen und vor allem Mitwirkungspraktiken und die Standards im gesellschaftlichen Umfeld deutlich auseinander.

Hingegen erscheinen die Gruppen und Organisationen, die Mitglieder und Anhänger mit einem ausgeprägten kommunitaristischen Potential vertreten, als Neulinge auf der Verbandsebene und haben entsprechend gegenüber den etablierten Interessenverbänden einen schweren Stand. Die Politikfelder, auf die sie und ihre Anhänger sich konzentrieren, gelten bei den Haushaltsaufstellungen mit ihren Verteilungskämpfen zwischen den verschiedenen Politikbereichen als die klassischen „Streichreviere". Hierzu zählen etwa die offene Sozialarbeit, die Förderung sozio-kultureller Projekte, weite Bereiche der Frauenarbeit sowie der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch die

„weichen" Komponenten etablierter Förderprogramme wie zum Beispiel die Dorferneuerung.

Bei den Vergabeprozeduren wirken politische, fiskalische und kulturelle Faktoren zusammen: die Lobbymacht der etablierten Verbände, nicht zuletzt das Muskelspiel und die „Drohpotentiale" hinsichtlich ihrer Anhängerschaft; die Vergaberoutinen in der Verwaltung, die sich strukturell den meisten Neuerungen zunächst einmal wiedersetzen; und ein Verständnis von Staatlichkeit und Interessenvertretung, das kommunitaristische Projekte noch immer weitgehend als leicht anrüchige Protagonisten der „neuen Politik" und der „unkonventionellen Partizipation" erscheinen läßt.

6. Verändertes Verständnis von Staatlichkeit und behördlichen Organisationen

Neben diesem Syndrom aus eher traditionellen politischen und kulturellen Faktoren, daß ein Vordringen kommunitaristischer Projekte erschwert, gibt es einen zweiten Problemkreis bei der Implementation kommunitaristischer Vorhaben, der bislang nur wenig Beachtung gefunden hat, weil er selbst von der Aura der Reform, ja, der Modernisierung umgeben ist, nämlich den Bereich der Reformbestrebungen in den öffentlichen Verwaltungen. Reformbestrebungen im Blick auf die öffentlichen Verwaltungen hat es in den letzten Jahrzehnten immer wieder gegeben. Die derzeitige neue Welle an Reformansätzen ist im wesentlichen von der Kostenlawine ausgelöst worden, die in Zeiten stark beanspruchter Haushalte schon jetzt, vor allem aber in den nächsten Jahrzehnten, auf die öffentlichen Haushalte zurollt. Die Ziele, die im Zusammenhang mit den neuen Reformbestrebungen genannt werden, sind sehr breit gefächert. Etwas vereinfacht lassen sie sich in drei größere Gruppen gliedern: Erstens geht es um eine Neubestimmung der staatlichen Aufgaben und der daraus folgenden Tätigkeitsfelder der öffentlichen Verwaltung; zweitens geht es um eine Verbesserung der betrieblichen Effizienz; und drittens soll die „Bürgerfreundlichkeit" gesteigert werden. Zu diesem letzten Bereich gehören widerum eine ganze Palette von Einzelzielen, von der Transparenz des Verwaltungshandelns über die Responsivität der Verwaltung bis zu Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Kontrolle.

Es ist ganz offenkundig, daß die Erfolgsaussichten von kommunitaristischen Ansätzen in starkem Maße davon abhängen, ob diese Reformbestrebungen Erfolg haben bzw. in welchem „Mix" sich die Ziele der Verwaltungsmodernisierung erreichen lassen. Die kommunitaristischen Projekte wären auf die Kooperation mit einer öffentlichen Verwaltung angewiesen, die sich nicht nur von den überkommenen Prinzipien obrigkeitsstaatlicher Wohlfahrt emanzipiert hat, sondern darüber hinaus auch eine allzu strikte Ausrichtung auf das Modell einer zwar effizienten, aber immer noch vorwiegend auf verwaltungsinterne Abläufe ausgerichteten Organisation zugunsten einer mit dem Umfeld kooperierenden Partnerschaftsorganisation vermeidet. Der Veränderung im Selbstverständnis müßten dann aber auch Änderungen in der behördlichen Organisation entsprechen. In gewisser Hinsicht hätte sich an der Schnittstelle zwischen dem staatlichen Bereich und den kommunitaristischen Projekten eine Art „street working bureaucracy" zu etablieren, die mobil und auf Bedarf Hilfestellungen leistet und insgesamt eine taktvolle und flexible Beratungs- und Supervisionsrolle ausfüllt. Damit ist ein anderes Privatisierungsmodell angesprochen als die in der Verwaltungsmodernisierungsdebatte zumeist gemeinte Überantwortung staatlicher Bereiche an private Anbieter, die dann die Leistungen gemäß betriebswirtschaftlicher Kalküle erbringen sollen. Eine Privatisierung im Sinne der

Übertragung staatlicher Leistungen an kommunitaristische Projekte hätte allerdings ohne Zweifel den Vorteil, daß mit der Förderung von Projekten nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe" nicht nur die pathologischen Symptome moderner Gesellschaften kuriert würden, sondern zugleich auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen für die Pathologien geleistet werden könnte. Man denke hier etwa an Projekte im Bereich der Altenarbeit und -pflege, an Kinder- und Jugendprojekte, aber auch an begleitende Projekte der offenen Psychiatrie, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Wir können daher unschwer erkennen, daß für den Erfolg kommunitaristischer Ansätze nicht nur eine entsprechende Bereitschaft und Mentalität im gesellschaftlichen Bereich vorhanden sein muß, sondern auch eine gerade in Deutschland weitreichende Veränderung der Behörden- und Verwaltungsmentalität um sich greifen sollte. Wenn man es auf eine einprägsame Kurzformel bringen möchte, so besagt diese, daß der Kommunitarismus als geistige und politisch-praktische Strömung nur in einer „kulturellen Schneise" zwischen den beiden Polen einer traditionellen Obrigkeitsstaatlichkeit und einer effizienz- und leistungsorientierten Ökonomisierung gesellschaftlicher Bereiche Durchsetzungschancen besitzt.

7. Zur Zukunft kommunitaristischer Projekte

Die politisch-kulturellen und bürokratischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Implementation kommunitaristischer Projekte sind in der Bundesrepublik mithin erst in Ansätzen gegeben. Ein zügiges und auf breiter Front erfolgendes Vordringen des Kommunitarismus ist folglich nicht zu erwarten. Allerdings erscheint das Szenario eines lose verknüpften Archipels kommunitaristischer Projekte im Bereich der jüngeren, partizipationsorientierten Generationen in absehbarer Zeit durchaus realistisch; dies umso mehr, als traditionelle bürokratische Lösungen in diesem Milieu auf immer wieder neue Legitimationsbarrieren stoßen.

Längerfristig könnte sich der kommunitaristische Ansatz, bei aller Akzeptanz liberaler Rechte und Freiheiten, nach Möglichkeiten der Vergemeinschaftung zu suchen, als die einzig sinnvolle und praktikable Alternative zu einer Theorie und Praxis eines vorbehaltlosen Individualismus erweisen. Sowohl als Beitrag zur demokratietheoretischen Debatte als auch in seinen politisch-praktischen Beispielen ist der Kommunitarismus mithin ein höchst reizvoller Gegenstand der Betrachtung, vor allem für die politischen Strömungen und Parteien, zu deren Tradition und Ambition das Einstehen für soziale Gerechtigkeit und breite politische Teilhabe zählt.

Gerd Mielke arbeitet im Planungsstab der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Mainz.

Anmerkungen

[1] Siehe hierzu die sehr anschaulichen Beispiele aus der Freiburger Stadtpolitik, in der das partizipatorische und kommunitaristische Element besonders spürbar ist: Rolf Böhme: Je mehr wir haben, desto mehr haben wir zu wenig. Bemerkungen aus dem politischen Alltag, Bonn 1993.

[2] John Rawls: A Theory of Justice, Cambridge 1971 (in deutscher Übersetzung: Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M. 1975). Eine bereits kommunitaristische Kritiken berücksichtigende Weiterentwicklung seiner Vorstellungen findet sich in: John Rawls: Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, Frankfurt/M. 1992, insbesondere in dem Beitrag: „Gerechtigkeit als Fairneß: politisch und nicht metaphysisch".

[3] Michael Sandel: Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge 1982.

[4] Siehe besonders: Charles Taylor: „Cross-Purposes: The Liberal-Communitarian Debate", in: Nancy Rosenblum (Hrsg.): Liberalism and the Moral Life, Cambridge 1989.

[5] Alasdair MacIntyre: After Virtue, 2nd ed., London 1985; ders.: Three Rival Versions of Moral Enquiry, Notre Dame 1990.

[6] Amitai Etzioni: Jenseits des Egoismus-Prinzips. Ein neues Bild von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Stuttgart 1994.

[7] Michael Walzer: „The Communitarian Critique of Liberalism", in: Political Theory. 18/1990, S. 157 - 180.

[8] Axel Honneth: „Einleitung", in: ders. (Hrsg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Frankfurt/M. - New York 1993, S. 7.

[9] Honneth, a.a.O., S. 8.

[10] Amy Gutmann: „Die kommunitaristischen Kritiker des Liberalismus"; in: Axel Honneth (Hrsg.): Kommunitarismus. (Anmerkung 8), S. 81.

[11] Die Kommunitarismus-Debatte schließt natürlich in mancherlei Hinsicht an frühere demokratietheoretische Diskurse und auch an wissenschaftstheoretische Fragestellungen etwa um Fragen des klassischen und modernen Naturrechts an, wie sie sich im Zusammenhang mit Leo Strauss´ Studien zu „Naturrecht und Geschichte" stellen. Zur Entwicklung der kommunitaristischen Positionen siehe: Rainer Forst: „Kommunitarismus und Liberalismus – Stationen einer Debatte"; in: Axel Honneth (Hrsg.): Kommunitarismus. (Anmerkung 8), S. 181 - 212.

[12] Amitai Etzioni: Jenseits des Egoismus-Prinzips (Anmerkung 6), S. 27 ff.

[13] Robert N. Bellah / Richard Madsen / William M Sullivan / Ann Swidler / Steven M. Tipton: The Good Society. New York 1991, insbes. S. 254 - 286.

[14] Hans Joas: „Gemeinschaft und Demokratie in den USA. Die vergessene Vorgeschichte der Kommunitarismus-Diskussion"; in: Micha Brumlik / Hauke Brunkhorst (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt 1993, S. 51.

Harald Plamper

Lean Administration – Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Der Titel läßt vermuten, daß sich die „Lean"-Bewegung in öffentlichen Verwaltungen ebenso breit machen könnte wie in Privatunternehmen. Das ist nicht so klar. Die öffentliche Hand kann und muß ihre Leistungskraft erhöhen. Auf diesem Gebiet gehen die Kommunen dem Bund und den Ländern voran. Deshalb beschränken sich die folgenden Ausführungen auf den Kommunalbereich.

Kommunen in tiefgreifender Finanzkrise

Seit Jahren leben die meisten Kommunen in einer tiefgreifenden und nicht enden wollenden Finanzkrise. Heute sind sogar früher als reich betrachtete Großstädte (Frankfurt, Stuttgart, München) davon ergriffen. Auf der Einnahmenseite ist es das mangelhafte Steueraufkommen (vor allem die wichtige Gewerbesteuer sprudelt nicht mehr), auf der Ausgabenseite ist es die Explosion der Ausgaben für die Sozialhilfe (dieser Posten im Etat verhält sich wie ein Kuckuckskük en im Nest eines Zeisigs – es wirft die anderen Küken hinaus). Es drohen Akte des Bundesgesetzgebers, die die Gewerbesteuer weiter aushöhlen und die Ausgaben für die Sozialhilfe weiter aufblähen.

So nimmt es nicht wunder, daß die Kommunen seit Anfang der achtziger Jahre Haushaltskonsolidierung betreiben und Leistungen für die Bürgerschaft aufgeben.

Kommunen vor großen Herausforderungen

Die Finanzkrise allein hätte möglicherweise den Reformprozeß noch nicht ausgelöst. Es traten in den letzten Jahren aber Herausforderungen hinzu, mit denen die Kommunen fertig werden müssen. Diese Herausforderungen

- des Wettbewerbs mit anderen Städten und Regionen und mit Privaten, wenn diese traditionelle kommunale Leistungen erbringen (Beispiel Müllabfuhr) oder substituieren, d.h. ersetzen oder Alternativen anbieten (Rockkonzerte, Musicals etc. anstelle von Oper, klassischer Musik und den Angeboten in Kulturläden),

- des Anwachsens und schnelleren Wandels der Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger durch die Globalisierung der Märkte,

- die Auswirkungen globaler Umweltbeeinträchtigungen und der Bevölkerungswanderung,

- der abnehmenden Legitimationskraft der politischen Prozesse,

- der neuen und höheren Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vor allem der jüngeren) an ihre Arbeitgeberin Kommune (bessere Führung, gute Fortbildungsmöglichkeiten, gute Ausstattung des Arbeitsplatzes, flexiblere Arbeitszeiten)

sind gewaltig und verschwinden, bei allem Konjunkturaufschwung, nicht.

Ausweg Privatisierung?

Den Kommunen wird als Reaktion auf die tiefgreifende Finanzkrise und auf die genannten Herausforderungen von interessierter Seite (Bund, Länder, Wirtschaft) empfohlen, doch zu privatisieren, d. h. Leistungen nicht mehr selbst zu erbringen, sie vielmehr von Privatunternehmen erbringen zu lassen oder Töchter in privater Rechtsform zu gründen, die kommunale Leistungen erbringen. Diese Empfehlung findet ihre Widersacher in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und in den Personalräten. Eine ideologisch geführte Debatte!

Die schier unerschöpfliche Literatur zum Thema Privatisierung liefert eine ernüchternde Erkenntnis: Die meisten Autoren operieren mit unbewiesenen Behauptungen für oder gegen Privatisierung. Sie sind festgelegt und variieren die immer gleichen Argumente. Die Wissenschaft dagegen liefert nur einen Beleg, und zwar für folgende Aussage: Die Frage, ob eine Leistung privat oder durch die öffentliche Hand erbracht wird, ist für die Effizienz nicht ausschlaggebend. Daß es in diesem Bereich Wettbewerb gibt, ist dagegen der entscheidende Hinweis auf Effizienz.

Ausweg Leistungsabbau?

Bei aller Notwendigkeit, das kommunale Leistungsangebot zu überprüfen und es hinsichtlich Qualität und Menge den sich wandelnden Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den sich wandelnden kommunalpolitischen Zielsetzungen anzupassen, ist der Leistungsabbau kein Ausweg für die Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger, übrigens auch die Wirtschaft, erwarten nämlich eine funktionierende Infrastruktur. Sie in Frage zu stellen wäre töricht. Bürgerinnen und Bürger stellen immer nur die Leistungen in Frage, die sie selbst nicht in Anspruch nehmen, nicht aber die, an denen sie Interesse haben.

Hinzu kommt die Tatsache, daß die PolitikerInnen und Politiker den Leistungsabbau scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Sie wollen nämlich wiedergewählt werden und brauchen dazu eine Vielzahl von sie unterstützenden Gruppen und Grüppchen, die für ihre durchaus wichtigen Aktivitäten von der Kommune profitieren.

Schließlich ist mit dem Leistungsabbau schnell das Ende der kommunalen Selbstverwaltung erreicht, zumal die Gesetzgeber des Bundes und der Länder immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abwälzen, ohne ihnen die dazu nötigen Ressourcen zu überlassen (zuletzt beim Recht auf einen Kindergartenplatz von 1996 an).

Ausweg: Verwaltungsreform?

Diesen Ausweg wählen immer mehr Kommunen. Heute gibt es einen breiten Strom der Verwaltungsreform. Die Kommunen beschreiten zwar unterschiedliche Wege, doch laufen diese Wege zusammen. Grundlage für die meisten Reformbewegungen ist das Neue Steuerungsmodell der KGSt (Bericht 5/1993). Es muß sich jetzt in der kommunalen Praxis bewähren.

Was steckt hinter dem Neuen Steuerungsmodell? Zunächst einmal geht es um die Verantwortung in einer Kommune. Sie ist heute atomisiert. Für die Leistungen an die Bürgerschaft sind die Fachbereiche zuständig. Sie erteilen Baugenehmigungen, holen verwahrloste Kinder von der Straße, stellen Sportplätze zur Verfügung und halten die Straßen sauber. Die damit verbundene Fachverantwortung reicht aber nicht aus, weil die Fachbereiche nicht über die Ressourcen (Personal und Sachmittel) verfügen können. Sie werden ihnen (mehr oder weniger losgelöst von ihrem Auftrag) zentral vorgegeben. Die Ressourcenverantwortung liegt demnach bei den Querschnittseinheiten. Das Neue Steuerungsmodell führt Fach- und Ressourcenverantwortung zusammen zur Ergebnisverantwortung, indem es In- und Outputvorgaben in den Fachbereichen zusammenführt – mit der Folge, daß die Querschnittseinheiten ihre Rolle als Zuteiler von Ressourcen verlieren. Querschnittseinheiten wird es nur noch als Steuerungsdienst zur Unterstützung der Politik und der Verwaltungsspitze und in Form von zentralen Serviceeinheiten geben. Letztere liefern gegen interne Verrechnung Dienste, die vor Ort nicht wirtschaftlich zu erbringen sind.

Auf dem Weg zur neuen Kommunalverwaltung wird uns auf längere Zeit ein Begriff begleiten, den wir früher nicht verwendet haben: das Produkt und auch die Leistung. Darunter verstehen wir das hinsichtlich Menge und Güte von den Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommene Angebot. Eine Leistung ist der Reisepaß, die Trauung, die Unterbringung eines behinderten Kindes in einem Heim, das Leeren der Mülltonne, die Vermietung der Festhalle an eine Firma und vieles andere mehr. Kein Privatunternehmen, keine andere öffentliche Hand hat eine solche Produktpalette wie eine kreisfreie Stadt. Daß sich hinter diesen Produkten bzw. Leistungen große kommunalpolitische Ziele wie Recht, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz auftun, ist nicht vergessen, steht aber auf einem anderen Blatt.

Dieser Begriff ist deshalb zentral, weil er Transportmittel für die unterschiedlichsten Erfordernisse im Neuen Steuerungsmodell ist.

a) Der neue Haushaltsplan enthält Informationen zu Qualität und Menge wichtiger Produkte oder von Produktbereichen und enthält eine Aussage zu den Kosten. Er ist output-orientiert. Die Politikerinnen und Politiker können viel besser entscheiden als heute.

b) Die Fachbereiche erhalten Vorgaben zu Produkten und deren Kosten. Dafür sind sie verantwortlich, was durch Controlling sichergestellt wird. Ansonsten sind sie – von wenigen zum Aufrechterhalten der Einheit der Kommune nötigen Rahmenvorgaben abgesehen - frei.

c) Die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Notwendigkeit und über Güte, Menge und Preis ist besser als heute zu führen.

d) In Bereichen, in denen die Kommunen als Monopolisten auftreten, lassen sich bei gleich definierten Produkten Kennzahlen zum interkommunalen Vergleich bilden. Damit kommt auch hier das Wettbewerbselement zum Tragen, allerdings in Form des sportlichen Wettbewerbs.

e) Die Leistungskraft von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder aggregiert von Teams, Abteilungen oder Ämtern läßt sich messen, bewerten und anerkennen. Damit wird Führung auf eine solide Grundlage gestellt.

f) Produktionsprozesse lassen sich verbessern, wenn wir sie genau durchleuchten. Dieses un-

ter dem Modebegriff Reengineering laufende Vorgehen ist zwar aufwendiger, verspricht aber größere Bürgernähe und größere Effizienz.

Wer sich die Ausführungen zum Produkt vor Augen führt, wird zwei weitere Elemente des Neuen Steuerungsmodells erkennen: Qualität und Wettbewerb. In Fragen der Qualität sind die üblichen Kriterien der Effizienz und der Effektivität zu benennen und zu messen, beim Wettbewerb geht es darum, daß ihn die Kommune als Element der Leistungssteigerung nutzt, sich also wo immer möglich auf den Markt begibt und sich dem Wettbewerb stellt bzw. intern Wettbewerbselemente herausbildet, die zur Leistungssteigerung beitragen.

Die von der KGSt in den Begriff „Neues Steuerungsmodell" gegossene Vorstellung von der Stadtverwaltung der Zukunft leistet einen eigenständigen Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise. Wenn die Prinzipien der Kosten- und Leistungstransparenz und der persönlichen Ergebnisverantwortung (weg von der angeprangerten „organisierten Unverantwortlichkeit") zum Tragen kommen, lassen sich Prioritäten besser setzen und die Haushalte besser steuern. Auch wenn dieser Beitrag einen massiven Leistungabbau nicht ersparen kann, so führt er zu weniger Leistungsabbau und zu einer vernünftigen Diskussion über sein Wo? und Wie?

Damit ist bereits klar, daß weder Privatisierung noch Leistungsabbau noch Verwaltungsreform allein oder auch zusammen ausreichen, um mit der Finanzkrise und mit den genannten Herausforderungen fertig zu werden.

Ausweg: Bürgerinnen und Bürger erbringen kommunale Leistungen?

An dieser Stelle bleibt nur noch die Erkenntnis, daß die Bürgerinnen und Bürger selbst zur kommunalen Leistungserbringung beitragen können, also zu aktiven Bürgern nicht nur bei der Beeinflussung der Kommunalpolitik oder als Zahler von Abgaben, sondern auch auf der Seite der Leistungserbringung werden. Ist das möglich? Kritiker werden sagen, daß die Bürgerinnen und Bürger schon heute sehr aktiv seien und daß für die Übernahme vieler Aufgaben die Bereitschaft fehlen würde (so stehen die Sportvereine hoch im Kurs, doch will keiner den Vorsitz übernehmen).

Gleichzeitig ist aber zu bedenken, daß es neben der immer mehr um sich greifenden Armut immer mehr Menschen gibt, die sozial abgesichert Zeit haben. Was machen die vielen Vorruheständler, die vielen gesunden Rentner? Sie haben Zeit, haben Kenntnisse und Fertigkeiten, haben Interessen. Läßt sich dies alles für die Kommunen nutzen?

Zugleich gibt es Bürgerinnen und Bürger, die bei aller Anspruchsmentalität kommunale Leistungen immer weniger schätzen, weil sie sich bei der Finanzkrise (schleichend) verschlechtern, weil sie nur Empfängerinnen und Empfänger dieser Leistungen, nicht aber Beteiligte sind, weil die Politik zu wissen scheint, was für die Bürgerinnen und Bürger gut ist.

Diesen Bürgerinnen und Bürgern den Wind aus den Segeln zu nehmen – durch selbst aktive Bürgerinnen und Bürger – erscheint als lohnende Aufgabe. Vermutlich wird dieser Weg in den nächsten Jahren immer intensiver diskutiert werden.

Harald Plamper ist Mitarbeiter der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln.

FORSCHUNGS BERICHTE

„Wir kochen schon lange..."

Mütterzentrum – Ein frauenpolitisches Selbsthilfeprojekt

„Das Private ist politisch" – aber die „privaten" Lebensbedingungen erschweren eine politische Mobilisierung, dies gilt besonders für Frauen, wenn sie Mütter werden. Die Gründung von Mütterzentren als Selbsthilfeprojekte knüpft an den Lebensbedingungen von Frauen mit Kindern an, die besonders durch einen hohen Grad an Belastung und Isolation gekennzeichnet sind. Sie sind eine Antwort auf ein gesellschaftliches Defizit und heben sich inhaltlich und organisatorisch von den traditionellen – vor allem kirchlichen – Angeboten im Mutter-Kind-Bereich ab.

Die Arbeit der Mütterzentren gründet sich auf ein Konzept, welches Anfang der 80er Jahre vom Deutschen Jugendinstitut in Zusammenarbeit mit betroffenen Müttern entwickelt wurde und auf vier Eckpfeilern beruht: Das *Laien-mit-Laien-Prinzip* unterstellt den Betroffenen grundsätzlich die Kompetenz zum eigenverantwortlichen Umgang bzw. zur eigenverantwortlichen Lösung ihrer Belange. Das *Prinzip der freien Angebote* impliziert eine möglichst ganztätige Öffnung der Zentren und die selbständige inhaltliche Gestaltung des Angebotes. Der Konzeptpunkt *gleiches Honorar für alle* beinhaltet die Forderung nach Bezahlung sonst ehrenamtlich geleisteter Arbeit und nach einer Gleichbewertung unterschiedlicher Formen von Arbeit. *Kinder gehören dazu*, sie können jederzeit mit ins Zentrum kommen und werden dort betreut.

Nach Beendigung der Modellprojektphase Anfang der 80er Jahre entwickelte sich eine eigenständige Mütterzentrumsbewegung. Durch die bundesweite Gründung von Zentren, einschließlich der neuen Bundesländer, wurde sie zu einer schnell wachsenden sozialen Bewegung im Selbsthilfebereich. Mittlerweile gibt es mehr als 200 Zentren im gesamten Bundesgebiet. Diese Zentren sind in vielfältiger Weise untereinander vernetzt: auf Landes- und Bundesebene und im internationalen Zusammenschluß von Basisfrauen GROOTS (grass root women).

Die Vernetzung der Mütterzentrumsbewegung erfüllt verschiedene Ziele: zum einen die Beratung beim Aufbau neuer Zentren vor Ort und zum anderen die Schaffung einer politischen Plattform zur Artikulation von Mütterinteressen. Als Vertretung nach außen bieten die Zentren die Möglichkeit, politische Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen mit Kindern einzufordern, wie z.B. nach ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen, Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rentenversicherung. Nach innen schaffen die Zentren den Frauen vorrangig Möglichkeiten zur Entlastung (Kinderbetreuung, Mittagstisch), zu Austausch und Bildung (Kurse/Veranstaltungen zu Lebens- und Erziehungsfragen) und zur Kommunikation (Café-Betrieb, Feiern) und treten somit dem Ausschluß von Müttern und Kindern aus dem öffentlichen Leben aktiv entgegen.

Welche Mütter sind es, die sich in Mütterzentren zusammenschließen? Die Mehrheit der Mütter, die das Duisburger Mütterzentrum nutzen und gestalten, läßt sich folgendermaßen kennzeichnen: 30 bis 35 Jahre, verheiratet, 2 kleine Kinder, gute schulische und berufliche Ausbildung. Auffällig ist der hohe Anteil (27%) alleinerziehender Frauen und die geringe Nutzung durch ausländische Frauen. Nach der „ersten Familienphase" streben die meisten Frauen wieder in den Beruf. Nach unseren Befragungsergebnissen im Duisburger Mütterzentrum stimmen die Klischeevorstellungen über Mütter nicht überein mit den „neuen" Müttern, die die Mütterzentren gestalten und nutzen. Die „neuen" Mütter sind geprägt durch eine Doppelorientierung auf Familie und Erwerbstätigkeit. Dies wird bestätigt durch die Anzahl von erwerbstätigen Müttern, die das Duisburger Zentrum besuchen (41,8%) und dem hohen Anteil von Frauen, die in der Befragung für ihre weitere Lebensplanung eine berufliche Orientierung angeben (60%). Frauen erhalten für ihre weitere Lebensplanung im Mütterzentrum entscheidende (berufliche und familiäre) Impulse. Das

Zentrum gleicht einer Börse, was den Austausch an Informationen angeht. Unsere Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, daß Frauen, die gemeinsam mit ihren Kindern aktiv das Mütterzentrum gestalten und nutzen, besser mit den Widersprüchen/Ambivalenzen rund um die Mutterschaft umgehen können.

Der komplette Forschungsbericht „'Wir kochen schon lange...' Mütterzentrum: Entwicklung, Konzept und Besucherinnen am Beispiel des 'Café Mütterauflauf' in Duisburg" kann gegen 4 DM Versandkosten (in Briefmarken) bestellt werden im: Mütterzentrum, Albertstr. 40, 47059 Duisburg, Tel.: 0203/312191.

Marion Becker-Richter/
Beate Kortendiek

Ehrenamtliche Tätigkeit älterer Menschen

Das soziale Ehrenamt ist ein unverzichtbares Element im sozialen System. Der Schwerpunkt des sozialen Ehrenamts, der in den traditionellen Wohlfahrtsorganisationen liegt, ist jedoch in eine Mitgliederkrise geraten. Gleichzeitig wächst die Zahl der 'jungen Alten' – über 60jährigen Personen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind –, für die ein 'reines Rentnerdasein' ohne sie fordernde Aufgaben ein Horrorszenario darstellt.

Angesichts dieses Kontrasts scheint es nahe zu liegen, den Einsatzwillen und das Aktivitätspotential der Alten in das ehrenamtliche Engagement der traditionellen Trägerstrukturen zu kanalisieren. Bisher zeigt sich aber gerade bei den Alten ein geringer Beteiligungsgrad in diesen Organisationen. Die Ursachen hierfür liegen jedoch nicht in einer mangelnden Hilfsbereitschaft der Alten, sondern in strukturellen Barrieren auf organisatorischer und politisch-gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Organisatorische Barrieren

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege haben sich zu Dienstleistungsgroßorganisationen gewandelt. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist eingebunden in ein System professioneller Hilfen und wird wesentlich von der Rollen- und Aufgabenverteilung in den Organisationen bestimmt. Die Ehrenamtlichen haben sich in die Zeit-, Struktur- und Arbeitspläne einzufügen, oder eher: diesen unterordnen zu lassen. Damit wird eine Anbindung der ehrenamtlichen Tätigkeit an berufsähnliche Tätigkeiten – Konstanz, Verbindlichkeit und Mobilität – erzwungen. Selbstverantwortung und Autonomie wird nur zugelassen, solange der tradierte Arbeitsablauf nicht gestört wird. Für individuelle Anforderungen an das ehrenamtliche Engagement herrscht in den Wohlfahrtsverbänden nur ein äußerst beschränkter Freiheitspielraum.

Ein Ausgleich für diese Restriktionen existiert nicht: Auf der materiellen Ebene werden kaum Gratifikationen oder Unterstützungsleistungen angeboten. Auch Weiterbildungs- oder Supervisionsangebote sind die Ausnahme. Aus Dienstbesprechungen werden die Alten systematisch ausgeblendet.

Die Wohlfahrtsverbände kalkulieren bei den Alten mit einer altruistischen Motivstruktur, die sie zum Ehrenamt bringt. Mit dem allgemeinen Einstellungs- und Wertewandel haben sich jedoch bei einem immer größer werdenden Anteil der Alten die Motivationen stark verändert: Stand früher das aus gesellschaftlichen und/oder religiösen Bindungen gespeiste altruistische Motiv im Vordergrund, das die Alten das traditionelle Ehrenamt als befriedigende Tätigkeit wählen ließ, so gewinnt mit dem Wertewandel die Motivkonstellation von Selbstentfaltung und -verwirklichung verstärkte Relevanz. Die Anforderungskriterien, an denen eine ehrenamtliche Tätigkeit nun gemessen wird, bestehen in ihrem Beitrag zur Schaffung von individueller Lebensqualität.

Bei weiterem Ignorieren dieser neuen Ansprüche verlieren die Wohlfahrtsverbände nicht nur einen Teil der schon jetzt bei ihnen beschäftigten ehrenamtlichen Alten, sondern minimieren auch ihre Chance, dauerhaft die 'neuen Alten' für das Ehrenamt zu gewinnen.

Notwendige organisationsstrukturelle Reformen

Beispielhaft für notwendige Veränderungen stehen neue Träger-

strukturen, die die Wahrung der Alteninteressen an die erste Stelle ihrer Prioritätenliste setzen. Diese gehen zunächst von den Tätigkeitsinteressen, -fähigkeiten und -bedürfnissen der Alten aus und suchen dann adäquate Umsetzungsmöglichkeiten, wo die einzubringenden Qualifikationen im Rahmen der sonstigen Anforderungen der Alten an eine Tätigkeit gemeinnützig eingesetzt werden können.

Nur exemplarisch können hier einige Dimensionen genannt werden, die zur Attraktivierung des Ehrenamts für Alte beitragen:

- Wichtigste Dimension ist die Beachtung der divergenten Interessengebiete der Alten.

- Die aktive Beteiligung der Alten an der Konzeption von Einsätzen und die gleichberechtigte Stellung in der Zusammenarbeit mit hauptberuflichen Mitarbeitern ist unverzichtbar für eine befriedigende und damit dauerhafte ehrenamtliche Tätigkeit.

- Das Bedürfnis der Alten nach Zeitsouveränität muß respektiert werden. Gerade bei den 'jungen Alten' ist Zeit zu einer knappen Ressource geworden.

- Die 'neuen Alten' gehen mit einer weniger altruistischen und stärker belohnungsorientierten Haltung an das Ehrenamt heran. Zumindest die Erstattung der Auslagen muß eine Selbstverständlichkeit werden. Neue Gratifikationsmodelle, die den Eigennutz eventuell auch nur symbolisch unterstreichen, müssen zunächst auf ihr Konkurrenzpotential zur regulären Erwerbseinkunft geprüft werden.

- Die Teilnahmemöglichkeit an Fortbildungsmaßnahmen genießt für Ehrenamtliche einen hohen emotionalen Stellenwert.

Notwendige politisch-gesamtgesellschaftliche Reformen

Gefordert ist die Verlagerung auf eine partizipative Politik mit den Alten, die nur auf der Basis eines materiell gesicherten Alters erfolgen kann, statt einer entmündigenden Politik für die Alten. Wesentlicher Baustein für eine die Erhaltung bzw. Förderung der Kompetenzen im Alter anstrebende Altenpolitik ist die allgemeine Attraktivierung der Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Tätigkeit. Gleichzeitig müssen neben der bisherigen Förderung der großen Organisationen die eigeninitiativen Freiwilligenorganisationen und die kleineren sozialen Netzwerke stärker unterstützt werden.

Auf gesellschaftlicher Seite ist zunächst die Relativierung des Stellenwertes der Erwerbsarbeit in der Sinnzuschreibung unumgänglich. Erst durch die gesellschaftliche Aufwertung alternativer Tätigkeitsformen, die nicht in den eigentlichen Erwerbsbereich eingegliedert sind, kann individueller Sinn auch im Ehrenamt gefunden werden.

Die Überwindung der bisherigen kulturellen Stereotypisierungen des Alters stellt die Voraussetzung dafür dar, daß die Fähigkeiten, Kompetenzen und Ansprüche der Alten als wichtige gesellschaftliche Ressourcen, aber auch als Forderungen nach Nutzung durch die Gesellschaft verstanden werden können. Die Modifizierung des gesellschaftlichen Altersbildes obliegt jedoch auch den Alten selbst.

Der komplette Forschungsbericht 'Beschäftigungsansprüche und -möglichkeiten von alten Menschen bei ehrenamtlicher Tätigkeit' kann kostenlos bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, bestellt werden.

Kontakt: *Dr. Jörg Scheinpflug*, Auf Staffels 1, 53619 Rheinbreitbach.

TAGUNGS BERICHT

Zwischen Staat und Markt: Der Nonprofit-Sektor in Deutschland

Auf der gemeinsam vom Wissenschaftszentrum Berlin und der Johns-Hopkins-University veranstalteten Konferenz am 16. Juni 1995 im WZB wurden erste Ergebnisse des international vergleichenden Forschungspro-

jektes zum Nonprofit Sektor vorgestellt. Im Mittelpunkt der Berliner Tagung stand der Nonprofit Sektor der Bundesrepublik. Erstmals wurde den mehr als 100 Teilnehmern der Tagung jedoch auch ein Überblick über die Ergebnisse des internationalen Vergleichs vermittelt sowie ein Eindruck von der Strukturierung des Nonprofit Sektors des Nachbarlandes Frankreichs gegeben.

Seit 1990 wird unter Federführung des Institute for Policy Studies der Johns Hopkins University der Nonprofit Sektor in zwölf Ländern (acht Industrie- und vier Entwicklungsländern) sowohl quantitativ erfaßt als auch in der internen Strukturierung analysiert. Darüber hinaus werden in den Länderstudien die historische Entwicklung des jeweiligen Sektors, seine politisch-administrative Einbettung sowie die landesspezifischen rechtlichen Rahmenbedingungen behandelt. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Länderstudien ist durch eine strikt komparatistisch angelegte Vorgehensweise gewährleistet. Die Koordination der Landesarbeitsgruppen erfolgt durch regelmäßige Arbeitstreffen.

Als zentrales Ergebnis des internationalen Vergleichs, so der Projektleiter Lester Salamon (Johns Hopkins Universität, Baltimore), ist die herausragende wirtschaftliche Bedeutung von NPOs festzuhalten. Dies gilt im besonderen für den Arbeitsmarkt. So sind in den untersuchten Industrieländern in Nonprofit Organisationen deutlich mehr Personen beschäftigt als in den größten Firmen dieser Länder. Im Dienstleistungsbereich geht sogar jeder achte Arbeitsplatz auf das Konto einer Nonprofit Organisation. Darüber hinaus sind Nonprofit Organisationen als Arbeitgeber eindeutig auf Wachstumskurs. Der Anteil der Beschäftigten im Nonprofit Sektor an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist in den 1980er Jahren international im Durchschnitt um 13% gestiegen. Hinsichtlich der Finanzierung von NPOs kommt der öffentlichen Hand eine zentrale Bedeutung zu. Der Nonprofit Sektor ist daher auch im internationalen Vergleich kein „independent sector". Der Anteil privater Mittel – Spenden, Mitgliederbeiträge oder Sponsorengelder – an der Gesamtfinanzierung von NPOs fällt eher gering aus. Die Haupteinnahmequellen sind international betrachtet öffentliche Mittel sowie in zunehmenden Maße Einnahmen aus Gebühren und Entgelten.[1]

Trotz vieler Gemeinsamkeit lassen sich im internationalen Vergleich aber auch deutliche Unterschiede festzustellen. So hält quantitativ betrachtet der Nonprofit Sektor der USA mit Ausgaben von 340,9 Mill. $ die Position des Spitzenreiters unter den untersuchten Ländern. Mit deutlichem Abstand folgen Japan (94,9 Mill. $) sowie die EU-Länder Deutschland (53,7 Mill. $), Großbritannien (46,6 Mill. $) und Frankreich (39,9 Mill. $). Zwar verfügen die EU-Länder über Nonprofit Sektoren vergleichbarer Größe, doch auch hier lassen sich Unterschiede feststellen. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung. So kommt öffentlichen Mitteln als Finanzierungsquelle von NPOs in Großbritannien eine wesentlich geringere Bedeutung zu als in Deutschland. Im Unterschied zur Bundesrepublik rekurrieren NPOs in Großbritannien in weitaus stärkerem Maße auf Einnahmen aus Gebühren und Entgelten.

Edith Archambault (Universitè Paris I. Sorbonne) stellte in Berlin den Nonprofit Sektor des Nachbarlandes Frankreich vor und ging in ihrem Referat auf die im Vergleich zu Deutschland sehr unterschiedliche historische Entwicklung ein? Anders als in Deutschland war in dem von Zentralismus und Etatismus geprägten Frankreich lange Zeit kein Platz für private gemeinnützige Initiativen, die subsidiär tätig sind. Dies hat sich inzwischen geändert. Unter dem Leitmotiv der Économie Sociale läßt sich spätestens seit den 1960er Jahren ein Gründungsboom von Nonprofit Organisationen in Frankreich feststellen. Inzwischen verfügt Frankreich über einen Nonprofit Sektor von beachtlicher Größe. Hinsichtlich der Finanzierungsstruktur des Sektors sowie der Tätigkeitsfelder seiner Organisationen lassen sich für die beiden Nachbarländer viele Gemeinsamkeiten aufzeigen. Private Zuwendungen spielen in Frankreich und Deutschland insofern kaum eine Rolle, als die Nonprofit Sektoren beider Länder überwiegend öffentlich finanziert sind; ferner sind NPOs in Frankreich wie in

Deutschland schwerpunktmäßig in den Bereichen Gesundheit, Soziale Dienst und Erziehung tätig. Allerdings findet man im Unterschied zu Deutschland in Frankreich deutlich mehr NPOs im Bereich Kunst und Kultur.

Nach dem internationalen Exkurs und dem Blick ins Nachbarland Frankreich stand der Nonprofit Sektor der Bundesrepublik im Zentrum des Interesses. Die Ergebnisse der Strukturanalyse des deutschen Teilprojektes referierte Helmut Anheier (Johns Hopkins University und Rutgers University).[3] Gemessen an den Ausgaben, dem Anteil am Bruttosozialprodukt sowie an der Zahl der Arbeitsplätze verfügt Deutschland von den untersuchten Ländern über den drittgrößten Nonprofit Sektor. In der Bundesrepublik sind in Nonprofit Organisationen knapp viermal so viele Personen beschäftigt als beim größten deutschen Automobilhersteller VW. Auch der deutsche Nonprofit Sektor befindet sich auf Wachstumskurs. Im internationalen Vergleich sind insbesondere die Wachstumsraten seiner Organisationen in den Bereichen Gesundheit und Soziales signifikant; ebenso bemerkenswert war in den 1980er Jahren der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Nonprofit Sektor. Der Tätigkeitsschwerpunkt deutscher NPOs liegt eindeutig auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen sowie im Bereich Gesundheit. Im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich vertreten sind NPOs in Deutschland dagegen im Politikfeld Kultur. Hinsichtlich seiner Finanzierungsstruktur ist der Nonprofit Sektor der Bundesrepublik nicht anders als staatslastig zu bezeichnen. Öffentliche Zuwendungen machen rund 70% der Gesamteinnahmen aus. Demgegenüber kommt Einnahmen aus Gebühren und Entgelten aber auch aus privaten Spenden eine vergleichsweise nachgeordnete Bedeutung zu, die im internationalen Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

Wie Eckhard Priller (Eckhard Priller, WZB) in seinem Referat feststellte, lassen sich zwischen den NPOs der alten und neuen Länder noch Unterschiede feststellen. So ist der Anteil kleiner Organisationen mit wenigen Beschäftigten in Ostdeutschland noch verhältnismäßig hoch. Im Vergleich zu den alten Ländern findet man in Ostdeutschland ein wesentlich stärkeres Engagement von NPOs in den Bereichen Bildung und Forschung sowie in der Kultur. Zwar wirken der Umbruch der DDR-Gesellschaft sowie der im Anschluß an die Vereinigung stattgefundene Institutionentransfer immer noch prägend auf den Nonprofit Sektor der neuen Länder, gleichwohl lassen die Selbsteinschätzung der Einrichtungen und die wachsende Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement auf einen positiven Entwicklungstrend des Sektors schließen. Entsprechendes gilt für den Boom des Vereinswesen in den neuen Ländern. Dieser hat sich inzwischen zwar etwas abgeschwächt, in einigen Bereichen wird aber durchaus schon das Niveau der alten Bundesrepublik erreicht. Allerdings weisen NPOs in den neuen und alten Ländern noch Unterschiede hinsichtlich der strategischen Dimension der Ressourcenbeschaffung und -mobilisierung auf. Wolfgang Seibel (Universität Konstanz) führte in seinem Vortrag aus, daß NPOs der alten Länder in Zeiten leerer öffentlicher Kassen die Kontaktaufnahme zur Politik favorisieren, während ostdeutsche eher auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung sowie auf die Unterstützung durch ihre Dachverbände setzen.

Policy und Politics des Nonprofit Sektors der Bundesrepublik standen im Mittelpunkt der Ausführungen von Annette Zimmer (Universität-Gesamthochschule Kassel) sowie der von Wolfgang Zapf (Wissenschaftszentrum Berlin) geleiteten Podiumsdiskussion.[4] Vertreter aus Wissenschaft, Praxis und Politik nahmen eine kritische Bestandsaufnahme der historisch gewachsenen und überkommenen Strukturen des Nonprofit Sektors in Deutschland vor, zogen eine erste vorläufige Bilanz der jüngsten Deregulierungsmaßnahmen und prognostizieren die zukünftige Entwicklung des Sektors.

Danach arbeiten Staat und Nonprofit Sektor bei der Erstellung sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in Deutschland traditionell eng zusammen. Während der Staat durch Transferzahlungen sowie durch gesetzliche Rahmenvorgaben die Finanzierung sicherstellt, wird die konkrete Dienstleistungsproduk-

tion durch NPOs übernommen. Diese Public-Private-Partnership hatte in der Vergangenheit für den Nonprofit Sektor viele Vorteile. Seine Organisationen verfügten über gesicherte Ressourcen und eine privilegierte Marktposition. In zentralen Bereichen, wie etwa im Sozialwesen, waren sie sogar in der Lage, die Preise zu diktieren und den Marktzutritt zu kontrollieren.

Aktuell wird diese traditionsreiche Zusammenarbeit in Frage gestellt. Angesichts leerer öffentlicher Kassen ist nicht nur konsequentes Sparen angesagt, sondern auch die Deregulierung der geschützten Nonprofit-Sektor-Märkte hat bereits begonnen. So wurde im Anschluß an die Skandale um die Neue Heimat die Wohnungsgemeinnützigkeit (1990) schlicht abgeschafft. Das Subsidiaritätsprinzip wird nicht mehr als Schutzwall der privilegierten Stellung der Wohlfahrtsverbände interpretiert. Vielmehr sind im BSHG im KJHG und in der Pflegeversicherung andere frei-gemeinnützige und sowie kommerzielle Anbieter den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände gleichgestellt. Sportvereine haben sich schon längst auf die Konkurrenz der kommerziellen Anbieter einstellen müssen. Und in der Kultur bekommen die öffentlichen Einrichtungen – die Trias von Stadttheater, Museum und Konzerthalle – die Konkurrenz durch freie Gruppen, Initiativen und soziokulturelle Zentren zunehmend zu spüren. Somit steht der Nonprofit Sektor in der Bundesrepublik derzeit unter Stress. Die Staatsnähe seiner Organisationen wird nicht mehr nur als vorteilhaft empfunden. Mehrheitlich beklagen NPOs die zu starke Abhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen bei einem Übermaß an staatlicher Kontrolle und Verrechtlichung. Von der Mehrheit der Bevölkerung als quasi-staatlicher Bereich wahrgenommen, stehen dem Nonprofit Sektor bei stark zurückgehenden öffentlichen Zuwendungen kaum alternative private Finanzierungsquellen zur Verfügung. Denn der Bürger ist kaum bereit, diese halb-staatlichen Organisationen mit Spenden, freiwilligen Leistung und ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen. Insofern blickt der Nonprofit Sektor auch mit Skepsis in die Zukunft. Die Diskussion über die Modernisierung des Staates, gekoppelt mit drastischen Kürzungsmaßnahmen, erzeugt Irritationen. Die politischen Rahmenbedingungen werden als äußerst unsicher eingeschätzt. Dies gilt auch für die EU-Ebene, deren rechtliche Regelungen als problematisch angesehen werden.

Gleichzeitig ist angesichts dieses Krisenszenarios der Nonprofit Sektor in Deutschland derzeit äußerst aktiv. Mit gezielten Maßnahmen versuchen seine Organisationen, sich auf die veränderten Bedingungen einzustellen und vor allem das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen. Konkret sind in diesem Zusammenhang die aktuelle Leitbilddiskussion und Profilierung der Organisationen, die Verschlankung der Verwaltungsstrukturen sowie die Einführung strategischen Managements- und Marketings, die stärkere Marktorientierung, die Neubestimmung von Ehrenamtlichkeit sowie nicht zuletzt eine aktive Loslösung vom Staat durch die Intensivierung der Lobbyaktivitäten zu nennen. Nach übereinstimmender Meinung der Experten besteht daher kein Zweifel, daß der Nonprofit Sektor auch in Zukunft in Deutschland nicht an Bedeutung verlieren wird. Fraglich ist allerdings, wie die aufgrund leerer öffentlicher Kassen entstehende Finanzierungslücke geschlossen werden soll. Wird auch hier der amerikanische oder britische Weg beschritten, bei dem in Form von Gebühren und Entgelten die Leistungsempfänger stärker zur Kasse gebeten werden? Oder wird es den deutschen NPOs gelingen, das Aufkommen an Spenden- und Sponsorengeldern drastisch zu erhöhen, so daß der Rückgang der öffentlichen Zuwendungen mit privaten Mitteln ausgeglichen werden kann? Fraglich ist auch, inwiefern die von betriebswirtschaftlichen Effiziensdenken getragenen Modernisierungskonzepte der Einzelorganisationen greifen werden, und ob diese nicht doch zu Lasten der Leistungsempfänger gehen werden. Zweifellos sind bei vielen der großen und allzu bürokratischen NPOs Reformen angesagt, doch sollten diese auf keinen Fall mit Abstrichen an den Wertbindungen und ideellen Zielsetzungen der Einrichtungen erkauft werden.

Als vorläufiges Zwischenergebnis der Berliner Tagung ist da-

her festzuhalten: Der Nonprofit Sektor in Deutschland befindet sich derzeit in einer massiven Umbruchs- und Modernisierungsphase. Auf die Fortsetzung des Projektes und die Ergebnisse der zweiten Phase darf man daher gespannt sein. Die deutsche Teilstudie ist beim WZB angesiedelt und wird von Eckhard Priller und Annette Zimmer geleitet.

Annette Zimmer

Tagungsmaterialien und nähere Informationen sind zu erhalten bei:
Dr. Eckhard Priller
Wissenschaftszentrum Berlin
Schiffbauerdamm 19
10117 Berlin
Dr. Annette Zimmer
GhK, FB 07
Nora-Platiel-Str. 4
34109 Kassel

Anmerkungen

[1] Zu den Ergebnissen des internationalen Vergleichs vgl.: Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K., 1994: The Emerging Sector: An Overview, Baltimore
[2] Zum Teilprojekt Frankreich vgl.: Archambault, Edith, 1995: The Nonprofit Sector in France, Manchester
[3] Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard, 1995: Der Nonprofit-Sektor in Deutschland: Eine sozial-ökonomische Strukturbeschreibung, (Tagungsunterlage)
[4] Zimmer, Annette, 1995: Public-Private Partnership: Staat und Dritter Sektor in den 1980er Jahren. Zusammenfassung der Ergebnisse der Policy-Analyse des deutschen Teilprojektes, (Tagungsunterlage)

TAGUNGS HINWEISE

Einladung zum Sozialpolitischen Forum

Der AG SPAK lädt vom 1. bis 3. Dezember 1995 zum Sozialpolitischen Forum (SPF) an der Universität Gesamthochschule Kassel ein.

Das SPF wir zum einen unter den Vorzeichen '25 Jahre AG SPAK' stehen, zum anderen wäre es problematisch erschienen, das SPF zu einer Nostalgieveranstaltung zu machen. Daher ist das Thema bewußt zukunftsorientiert gehalten: 'Perspektiven einer sozialpolitischen Arbeit der nächsten 25 Jahre'.

Kontakt: Rolf Schwendter, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Straße 10, 34127 Kassel, Fax: 0561/9043388.

'Jugend macht Zukunft'

Vom 30. Mai bis 1. Juni 1996 findet in Leipzig der 10. Deutsche Jugendhilfetag (DJHT) unter dem Motto 'Jugend macht Zukunft' statt.

Der DJHT bietet ein Forum für den Diskurs innerhalb der Jugendhilfe, sucht den Dialog mit den jugendpolitischen Verantwortlichen und dient der Darstellung der Jugendhilfe in der Öffentlichkeit. Der DJHT ist ein Fachkongreß für und mit Veranstaltern aus dem Gesamtspektrum der Jugendhilfe und wendet sich an ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen aller Träger der Jugendhilfe und ihre Kooperationspartner.
Der fachpolitische Diskurs der 10. DJHT soll unter vier ausgewählten Themenschwerpunkten geführt werden: Lebenssituation und Entwicklungschancen, Partizipation, Fachlichkeit und Wirtschaftlichkeit in der Jugendhilfe und MitarbeiterInnen im Netzwerk Jugendhilfe.
Einen Überblick über alle Aktivitäten – Rahmenprogramm, Fachveranstaltungen, Ausstellungsstände, Messeplan – gibt der Veranstaltungskalender, der im Februar 1996 erscheint. Er kann gegen Zahlung einer Schutzgebühr von 5 DM bereits jetzt bei der AGJ bestellt werden. Der Besuch aller Veranstaltungen des 10. DJHTs ist grundsätzlich offen; eine Teilnahmegebühr wird nicht erhoben.
Kontakt: AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Haager Weg 44, 53127 Bonn, Tel.: 0228/91024-0.

MATERIAL

Transfer – Zeitschrift des EGI

Das Forschungsinstitut des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGI) gibt seit Januar des Jahres die Zeitschrift 'Transfer – European Review of Labour and Research' heraus. Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift hat sich in den drei bislang vorliegenden Ausgaben mit der Modernisierung der Gewerkschaften in Europa, den Europäischen Betriebsräten sowie den Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern beschäftigt. Das vierte Heft (Oktober 1995) widmet sich dem Themenschwerpunkt Beschäftigungsförderung in Europa.

Kontakt: Transfer, Bld. Emile Jacqmain 155, 1210 Brussels.

Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt

Am 15. November des Jahres wird der neue Report der Hohen Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe im Bonner Dietz Verlag herauskommen. Er wird sich schwerpunktmäßig mit neuen Ansätzen zur Lösung der weltweit zunehmenden Flüchtlingsproblematik auseinandersetzen.

Neben detaillierten Analysen der zentralen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre liefert der neue UNHCR-Report eine Vielzahl grundlegender Daten, Statistiken, Karten und Grafiken, die die Lage der Flüchtlinge der Welt erfassen. Außerdem enthält er eine umfangreiche Übersicht über Hilfsaktionen und Repatriierungsoperationen, die eine Abschätzung des Erfolgs der neuen Ansätze in der Praxis ermöglichen.

Castor – das Buch

Ein aktueller Bildband berichtet über den Widerstand gegen den Castor-Transport nach Gorleben zwischen Sommer 1994 und März 1995. Das 148seitige Buch kostet 24,80 – zzgl. Versandkosten – und kann bezogen werden über: Tempel/Stay, Landstr. 6, 29462 Güstritz.

Vogelfrei

Eine Gruppe gewaltfreier AnarchistInnen aus Österreich hat begonnen, eine eigene Zeitschrift herauszubringen. Die 'Vogelfrei' erscheint bis jetzt unregelmäßig und hat noch finanzielle und personelle Engpässe. Umso mehr freuen sich die HerausgeberInnen über Mitarbeit, die auch aus dem interessierten Ausland stammen kann.

Kontakt: Libertäre Liga, Redaktion Vogelfrei, Thomas Schmidinger, Letzestr. 9b, A-6800 Feldkirch.

Leipziger BesetzerInnenkongreß

Vom 12. bis 14. Mai 1995 fand in Leipzig ein bundesweiter BesetzerInnen-Kongreß statt. Der Kongreßreader ist noch erhältlich. Eine Broschüre mit Kongreß- und Demoeinschätzung, Arbeitsgruppenergebnissen, den Texten der Einleitungsreferate, Pressestimmen, etc. ist in Planung.

Kontakt: BesetzerInnenkongreß, Koburger Str. 3, 04227 Leipzig, Tel. & Fax: 0341/311044.

Aufbruch '95

Über 500 StudentInnen aus siebzig Hochschulen trafen sich Mitte Juni in München, um sich in einem viertägigen Workshop in etwa 100 Seminaren mit Problemen der Hochschulpolitik, feministi-

scher, antifaschistischer, antirassistischer und internationalistischer Politk, Ökologie sowie Gesundheits- und Sozialpolitik auseinanderzusetzen.

Die Ergebnisse der Seminare und Workshops werden in einer ausführlichen Dokumentation zusammengefaßt.

Kontakt: freier zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs), Tel. 0228/ 262119.

Materialien zum Thema Frieden

Der Pazifix-Materialversand der DFG-VK Baden-Württemberg hat sein Angebot aktualisiert und neue Verzeichnisse zu verschiedenen Bereichen der Friedensthematik herausgegeben: Gewaltfreiheit, Kriegsdienstverweigerung, Rüstung, Friedenserziehung, etc. Wer die Bücher, Broschüren, Flugblätter, Plakate, Aufkleber, Anstecker näher kennenlernen möchte, sollte den neuen Material-Prospekt kostenlos anfordern:

Pazifix, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, Tel.: 0721/ 552270, Fax: 0721/558622.

Reader zum Berliner Autonomie-Kongreß 1995

Die Kongreßini des Berliner Autonomie-Kongreß Ostern 1995 hat zwei Reader vorbereitet: 'Eat it' (7 DM) enthält die Thesenpapiere aller AGs; 'Autonomie-Kongreß' allgemeine Texte und Infos zu den Vorbereitungstreffen. Außerdem sind sechs Ausgaben der Kongreßzeitung 'Konpress' erschienen. Zur Nachbereitung ist eine Dokumentation geplant.

Alles zu bestellen bei: Kongreßini, c/o Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Informationen und Ratschläge für überschuldete Familien

In aktualisierter Neuauflage erscheint eine Broschüre, die überschuldete Familien über Möglichkeiten informiert, einen Ausweg aus ihrer kritischen wirtschaftlichen und sozialen Lage zu finden. Sie umreißt die Rechtslage im Überschuldungsfall und enthält ein Verzeichnis der Schuldnerberatungsstellen und der Beratungsstellen der Verbraucherinitiativen.

Die kostenlose Broschüre 'Was mache ich mit meinen Schulden' kann schriftlich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 201551, 53145 Bonn angefordert werden.

Fachinformationsdienst

Die Arbeit & Ökologie-Briefe sind ein Fachinformationsdienst für die Arbeitswelt. Sie werden von Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaftlern und Beschäftigten gelesen, die täglich mit Fragen des Arbeits- und Umweltschutzes in Betrieb und Büro zu tun haben. Die Briefe berichten vierzehntägig u.a. über aktuelle Rechtsänderungen, betrieblichen Umweltschutz, ökologische Büros und Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz.

Ein kostenloses Probeheft oder ein unverbindliches Schnupperabo (drei Hefte für 10 DM in bar oder als Scheck) können bestellt werden bei:

Arbeit & Ökologie-Briefe, Uhlandstr. 58, 60314 Frankfurt/M., Fax: 069/430189.

Netzwerke für Frauen

Wer weiß eigentlich, daß es ein 'Netzwerk archäologisch arbeitender Frauen' gibt? Wer ahnt, was die 'Frauen-

akademie München' treibt? Keine Sorge, das ist alles nachzulesen in dem Handbuch von Ulla Dick 'Netzwerke und Berufsverbände für Frauen' (Rowohlt: Hamburg, rororo-Sachbuch 9771). Wer Kontakt, Rat oder Hilfe sucht, wird hier fündig. Die Adressen sind 1994 vollständig überarbeitet und erweitert worden.

Umweltdaten Deutschland

Wie haben sich die Umweltbelastungen in Deutschland entwickelt? Wer sind die Verursacher? Wie belastet sind Rhein und Elbe, wie entwickelt sich die Luftqualität in den Städten? Und vor allem: Was kostet das alles? Diese und andere Fragen werden in einer 45seitigen Broschüre 'Umweltdaten Deutschland 1995' des Umweltbundesamtes umrissen.

Kontakt: Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Postfach 330022, 14191 Berlin, Tel.: 030/23145534-536.

Wissenswertes für Soziologen

Die Arbeitsmarktinformationstelle bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) gibt eine Broschüre über den Arbeitsmarkt für SoziologInnen heraus. Das Heft beschreibt Möglichkeiten, wie sie sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt außerhalb wissenschaftlicher und öffentlicher Institutionen durch Zusatzqualifikationen und unter Einbeziehung von Praktika in die Ausbildung erfolgreicher präsentieren können.

Die Broschüre richtet sich an AbiturientInnen, StudentInnen und HochschulabsolventInnen. Zu beziehen ist sie über: ZAV, Arbeitsmarktinformationsstelle, Fachbereich 10.20, Postfach 170545, 60079 Frankfurt, Tel.: 069/7111291.

Der Tor des Monats

„Gegen Sozialismus hilft garantiert das gleiche Mittel wie bei Heroin-Sucht: die Überdosis!"

Anzeige des CDU-Stadtbezirksverbandes im Nauroder Bürgerbrief.

Zeitschrift Öko-Test

Vor zehn Jahren aus der Öko-Bewegung heraus gegründet, geht das Frankfurter 'Öko-Test-Magazin' mit einer Auflage von 85.000 verkauften Heften ins zweite Jahrzehnt.

Künftig wird das Blatt, das monatlich Dinge des täglichen Gebrauchs unter Umwelt- und Gesundheitsaspekten untersucht, verstärkt allgemeine Themen und auch einzelne Firmen unter die ökologische Lupe nehmen, um auch weiterhin – so Chefredakteur Jürgen Stellpflug – 'das Gegengift im vergifteten Alltag' zu bleiben.

Ethik-Fonds

Mit einem 'Ethik-Fonds' können Sparer jetzt nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks Unicef notleidenden Menschen in Entwicklungsländern helfen, ohne ihr eingezahltes Kapital anzugreifen. Ziel des DKU-Fonds der von den genossenschaftlichen und einigen kleineren privaten Banken getragenen Kapitalanlagegruppe Union Investment sei es, eine attraktive Rendite bei begrenztem Risiko mit einer Spende an Unicef zu verbinden.

'Europa 2000'

Eine neue Broschüre, 'Europa 2000', informiert über die Europäische Union, ihre Institutionen und alle wichtigen EU-Politikbereiche. Mit neuesten Daten und Fakten wird die Lage der 15 EU-

Mitgliedstaaten erläutert. Bilder, Grafiken und Tabellen lockern den verständlich geschriebenen Text auf. Die 70seitige Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei: Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland, Bundeskanzlerplatz, 53113 Bonn.

Jugend-Pressedatenbank

Die Jugend-Pressedatenbank ist als Instrument für die gezielte Vertretung der Interessen Jugendlicher in der Öffentlichkeit und in den Medien gedacht. Sie enthält Anschriften sowie zusätzliche Informationen zu Medien und Journalisten, die sich mit Jugendthemen befassen. Mit dieser Computer-Datenbank können Themen und aktuelle Inhalte der Jugendarbeit gezielt an die Medien vermittelt und so in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Das Programm ist anwenderfreundlich, läuft auf PCs und MAC-Rechnern, kostet 40 DM und wird halbjährlich aktualisiert.

Der Vertrieb liegt bei der Stiftung Demokratische Jugend, Grünberger Straße 54, 10245 Berlin, Tel.: 030/ 2945289.

Leitfaden zu Jugendräten

Der Europäische Jugendrat hat einen Leitfaden zu den nationalen Jugendräten als Arbeitshilfe für die europäische Zusammenarbeit der Jugendverbände herausgegeben. Er informiert über die nationalen Jugendräte in 35 Ländern und Kontaktorganisationen in weiteren vier Staaten. Beschrieben werden u.a. die Zielsetzungen und die Struktur eines jeden nationalen Jugendrates, seine Aktivitäten sowie die Beziehungen zu staatlichen und nicht-staatlichen Organsiationen. Ferner sind kurze Hinweise auf die jeweilige Jugendpolitik und auf die Finanzierung der vorgestellten Jugendorganisationen enthalten. Die englischsprachige Broschüre 'National Youth Committees Information Handbook' kann bei CENYC, Chaussée de Wavre, 517-519, B-1040 Bruxelles, bestellt werden.

Selbsthilfe und Initiativen

Die Zahl der Menschen, die bereit sind, sich partnerschaftlich in verschiedenen Formen der Selbsthilfe zu engagieren, ist groß. Zwei bis sechs Prozent der Menschen, die von einem Problem betroffen sind, haben sich aktuell in Selbsthilfegruppen (SHG) engagiert; 30% der erwachsenen Bevölkerung sehen darin für sich einen Weg, ihre persönlichen Probleme zu lösen. Auch die Anzahl der SHG in den neuen Bundesländern steigt. In den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl von SHG um 50% vergrößert – in 7.500 SHG sind 200.000 Menschen aktiv.

Broschüren der Deutsche Aids-Hilfe

Die Deutsche Aids-Hilfe hat zwei neue Broschüren herausgegeben: 'Unkonventionelle Therapie bei HIV und Aids von H. D. Wolfstädter und den Ratgeber 'Menschen mit Aids und die Pflegeversicherung'.

Beide Broschüren können bei der Deutschen Aids-Hilfe, Postfach 149, 10921 Berlin, kostenlos bestellt werden.

REZENSIONEN

Kößler, Reinhart/Melber, Henning: **Chancen internationaler Zivilgesellschaft.**

Frankfurt/M: Suhrkamp 1993.

Die Publikation von Reinhart Kößler und Henning Melber ist der Versuch einer grundlegenden Bestimmung vornehmlich nicht-staatlicher „Formen und Möglichkeiten aktiver Einwirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden" als auch des „Charakters dieser Beziehungen" (11) nach dem Ende der Blockkonfrontation. Dabei gehen Kößler und Melber von der 'sich formierenden Weltgesellschaft' aus, die sich für sie in erster Linie durch den kapitalistischen Weltmarkt konstituiert, aber auch durch weltweite Überlebensprobleme, insbesondere die mit dem herrschen Produktionsparadigma verknüpften ökologischen Krisenerscheinungen, die vom Norden allein nicht mehr gelöst werden können. Die solchermaßen gestiftete Interdependenz veranlaßt die Autoren schließlich zu einer Kritik am „Verlust der Reziprozität in der Konstruktion von Internationalismus" (52). Ihre Kritik gilt einer Solidarität, die nicht durch Interessen motiviert, sondern der bloßen Orientierung an Menschenrechten und Gerechtigkeit geschuldet ist.

Ihr eigener Vorschlag zur Bestimmung eines tragfähigen Solidaritätskonzeptes greift auf das Internationalismuskonzept der Arbeiterbewegung zurück, das auf einer gemeinsamen gesellschaftlichen Lage beruhte. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung von Unternehmen und der daraus folgenden Standortkonkurrenz „gibt es gute und handfeste materielle Gründe, für soziale und politische Rechte anderer einzutreten. Deren Verweigerung trägt mittelfristig dazu bei, diese Rechte im eigenen Land zu gefährden (...) Es geht also nicht primär um vordergründigen Altruismus, sondern um wohlverstandene ureigenste Interessen" (56).

Operiert die Situationsanalyse mit dem Begriff der Weltgesellschaft, so knüpfen Kößler und Melber ihre normativen Überlegungen an den sich gegenwärtig einer ungeheuren Konjunktur erfreuenden Begriff der Zivilgesellschaft. Den Ausgangspunkt bildet das analytische Konzept der Zivilgesellschaft bei Gramsci „als Feld politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um den Grundkonsens, der wiederum Entwicklungsziele und -prioritäten bestimmt" (80f). Sie selbst definieren Zivilgesellschaft „als ein Netzwerk von Organisationen und informellen Zusammenhängen, das geeignet ist, als Widerlager und Widerpart gegenüber dem jeweiligen Staatsapparat aufzutreten" (93). Ihr Konzept der Zivilgesellschaft schließt als weiteres Element das Postulat einer Gesellschaft der Freien und Gleichen ein, die die Chance zur effektiven Partizipation aller gewährt. Dies impliziere – so Kößler und Melber – die öffentliche Gewährleistung der materiellen Grundlagen effektiver Partizipation. Angesichts der real sich vollziehenden Globalisierung ökonomischer Prozesse und ökologischer Probleme charakterisieren sie die gegenwärtige Beschränkung politischer Teilnahmerechte und ziviler Solidarität auf die Einwohner von Nationalstaaten aber als willkürlich und fragwürdig. „Konsequent drängt sich damit die Frage nach einer internationalen Zivilgesellschaft als materieller Einlösung bestehender weltgesellschaftlicher Zusammenhänge auf" (94), die die Autoren zwar als utopische, aber keineswegs irreale Perspektive auszeichnen. Dieses normative, auf intersozietärer Ebene egalitäre Konzept und seine zentralen Bestandteile, die unter dem Begriff der Menschenrechte zusammengefaßten persönlichen Freiheits-, politischen Teilnahme- und sozialen

Teilhaberechte, werden von Kößler und Melber anschließend gegen den Vorwurf der Partikularität verteidigt (Kap 4.).

Dabei bieten sie die sich in den neunziger Jahren in allen Teilen der Dritten Welt formierenden Demokratisierungsbewegungen als Kronzeugen dafür auf, daß diese Standards nicht nur vom Norden propagiert, sondern auch von Akteuren des Südens in ihren eigenen Gesellschaften eingefordert werden, wobei ihre jeweilige Durchsetzung oder Verallgemeinerung – wie übrigens auch in den Gesellschaften des Nordens – in gesellschaftlichen Kämpfen erfochten werden muß. Umgekehrt lassen sich die in vielen Teilen der Dritten Welt sich formierenden fundamentalistischen Bewegungen nicht als Argument für den Eurozentrismus menschenrechtlicher Standards anführen, weil solcher Fundamentalismus sich auch in Gesellschaften des Nordens beobachten läßt. „Es geht also in weit geringerem Ausmaß um kulturelle Unterschiede ... Vielmehr haben wir es mit politischen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Weichenstellungen in jeweils unterschiedlichen Kontexten zu tun, mit Kämpfen um die Neudefinition des Grundkonsenses..." (114f).

Die Demokratisierungsbewegungen in der Dritten Welt sind für Kößler und Melber noch in einer weiteren Hinsicht bedeutsam: sie werden als Partner zivilgesellschaftlicher Strategien identifiziert. Demokratisierung 'von unten' ist in diesen Gesellschaften zwar in besonderer Weise prekär, weil sie in der Regel unter wirtschaftlich ungünstigen Bedingungen abläuft. Gleichwohl halten die Autoren als Ergebnis ihrer Überlegungen, die sie durch vier Fallstudien ergänzen, fest: „Die Gesellschaften der Dritten Welt verhalten sich nicht passiv, und die in politisch-sozialen Bewegungen artikulierten Forderungen sind ernst zu nehmen, auch gegenüber Bezugnahmen auf Modelle der Bevormundung von außen..." (14).

Dieser Tatbestand muß nach Kößler und Melber Konsequenzen für das Problem der Intervention haben. Gegen militärische Interventionen führen sie die These ins Feld, daß diese gerade dann ineffektiv, verantwortungsethisch nicht akzeptabel und ungeeignet seien, wenn als ihre Zielsetzung und Rechtfertigung die Wahrung von Freiheits- und Menschenrechten angegeben wird (Kap.7). Doch auch internationale zivilgesellschaftliche Solidarität bedeutet unweigerlich eine Form der Einmischung und ist nicht von vornherein unproblematisch (Kap. 6). Gefordert sind deshalb gleichsam Kriterien der 'Zivilgesellschaftsverträglichkeit'. Als ein solches Kriterium formulieren die Autoren die Regel, „ob das Befördern oder Behindern gesellschaftlich-politischer Prozesse in einem anderen Land Rechte und Lebensmöglichkeiten negiert, die die Eingreifenden selbst für sich in Anspruch nehmen und bewahren möchten" (200). Doch selbst unter Beachtung solcher Regeln kann und wird praktizierte internationale zivilgesellschaftliche Solidarität tiefgreifende Kontroversen zur Folge haben, weshalb sich auch solche Formen der Einmischung „nicht nur der Probleme sozioökonomischer Abhängigkeit, sondern auch der Differenzen in Gesellschaftsbild und soziopolitischer Orientierung bewußt" (205) sein sollten. Zudem kann der Austrag solcher Interessen- und Wertekonflikte gerade ein Stück gegenseitiger Einmischung konstituieren.

Am Beispiel der ökologischen Problematik machen sie schließlich noch einmal deutlich, daß eine „Thematisierung der fremden wie der eigenen Verhältnisse ... der entscheidende Unterschied [ist], der einen solchen Ansatz über das Niveau von Interventionen hinausheben würde, die letztlich die hierarchischen Beziehungen zwischen Gesellschaften reproduzieren" (208). Zugleich ist damit eine der wesentlichen Voraussetzung für die Entwicklung einer internationalen Zivilgesellschaft bezeichnet: „So-

lange diese politische und moralische Umorientierung [d.h. die grundlegende Revision des weltweit dominierenden Entwicklungsmodells, U.W.] in den dominanten Gesellschaften ausbleibt, sind zivilgesellschaftlichen Beziehungen im internationalen Bereich enge Grenzen gesetzt durch die bestimmende Rolle der Beziehungen zwischen Staaten als wesentlicher Form des weltgesellschaftlichen Verkehrs, zumindest auf der Ebene der Politik" (219). Was dies jedoch für die Chancen der politischen Realisierung einer internationalen Zivilgesellschaft bedeutet, deren wesentliches Merkmal die Praxis internationaler 'ziviler Solidarität' wäre, darüber klären die Autoren ihre Leserschaft leider nicht auf. Zwar präsentieren sie Überlegungen zu Kriterien 'zivilgesellschaftsfreundlichen' Verhaltens in den Beziehungen zwischen Nord und Süd, doch es bleibt vage, welcher Weg von den Interessen- und Wertekonflikten des gegenwärtigen weltgesellschaftlichen Zusammenhangs zu einer internationalen Zivilgesellschaft führen könnte. Das Konzept der Zivilgesellschaft hilft hier nicht weiter, insofern dieses selbst in eine empirisch-analytische und eine normative Komponente zerfällt. Auf der einen Seite wird Zivilgesellschaft bestimmt als Feld der Auseinandersetzung um Hegemonie und Konsens. In dieser Perspektive halten die Autoren denn auch fest, „daß 'Zivilgesellschaft' nicht per se 'gut' oder 'böse' und sicher auch nicht 'demokratisch' ist; ihre Existenz und Stärkung bietet jedoch eine Chance und eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg von Demokratiebewegungen" (186). Auf der anderen Seite steht das normative Postulat einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, die zivilgesellschaftliche Solidarität in der Form der Herstellung der materiellen Voraussetzungen effektiver Partizipation aller impliziere. Wie die Vermittlung dieser beiden Elemente zu denken ist, wird nicht mitgeteilt. Allerdings liefert ihre Kritik am herkömmlichen Verständnis von Solidarität, dem das Moment der Reziprozität fehle, zumindest einen Hinweis. Wie referiert, verweisen die Autoren darauf, daß der Einsatz für die Rechte anderer angesichts der weltwirtschaftlichen Interdependenz im eigenem Interesse läge. Doch solcher Einsatz für die Rechte anderer ist nur solange plausibel mit Klugheits- bzw. Interessenargumenten zu rechtfertigen, solange damit Vorteile erlangt oder zu erwartende Verschlechterungen der eigenen Lage abgewehrt werden können. Angesichts des Ausmaßes der Umverteilung zwischen Nord und Süd, das die Realisierung einer internationalen Zivilgesellschaft erfordern würde, und der damit verbundenen Veränderung der Gesellschaften des Nordens scheint die Motivierung zivilgesellschaftlicher Solidarität in der Bevölkerung des Nordens durch den Verweis auf materielle Interessen keine sehr überzeugende Strategie. Dies gilt auch für eine Argumentation mit gemeinsamen Überlebensinteressen, gehört die Bevölkerung des Nordens doch zu einem großen Teil zu den Profiteuren der die Überlebensprobleme verursachenden Wirtschaftsweise, so daß zumindest von der Existenz widerstreitender Interessen auszugehen ist (und der Ausgang solcher interner Interessenkonflikte keineswegs prognostizierbar ist). So ist es denn wohl auch kein Zufall, daß die Autoren im oben präsentierten Zitat von S. 219 auf die Notwendigkeit einer 'moralischen Umorientierung' verweisen. Mit Blick auf die Chancen muß das eher skeptisch stimmen. Dadurch verliert die Kritik am Solidaritätsverständnis der Solidaritätsbewegung jedoch einiges an ihrer Plausibilität.

Ulrich Willems, Darmstadt.

Institut für Sozialforschung (Hrsg.):
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Studien zur aktuellen Entwicklung.

Frankfurt/M: Campus 1994

Wank, Ulrich (Hrsg.):
Der neue alte Rechtsradikalismus.

München/Zürich: Piper 1993

Von der Diskussion über Rechtsextremismus erwartet man u.a. Aufschlüsse über Hintergründe und Ursachen der Gewalttaten gegen Ausländer in der Bundesrepublik. Stattdessen fällt auf, daß die Frage nach dem Zusammenhang beider Phänomene in einem durch politische Motive und unterschiedliche theoretische Standpunkte stark polarisiertem Diskussionsfeld erörtert wird. Die daraus resultierenden Kontroversen werden schon an der Begriffswahl deutlich: Spricht man aus der Warte einer ihre Verfassung schützende, „wehrhaften Demokratie" von „Rechtsextremismus" (statt von „Rechtsradikalismus"), so grenzt man damit eine gesellschaftliche Marginale von einer mutmaßlich liberal-demokratischen Mitte der Gesellschaft ab. Bereits im Ansatz kann so die Bedeutung der alltäglichen Verbreitung latenter autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungen in der durchschnittlichen Bevölkerung und deren politische Funktionalisierung heruntergespielt werden. Von der konzeptionellen Einbindung des Extremismusbegriffs hängt also einiges ab.

Auch die Diskussion über Rassismus, Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit zeigt an, daß die Begriffswahl für die Problemwahrnehmung entscheidend ist. Die Bandbreite von Dimensionen der Verschiedenheit (Ethnie, Religion, Kultur), die die Opfer der Gewalttaten von den Tätergruppen unterscheidet, läßt es, so das Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS), sinnvoll erscheinen, in einem umfassenderen Sinn von einem Phänomen der „Fremdenfeindlichkeit" zu sprechen. Der Band versammelt Berichte über einige im Umfeld des IfS erstellte (und teilweise noch laufende) Forschungsarbeiten. Besonders verdienstvoll erscheint hierbei der Versuch des IfS, die kontroverse Diskussion um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mithilfe von sechs verschiedenen analytischen Dimensionen in Form polarisierter Thesen und Gegenthesen zu systematisieren. Die einzelnen Beiträge verdeutlichen, daß sich die polarisierten Erklärungsansätze nicht immer ausschließen müssen, sondern oftmals als sich ergänzende Optionen verstanden werden können.

So können die Motive der Täter ideologietheoretisch erklärt werden. Damit lassen sich aber schwerlich Gewaltakte von Skinheads erklären, die nur im Zusammenhang mit der „Subkulturbildung deprivierter Jugendlicher" zu verstehen sind und entsprechend – ohne sie verharmlosen zu wollen – als „vorpolitische Affekthandlungen" (16) aufgefaßt werden können.

Laufende Diskussionen um einen „Extremismus der Mitte" machen deutlich, daß hinsichtlich der Bedingungen im sozialen Raum sowohl das strategische Kalkül der Machterhaltung politischer Eliten (vgl. etwa die Instrumentalisierung der Asylfrage) als auch die Ausgrenzung soziokultureller Fremder in kollektiven Identifizierungsprozessen eine Rolle spielen. Außerdem widersprechen die Ergebnisse der vorgestellten Studien nicht zuletzt der Auffassung, daß Bildung vor rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen feie.

Historische Erklärungsansätze unterstreichen oftmals die spe-

zifisch deutsche vordemokratische Vergangenheit, in deren Tradition rechtsextremistische Einstellungen und Gewaltakte verwurzelt sind. Andere setzen den Akzent gerade auf das Neuartige der Phänomene und beschreiben es als Problem der Herausbildung einer neuen historischen Etappe Deutschlands und insbesondere als „dramatische Geburtswehe" (19) der multikulturellen Gesellschaft.

Bezüglich der Bedeutung des kulturellen Hintergrundes der Problematik wird häufig argumentiert, die autoritätskritischen Verhaltensstile der 68er hätten einen Werteverfall in Gang gesetzt, der eine „theoretische wie praktisch-pädagogische Hinausschiebung normativer Grenzlinien" (19) bewirkt habe. Hierbei ist es allerdings fraglich, ob nicht die 68er selbst auf eine schon vorhandene normative Desintegration reagierten, die sich unter anderem auf die zunehmende Unglaubwürdigkeit demokratischer Grundsätze (militärische Interventionen des 'Vorbildes' USA) sowie auf eine unzureichende staatliche wie gesellschaftliche Abgrenzung von der eigenen, vorrangig der nationalsozialistischen Vergangenheit gründete (vgl. auch Schily, in: Wank 103).

Was die Ursachenanalyse betrifft, so widersprechen empirische Daten dem Standpunkt, es handele sich bei den Gewaltakten ausschließlich um die Folgen sozialer Ungleichheit, bei den Tätern demnach um deprivierte Jugendliche. Eine differenziertere Analyse kommt an der Annahme eines Identitätskonfliktes in Prozessen sozialer Selbst- und Fremdverortung nicht vorbei. Diese sind durch einen „kulturellen Filter von ständischer Ehre (Max Weber) oder sozialer Anerkennung (Hegel) vermittelt" (21). Entsprechende symbolisch-habituelle Grenzziehungen werden innerhalb der säkularisierten Gesellschaft zum Motor der Politik.

Schließlich wird besonders der Umgang mit Rechtsextremisten kontrovers diskutiert. Soll auch mit verhaßten Gegnern gemäß eines libertären Demokratieverständnisses Kommunikation gepflegt werden, oder ist die „wehrhafte Demokratie" zu repressiven Maßnahmen der Exklusion aufgefordert? Wo die Grenzen zwischen beiden Strategien gezogen werden, hängt einerseits von der Stabilität demokratischer Institutionen und ihrer Verankerung im öffentlichen Bewußtsein ab, andererseits aber auch davon, welche spezifische Aufgaben diesen Institutionen zukommt. Alex Demirovic zeigt in seinem Überblicksbeitrag zum „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik" unter Bezugnahme auf den derzeitigen Forschungsstand auf, daß die unterschiedlichen Einstellungen, aus denen sich das „rechtsextremistische Syndrom" zusammensetzt, in ihren ideologischen Aspekten im inneren Zusammenhang einer „generalisierten Verfolgungsbereitschaft" stehen, die sich gegen völlig unterschiedliche Minderheiten richten kann. Insofern läßt sich eine historische Kontinuität feststellen: „Die ideologischen Teilelemente ändern sich. Doch ihre Verlaufsmuster (...) reproduzieren auf immer neuen Stufenleiter die generalisierte Verfolgungsbereitschaft sowohl der Eliten wie von Teilen der Bevölkerung" (34).

Mit der Infragestellung und Auflösung des „wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses" sind einem neuen Typ des rechten Intellektuellen Tür und Tor geöffnet, „vorpolitischen" Jugendprotest zu ideologisieren, gesellschaftliche Tabus und Sanktionen zu überwinden und somit den Rechtsextremismus als eine politische Kraft zu festigen. Für die Konsolidierung einer rechten Bewegung spielen demnach rechte Eliten eine entscheidende Rolle. Folgerichtig befassen sich Alex Demirovic und Gerd Paul mit Studierenden im Spannungsfeld von linksliberalen demokratischen und nach rechts tendierenden Ideologemen.

Eine Studie fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in der städtischen Mittelklasse legen Sabine Grimm und Klaus Ronneberger vor. Die Befragung von

Dienstleistungsangestellten kommt zu dem Ergebnis, das auch die „sogenannten Modernisierungsgewinner" (91) nicht gegen fremdenfeindliche Einstellungen resistent sind. Die vorherrschende Auffassung von Multikulturalismus beschränkt sich auf eine „postfordistische Variante des Gastarbeitermodells", in dem „nicht allein die Arbeitskraft, sondern auch die kulturellen Ressourcen der Migranten und Migrantinnen ausgebeutet werden" (124). Eine eindeutige Verortung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen im sozialen Raum wird damit zum fragwürdigen Unterfangen. Die Verstrickung von Verteilungs- und Identitätskonflikten wird auch im Beitrag von Thomas Freytag deutlich, der ethnische Konflikte am Arbeitsplatz (Frankfurter Müllabfuhr) offenlegt. So kommt Freytag zu dem Schluß, daß sich Identitätskonflikte durch Verteilungskonflikte aufladen („Ethnisierung sozialer Konflikte").

Fremdenfeindliche Übergriffe der Polizei, wie sie letztes Jahr in Berlin zur Suspendierung von vier Beamten führten, verweisen auf die Brisanz der Studie von Hans-Gerd Jaschke über den Umgang der Polizei mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wenngleich Jaschke hinsichtlich der Überforderung der Beamten moderat argumentiert, werden die Defizite einer Bekämpfung des Rechtsextremismus durch eine Politik, die sich vorrangig auf Instrumente der inneren Sicherheit stützt, deutlich.

Der vorliegende Band liefert einen interessanten Einblick in die laufenden Diskussionen und den aktuellen Forschungsstand bezüglich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Systematisierung des IfS ist hierbei besonders hilfreich, die Relevanz der Dimensionen für die Diskussion steht außer Frage. Auffällig sind jedoch die Interdependenzen der herausgearbeiteten Dimensionen und der daraus resultierende Mangel an Trennschärfe: Betrachtet man die historische Dimension, so bleibt es nicht aus, sich mit dem kulturellen Hintergrund der Problematik zu befassen, Geschichte und Kultur sind für die Herausbildung von kollektiven Identitäten bedeutsam. Das IfS legt zwar argumentative Widersprüchlichkeiten offen, und die Forschungsergebnisse deuten die Stärkung bestimmter Standpunkte innerhalb der polarisierten Kontroverse an, doch die sozialwissenschaftlich analytische Position des IfS verharrt letztlich im „goldenen Käfig" der kontrovers geführten politischen Rechtsextremismus-Diskussion. Was fehlt, ist ein theoretisches Konzept, das die einzelnen Ansätze integriert und das Wechselspiel traditioneller und moderner Einflußgrößen im gesellschaftlichen Zusammenhang analytisch erfaßt. Vielleicht könnte dies der Begriff der sozialen Bewegung als soziologische (und wertfreie) Strukturkategorie in Anwendung auf den Rechtsextremismus leisten, wie ihn z. B. Bergmann/Erb (FJ NSB 4/94, 26-34) verwenden.

Ganz in der Tradition des „Historikerstreits" stand eine von Ernst Piper ins Leben gerufene Vortragsreihe mit dem Ziel, Rechtsextremismus und Antisemitismus in ihrer historischen Kontinuität zu sehen. Dabei zeigte nicht zuletzt die Kontroverse in der Presse, die Ernst Nolte mit seiner Stellungnahme zum Gesetz gegen die „Auschwitzlüge" auslöste, wie bedeutsam die historische Dimension innerhalb der Diskussion noch immer ist, wenngleich Bassam Tibi in seiner Gegenüberstellung von Antisemitismus und „Ausländerfeindlichkeit" nur eine Gemeinsamkeit feststellt [„Beide sind große Belastungen für die junge deutsche, auf der Verwestlichung Deutschlands basierende Demokratie" (146)].

Seiner historischen Anlage entsprechend beginnt der Band mit einem Beitrag von Julius H. Schoeps, der den Transformationsprozeß von einem christlichen Antijudaismus über die Antithese Judentum-Deutschtum bis hin zur Paradoxie eines gegenwärtigen Antisemitismus be-

schreibt, der keiner lebenden Juden mehr bedarf, um sich zu artikulieren. Die Mitverantwortung des Christentums am Leidensweg der Juden erfordere eine „Re-Theologisierung" des jüdisch-christlichen Verhältnisses.

Gegenstand der Beiträge von Ernst Piper und Peter Longerich sind die Entstehung, Vernetzung und Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung sowie die Machtergreifung durch die Nazis in Verbindung mit dem Antisemitismus dieser Zeit.

Als „deutscher Ausländer" vertieft Bassam Tibi die Diskussion um Fremdenfeindlichkeit, indem er auf die Bedrohung der Demokratie durch extremistische Migranten hinweist: Die Ghettoisierung des 'Euro-Islams' könnte von extremistischen Muslimen genutzt werden, „um islamische Zentren in Europa in Speerspitzen des Fundamentalismus zu verwandeln" (159). Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer wechselseitigen, aktiven Integrationspolitik: Nicht nur die Deutschen sollten bereit sein zu integrieren, sondern auch die Muslime müßten ihrerseits die Werte des demokratischen Westens (Pluralismus, Toleranz, Säkularität) akzeptieren. Otto Schily stellt in seinen Betrachtungen zur „Bundesrepublik in ihrer ersten Krise 1965-1968" fest, daß die normativen (demokratischen) Grundlagen unserer Gesellschaft selbst durch eine vorrangig an Umsatz und Konsum orientierten Marktlogik untergraben werden. Ähnlich argumentiert Thomas Schmid, wenn er die Differenzen zwischen neuem und alten Rechtsradikalismus betont, um einer Sichtweise entgegenzutreten, die voreilige Beurteilungen nahelegt und damit den Blick auf notwendige Fragen verstellt. Der neue Rechtsradikalismus benutze zwar Symbole des alten, entwickelte sich jedoch an neuen Themen (z.B. Asyldebatte) und verfügt weit weniger über ein klar umrissenes Ziel als sein Vorgänger. Er sei ein „Produkt der Nachkriegsmoderne": Durch Prozesse wie Wertewandel, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile entstehe eine neue Unübersichtlichkeit, die mit der Abnahme der Bindungskraft demokratischer Institutionen einhergehe. Dies führe (nicht nur) in Deutschland zu Tendenzen, die soziale Umwelt durch sozialdarwinistische, wohlstandschauvinistische Ausgrenzungen zu strukturieren.

Abschließend ist freilich festzuhalten, daß es diesem Band im collagenartigen, durchaus lebendigen Nebeneinander der Beiträge allerdings an neuen Anstößen für die Diskussion und ihre Systematisierung ermangelt.

Ludger Klein, St. Augustin

Kowalsky, Wolfgang/ Schroeder, Wolfgang (Hrsg.):
Rechtsextremismus.
Einführung und Forschungsbilanz.

Opladen: Westdeutscher Verlag 1994

Bergmann, Werner/ Erb, Rainer (Hrsg.):
Neonazismus und rechte Subkultur.

Berlin: Metropol 1994

Im Zuge der Ausschreitungen rechtsextremer Gewalttäter nach der Wende 1989 hat die Rechtsextremismusforschung eine unverhoffte Renaissance erfahren, und Publikationen zu Themen wie Gewalt, rechtem Gedankengut und Rechtsruck der Gesellschaft sind in hoher Zahl auf den Markt geworfen worden. Die Ausbeute ist gleichwohl ambivalent. Zum Teil sind es Erfahrungsberichte, ZeitSchriften im Stile von Zeitdiagnose, politische Panikmache, moralische Aufrüstung; zum Teil schließen die Arbeiten an die etablierte Extremismusforschung an, mit der Konzentration auf Organisationssoziologie (Parteien, Verbände, Vereine etc.) oder die Ge-

nealogie und Analyse rechtsextremer Ideologien. Nicht zuletzt gibt es Untersuchungen, die nach Ursachen und Gründen für das Aufkommen rechter Gewalt forschen, und das sowohl auf der gesamtgesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene. Hier hat besonders der Jugendaspekt Aufmerksamkeit gefunden, mit der häufig dahinter stehenden Frage, ob es sich bei diesen Formen rechter Gewalteskalation bloß um ephemere Ereignisse, 'schmerzhafte Episoden' handelt, die allein auf die Umbruchsituation der Wendezeit zurückzuführen sind und insofern einmalig bleiben, oder um den Beginn einer neuen sozialen Bewegung von rechts, die nicht nur an die Anfänge der NSDAP in den zwanziger Jahren erinnert, sondern auch länger anhält und das wiedervereinigte Deutschland als feste Institution begleiten wird.

Erwartungsgemäß kam es nach einer kleinen Verzögerung zur Veröffentlichung von Sammelbänden, die dem Phänomen Rechtsextremismus als solchem, vom Begriff wie von seiner Vielfalt her, auf den Grund zu gehen suchten, um das Feld abzustecken, Bilanz zu ziehen und weitere Forschung anzuleiten. Dazu gehört auch das Buch *Rechtsextremismus*, herausgegeben 1994 von Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schroeder. Der Sammelband umfaßt sechs Kapitel. In einem ersten Problemaufriß beschäftigt sich Richard Stöss mit der Frage nach Forschungs- und Erklärungsansätzen und bietet dabei einen sehr übersichtlich strukturierten Überblick auf den Stand der Forschung. Das zweite Kapitel geht auf die historische Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland ein (Jürgen Winkler, Juliane Wetzel und Heinz Lynen von Berg), ergänzt um internationale Aspekte des Rechtsextremismus in Europa (Franz Greß, Benno Hafeneger, Dietmar Loch und Rolf Lessler im 4. Kapitel). Im dritten Kapitel werden die Themen Jugend, Frauen und Neue Rechte behandelt (Arno Klönne, Gertrud Siller und Armin Pfahl-Traughber), während die beiden letzten Kapitel gesellschaftliche und staatliche Reaktionen (Peter Dudek und Hans-Gerd Jaschke im 5. Kapitel) sowie übergreifende Forschungsansätze und -diskussionen (Claus Leggewie und Eike Hennig im 6. Kapitel) thematisieren. Seinen Abschluß findet der Band durch eine Chronologie des Rechtsextremismus in Deutschland und Europa seit 1945 (von Anne Schmidt) sowie eine Auswahl wichtiger Forschungsliteratur im Anhang.

Die Übersicht der Kapitelfolge zeigt den Umfang der Forschungslage, macht aber auch deutlich, daß es sich gleichsam um ein Puzzle handelt, dessen Teile erst noch zu einem Ganzen zusammengesetzt werden müssen. So ist unabweisbar, daß eine nachvollziehbare Kontinuität von Ideologien und Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute besteht, wobei der Grad der weltweiten Verflechtung unzweifelhaft zugenommen hat. Dieser Zusammenhang ist aber wenig erhellend für die Tatsache rechter Gewalt, wie sie vorrangig von Jugendlichen ausgeübt wird, die größtenteils keine feste Parteibindung aufweisen, oder für die Beobachtung, daß nicht nur Männer, sondern auch Frauen rechtsradikal denken und handeln. Daß der Staat nicht unschuldig ist, wenn es um die Eskalation rechter Gewalt geht, ist kein Geheimnis, erklärt aber nur zum Teil, wieso es überhaupt zur Gewaltanwendung kommt. Auch die Frage, ob es sich bei diesen Formen rechter Gewalteskalation um kollektive Episoden oder eine neue soziale Bewegung von rechts handelt, findet Beachtung, wird jedoch unterschiedlich beantwortet: Während Stöss nicht zu erkennen vermag, „daß es sich bei dem weit verbreiteten Gewaltpotential unter Jugendlichen (und nicht nur dort) um eine Bewegung handelt" (54), spricht Leggewie sogar von einer „Anti-Bewegungs-Bewegung" (335), die zwar Strukturmerkmale links-libertärer Bewegun-

gen aufweist, aber diametral zu deren politischen Emanzipationsbestrebungen steht.

Das Buch von Kowalsky/Schroeder ist, obgleich es gewissermaßen eine Reihe von Fragmenten versammelt, deren Zusammenhang noch nicht ersichtlich ist, als Einführung in die neuere Rechtsextremismusforschung gut geeignet, da es einen repräsentativen Überblick verschafft und mit wichtigen Forschungsfragen bekannt macht. Was dem Band jedoch gut getan hätte, wäre eine Einleitung gewesen, die sich neben eigenen Vorschlägen und Ansätzen (in Anlehnung an Scheuch/Klingemann 1967) noch stärker auf die Zusammenführung und Zusammenschau der einzelnen Arbeiten eingelassen hätte, um dem Leser zumindest andeutungsweise zu zeigen, weshalb das Buch gerade so aufgebaut ist, und ob es nach all der Aufregung nicht einen übergreifenden Zusammenhang gibt.

Für die Bewegungsforschung stellt das Phänomen rechter Gewalt eine faszinierende Herausforderung dar, da es eine Reihe von Merkmalen aufweist, die für eine neue soziale Bewegung von rechts sprechen. Hierzu gehören der Grad der Vernetzung, heterarchische Organisationsstrukturen, symbolische Integrationsmechanismen sowie Interaktionsmuster und Eskalationsprozesse, wie sie aus dem Studium der neuen sozialen Bewegungen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre bekannt sind. Interessiert man sich für diese Fragestellung, so bietet insbesondere der Sammelband von Werner Bergmann und Rainer Erb eine anregende Lektüre, sowohl vom Material her als auch aus theoretischer Perspektive.

Der Band gliedert sich in drei Teile. Zuerst geht es um rechte Subkultur, woran sich fünf Beiträge zur Gewaltfrage anschließen, um schließlich durch Aufsätze zur rechten Szene ergänzt zu werden, die den Abschluß von *Nazismus und rechte Subkultur* bilden. Von besonderem Gewinn sind dabei die Studien zur Subkultur und Szene rechter Gewalttäter und gewalttätiger Jugendlicher, da sie der sozialstrukturellen Verankerung dieses Phänomens, seinen latenten Strukturen und Prozesse nachgehen, die auch dann da sind, wenn nicht gerade wieder ein telegenes Spektakel die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf richtet. „Wenn eine Szene sich in der beschriebenen Weise etabliert hat, wird sie sich nach Mobilisierungsphasen auch nicht einfach wieder auflösen, sondern kann als latentes Bewegungsmilieu weiterbestehen." (Bergmann/Erb 1994: 9) Denn gerade diese 'unsichtbaren' Voraussetzungen, dieses Eingelassensein von Einstellungen und Verhaltensweisen in eine Alltagskultur, die wenig auffällig und doch stabil genug ist, um Angriffen von außen zu widerstehen, kann als eine der zentralen Ressourcen spontaner Mobilisierung verstanden werden, „so daß ein mobilisierbares Netzwerk von Netzwerken, also das Potential für eine soziale Bewegung entsteht." (ebd. 8)

Aber auch die anderen Arbeiten zu Vernetzungstendenzen im deutschen Rechtsextremismus (Ernst Uhrlau, siehe auch Bernd Wagner), zur Analyse der Interaktions- und Eskalationsprozesse zwischen Bewegung und Gesellschaft (Helmut Willems, siehe auch Soja Beck-Niederkirchner), die empirisch orientierten Studien zur Gewalt rechtsradikaler Jugendlicher (Heinz Steinert, Joachim Kersten, Sigrun Anselm, Uwe Markus) sowie zu Fragen nach dem Einfluß des gesamtgesellschaftlichen Umfeldes (Thomas Lau/Hans-Georg Soeffner) und zum Antisemitismus in der rechten Jugendszene (Rainer Erb) vermitteln über weite Strecken einen interessanten Einblick in das Phänomen jugendlicher Gewalt.

Inwiefern es sich bei dem Phänomen rechter Gewalt tatsächlich um eine neue soziale Bewegung handelt, kann allein aufgrund der in diesem Sammelband veröffentlichten Arbeiten nicht entschieden werden. Der Band von Kowalsky/Schroeder hat die Diskussion um die Einheit von Begriff, Ge-

genstand und Fach *Rechtsextremismus* allenfalls vorangetrieben, aber nicht abgeschlossen. Gleichwohl ist festzuhalten, daß mit dem Buch von Bergmann/Erb wichtige Beiträge vorliegen, um entscheiden zu können, ob das Phänomen rechter Gewalt Zukunft hat oder nur ein zeitlich befristetes Erbe der Wendezeit darstellt.

Kai-Uwe Hellmann, Berlin

Fischer, Joschka
Risiko Deutschland.

Krise und Zukunft der deutschen Politik.

Kiepenheuer&Witsch: Köln 1994.

Bücher von Politikern, zumal in Wahljahren geschrieben, haben meist nur einen niedrigen Haltbarkeitswert. Um so bemerkenswerter ist es, wenn diese Regel durchbrochen wird und es einem politischen Akteur gelingt, ein Buch vorzulegen, das über den begrenzten Horizont der Tagesaktualität hinweg Aufschluß gibt über seine Grundsatzpositionen.

Geglückt ist dies Joschka Fischer mit seinem Buch „Risiko Deutschland". Bislang vorwiegend als Umweltpolitiker in Erscheinung getreten, legt der Grüne in einem 340 Seiten umfassenden Werk sein außenpolitisches Programm dar: „Krise und Zukunft der deutschen Politik". Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht dabei die Rolle Deutschlands nach dem Zusammenbruch der alten Weltordnung, an deren Stelle eine große Unordnung mit Risiken und Chancen getreten sei. Nach dem Untergang der Sowjetunion, dem überraschenden „Sieg wider Willen für den Westen" und der deutschen Vereinigung stellt sich für Fischer die Frage, ob Deutschland zum Stabilitätsfaktor einer neuen Ordnung oder, wie bereits mehrfach in der Geschichte, zum Risikofaktor in Europa wird.

Mit Hilfe ausführlicher und detaillierter Rückblenden in die deutsche und europäische Geschichte sucht der „grüne Außenpolitiker" nach Kontinuitäten und Brüchen in der historischen Entwicklung Deutschlands. Sein Buch ist daher nicht nur außenpolitische Analyse, sondern auch Geschichtsbuch. Es „handelt vor allem von der Vergangenheit, von deutscher Geschichte und den Irrungen, ja dem Irrsinn deutscher Machtpolitik." (S.12) In der Wiederkehr dieser Vergangenheit liegt für Fischer das gegenwärtige „Risiko Deutschland". Der Blick auf die Geschichte überzeugt vor allem, weil Fischer sich vorschnelle Analogieschlüsse verbietet. Zurecht betont er, man sollte den Lerneffekt der Geschichte nicht allzu hoch veranschlagen; mindestens genauso groß, wenn nicht größer sei ihr Verführungseffekt. Fischer warnt vor einer drohenden Renationalisierung deutscher Außenpolitik. Deutschlands zukünftige Rolle sei „unklar und zweideutig schwankend einerseits zwischen einer Kehrtwende in die Vergangenheit, in die erneute geopolitische 'Mittellage', in einen erneuten 'deutschen Sonderweg', und andererseits dem Festhalten an jener vierzigjährigen Politik hin zu einer vollständigen europäischen Integration." (S. 41) Vor allem innerhalb der intellektuellen und politischen Eliten gebe es den Wunsch, die neugewonnene Souveränität der „Berliner Republik" deutschnational zu nutzen. Dieser „nationalistische Revisionsversuch" sei eine „gefährliche Politgroteske", die nicht weiter von Belang wäre, „wenn in Deutschland nicht jenes Vakuum bei den Traditionsbeständen bestünde, das jene anhaltende und unbefriedigte Sehnsucht nach Sinngebung durch nationale Politik hervorbringt." (S. 201)

Fischer gibt auf diese „deutsche Frage" eine europäische Antwort. Die beste Versicherung gegen einen neuen deutschen Sonderweg sei der weitere Ausbau der gewachsenen Bindungen mit dem Westen und die Fortsetzung der europäischen Integration. Fischer be-

kennt sich in seinem Buch nicht nur zur politischen Integration Europas im Rahmen der EU, die er mit Blick auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als nahezu „revolutionäre Veränderung" und „unglaubliche historische Leistung" würdigt, sondern er lobt auch ausdrücklich die militärische Integration. Durch sie sei ein wichtiger Kriegsgrund in der Geschichte der europäischen Mächte entfallen, nämlich deren strategische und machtpolitische Rivalität. Daher sei auch die militärische Integration durch die NATO „eine erstaunliche, historisch zu nennende Leistung" (S. 23).

Fischer macht die Begriffe „Westbindung" und „Verwestlichung" zu Schlüsselbegriffen seiner Analyse. Dabei handele es sich nur um eine außen- und bündnispolitische, sondern auch um eine innenpolitisch normative Frage. Der Grüne unterstreicht die „historisch überragende Bedeutung der Westintegration für die deutsche Demokratie" (S. 196) und kommt zu dem Schluß, „daß die Westbindung die zentrale raison d'ètre der zweiten deutschen Demokratie ist" (S. 208). Warum Fischer jedoch gerade nach Beendigung des ideologischen Ost-West-Konflikts die Schlagworte „Westbindung" und „Verwestlichung" zu zentralen Kategorien seiner Analyse macht, wenn er in Wirklichkeit Integration und Demokratisierung meint, erscheint zumindest auf den ersten Blick rätselhaft.

Klarer wird seine Motivation, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieses Buch, unmittelbar vor der Bundestagswahl 1994 erschienen, natürlich eine politische Zielsetzung verfolgt. Dem Realpolitiker erschien es offensichtlich notwendig, Regierungsfähigkeit auf Bundesebene zu signalisieren. Eine Partei, der im politischen Spektrum mehr und mehr die Rolle der FDP zufällt, muß auch außenpolitisch Profil gewinnen. Fischer – der „grüne Genscher"?

Fischers Analyse der „Krise deutscher Politik" ist ebenso informativ wie zutreffend. Sein außenpolitischer Blick ist freilich verengt auf die deutsche Situation. Fischer stellt jedoch zentrale Fragen: „Was wird aus Rußland? Und wohin wird sich Deutschland wenden?" (S. 39) Antwortversuche unternimmt er indes nur für die zweite Problemstellung. Wenn der „grüne Außenpolitiker" von Westbindung und Integration spricht, meint er Deutschland. Nur unzureichend berücksichtigt Fischer die Tatsache, daß es in der momentanen historischen Situation Europas aber vielmehr um die Bindung und Integration Rußlands gehen muß, um Sicherheit und Demokratie in Europa zu sichern. Der Grüne entdeckt die „Deutsche Frage" zu einem Zeitpunkt, da sie bereits von der „Russischen Frage" abgelöst erscheint.

Fischer unterstreicht zu Recht, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Globalisierung werden wird, indem sich die Politik weiter internationalieren muß, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden. Das späte Bekenntnis zur Westintegration und „Verwestlichung" Deutschlands mit der am Ende des Buches eher unvermittelt vorgetragenen Forderung nach Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystem greift daher zu kurz. Den Versuch einer Antwort auf die zentrale Frage, wie solch eine „umfassende Sicherheitsstruktur für ganz Europa" auf der Basis der bestehenden Interessenlage und mit Hilfe der Instrumente des Kalten Krieges zu schaffen wäre, bleibt Fischer schuldig.

Andreas Vogtmeier, Berlin

Rainer Forst
Kontexte der Gerechtigkeit.
Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus.

Frankfurt/M.: Suhrkamp 1994

Den Beginn der amerikanischen Kommunitarismusdebatte markierte 1982 Michael San-

dels Buch „Liberalism and the Limits of Justice". In ihm wurden die moralphilosophischen und anthropologischen Grundannahmen des Liberalismus in Frage gestellt. Bezugsfolie der Kritik war die 1971 erschienene „Theorie der Gerechtigkeit" von John Rawls, die in ihrer Reformulierung sozialvertraglicher Denkfiguren mit den Mitteln analytischer Philosophie für die praktisch-philosophische Argumentation des politischen Liberalismus geradezu paradigmatische Prägekraft erlangt hat. Dieser Umstand verdient allein schon deswegen besondere Beachtung, weil damit nicht der ökonomische oder utilitaristische Liberalismus (etwa Friedman oder Nozick), sondern die maßgeblichen Vertreter eines sozialen Liberalismus zum Bezugspunkt der Kritik wurden. Autoren wie Michael Sandel, Charles Taylor, Michael Walzer und Alasdair MacIntire entwickelten über die Kritik an Rawls und den an ihn anknüpfenden Autoren – wie Ronald Dworkin, Thomas Nagel oder Bruce Ackerman – die Konturen ihrer politischen Philosophie. Als Sammelbegriff dieser Kritiker des politischen Liberalismus hat sich trotz zahlreicher bestehender Unterschiede in den Positionen der einzelnen Autoren der Begriff des „Kommunitarismus" eingebürgert.

Rainer Forsts Studie über die „Kontexte der Gerechtigkeit", dies soll vorweg festgestellt sein, ist eine argumentativ kunstvoll differenzierte und bestens informierte Bilanz der Kommunitarismusdebatte. Sie gibt in einer auch stilistisch ansprechenden Weise Auskunft nicht nur über die zentralen Fragestellungen und Antwortstrategien, sondern auch über die nuancierten Differenzen der Argumente zwischen und innerhalb der beiden Theorielager. Sie zeichnet so ein ebenso detailliertes wie systematisch strukturiertes Bild der im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden moraltheoretischen Kontroverse.

Darüber hinaus vertritt Forst, dessen Arbeit als Frankfurter Dissertation bei Habermas entstanden ist, in Anlehnung an Habermas moraltheoretischen Prozeduralismus ein anspruchsvolles Theorieprogramm, das eine vermittelnde Position „jenseits von Kommunitarismus und Liberalismus" anstrebt. Forst argumentiert mit der im Verlaufe der Kommunitarismusdebatte präzisierten Unterscheidung von Ethik und Moral: Die universalistische Geltung der Moral wird von der partikulären Geltung ethischer Werthorizonte unterschieden, in denen die Mitglieder der Gemeinschaft ihre Vorstellung vom „guten" Leben verkörpert sehen. Doch versteht Forst diese Unterscheidung nicht im Sinne einer moraltheoretischen Dichotomisierung. Sie ist vielmehr erst die Voraussetzung für eine angemessene und reichhaltige Konzeption sozialer Gerechtigkeit. Der Nachweis für diese These wird mit Hilfe analytischer Differenzierungen von Problemkontexten der Kommunitarismusdebatte geführt, deren wechselseitige Verschränkung sich einer prozeduralistischen Moraltheorie erschließt. Die Differenzierung dieser Kontexte der Gerechtigkeit ist selber entlang der Unterscheidung von Ethik und Moral aufgebaut. In einer vereinfachten Wiedergabe der Forst'schen Argumentation bezieht sich die kommunitaristische Kritik vornehmlich auf den Typus der ethischen Gemeinschaft und entwickelt in Orientierung daran ihre Vorstellung von Gerechtigkeit, während die liberale Theorie den Kontext moralischer Gemeinschaften mit dem der Rechtsgemeinschaft kurzschließt und dieses Modell als Bezugspunkt der Gerechtigkeitstheorie verallgemeinert. Für Forst kann jedoch nur eine solche Gesellschaft gerecht genannt werden, die die differierenden Kontexte der Gerechtigkeit in ihrer Eigenart berücksichtigt und auf angemessene Weise vereinigt.

Die eigentliche Pointe, die sich aus der Unterscheidung von Rechtfertigungskontexten, Gemeinschaftskonzepten, Personen- und Autonomiebegriffen

ergibt, liegt in dem Nachweis, daß an die Stelle der wechselseitigen Vorwürfe von „Kontextvergessenheit" und „Kontextversessenheit", die die Kommunitarismusdebatte polarisiert haben, eine Position zu treten vermag, die den liberalen Anspruch einer universalistischen Moralbegründung mit Bezug eben auf deren spezifischen Kontext erneuert. Bevor die argumentativen Begründungsschritte knapp skizziert werden, soll mit Rainer Forst die Ausgangskontroverse kurz rekapituliert werden.
Die kontraktualistische Begründung einer Theorie der Gerechtigkeit sieht bei der Konstruktion eines hypothetischen Vertragszustands von jeglicher Situiertheit der Individuen ab. Die Gesellschaft wird als Summe rational urteilsfähiger Individuen verstanden, die über die Bedingungen einer gerechten Gesellschaft einen sozialvertraglichen Konsens erzielen. Die modellhafte Konstruktion dieses hypothetischen Ausgangszustands soll gerade durch Abstraktion von konkreten Kontexten die allgemeine Geltung des Sozialvertrags im Sinne einer universalistischen Moraltheorie begründen, in deren Zentrum die Individualrechte stehen. Auf diese Argumentationsfigur beziehen sich die kommunitaristischen Vorwürfe der „Kontextvergessenheit" und eines verzerrten Bildes atomistischer „Unpersonen". Individuen, so die kommunitaristische Gegenthese, wachsen als Personen in bestimmten Traditionen, Werthorizonten und Gemeinschaftsbezügen auf, die sich über die Praxis der Gemeinschaft und ihre Institutionen reproduzieren. Gerechtigkeit erschließt sich erst, wenn man die konstitutiven Gemeinschaftsbezüge der Person, den internen Zusammenhang von Identitätsbildung und Moral anerkennt. Gegen diese kommunitaristische These hat die liberale Gegenkritik den Vorwurf der „Kontextversessenheit" erhoben und darauf hingewiesen, daß damit einem moraltheoretischen Partikularismus Tür und Tor geöffnet würde – mit schwerwiegenden Konsequenzen für die allgemeinen Geltungsansprüche der Moral.

In vier Kapiteln diskutiert Forst die kommunitaristische Kritik an den Grundannahmen der liberalen Gerechtigkeitstheorie und die Erwiderungen der liberalen Autoren. Den Anfang macht die Erörterung der Kritik des atomistischen Personenkonzepts und das strittige Konzept der ethischen Person: In ethischen Gemeinschaften, die partikulare Vorstellungen des „guten Lebens" ausbilden, geht es der ethischen Person um die Verwirklichung selbstbestimmter ethischer Identität (Kap.1). Die Auseinandersetzung mit der kommunitaristischen Kritik des Neutralitätsanspruchs liberaler Gerechtigkeits- und Rechtsprinzipien und des Konzepts der Rechtsperson ermöglicht die Präzisierung des Kontextes der Rechtsgemeinschaft: In Rechtsgemeinschaften setzt die rechtlich-persönliche Autonomie Gleichbehandlung und Respekt voraus (Kap.2). Die Diskussion des kommunitaristischen Vorwurfs mangelnder sittlicher Kraft der liberalen politischen Gemeinschaft führt zum Kontext der politischen Gemeinschaft der Bürger: In politischen Gemeinschaften geht es um die Fähigkeit zur Selbstbestimmung unter Bedingungen der Gleichberechtigung als Bürger (Kap.3). Die kommunitaristische Kritik an dem universalistischen Anspruch liberaler Moraltheorie führt zum Kontext der moralischen Gemeinschaft und dem Konzept der moralischen Person: In der moralischen Gemeinschaft aller Menschen geht es um die allgemeinen Möglichkeiten eines autonomen Lebens innerhalb moralischer Grenzen, um die moralische Autonomie von Personen als Autoren und Adressaten des Rechts (Kap.4). Im abschließenden 5. Kapitel werden die Ergebnisse dieses kritischen Durchgangs bewertet und wird die Theorieperspektive einer normativ-prozeduralen Verschränkung der analytisch unterschiedenen Kontexte der Gerechtigkeit zusammenfassend erläutert.

Universalistische Begründungsansprüche der Moraltheorie, so Forst, müssen, um die Bezüge der Gerechtigkeitstheorie auf die divergierenden Kontexte der Gerechtigkeit offenzuhalten, auf einen prozeduralistischen Formalismus der Normbegründung (allgemein und reziprok) zurückgenommen werden und jede Substantialisierung vermeiden. In der Begründungsstrategie von Forst nehmen die Rechtsgemeinschaft und die politische Gemeinschaft die wesentliche Funktion der normativen Verschränkung der Kontexte der Gerechtigkeit auf jeweils verschiedene Weise praktisch wahr.

Die Rechtsgemeinschaft setzt die Fähigkeit ethischer Selbstrelativierung voraus, ohne von der ethischen Einbindung von Personen abzusehen. Das Recht garantiert vielmehr als „Schutzhülle" die Möglichkeit ethischer Selbstbestimmung unter Bedingungen ethisch-kultureller Pluralität. Die Rechtsgemeinschaft ist über das Prinzip politischer Legitimation mit der politischen Gemeinschaft intern verbunden und hält über den moralischen Kern der Rechtsbegründung auch Anschluß an den Rechtfertigungskontext der moralischen Gemeinschaft.

Die politische Gemeinschaft der Bürger als Autoren des Rechts vermittelt zwischen den ethischen Anforderungen der politischen Integration einer politischen Gemeinschaft (Geschichte, Traditionen, Institutionen etc.) und den moralischen Anforderungen politischer Legitimation. Entsprechend anspruchsvoll fällt denn auch das Konzept des Bürgers aus, das ethische Differenz, rechtliche Gleichheit und politische wie soziale Inklusionsansprüche kombiniert. Liberale wie kommunitaristische Konzepte politischer Gemeinschaft verfehlen den Zusammenhang einer ethisch imprägnierten politischen Integration und einer auf moralische Gründe gestützten politischen Legitimation. Konzeptionen der „civil society" und der „deliberativen Demokratie" greifen dagegen Momente beider Seiten auf.

Im Laufe der Kommunitarismusdebatte haben sich die Fronten geklärt, sind wechselseitige Annäherungsversuche und Vermittlungsvorschläge gemacht worden. Neuere Schriften von John Rawls oder die Arbeiten von Michael Walzer sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Die Arbeit von Rainer Forst geht diesen Versuchen kritisch nach und macht einen eigenständigen Vermittlungsvorschlag von Moralität und Sittlichkeit, von individuellen Rechten und dem Guten, von konkreten Kontexten und abstrakter Vernunft. Sie rekurriert dabei vor allem auf Habermas (moraltheoretischer Prozeduralismus) und Walzer (in selbständiger Anknüpfung an dessen Unterscheidung von Sphären der Gerechtigkeit).

Mit dem vorläufigen Abschluß der moraltheoretischen Kontroverse verlagert sich der Schwerpunkt der Diskussion zunehmend auf das sozialwissenschaftliche und politische Terrain. Dort werden die normativen Impulse der Kommunitarismusdebatte zunehmend aufgegriffen, müssen aber freilich auch in empirische und analytische Fragestellungen übersetzt werden. Das für eine gerechte Gesellschaft von Forst in seiner Bedeutung hervorgehobene Zusammenspiel von Rechtsgemeinschaft und der politischen Gemeinschaft der Bürger bedarf daher der eingehenderen Diskussion. Angesichts verbreiteter Tendenzen zunehmender sozialer, nationalistischer und ethnischer Exklusion stößt eine elaborierte Gerechtigkeitstheorie hinsichtlich ihrer praktischen Voraussetzungen durchaus auf Skepsis. Ob die politische Gemeinschaft der Bürger ihre integrative Rolle gegen alle zentrifugalen Tendenzen wird ausfüllen können, dürfte nicht zuletzt von institutionellen Umbauten der liberalen Demokratie abhängen, die bürgerschaftliches Handeln ermutigen und stärken.

Ansgar Klein, Berlin

Kommunitarismus – ein Literaturüberblick

„Kommunitarismus" ist ein Terminus, der in deutschen Fachlexika und Handbüchern der Politikwissenschaft im Sachregister bisher vergeblich gesucht[1] wird und selbst in (Literatur-) Datenbanken (SOLIS, FORIS) nicht „verschlagwortet" ist. Trotzdem soll hier eine Literaturliste angeboten werden, die sich aus einer dreijährigen Beschäftigung mit der Rezeption des Begriffs und Konzepts in der Bundesrepublik Deutschland ergeben hat. Einem solchen „Unternehmen" sind natürlich Grenzen gesetzt: erstens in zeitlicher Hinsicht, d.h. es wurde vor allem nach deutschsprachiger Literatur recherchiert, die seit 1990 erschienen ist; zweitens in inhaltlicher Hinsicht, d.h. es wurden vor allem Publikationen an der „Schnittstelle" zwischen Politikwissenschaft und (politischer) Philosophie berücksichtigt. Diese „Auswahl" wurde um inzwischen „klassische" Texte der (Liberalismus-) Kritik an John Rawls und Kritik an der Diskursethik erweitert: Publikationen von M.Sandel, A.MacIntyre, R.Bellah u.a., C.Taylor, M.Walzer, aber auch von A.Etzioni, R.Rorty und R.Dworkin. Englischsprachige Texte wurden nur in die Liste aufgenommen, insofern sie bis heute nicht ins Deutsche übersetzt wurden (vgl. Honneth 1993).

Inhaltlich war die Abgrenzung weit schwieriger, da die Kommunitarismus"debatte" in mehreren Kontexten geführt wurde und wird. So zwischen der Suche nach dem (aristotelischen) Guten und dem (liberalen) Gerechten, zwischen Moderne und Postmoderne, zwischen (egoistischem, von Nutzenkalkülen geleiteten) Individuum und Gemeinschaft, zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, zwischen universalistischen und partikularistischen Werten und Maßstäben, zwischen Liberalismus und Kommunitarismus(-kritik) usw. Zudem scheinen die Grenzen zum Konzept der „Zivilgesellschaft", zumindest US-amerikanischer Couleur (M.Walzer), fließend zu sein. Daß sich mittlerweile mehrere Disziplinen theoretisch mit dem Forschungsgegenstand „Kommunitarismus" beschäftigen, so die Politikwissenschaft, die (politische) Philosophie, aber auch die Soziologie, trägt zur weiteren Unübersichtlichkeit in der Literatur bei. Und daß unter dem Etikett „Kommunitarismus" das Prinzip der neuen „Subsidiarität" für den Ab- und Umbau des Sozialstaats hoffähig gemacht wird, zeigt die Bedeutung der Debatte für die Praxis auf.

Weitgehend unberücksichtigt bleibt hier die nicht unwesentliche Debatte um den Kommunitarismus in der Moral- und Subjektphilosophie sowie die Diskussionen um die politische Ethik und (Bürger-) Tugenden. Ebenso außer acht bleibt die Übertragbarkeit des Konzepts auf deutsche Verhältnisse, wo unter „community" bisher eher Volksgemeinschaft verstanden wurde, so daß aber auch Konzeptionen von H. Plessner, F. Tönnies (s.a. „Geschichtliche Grundbegriffe") u.a. hier keine Erwähnung finden.

Was bleibt, ist der Versuch einer (fast vollständigen) Zusammenstellung von Literatur, die ein wenig die Rezeptions-„geschichte" des Kommunitarismus in der Bundesrepublik Deutschland erhellen und für eine (erste) Diskursanalyse dienen könnte.

Abschließend soll explizit auf einige in der Liste erwähnten informativen (teilweise weiterführende) Bibliographien (Kallscheuer, in: Zahlmann 1992; Rieger 1993; Honneth 1993; Forst 1994) und zwei

[1] Eine Ausnahme stellt die Neuausgabe des „Wörterbuch Staat und Politik", hrsg. von Dieter Nohlen und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, dar

Themenhefte von Zeitschriften (Transit: Gute Gesellschaft, Heft 5, 1993; Deutsche Zeitschrift für Philosophie: Symposium zu Michael Walzer „Sphären der Gerechtigkeit", Heft 6, 1993) hingewiesen werden.

Deutschsprachige „klassische" Standardwerke – vier Sammelbände:

I. Beiträge (Referate) auf einem vom Gründungssekretariat der Frankfurter Akademie der Wissenschaft und Künste im Mai 1992 veranstalteten Kongreß:

I.1. *Brumlik, Micha/Brunkhorst, Hauke* 1993 (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit, Frankfurt/M.
I.2. *Frankenberg, Günter* 1994 (Hrsg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft, Frankfurt/M.

II. Erstmals ins Deutsche übersetzte „klassische" Texte der Debatte um Kommunitarismus und Liberalismus in den Vereinigten Staaten von Amerika (Mitte der achtziger bis Anfang neunziger Jahre):
Honneth, Axel 1993 (Hrsg.): Kommunitarismus – eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/M. (mit sehr guter Bibliographie und Sachregister).

III. Auftakt der Diskussion um den Kommunitarismus in der Bundesrepublik Deutschland im „Forum Humanwissenschaften" der Frankfurter Rundschau zwischen November 1991 und März 1992; zusammengefaßt in:
Zahlmann, Christel 1992 (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion – eine streitbare Einführung, Berlin

Die insgesamt etwa 50 Einzelbeiträge in diesen Sammelbänden werden im folgenden nicht aufgeführt!

IV. Monographie mit Kurzbiographien der wichtigsten Kommunitarier bzw. Kommunitaristen:
Reese-Schäfer, Walter 1994: Was ist Kommunitarismus?, Frankfurt/M.

Zeitschriftenaufsätze, Beiträge in Sammelbänden, Artikel in Zeitungen, Periodika, Interviews usw.:

I. Interviews:

Etzioni, Amitai 1994: im Gespräch mit Peter-Erwin Jansen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 41/1994, 3, 254-258
Etzioni, Amitai 1994: im Gespräch mit Thomas Rüst: Kommunitarismus - Antworten auf die Sinnkrise der neunziger Jahre? – Die traditionellen Kategorien von links und rechts überwinden – „Community" heisst das Zauberwort von Amitai Etzioni, in: Tagesanzeiger vom 6. Dezember 1994
Axel Honneth 1992: Über Michael Walzer – Die Versöhnung von Freiheit und Gleichheit: Thema: Das Ende des amerikanischen Traums?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 39/1992, 1, 16-26
Mouffe, Chantal/Michael Walzer 1992: „Man muß nicht nur tolerant sein, sondern auch demütig", in: Prokla 22/1992, 87 (2), 286-297

II. Monographien oder Aufsatzsammlungen eines Autors:

Bell, Daniel 1993: Communitarianism and its Critics, Oxford
Bellah, Robert u.a. 1987: Gewohnheiten des Herzens - Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, Köln
Benhabib, Seyla 1995: Autonomie, Moderne und Gemeinschaft – Kommunitarismus und kritische Gesellschaftstheorie im Dialog, in: *Benhabib, Seyla*: Selbst im Kontext - Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne, Frankfurt/M., 76-95
Brunkhorst, Hauke 1994: Gemeinschaft und Gerechtigkeit: Michael Walzer, in: *Brunkhorst, Hauke*: Demokratie und Differenz – vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen – Egalitäter Individualismus, Frankfurt/M., 117-132
Cladis, Mark S. 1992: Durkheim Among a Company of Critics: Rawls, Walzer, MacIntyre, and Rorty, in: *Cladis, Mark S.*: A Communitarian Defense of Liberalism – Emile Durkheim and the contemporary social theory, Stanford, 256-286
Etzioni, Amitai 1987: Aktive Gesellschaft, Frankfurt/M.
Etzioni, Amitai 1993: The Spirit of Community - Rights, Responsibilities, and the Communitari-

an Agenda, New York
Etzioni, Amitai 1994: Jenseits des Egoismusprinzips, Stuttgart
Forst, Rainer 1994: Kontexte der Gerechtigkeit – Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus, Frankfurt/M.
Galston, William 1991: Liberal Purposes – Goods, Virtues, and Diversity in the Liberal State, Cambridge
Gianni, Matteo 1994: Les liens entre citoyenneté et démocratie sur la base du débat „libéraux – communautariens" – réflexions autour de la démocratie multiculturelle, in: études et recherches, no.26, 1994
Honneth, Axel 1994: Formen der Gesellschaftskritik, in: *ders.*: Desintegration – Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose, Frankfurt/M., 71-79 (s.a. *Honneth, Axel*: Universalismus und kulturelle Differenz – zu Michael Walzers Modell der Gesellschaftskritik, in: Merkur 45/1991, 11, 1049-1054)
Horster, Detlef 1993: John Rawls und Michael Walzer, oder: Die Suche nach den moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, in: *Horster, Detlef*: Politik als Pflicht – Studien zur politischen Philosophie, Frankfurt/M., 269-275
Kersting, Wolfgang 1993: Kant und die politische Philosophie der Gegenwart, in: *Kersting, Wolfgang*: Wohlgeordnete Freiheit – Immanuel Kants Rechts- und Staatsphilosophie, Frankfurt/M., 11-87 (20-23)
Kersting, Wolfgang 1993: Kommunitaristische Liberalismuskritik, in: *Kersting, Wolfgang*: John Rawls zur Einführung, Hamburg, 185-198
Larmore, Charles E. 1995: Strukturen moralischer Komplexität, Stuttgart- Weimar
MacIntyre, Alasdair 1987: Der Verlust der Tugend – zur moralischen Krise der Gegenwart, Frankfurt/M.-New York
MacIntyre, Alasdair 1988: Whose Justice? Which Rationality?, London
MacIntyre, Alasdair 1990: Three Rival Versions of Moral Enquiry – Encyclopaedia, Genealogy and Tradition, Notre Dame
McMylor, Peter 1994: Alasdair MacIntyre – critic of modernity, London
Mouffe, Chantal 1993: American Liberalism and its Communitarian Critics, in *Mouffe, Chantal*: The Return of the Political, London-New York, 23-40
Mulhall, Stephen/Adam Swift 1992: Liberals and Communitarians, Oxford
Rawls, John 1979: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.
Rawls, John 1992: Die Idee des politischen Liberalismus – Aufsätze, Frankfurt/M.
Rawls, John 1993: Political Liberalism, New York
Rorty, Richard 1987: Der Vorrang der Demokratie vor der Philosophie, in: *Rorty, Richard*: Solidarität oder Objektivität – drei philosophische Essays, Stuttgart, 82-125
Sandel, Michael 1982: Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge
Sandel, Michael 1984: Liberalism and its Critics, Oxford
Seelmann, Kurt 1994: Kommunitaristische Gerechtigkeitstheorien, in: *Seelman, Kurt*: Rechtsphilosophie, München, 187-193
Spector, Horacio 1993: IX. Kommunitaristischer moralischer Realismus, in: *Spector, Horacio*: Analytische und postanalytische Ethik - Untersuchungen zur Theorie moralischer Urteile, Freiburg-München, 155ff.
Taylor, Charles 1993: Die Politik der Anerkennung, in: *Taylor, Charles*: Multikulturalismus als Politik der Anerkennung, Frankfurt/M., 13-78
Taylor, Charles 1994: Quellen des Selbst – die Entstehung der neuzeitlichen Identität, Frankfurt/M.
Walzer, Michael 1991: Kritik und Gemeinsinn, Berlin
Walzer, Michael 1992: Sphären der Gerechtigkeit – ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/M.-New York
Walzer, Michael 1992: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin

III. Reader, Sammelbände etc. und Nachworte in Monographien:

Avineri, Shlomo/Shalit, Avner de 1992 (eds.): Communitarianism and Individualism, Oxford
Becker, Michael 1994: Politische Philosophie (5. Gemeinschaft vs. Gesellschaft oder Kommunitarismus vs. Liberalismus), in: *Manfred Mols u.a.* (Hrsg.): Politikwissenschaft – eine Einführung, München u.a., 193-198
Brunkhorst, Hauke 1992: Gesellschaftskritik von innen?, in: *Apel, Otto/Matthias Kettner* (Hrsg.): Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft, II. Gegen die liberalisti-

sche und kommunitaristische Halbierung kommunikativer Vernunft, Frankfurt/M., 149-167
Brunkhorst, Hauke 1993: Vom Vorrang der Volkssouveränität. Demokratie durch Differenz, in: *Menke, Christoph/Martin Seel* (Hrsg.): Zur Verteidigung der Vernunft gegen ihre Liebhaber und Verächter, Frankfurt/M., 268-284
Cohen, Jean L. 1990: Discourse Ethics and Civil Society, in: *David M. Rasmusen* (ed.): Universalism vs. Communitarianism – contemporary debates in ethics, Cambridge/Mass., 83-105
Douglass, Bruce R./Gerald M. Mara/Henry S. Richardson 1990 (eds.): Liberalism and the Good, New York-London
Dubiel, Helmut 1992: Konsens oder Konflikt? – die normative Integration des demokratischen Staates, in: *Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa, 18. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen, 130-137
Forst, Rainer 1993: Kommunitarismus und Liberalismus – Stationen einer Debatte, in: *Honneth, Axel* (Hrsg.): Kommunitarismus – eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Band 26, Theorie und Gesellschaft, Frankfurt/M.-New York, 181-212
Gebhardt, Jürgen/Rainer Schmalz-Bruns 1994: Was hält heutige Gesellschaften politisch zusammen?, in: *Gebhardt, Jürgen/Rainer Schmalz-Bruns*: (Hrsg.): Demokratie, Verfassung und Nation – die politische Integration moderner Gesellschaften, Baden-Baden, 7-29
Habermas, Jürgen 1992: Drei normative Modelle der Demokratie. Zum Begriff deliberativer Politik, in: *Münkler, Herfried* (Hrsg.): Die Chancen der Freiheit – Grundprobleme der Demokratie, München-Zürich, 11-24
Habermas, Jürgen 1993: Anerkennungskämpfe im demokratischen Rechtsstaat, in: *Taylor, Charles*: Multikulturalismus, Frankfurt/M., 147-196
Honneth, Axel 1988: Nachwort, in: *Taylor, Charles*: Negative Freiheit ? – zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus, Frankfurt/M., 295-314
Kallscheuer, Otto 1990: Michael Walzers kommunitärer Liberalismus oder Die Kraft der inneren Opposition – Nachwort, in: *Walzer, Michael*: Kritik und Gemeinsinn, Berlin, 126-143
Kersting, Wolfgang 1991: Die Liberalismus-Kommunitarismus-Kontroverse in der amerikanischen politischen Philosophie, in: *Gerhardt, Volker u.a.* (Hrsg.): Politisches Denken, Jahrbuch 1991, 82-102
Kersting, Wolfgang 1991: Verfassungspatriotismus, kommunitäre Demokratie und die politische Vereinigung der Deutschen, in: *Braitling Petra/Walter Reese-Schäfer* (Hrsg.): Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen – Philosophen und die Politik, Frankfurt/M., 143ff.
Kersting, Wolfgang 1992: Liberalismus, Kommunitarismus, Republikanismus, in: *Apel, Otto/Matthias Kettner* (Hrsg.): Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft, Gegen die liberalistische und kommunitaristische Halbierung kommunikativer Vernunft, Frankfurt/M., 127ff.
Mayer, Tilman 1994: Kommunitarismus, Patriotismus und das nationale Projekt, in: *Mayer, Tilman/Bernd Estel* (Hrsg.): Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften – Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven, Opladen, 115-130
Pfahl-Traughber, Armin 1994: Die Kommunitarismus-Liberalismus-Debatte – Sammelrezension zu einer sozialphilosophischen Kontroverse, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 6/1994, 152-158
Rasmusen, David 1990 (ed.): Universalism vs. Communitarianism – Contemporary debates in Ethics, Cambridge/Mass.
Rosenblum, Nancy L. 1989 (ed.): Liberalism and the Moral in Life, Cambridge/Mass.
Schlüter, Carsten/Lars Clausen 1990 (Hrsg.): Renaissance der Gemeinschaft? – Stabile Theorie und neue Theoreme, Berlin
Schultze, Rainer-Olaf 1995: Gemeinwohl (4.), in: *Nohlen, Dieter* (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik – Neuausgabe 1995 (Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn, 196-198
Taylor, Charles 1985: Justice After Virtue, in: *Benedikt, Michael u.a.* (Hrsg.): Kritische Methode und Zukunft der Anthropologie, Wien, 23ff.

IV. Aufsätze in Zeitschriften, Periodika etc.:

Altvater, Elmar 1992: Stammeswesen im globalen Dorf, in: Blätter für deutsche und internationa-

le Politik 37/1992, 541-551
Bader, Veit-Michael 1994: Bürgerschaft und Ausschließung, oder: What's wrong with communitarianism and (neo-) republicanism? Das Beispiel Michael Walzers, in: Dialektik 1994, 1, 81-96
Bluhm, Harald 1993: Erhellende Gegensätze – Michael Walzers und Leo Strauss' Rückgriff auf die Antike, Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, Heft 6
Bohnet, Iris/Bruno S. Frey 1994: Kooperation, Kommunikation und Kommunitarismus – eine experimentelle Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46/1994, 453-463
Brink, Bert van den 1993: Gerechtigkeit und Solidarität – die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte in der politischen Philosophie, in: Transit – Europäische Revue 1993, 5, 51-72
Brumlik, Micha 1992: Gleichheit und Bürgerstolz – Michael Walzers nachegalitäre Theorie der Gerechtigkeiten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37/1992, 482-490
Brunkhorst, Hauke 1994: Erziehung zur „Gemeinschaft"? – über den modernitätstypischen Zusammenhang von Kritik, Krise und autonomer Subjektivität, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39/1994, 991-999
Buchanan, Allen E. 1989: Assessing the Communitarian Critique of Liberalism, in: Ethics 99/1988-89, 4, 852ff.
Buchstein, Hubertus/Rainer Schmalz-Bruns 1992: Gerechtigkeit als Demokratie – zur politischen Philosophie von Michael Walzer, in: Politische Vierteljahresschrift 33/1992, 375-398
Buchwald, Delf 1993: Die Kunst der Differenzierung – über Michael Walzers „Sphären der Gerechtigkeit", in: *Orsi, Guiseppe* (Hrsg.): Gerechtigkeit, Frankfurt/M. u.a., Rechtsphilosophische Hefte, Bd. 2, 59-78
Caney, Simon 1992: Liberalism and Communitarianism: a Misconceived Debate, in: Political Studies XL/1992, 273-289
Cladis, Mark S. 1993: Entre libéralisme et communautarisme, Émile Durkheim, in: Revue du MAUSS semestrielle 1993, 2, 89-97
Cohen, Joshua 1993: Kommunitarismus und universeller Standpunkt – Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 1009-1020
Derber, Charles 1993: Coming glued: communitarianism to the rescue, in: Tikkun 8/1993, 4, 27-30; 95-99
Derber, Charles 1993: Charles Derber responds to Amitai Etzioni, in: Tikkun 8/1993, 5, 51
DiQuattro, Arthur 1983: Rawls and Left Criticism, in: Political Theory 11/1983, 1, 53ff.
Downing, Lyle A./Robert B. Thigpen 1987: Liberalism and the Communitarian Critique, in: American Journal of Political Science 31/1987, 3, 637ff.
Dworkin, Ronald 1989: Liberal Community, in: California Law Review 77/1989, 479-504
Ellrich, Lutz 1993: Zulassung und Ausschluß. Der Umgang mit Verschiedenheit, Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 1059-1072
Engler, Wolfgang 1993: Verwicklung und Verpflichtung. Zur Krise der moralischen Urteilskraft, Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 1073-1086
Etzioni, Amitai 1990: Liberals and Communitarians, in: Partisan Review LVII/1990, 2, 215-227
Etzioni, Amitai 1993: On Communitarian and its inclusive agenda, in: Tikkun 8/1993, 5, 49-51
Fach, Wolfgang/Annette Ringwald 1993: Postmoderne Stammesfehden, in: links 1993, 2, 31-33
Füllberth, Georg 1994: Gemeinsinn und Feindbild, in: konkret 1994, 6, 36-38
Galston, William A. 1989: Community, Democracy, Philosophy – The Political Thought of Michael Walzer, in: Political Theory 17/1989, 1, 119ff.
Giusti, Miguel 1994: Die liberalistische Suche nach einem „übergreifenden Konsens", in: Philosophische Rundschau 41/1994, 1, 53-73
Giusti, Miguel 1994: Topische Paradoxien kommunitaristischer Argumentation, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 42/1994, 759-781
Güntner, Joachim 1992: Fortschreitende Moralisierung – John Rawls' politische Philosophie, in: Merkur 46/1992, 522/523 (9/10), 953-957
Haker, Hille 1994: Die kommunitaristische Kritik an der Dis-

kursethik, in: Ethik und Unterricht 5/1994, 2, 12-18
Heins, Volker 1993: Die Dividierbarkeit des Individuums – Anmerkungen zu zwei Büchern von Michael Walzer, in: Leviathan 21/1993, 2, 272-284
Honneth, Axel 1991: Grenzen des Liberalismus – zur politisch-ethischen Diskussion um den Kommunitarismus, in: Philosophische Rundschau 1991, 1-2, 83-102
Horster, Detlef 1993: Gemeinschaft und Individuum (Tagung „Gemeinschaft und Gesellschaft" in Frankfurt vom 28.05.-30,05.1992), in: Information Philosophie 1993, 3, 60-62
Jansen, Peter-Erwin/Joachim Volke 1992: Die moralische Substanz der Demokratie – Neuerscheinungen zur Kommunitarismus-Debatte und einige Anmerkungen zu Michael Walzer, in: Widerspruch 12/1992, 24, 173-179
Joas, Hans 1992: Gemeinschaft und Demokratie in den USA – Die vergessene Vorgeschichte der Kommunitarismus-Diskussion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37/1992, 859-869
Kallscheuer, Otto 1993: Individuum, Gemeinschaft und die Seele Amerikas – die christliche Republik, in: Transit 1993, 5, 31-50
Kersting, Wolfgang 1993: Liberalismus und Kommunitarismus – zu einer aktuellen Debatte, in: Information Philosophie 1993, 3, 4-18
Klinger, Cornelia 1994: Kommunitarismusdebatte – ein Streit, der keiner ist?, in: Transit 1994, 7, 122-139
Kunz, Harry 1994: Die Illusion des Kommunitarismus, in: Die Kommune 12/1994, 11, 39-42
Kymlicka, Willi 1988: Liberalism and Communitarianism, in: Canadian Journal of Philosophy 18/1988, 2, 181-203
Ladwig, Bernd 1994: Sittlichkeit statt Sozialismus – neue deutschsprachige Beiträge zum „Kommunitarismus" – ein kritischer Literaturbericht, in: Leviathan 22/1994, 3, 446-458
Lohauß, Peter 1993: Great Society? Good Society!, Teil 1: Eine neue Politik für die neunziger Jahre in den USA und ihre kommunitaristische Begründung, in: Kommune 11/1993, 5, 9-13
Lohauß, Peter 1993: Great Society? Good Society!, Teil 2: Die „Vergessene Mittelklasse" und die Grundlagen kommunitaristischer Politik, in: Kommune 11/1993, 6, 33-45
Lohauß, Peter 1995: Gemeinschaft und Autonomie – für einen bundesrepublikanischen Kommunitarismus, in: Kommune, 12/1995, 5, 68-71
Matjan, Gregor 1995: Von der Dekonstruktion zur Rekonstruktion – Kommunitarismus als Herausforderung von liberalem Universalismus und Kulturrelativismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2, 183-197
Nagl-Docekal, Herta 1993: Die Kunst der Grenzziehung und die Familie, Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 41/1993, 1021-1034
Narr, Wolf-Dieter 1992: Die Kunst zahnloser Kritik – Nachbemerkungen zum Gespräch zwischen Chantal Mouffe und Michael Walzer, in: Prokla 22/1992, 87 (2), 298-309
Odenwald, Stephanie 1993: Die gute Gesellschaft – Über die Gewohnheiten des Herzens, in: Sozialismus 1993, 6, 38-41
Okin, Susan Moller 1993: Für einen humanistischen Liberalismus, in: Transit 1993, 5, 74-90
Okin, Susan Moller 1994: Political Liberalism, Justice, and Gender, in: Ethics 105/1994, 1, 23-43
Pauer-Studer, Herlinde 1994: Das Rechte oder das Gute? Feministische Kritik am Kommunitarismus und Liberalismus, in: Das Argument 36/1994, 206 (4/5), 775-784
Quarch, Christoph 1994: Politische Therapeuten – Der Streit zwischen Kommunitaristen und Liberalisten, in: Lutherische Monatshefte 33/1994, 3, 14-16
Rawls, John 1994: Das Ideal des öffentlichen Vernunftgebrauchs, in: Information Philosophie 22/1994, 1, 5-18 (Vortrag im Juli 1992 auf der Tagung „Zur Idee des Politischen Liberalismus" in Bad Homburg)
Reese-Schäfer, Walter 1993: Kommunitärer Gemeinsinn und liberale Demokratie, in: Gegenwartskunde 1993, 3, 305-318
Richter, Dirk 1994: Theorie als Identitätsstifter? – Über Vorstellungen von Kollektiv-Identitäten in zivilgesellschaftlichen und kommunitaristischen Theorien, in: Kommune 12/1994, 1, 37-40
Rieger, Günter 1993: Wieviel Gemeinsinn braucht die Demokratie? – zur Diskussion um den Kommunitarismus, in: Zeitschrift für Politik 40/1993, 3, 304-332
Rorty, Richard 1983: Postmodernist Bourgeois Liberalism, in:

Journal of Philosophy 80/1983, 583ff.
Rosenblum, Nancy 1984: Moral Membership in a Post-Liberal-State, in: World Politics 36/1984, 4, 581ff.
Rosner, Peter 1994: Gerechtigkeit, Pluralität und ihre Grenzen, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 19/1994, 1, 60-78
Rössler, Beate 1992: Der ungleiche Wert der Freiheit – Aspekte feministischer Kritik am Liberalismus und Kommunitarismus, in: Analyse und Kritik 14/1992, 86-113
Rössler, Beate 1993: Kommunitaristische Sehnsucht und liberale Rechte – zu Michael Walzers politischer Theorie der Gesellschaft, Symposium zu Michael Walzer: Sphären der Gerechtigkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 41/1993, 1035-1048
Sandel, Michael 1984: Morality and the Liberal Ideal, in: The New Republic 7.5.1984, 15ff.
Schmalz-Bruns, Rainer 1992: Die Konturen eines „neuen Liberalismus" – zur Debatte um Liberalismus, Kommunitarismus und Civil Society, in: Politische Vierteljahresschrift 33/1992, 662-672
Schwarzenbach, Sybil A. 1991: Rawls, Hegel and Communitarianism, in: Political Theory, 19/1991, 4, 539ff.
Selznick, Philip 1987: The Idea of a Communitarian Morality, in: California Law Review 75/1987, 1, 445-463
Strasser, Johano 1992: Rückkehr zum Common Sense, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1992, 1, 26ff.
Sutor, Bernhard 1995: Nationalbewußtsein und universale politische Ethik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10/95 (03.03.1995), 3-13
Szacki, Jerzy 1993: Aus einem fernen Land – Kommentar zu Charles Taylor, in: Transit 1993, 5, 21-30
Taylor, Charles 1993: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie ?, in: Transit 1993, 5, 5-20
Thigpen, Robert B./Lyle A. Downing 1989: Liberal and Communitarian Approaches to Justification, in: The Review of Politics 1989, 533ff.
Tönnies, Sybille 1993: Die konkrete Gemeinschaft, in: Merkur 1993, 7, 376-385
Türk, Hans Joachim 1994: Zwischen Universalismus und Partikularismus – zur politischen Ethik des Kommunitarismus, in: Stimmen der Zeit 1994, 8, 537-545
Vorländer, Hans 1988: Auf der Suche nach den moralischen Ressourcen Amerikas – Republikanischer Revisionismus und liberale Tradition der USA, in: Neue Politische Literatur 33/1988, 2, 226ff.
Vorländer, Hans 1995: What's liberal? Der Liberalismus zwischen Triumph und Erschöpfung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10/95 (03.03.1995), 3-13
Wallach, John R. 1987: Liberals, Communitarians, and the Task of Political Theory, in: Political Theory 15/1987, 4, 581ff.
Walzer, Michael 1992: Scenarios for possible lefts, in: Dissent 1992, 466-469
Walzer, Michael 1992: Das neue Stammeswesen – Erörterungen über das Zusammenleben der Völker, in: lettre international 1992, Frühjahr, 8-11 (s.a. in: *Bauer, Martin/Otto Kallscheuer* 1993 (Hrsg.): Sie bewegt sich doch – ein Weltbilder-Lesebuch, Berlin, 25-32)
Walzer, Michael 1993: Exclusion, Injustice, and the Democratic State, in: Dissent 1993, Winter, 55-64
Walzer, Michael 1994: Moralischer Minimalismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 42/1994, 1, 3-13
Weiland, René 1992: Michael Walzer und der Universalismus, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 39/1992, 6, 1992, 546-549
White, Stephen K. 1988: Justice and Postmodern Problematic, in: Praxis International 7/1987-88, 3-4, 306ff.
Wischke, Mirko 1994: Mill, Rawls und die politische Ethik, in: Ästhetik und Kommunikation 23/1994, 84, 107-110

V. Artikel in Zeitungen:

Adam, Konrad 1994: Was von den Richtungskämpfen bleibt – die Auseinandersetzung zwischen Individualisten und Kommunitaristen überholt den Gegensatz von links und rechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1994, Nr.60, Wochenendbeilage „Bilder und Zeiten", 1-2
O.V. 1994: Die Stimme der Gemeinschaft hörbar machen – ein Manifest amerikanischer Kommunitarier über Rechte und Verantwortung in der Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. März 1994, Nr.56, 37
Hofmann, Gunter 1992: Ein philosophischer Import wird debattiert: der Kommunitarismus –

Gemeinsinn gesucht, in: DIE ZEIT vom 5. Juni 1992, Nr. 24, 49
Krockow, Christian Graf von 1982: Gemeinschaft oder Gesellschaft? – Wege aus der einsamen Freiheit – Balanceakte (III), in: DIE ZEIT vom 8. Oktober 1982
Perger, Werner A. 1991: Auf der Suche nach dem guten Leben – Momentaufnahme der amerikanischen Debatte: Liegt die Zukunft der Demokratien in einer neuen Moral? - auch in Amerika diskutiert die demokratische Linke ihr Selbstverständnis in einer veränderten Welt, in: DIE ZEIT vom 25. Oktober 1991, Nr. 44, 11
Piper, Nikolaus 1992: Moral schlägt Profit – Eine Bewegung in Amerika setzt auf das Gemeinwohl bei der Erneuerung der Ökonomie, in: DIE ZEIT vom 10. April 1992, Nr. 16, 31
Stoop, Paul 1993: Wenn jeder jedem hilft – Der Staat ist überlastet, Eigeninitiative ist gefordert – Amitai Etzioni und der Kommunitarismus, in: Der Tagesspiegel vom 24. Oktober 1993

Andreas Keller (Dipl. Verwaltungswissenschaftler) und *Martina Ullrich* (Studentin der Politikwissenschaft)
Kontakt: Zähringerplatz 15, 78464 Konstanz

ANNOTATIONEN

Bader, Veit Michael: **Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft.**

Soziologische und philosophische Überlegungen.

Münster: Westfälisches Dampfboot 1995

Am Ende des 20. Jhd. erleben wir weltweit ein Wiederaufleben rassistischer Ideen und Gewalt, was noch vor wenigen Jahren undenkbar schien; gleichzeitig scheinen ethnozentrische und nationalistische Ideologien und Bewegungen wieder hoffähig zu werden. Liberale DemokratInnen und SozialistInnen reagieren empört, aber hilflos; trotz einer Fülle von Veröffentlichungen tun sich auch SozialwissenschaftlerInnen und PhilosophInnen mit Erklärungen schwer. Gegen diese Entwicklungen erhebt Veit Michael Bader in dem neuen Band der gleichnamigen Reihe 'einsprüche': Seiner Kritik an verschiedenen Ansätzen der Rassismus-, Enthizitäts- und Nationalismusforschung stellt er programmatische begriffliche und theoriestrategische Vorschläge gegenüber. Dabei überzeugt sowohl sein breiter theoretischer Zugriff (etwa auf die Kommunitarismus-Debatte) wie die umfassende Berücksichtigung auch der internationalen Literatur. Seine Zurückweisung normativer und politisch-philsophischer Grundlagen restriktiver Flüchtings-, Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik mündet in ein Plädoyer für eine radikale Politik offener Grenzen.

Klein, Ansgar/Braun, Ingo/Schroeder, Christiane/Hellmann, Kai-Uwe (Hrsg.): **Kunst, Symbolik und Politik.**

Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß.

Opladen: Leske+Budrich 1995

Die Autoren dieses Bandes sind ausgewiesene Vertreter aus Politik, politischer Wissenschaft, Philosophie, Kunsttheorie und Geschichtswissenschaft. Die Diskussion der Politiker behandelt Fragen der politischen Symbolik in einer parlamentarischen Demokratie und deren Rolle für die kollektive Identitätsbildung. Die politikwissenschaftliche Diskussion vertieft diesen Aspekt und erörtert den Zusammenhang

von Symbolik, kollektiver Identität und politischer Kultur, der in der Bundesrepublik erneut zu einem zentralen Thema geworden ist. Die ästhetische und philosophische Diskussion thematisiert die Wechselwirkung von Medien, öffentlicher Kunst und Wirklichkeitswahrnehmung in der Informationsgesellschaft.

Erb, Rainer (Hrsg.):
Bock auf Randale.

Gruppengewalt und Rechtsextremismus.

Frankfurt/M: Fischer 1995

Für rechtsextremistische Gewalttaten werden gewöhnlich gesellschaftliche Umstände oder die biographische Situation der Gewalttäter verantwortlich gemacht. Bisher wenig untersucht wurde hingegen die Bedeutung der Gruppe, in der sich die Schläger stets bewegen. Gewalt wird zur Lebensform, d.h. letztlich zum Selbstzweck ohne wirkliches Motiv. Das wird von den hier verhängnisvollen Einfluß gewinnenden Rechtsextremisten meist erst 'nachgeliefert'. Die fünf Beiträge des Bandes untersuchen das Phänomen der rechtsradikalen Gruppengewalt aus unterschiedlichen Perspektiven.

Rebensdorf, Hilke:
Die politische Klasse.

Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite.

Frankfurt/M: Campus 1995

Wer ist die politische Klasse? Die Autorin nimmt eine kritische Bestandsaufnahme der wichtigsten Paradigmen in der theoretischen Diskussion um Funktionseliten vor, um dann mit Hilfe des Klassenmodells von Pierre Bourdieu zu einer tatsächlichen Bestimmung dessen zu kommen, was wissenschaftlich und nicht nur per Schlagwort als politische Klasse bezeichnet werden kann. Das theoretische Modell wird durch reichhaltiges Datenmaterial untermauert. Am Ende gewinnt die politische Klasse der Bundesrepublik eindeutige Konturen.

Schacht, Konrad / Leif, Thomas / Janssen, Hannelore (Hrsg.):
Hilflos gegen Rechtsextremismus?

Ursachen, Handlungsfelder, Projekterfahrungen.

Köln: Bund Verlag 1995

Viele Initiativen und Jugendgruppen tun etwas gegen die Bedrohung durch Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Namhafte Autoren plädieren außerdem dafür, daß in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus ein realistischer Weg zwischen Verharmlosung und Übertreibung, Aufwertungsgefahr und Totschweigen eingeschlagen wird.

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

Auhagen, Ann Elisabeth/Neuberger, Karin 1994: Verantwortung gegenüber der Umwelt: Eine Studie über umweltbewußtes Handeln, in: Gruppendynamik, Heft 3, 319340

Basu, Amrita 1995: Why local riots are not simply local: Collective violence and the state in Bijnor, India 1988-1993, in: Theory and Society, Vol. 24, No. 1, 35-78

Berelowitch, Alexis/Wieviorka, Michel 1993: La formation d' acteurs sociaux, economiques et culturels en Russie postcommuniste, in: Cahiers internationaux de Sociologie, Vol. XCV, No. 2, 237-254

Birsl, Ursula 1994: Rechtsextremismus: worum es eigentlich geht, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 41. Jg., Heft 11, 1025-1027

Bischoff, Joachim 1995: Die ökologischen Risiken des globalen Kapitalismus. „Evolutionsblockade" oder Krise des Fordismus? in: Sozialismus, 22. Jg., Heft 4, Nr. 178, 33-54

Blain, Michael 1994: Power, war, and melodrama in the discourses of political movements, in: Theory and Society, Vol. 23, No. 6, 805-838

Bohnsack, Ralf/Loos, Peter/ Städtler, Klaus/Schäffer, Burkhard/Wild, Bodo 1995: Die Suche nach Gemeinsamkeit und die Gewalt der Gruppe. Opladen: Leske+Budrich

Brody, David 1994: The Future of the Labor Movement in Historical Perspective, in: dissent, Winter, 57-66

Bull, Martin J. 1995: The West European Communist Movement in the late Twentieth Century, in: West European Politics, Vol. 18, No. 1, 78-97

Bullan, Klaus 1995: Formationsversuche der Rechten, in: Sozialismus, 22. Jg., Heft 3, Nr. 176, 58-61

Burningham, Kate/O'Brien, Martin 1994: Global Environmentel Values and Local Contexts of Action, in: Sociology, Vol. 28, No. 4, 913-932

Buttigieg, Joseph A. 1995: Gramscis Zivilgesellschaft und die 'civil society'-Debatte, in: Das Argument, 36. Jg., Heft 4/ 5, 539-554

Caldwell, Lynton K. 1993: Environmental Policy as a Political Problem, in: Policy Studies Review, Vol. 12, No. 3/4, 104-117

Carroll, William K./Ratner, R.S. 1994: Between Leninism and Radical Pluralism: Gramscian Reflections on Counter-Hegemony and the New Social Movements, in: Critical Sociology, Vol. 20, No. 2, 3-26

Chodorow, Nancy J. 1995: Gender as a Personal and Cultural Construction, in: Signs, Vol. 20, No. 3, 516-544

Clayton Jr., Obie 1995: The Churches and Social Change: Accomodation, Moderation, or Protest, in: Daedalus, Vol. 124, No. 1, 101-118

Cordes, Machthild 1995: Frauenpolitik. Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung? Ziele – Institutionen – Strategien. Opladen: Leske+Budrich

Coulmas, Peter 1995: Die Neue Rechte. Publizistische Erfolge, aber keine Massenzustimmung, Liberal, 37. Jg., Heft 1, 26-32

Curtis, Russell L. 1995: Collective Behavior and Social Movements. Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf

Dackweiler, Regina 1995: Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot

Danziger, Gloria 1995: Women's Movements in America: Their Successes, Disappointments, and Aspirations,

in: Women&Politics, Vol. 15, No. 1, 89-99

Decker, Frank 1994: Die Hamburger STATT Partei: Ursprünge und Entwicklung einer bürgerlichen Wählerbewegung, in: Jahrbuch für Politik, Jg. 4, Bd. 2, 249-294

Denninger, Erhard 1995: Verfassungsrecht und Solidarität, in: Kritische Vierteljahreszeitschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Jg.78, Heft 1, 7-24

Dirke, Sabine von 1994: Multiculti: The German Debate on Multiculturalism, in: German Studies Review, Vol. XVII, No. 3, 513-536

Dobler, Matthias 1995: Environmental challenges in Europe at the turn of the century, in: History of European Ideas, Vol. 21, No. 1, 3-16

Duka, A./Kornev, N./Voronokov, V./Zdravomyslova, E. 1995: The Protest Cycle of Perestroika: The Case of Leningrad, in: International Sociology, Vol. 10, No. 1, 83-100

Duyvendak, Jan Willem 1995: The Power of Politics. New Social Movements in France. Boulder: Westview Press

Eberl, Matthias 1994: Ziviler Ungehorsam und Friedlicher Widerstand im demokratischen Verfassungsstaat: Wo liegen die Grenzen politischer Opposition in der rechtsstaatlichen Demokratie?, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 41, Heft 4, 359-388

Eder, Donna/Staggenborg, Suzanne/Sudderth, Lori 1995: The National Women's Music Festival: Collective Identity and Diversity in a Lesbian Community, in: Journal of Contemporary Enthnography, Vol. 23, No. 4, 485-515

Ege, Konrad 1994: Graswurzelbewegung nach rechts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 39. Jg., Heft 12, 1419-1422

Ehrhardt, Heidrun Uta 1995: Erinnerung Wunsch Utopie, in: beiträge, 18. Jg., Heft 39, 19-26

Eisenberg, Christiane 1994: Die Arbeiterbewegungen der Welt im Vergleich. Methodenkritische Bemerkungen zu einem Projekt des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 34, 397-410

Eisenstadt, Shmuel N. / Giesen, Bernhard 1995: The construction of collective identity, in: Archives Européenes de Sociologie, Vol. XXXVI, No. 1, 7-24

Epple-Gass, Ruedi 1995: Netzwerke sozialer Bewegungen und ihr Einfluß auf das Abstimmungsverhalten, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 21, No. 1, 39-60

Faludi, Susan 1995: Backlash. Die Männer schlagen zurück. Hamburg: Rowohlt

Gamson, William A. 1995: Hiroshima, the Holocaust, and the Politics of Exclusion, in: American Sociological Review, Vol. 60., No. 1, 1-20

Gellner, Ernest 1995: Mangel an Profanem. Der Marxismus als säkulare Religion, in: Merkur, 19. Jg., Heft 3, 185-194

Gerhard, Ute 1994: National und International. Die internationalen Beziehungen der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung, in: Feministische Studien, 12. Jg., Heft 2, 34-52

Gerhards, Jürgen 1995: Framing Dimensions and framing strategies: contrasting ideal- and real-type frames, in: Social Science Information, Vol. 34, No. 2, 225-248

Gessenharter, Wolfgang 1994: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland – Gefahren für die Republik?, in: Gegenwartskunde, Heft 4, 419-430

Gitlin, Todd 1995: Nach dem Scheitern der säkulären Heilslehren. Jenseits von Marxismus, Individualismus und Multikulturalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Heft 7, 808-819

Goodwin, Jeff 1994: Toward a new sociology of revolutions, in: Theory and Society, Vol. 23, No. 6, 731-766

Grafstein, Robert 1995: Group Identity, Rationality and Electoral Mobilization, in: Journal of Theoretical Politics, Vol. 7, No. 2, 181-200

Gray, Virginia/Gold, David J. 1995: The Demography of Interest Organization Communities: Institutions, Associations, and Membership Groups, in: American Politics Quarterly, Vol. 23, No. 1, 3-32

Grießhammer, Rainer 1995: Das Leitbild 'Nachhaltige Entwicklung' – Zum Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt", in: WSI Mitteilungen, Heft 5, 264-266

Gurr, Ted Robert/Hanff, Barbara/Marshall, Monty G./Scarritt, James R. 1994: Minorities at Risk: A Global View of Ethnopolitical Conflicts, in: Comparative Political Studies, Vol. 27, No. 3, 448-450

Haan, Derhard de/Wilkinson, Patrick (Hrsg.) 1995: Perspektiven ökologischer Kommunikation. Berlin: Akademie Verlag

Heitmeyer, Wilhelm/Conrads, Jutta/Kraul, Dietmar/Müller, Renate/Ulbrich-Herrmann, Matthias 1995: Gewalt in sozialen Milieus. Darstellung eines differenzierten Ursachenkonzepts, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 15. Jg., Heft 2, 145-167

Herrmann, Peter 1995: Soziale Bewegungen und Organisationen im Spannungsfeld der Zyklizität von Vergesellschaftung, in: Journal of Theoretical Politics, Vol. 7, No. 1, 85-106

Hervé, Florence (Hrsg.) 1995: Geschichte der deutschen Frauenbewegung. PapyRossa

Herzinger, Richard 1995: Deutscher als Helmut Kohl. Nationale Identifikationsversuche von links und ihre jüngste Einholung von rechts, in: Mittelweg 36, 4. Jg., Februar/März, 4-14

Hill, Kim Qualie/Leighley, Jan E./Hinton-Anderson, Angela 1995: Lower-Class Mobilization and Policy Linkage in the U.S. States, in: American Journal of Political Science, Vol. 39, No. 1, 75-86

Janke, Klaus/Niehues, Stefan 1995: Echt abgedreht. Die Jugend der 90er Jahre. München: Beck

Jenkins, J. Craig / Klandermans, Bert (Eds.) 1995: The Politics of Social Protest. Comparative Perspectives on States and Social Movements. UCL: London

Johnston, Hank / Klandermans Bert (Eds.) 1995: Social Movements and Culture. UCL: London

Jung, Matthias 1995: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomkraft. Opladen: Westdeutscher Verlag

Kelley, Jonathan/Evans, M.D.R. 1995: Class and Class Conflict in Six Western Nations, in: American Sociological Review, Vol. 60, No. 2, 157-178

Kirchgässner, Gebhard 1995: Internationale Umweltprobleme und die Problematik internationaler öffentlicher Güter, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Jg. 8, Heft 1, 34-44

Klandermans, Bert (Ed.): Social Movements, Protest and Contention. UCL: London

Klein, Ansgar (Hrsg.): Wertediskussion im vereinten Deutschland, Köln: Bund Verlag

Kocka, Jürgen 1994: Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft. Überlegungen zum deutschen Fall, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 20, Heft 4, 487-496

Kohn-Ley, Charlotte/Korotin, Ilse (Hrsg.) 1995: Der Feministische 'Sündenfall'? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung. Wien: Picus

Koopmans, Ruud 1995: A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe. FS III 95-101. Berlin: WZB.

Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud / Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marco G. 1995: New Social Movements in Western Europe. UCL: London

Kühnel, Wolfgang 1995: Die Bedeutung von sozialen Netzwerken und Peer-group-Beziehungen für Gewalt im Jugendalter, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 15. Jg., Heft 2, 122-144

Laely, Thomas 1995: Burundi: 'Sinnlose Gewalt' als politisches Kalkül, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Heft 5, 606-613

Lecher, Wolfgang 1995: Globalisierung und direkte Partizipation. Vorschläge zur Modernisierung der Mitbestimmung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 46. Jg., Heft 2, 75-83

Lehman Schlozman, Kay/Burns, Nancy/Verba, Sidney 1994: Gender and the Pathways to Participation: The Role of resources, in: The Journal of Politics, Vol. 56, No. 4, 963-990

Lehman Schlozman, Kay/Verba, Sidney/Brady, Henry E. 1995: Participations's Not a Paradox: The View from American Activists, in: British Journal of Political Science, Vol. 25, Part 1, 1-36

Lenz, Ilse/Szypulski, Anja (Hrsg.) 1995: Frauenbewegungen international. Eine Arbeitsbibliographie. Opladen: Leske+Budrich

Lermer, Stephan/Meiser, Hans Christian 1995: Der verlassene Mann. Sind Frauen das stärkere Gechlecht? Frankfurt/M: Fischer

Libecap, Gary D. 1995: The Conditions for Successful Collective Action, in: Journal for Theoretical Politics, Vol. 6, No. 4, 563-592

Lohmann, Susanne 1994: Dynamics of Informational Cascades: The Monday Demonstrations in Leipzig, East Germany, 1989-91, in: World Politics, Vol. 47, No. 1, 42-101

Lovibond, Sabina 1994: Feminism and the 'Crisis of Rationality', in: New Left Review, No. 207, 72-86

Lowney, Kathleen S. 1995: Teenage Satanism as Oppositional Youth Subculture, in: Journal of Contemporary Enthnography, Vol. 23, No. 4, 453-484

Lübbe, Hermann 1995: Die Moralisierung der Ökologie, in: Die politische Meinung, Jg. 40, Heft 308, 25-30

Maheu, Louis 1995: Social Movements and Social Classes. New Actors and New Agendas. London: Sage

Michel, Andreas 1995: Denken in der Krise. 'Ökologisches Denken' bei Albert Schweitzer, Max Horkheimer, Albert Camus und Bertrand Russell. Hamburg: Krämer

Mitchell, Ronald B. 1994: Heterogeneities at Two Levels: States, Non-state Actors and International Oil Pollution, in: Journal for Theoretical Politics, Vol. 6, No. 4, 625-653

Mitra, Subrata K. 1995: The Rational Politics of Cultural Nationalism: Subnational Movements of South Asia in Comparative Perspective, in: British Journal of Political Science, Vol. 25, Part 1, 57-78

Nedelmann, Brigitta 1995: Schwierigkeiten soziologischer Gewaltanalyse, in: Mittelweg 36, 4. Jg., Heft 3, 8-17

Nunner-Winkler, Gertrud 1994: Eine weibliche Moral? Differenz als Ressource im Verteilungskampf, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 23, Heft 6, 417-433

Oegema, Dirk/Klandermans, Bert 1994: Why Social Movement Sympathizers Don't Participate: Erosion and Nonconversion of Support, in: American Sociological Review, Vol. 59, No. 5, 703-722

Oswald, Franz 1995: Einwanderung, Integration, Identität: Das Modell Australien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., Heft 7, 863-870

Probst, Lothar 1995: Politische Mythen und symbolische Verständigung. Eine Lokalstudie über die rechtspopulistische DVU in Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26, Heft 1, 5-12

Rachum, Ilan 1995: The Meaning of 'Revolution' in the English Revolution (1648-1660), in: Journal of the History of Ideas, Vol. 56, No. 2, 195-216

Rhemann, Josef 1995: Geschlechterkonstruktion und sexuell-kommunikatives Handeln, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 20. Jg., Heft 2, 4-23

Robertson, Peter J./Tang, Shui-Yan 1995: The Role of Commitment in Collective Action: Comparing the Organizational Behavior and Rational Choice Perspectives, in: Public Administration Review, Vol. 55, No. 1, 67-80

Rorty, Richard 1995: Movements and Campaigns, in: dissent, Winter, 55-60

Ruschky, Katharina 1995: Feminismus und Spießigkeit. Fundamenalistische Tendenzen in der Frauenbewegung, in: Merkur, 49. Jg., Heft 1, 1-14

Ryan, Jeffrey J. The Impact of Democratization on Revolutionary Movements, in: Comparative Politics, Vol. 27, No. 1, 27-44

Schulze, Peter W. 1995: Die autoritäre Transformation der russischen Demokratie, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 42, Heft 4, 306-317

Senghaas, Dieter 1995: Die Wirklichkeiten der Kulturkämpfe, in: Leviathan, Jg. 23, Heft 2, 197-212

Sigelman, Carol K./Sigelman, Lee/Walkosz, Barbara/Nitz, Michael 1995: Black Candidates, White Voters: Understanding Racial Bias in Political Perceptions, in: American Journal of Political Science, Vol. 39, No. 1, 243-255

Shoemaker, Nancy 1994: The Natural History of Gender, in: Gender&History, Vol. 6, No. 3, 320-333

Steinweg, Reiner 1995: Gewalt in der Stadt. Wahrnehmungen und Eingriffe. Das Grazer Modell. Münster: agenda

Stölzel, Georg/Wengeler, Martin 1995: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachegebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York: Walter de Gruyter

Struck, Peter 1995: Zuschlagen, Zerstören, Selbstzerstören. Wege aus der Spirale der Gewalt. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Suter, Andreas 1995: Regionale politische Kulturen von Protest und Widerstand im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit. Die schweitzerische Eidgenossenschaft als Beispiel, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 21, Heft 2, 161-194

Swank, Eric 1994: Shall We Overcome? The Sense of Movement Power among Gulf War Protesters, in: Critical Sociology, Vol. 20, No. 1, 31-52

Tarrow, Sidney 1995: The Europeanisations of Conflict: Reflections from a Social Movement Perspective, in: West European Politics, Vol. 18, No. 2, 223-251

Timpone, Richard J. 1995: Mass Mobilization of Government Intervention? The Growth of Black Registration in the South, in: The Journal of Politics, Vol. 57, No. 2, 425-442

Useem, Michael/Subramaniam, Saskia 1994: Leveraged Buyouts and Corporate Political Action, in: Social Science Quarterly, Vol. 75, No. 3, 475-493

Varikas, Eleni 1995: Gender, Experience and Subjectivity: The Tilly-Scott Disagreement, in: New Left Review, No. 211, 89-104

Weinberg, Adam S. 1994: Environmental Sociology and the Environmental Movement: Towards a Theory of Pragmatic Relationships of Critical Inquiry, in: The American Sociologist, Vol. 25, No. 1, 31-57

Welzel, Christian 1995: Politikverdrossenheit und der Wandel des Partizipationsverhaltens. Zum Nutzen direkt-demokratischer Beteiligungsformen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26, Heft 1, 141-148

Westle, Bettina 1994: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 4, 571-596

Wiesendanger, Harald 1995: Jugendokkultismus: Gründe, Folgen, Hilfen. Frankfurt/M: Fischer

Winkler, Beate 1994: Einwanderung: Kernfrage unserer Gesellschaft und Herausforderung an die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/94

ABSTRACTS

Otto Kallscheuer: What is Communitarianism?, FJ NSB 3/1995, pp. 17-28.

To avoid misinterpretations of the American discussion of communitarianism, both communitarian thought in the European tradition and the particular features of American philosophy must be taken into account. German reception of American communitarianism is characterized by a fundamental suspicion of authoritarian resp. harmonistic conceptions of a „Volksgemeinschaft". In contrast, the author emphasizes three democratic and participative contexts of the American discussion: in American sociology of religion and culture „communitarianism" points to countercultural and utopian societies; in the context of civil society models the term refers to the quest for a political, republican common sense, including extended possibilities of democratic participation; in ethics and social sciences communitarianism applies to a number of critical objections against an individualist, functional and purely scientific understanding of modernity. Communitarianism means no traditionalist set-back, but a return to neglected aspects of Enlightenment.

Hans Joas: Communitarianism – a new „progressive movement"?, FJ NSB 3/1995, pp. 29 - 38

The author, himself an eminent promoter of American communitarianism in Germany, sets out to analyse communitarianism's political programmes and concepts of reform. The intellectual movement emerged from a criticism of both individualist liberalism and governmental politics of reform. The key term is „re-moralisation" of politics, referring to family, school, the structures of political participation, the welfare state, and even to new ideas for a foreign policy in the sense of a „post-Hobbesian" international order. For **Joas**, communitarianism as a new „progressive movement" is an intellectual attempt to revive the ideal of democracy in modern societies considering the effects of unfettered individualism.

Hans Vorländer: A preliminary epilogue to the German debate on communitarianism, FJ NSB 3/1995, pp. 39-43

The German debate on communitarianism can be characterized as merely theoretical, even sterile, without direct implications for practical politics. The reason is that the context of the discussion in Germany is defined rather by a lack of liberal convictions than by a dominance of liberalism as in the United States. However, the German discussions draw attention to social and moral conditions of modern societies. The effects of individualisation and value change set new demands for the political culture of liberal democracies. The gap between the perception of these problems and the lack of political and social strategies is alarming.

Roland Roth: Communitarian social politics?, FJ NSB 3/1995, pp. 44-53

There has been a change of perspective in social politics: forms of voluntary social activism are highly appreciated from a communitarian, civil society point of view. At the same time the sector of social work is professionalised, even commercialised. In the light of a growing disproportion between increasing needs for social services and declining financial means, the question of a combination of voluntary activities and professional social services is becoming highly relevant. However, there are no favourable institutional conditions for these voluntary activities, e.g. an

appropriate system of social security. Central to communitarian social politics would be supporting measures of the welfare state and its established systems of social security. These measures could consist of a basic income, independent from employment, and forms of negative income taxes.

Michael Opielka: Communitarian impulses for social politics?, FJ NSB 3/1995; pp. 54-62

Communitarian ideas are increasingly taken into consideration in the field of social politics. A political activation of social solidarity is discussed even by social democrats; community as an alternative to governmental regulations, however, is debated predominantly by the conservatives and the Green Party. Authoritarian, paternalist interpretations of community are referring to concepts of a „workfare" state, i.e. social security is offered only to those „actually" in need; on the other hand, the Greens are putting forward a republican idea of a civil society that is based upon a libertarian concept of community. Communitarianism will be the focus for future social reform coalitions, and thus of high strategic importance to all parties.

Martina Ullrich: Communitarianism and feminism – the focus of „post-liberal thought", FJ NSB 3/1995, pp. 63-72

There are several points of contact between communitarianism and feminism, subsumed as „conflict", „colonialisation" or „compromise". The communitarian image of an ideal family does not take gender-specific discriminations into account. A colonialisation of feminist arguments by communitarianism may instrumentalise the post-liberal feminist idea of a female ethics (C. **Gilligan**): Caring as a virtue of community could serve to maintain the actual status quo of gender-specific divisions of social labour. A compromise between communitarian and feminist thought would presuppose a critical analysis of communitarian social demands concerning gender-specific attributions and projections.

Workshop discussions: The influence of communitarianism on party programmes and politics, FJ NSB 3/1995, pp. 73-75

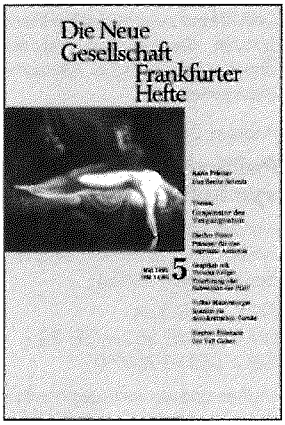
Distinguished party theorists, „Vordenker" in their parties, analyse the appreciation of communitarian ideas in their respective political parties: **T. Meyer** (SPD), **T.M. Gauly** (CDU), **W. Kretschmann** (Green Party), **H. Vorländer** (as a critical observer of the FDP).

G. Mielke discusses problems of implementation of the communitarian project from his point of view as an adviser of the government of the German federal state of Rhineland Palatinate.

H. Plamper outlines the effects of „lean administration" on communal self-administration; the question is whether the communitarian search for new forms of political participation and for decentralisation can be more than pure rhetorics to support rationalisation measures, f.e. the privatisation of public services.

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung **Chefredakteur: Peter Glotz**



Thema 5/95:

Gespenster der Vergangenheit

Diether Posser
Plädoyer für eine begrenzte Amnestie

Gespräch mit Thomas Krüger
Tolerierung oder Subversion der PDS?

Volker Mauersberger
Spanien als demokratisches Vorbild

Stephan Reinhardt
Der Fall Globke

Außerdem:

Karin Priester
Don Benito Schmitt

Thema 6/95:

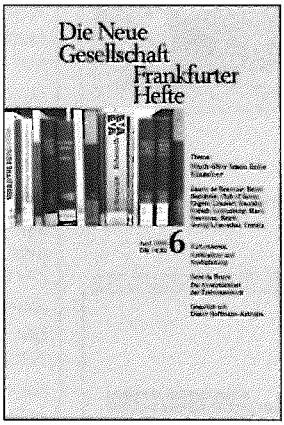
Nach-68er lesen linke Klassiker

Bauer; de Beauvoir; Bebel; Bernstein;
Club of Rome; Engels; Gramsci; Kautsky;
Korsch; Luxemburg; Marx; Neumann;
Reich; Sering/Löwenthal; Trotzki

Kulturthema:
Architektur und Stadtplanung

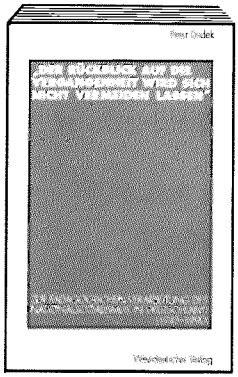
Gerd de Bruyn
Die Unwirtlichkeit der Trabantenstadt

Gespräch mit Dieter Hoffmann-Axthelm



DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Einzelheft DM 14,80/ÖS 116,–/SFr. 15,80. Jahresabonnement DM 99,–/ÖS 780,–/SFr. 100,80 frei Haus. Abonnements und ältere Probehefte bei: Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/ FRANKFURTER HEFTE, Godesberger Allee 139, 53175 Bonn

Neu im Programm Politikwissenschaft



Peter Dudek

„Der Rückblick auf die Vergangenheit wird sich nicht vermeiden lassen"

Zur pädagogischen Verarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland (1945–1990)

1995. 346 S. Kart.
DM 62,–/öS 484,–/SFr 62,–
ISBN 3-531-12777-2

Thema des Buches ist die Kommunikation der Pädagogen in der Bundesrepublik und der DDR über die NS-Vergangenheit. In der Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden untersucht der Autor erstmals systematisch und an Fallbeispielen den Verlauf der pädagogischen Verarbeitung des Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten, so wie er sich in der pädagogischen, fachdidaktischen Publizistik und den einschlägigen Hochschulschriften zwischen 1945 und 1990 darstellt.

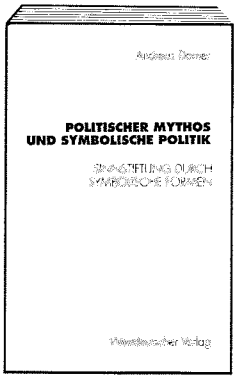
Wolfgang Krabbe

Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik

Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918 – 1933)

1995. 353 S. Kart.
DM 64,–/öS 499,–/SFr 64,–
ISBN 3-531-12707-1

Die Einrichtung von Jugendorganisationen wurde für die Parteien interessant, als die parlamentarische Demokratie sie zu Trägern des politischen Geschehens machte und ihre Umformung zu Massen- und Apparatparteien verlangte. Die von der Jugendbewegung mobilisierte junge Generation andererseits suchte zu Beginn der Weimarer Republik auch nach politischen Ausdrucksmöglichkeiten. Die Parteijugend der vier klassischen bürgerlichen Parteien (DDP, Zentrum, DVP, DNVP) fand zu individuellen Standpunkten, die zwischen „Rekrutendepot" und politische Alternative changierten.



Andreas Dörner

Politischer Mythos und symbolische Politik

Sinnstiftung durch symbolische Formen am Beispiel des Hermanns-Mythos

1995. 421 S. Kart.
DM 72,–/öS 562,–/SFr 72,–
ISBN 3-531-12697-0

Mythen sind ein wichtiges Medium der politischen Sinnkonstruktion. Um dies zu belegen, wird zunächst in Auseinandersetzung mit diversen kulturwissenschaftlichen Mythos-Konzepten ein Analyseinstrument entwickelt. Die empirische Anwendung erfolgt dann in einer ausführlichen Fallstudie zum Hermanns-Mythos in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen dabei die politischen Funktionen der Mobilisierung in den Befreiungskriegen, der Vergemeinschaftung im Kaiserreich, der Waffe im „symbolischen Bürgerkrieg" der Weimarer Republik und schließlich der Reflexion nach 1945. Der Schwerpunkt der Analyse liegt bei Heinrich von Kleists Drama „Die Hermannsschlacht" und beim Detmolder Hermannsdenkmal.

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

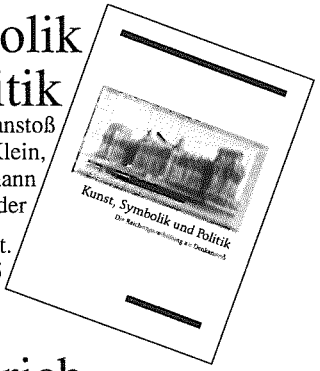
Was haben sie sich eigentlich dabei gedacht?

PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen schreiben über Spektakel und tieferen Sinn der Reichstagsverhüllung: Ina Albowitz, Elisabeth Altmann, Klaus von Beyme, Rüdiger Bubner, Peter Conradi, Michael S. Cullen, Friedrich Dieckmann, Eberhard Diepgen, Dan Diner, Freimut Duve, Stefan Engelniederhammer, Peter Fuchs, Hermann Glaser, Bernd Guggenberger, Gregor Gysi, Volker Hassemer, Burkhard Hirsch, Hans-Jürgen Heß, Marhild Hoffmann, Andreas Krautscheid, Silke Maaßen, Peter Marx, Thomas Meyer, Herfried Münkler, Joachim Nawrocki, Martin Pfaff, Karl H. Pohl, Ulrich Roloff-Momin, Volker Rühle, Ulrich Sarcinelli, Wolfgang Schäuble, Jürgen Schmädeke, Rolf Schörken, Wolf Jobst Siedler, Rudolf Speth, Rita Süssmuth, Gerd R. Ueberschär, Rüdiger Voigt, Wolfgang Volz

Kunst, Symbolik und Politik

Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß
Herausgegeben von Ansgar Klein, Ingo Braun, Kai-Uwe Hellmann und Christiane Schroeder

384 Seiten, viele Bilder. Farbtafeln. Kart.
29,80 DM. ISBN 3-8100-1507-5



Leske + Budrich

Information: Pf. 30 05 51 • 51334 Leverkusen

Aktuelle Neuerscheinungen

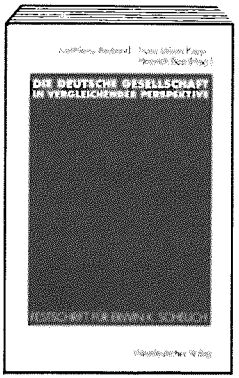
Karl-Dieter Opp

Methodologie der Sozialwissenschaften

Einführung in Probleme ihrer Theorienbildung und praktischen Anwendung

3., völlig neubearb. Aufl. 1995.
260 S. Kart.
DM 34,–/öS 265,–/SFr 34,–
ISBN 3-531-12759-4

Dieses Buch bietet eine elementare, kritische und leicht verständliche Einführung in die zentralen Probleme der Methodologie der Sozialwissenschaften. Dabei wird ein Einblick in die konkrete Arbeitsweise und die Probleme einer modernen empirisch-theoretischen Sozialwissenschaft gegeben. U. a. werden folgende Fragen behandelt: Wie geht man bei einer Erklärung konkreter sozialer Sachverhalte vor? Welche Probleme treten bei einer Prognose auf? Wie definiert man Begriffe? Welche Rolle spielen Logik und Mathematik in den Sozialwissenschaften? Sollen und können Sozialwissenschaften wertfrei sein? Wie diskutiert man Werte? Inwieweit sind Ergebnisse der Sozialwissenschaften für die Lösung praktischer Probleme verwendbar?



Karl-Heinz Reuband/Franz Urban Pappi/Heinrich Best (Hrsg.)

Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive

Festschrift für Erwin K. Scheuch zum 65. Geburtstag

1995. 367 S. Kart.
DM 66,–/öS 515,–/SFr 66,–
ISBN 3-531-12722-5

Wie unterscheidet sich die Bundesrepublik von anderen Ländern auf der Ebene der Sozialstruktur, der Verhaltensweisen und Wertorientierungen? Welche Veränderungen haben sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren ereignet? Und welche Transformationsprozesse haben sich in den neuen Bundesländern mit welchen Folgen vollzogen? Diese zentralen Fragen werden in diesem Band für ausgewählte Themenkomplexe auf der Grundlage neuer empirischer Studien behandelt.

Ulrich von Alemannn (Hrsg.)

Politikwissenschaftliche Methoden

Grundriß für Studium und Forschung

1995. 408 S. Kart.
DM 58,–/öS 453,–/SFr 58,–
ISBN 3-531-12761-6

Dieses neue Lehrbuch der politikwissenschaftlichen Methoden betritt Neuland in einem doppelten Sinn: erstens existiert in Deutschland kein aktuelles Einführungsbuch in die politikwissenschaftlichen Methoden und zweitens werden nur in einem ersten Teil systematisch die methodologischen Grundlagen abgehandelt; danach folgen fünf Kapitel aus der Werkstatt der Forschung. Wissenschaftler zeigen hier einzelne Methoden – Umfrageforschung, Dokumentenanalyse, Inhaltsanalyse, Experteninterviews und Aggregatdatenanalyse – anhand ihrer eigenen Arbeiten auf. Das Lehrbuch verpflichtet sich dem Leitbild „kritisch-empirische Politikforschung", das pragmatisch quantitative und qualitative empirische Methoden verknüpft.

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

Niklas Luhmann

Soziologische Aufklärung 6

Die Soziologie und der Mensch

1995. 275 Seiten.
Kartoniert DM 39,–/öS 304,–/SFr 39,–
ISBN 3-531-12727-6

Das Thema des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft begleitet die Soziologie seit ihren Anfängen, aber es scheint immer noch eine „soziologische Aufklärung" zu bedürfen. Gegenwärtig geht der Streit hauptsächlich um die Frage, ob das Individuum auf der Unterseite des Begriffs der Handlung in die Gesellschaft eingeschmuggelt werden könne oder ob es mit Hilfe der Unterscheidung von System und Umwelt resolut aus der Gesellschaft auszuschließen sei. Das eine Argument lautet: nur Menschen können handeln, das andere: wenn man Individuen empirisch ernst nehmen will, könne man sie gerade nicht als Komponente von Handlung, als Handelnde, in die aus Handlungen bestehende Gesellschaft einführen. Der angekündigte Band stellt Beiträge des Verfassers zu diesem Thema zusammen.

WESTDEUTSCHER
VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark
Heft 4/1994
Schwerpunkt:
Wirtschaft und Recht

- Die emanzipierte Belegschaft
- Der deregulierende Zeitgeist
- Tarifautonomie trockengelegt
- Kleineres Übel Staatsschulden
- Analyse & Kritik der Neoliberalen

Weitere Themen:

- Polit. Justiz, §ammel§urium, Juristische Ausbildung, Recht Kurz. Verbrechensbekämpfungsgesetz '94. Grundgesetz verteidigt, Staat geschützt, Recht gebeugt

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:
RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

PERIPHERIE versteht sich als Forum der Diskussion über Unterentwicklung, die Beziehungen zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« sowie über die Solidarität mit Emanzipationsbewegungen. Unser Interesse richtet sich insbesondere auf:

- Problembereiche, die in der »Dritten Welt« wie auch in den Industrieländern Anstöße zu sozialen Bewegungen gegeben haben (Ökologie, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Frauendiskriminierung)
- die Neuformierung von Weltwirtschaft und Weltpolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation
- Umweltkrisen als gobale und lokale Herausforderung
- regionale Differenzierung und soziale Polarisierung innerhalb der Peripherie
- Demokratisierungsprozesse und Menschenrechte
- Geschlechterverhältnisse
- Kulturelle Bewegungen und Prozesse

Als zentrale Aufgabe wissenschaftlicher Diskussion in den Industrieländern sehen wir es an, einen Beitrag zur Orientierung politischer Praxis zu leisten sowie die Diskussion mit Autorinnen und Autoren aus der »Dritten Welt« zu fördern.

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
10961 Berlin

Vierteljahreszeitschrift (112 S.)
Einzelheft DM 13,- / Doppelheft DM 25,-
Abo Einzelperson DM 45,- / Abo Institutionen DM 80,-
Überseeabo (Luftpost) DM 65,- (DM 100,-)

WESTDEUTSCHER VERLAG
OPLADEN · WIESBADEN

Friedhelm Neidhardt (Hrsg.)

Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen

1994. 444 S. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34) Kart.
DM 66,–/öS 515,–/SFr 66–
ISBN 3-531-12650-4

Öffentlichkeit entwickelt sich unter den Bedingungen der Massenkommunikation zum zentralen Forum gesellschaftlicher Selbstbeobachtung. In diesem Band werden die Bedingungen, Strukturen und Funktionen von Öffentlichkeit beschrieben und die relevanten Öffentlichkeitsakteure (Sprecher, Medien, Publikum) untersucht. Die Analyse ihrer Interaktionen ermöglicht die Bestimmung von Prozessen und Wirkungen öffentlicher Meinungsbildung. Dabei erfahren jene Mobilisierungen des Publikums, die sich als soziale Bewegungen formieren, besondere Aufmerksamkeit.